

# Frauen in der Wissenschaft

Herausgegeben von  
Gisela Boeck und Hans-Uwe Lammel

---

Rostocker Studien zur Universitätsgeschichte Band 16

Universität Rostock 2011



## Inhalt:

Vorbemerkung	5
Eva Brinkschulte „Männliche Rituale und weibliche Studenten“ – der Eintritt der Frauen in die Gelehrtenrepublik	7
Heike Kahlert Qualitätsoffensive für die Wissenschaft? Perspektiven von hochschulischen Führungskräften auf die Gleichstellung am Beispiel der Universität Rostock	25
Bettina Wahrig Von der „weisen Frau“ zum Gesundheitsberuf: Ausschnitte aus der Geschichte der Geburtshilfe	59
Hella Ehlers <i>Lotte H. Eisner</i> (1896-1984): Pionierin der Filmographie. Annäherung an eine ungewöhnliche Frau	81
Eveline Krause Edith Braemer – Annäherung an eine ungewöhnliche Frau	97
Heike Kahlert, Marieke Gonschior, Katharina Nieter, Eva Katharina Sarter Wie wichtig ist Betreuung für die Orientierung auf eine wis- senschaftliche Laufbahn? Eine Analyse der Betreuungssituation von Promovierenden in der Chemie und Politikwissenschaft	109
Annette Vogt Wissenschaftlerinnen in Deutschland von 1895 bis 1945 im internationalen Vergleich	143
Pirina Kittel <i>Und nehmen den Studenten die Plätze fort.</i> Frauen als Hörerinnen an der Universität Rostock	173
Marianne Beese Frauenstudium in Rostock von 1909/10 bis 1945. Ausblick bis 1952	189

Über die Autorinnen	207
Übersicht der Ringvorlesungen zur Rostocker Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte	213

## Vorbemerkung

Das vorliegende Heft der „Rostocker Studien zur Universitätsgeschichte“ knüpft an Band 12 an und setzt die Reihe der Veröffentlichungen zur Ringvorlesung über Universitätsgeschichte fort. Im Wintersemester 2008/09 stellten wir diese unter den Titel „Frauen in der Wissenschaft“.

Das 100-jährige Jubiläum des Frauenstudiums an der Universität Rostock im Juni 2009 hatte uns zu diesem Vortragszyklus angeregt. 1909 waren nämlich in Mecklenburg die Disziplinarvorschriften für Studierende dahingehend geändert worden, dass auch Frauen das akademische Bürgerrecht erwerben und die große Matrikel empfangen konnten. Mecklenburg öffnete somit als letztes deutsches Land seine Universität den Frauen. Einige preußische Universitäten hatten bereits ab 1893/94 Gasthörerinnen zugelassen, Baden hatte 1900 den Frauen den Weg in die Universität als ordentliche Studentinnen geebnet.

Die vorliegenden Vorlesungen behandeln nicht nur die Geschichte und Probleme des Frauenstudiums oder bemerkenswerte Hochschullehrerinnen der Universität Rostock, der Bogen wird von den ersten Versuchen und Umwegen der Frauen, an deutsche Universität zu gelangen und einen akademischen Abschluss zu erringen, bis zu den Karrierebrüchen bei Frauen im 21. Jahrhundert gespannt. Letztlich spiegeln auch die Vitae der Autorinnen Karrierewege der Gegenwart wider. Bei der Wiedergabe der Beiträge wurde die Reihenfolge im Rahmen der Veranstaltung beibehalten.

Herrn Prof. Dr. Kersten Krüger danken wir sehr herzlich für die Möglichkeit, die Manuskripte der Ringvorlesung in der von ihm ins Leben gerufenen Reihe veröffentlichen zu können, und für die Unterstützung bei der Drucklegung. Herrn Christoph Wegner, M.A., sei für die zuverlässige Zusammenarbeit bei der Anfertigung der Druckvorlagen sowie Frau Helga Engel für die gewissenhaften Korrekturen gedankt.

Gisela Boeck, Institut für Chemie  
Hans-Uwe Lammel, Arbeitsbereich Geschichte der Medizin



Eva Brinkschulte

## **„Männliche Rituale und weibliche Studenten“ – Der Eintritt der Frauen in die Gelehrtenrepublik<sup>1</sup>**

Der Forschungsgegenstand der Männergeschichte ist, wie in der Geschlechtergeschichte überhaupt, die soziale und kulturelle Inszenierung einer Geschlechterdifferenz. Die kulturelle Überformung der Geschlechtlichkeit wird mit dem Begriff „gender“ gleichgesetzt, die sich über die biologische Geschlechtlichkeit, den „sex“ gleichsam überstülpt. In dieser Lesart ist Männlichkeit also nicht „angeboren“ oder eine biologische Konstante, sondern unterliegt historischen Wandlungen. Während aber die neue Frauengeschichte seit den 1970er Jahren zunächst antrat, die „versteckte“ Geschichte von Frauen sichtbar werden zu lassen, entzieht sich Männlichkeit trotz ihrer Omnipräsenz in Politik, Gesellschaft und Wissenschaft häufig der Historisierung. Es gibt keine scheinbar verborgene Geschichte, die an das Tageslicht gebracht werden müsste, vielmehr geht es darum, Offensichtliches kritisch zu beleuchten.

Erste Arbeiten widmen sich daher derzeit den gesellschaftlichen Referenzsystemen, an denen sich „Männlichkeit“ in gleichgeschlechtlichen Verkehrskreisen historisch entfaltete, d.h. z. B. im Gymnasium, im Militär und an den Universitäten.<sup>2</sup> In dieser Matrix etablierten sich diejenigen Rituale und Symbole, die als kulturelle Inszenierung von Männlichkeit im 19. Jahrhundert zu verstehen sind. Die männliche Gleichgeschlechtlichkeit im öffentlichen Raum ist ein zentrales Kennzeichen der Geschlechterkonstruktion in der bürgerlichen Welt. Diese Eingrenzung war das Ergebnis, das die Idee der bürgerlichen Öffentlichkeit nach sich zog, denn nur Männer waren Teil der Bürgergesellschaft. Während diese These bekanntermaßen für die Politik ausreichend belegt ist, ist sie für die Wissenschaft noch nicht hinreichend untersucht.

Im Folgenden soll aufgezeigt werden, mit welchen Argumenten über den Zugang von Frauen zum Medizinstudium um 1900 diskutiert wurde, und der

---

<sup>1</sup> Der Text basiert auf einer leicht überarbeiteten Fassung, die zuerst unter dem Titel „...das Weib lässt sich nicht gegenüber dem Gelehrten vergessen“ – Zur Aufrechterhaltung der Virilität des Hochschulbetriebes um 1900, in: Frank Stahnisch/Florian Steger, *Medizin, Geschichte und Geschlecht. Körperhistorische Rekonstruktionen von Identität und Differenz*, Stuttgart 2005, 103-118, *Geschichte und Philosophie der Medizin* Band 1, erschienen ist.

<sup>2</sup> Vgl. *Jürgen Markuschat/Olaf Stieglitz*, *Geschichte der Männlichkeiten*. Frankfurt am Main 2008; *Wolfgang Schmale*, *Geschichte der Männlichkeit in Europa (1450-2000)*. Wien 2003; *Martin Dinges* (Hrsg.), *Hausväter, Priester, Kastraten. Zur Konstruktion von Männlichkeit in Spätmittelalter und Früher Neuzeit*. Göttingen 1997; *Doris Janshen* (Hrsg.), *Blickwechsel. Der neue Dialog zwischen Frauen- und Männerforschung*. Frankfurt am Main/New York 2000; *Karen Hagemann/Stefanie Schüler-Springorum* (Hrsg.), *Heimat – Front. Militär und Geschlechterverhältnisse im Zeitalter der Weltkriege*. Frankfurt am Main/New York 2002.

Versuch unternommen werden, dieses Ereignis als eine geschlechtergeschichtliche Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte zu beschreiben.

Das Geschlecht der Akteure und die Bedeutung des Verhältnisses der Geschlechter stehen somit im Vordergrund.<sup>3</sup> Der geschlechtergeschichtliche Ansatz bietet sich an, um den Fokus nicht allein auf die Studentinnen und ihre Studienbedingungen zu richten, sondern um unter Einbeziehung der männlichen Studentenwelt auch die Wirkungen, die die ersten Frauen an den Universitäten auslösten, besser ausloten zu können.

Dies setzt voraus, dass auch der Konstruktionsprozess der Männlichkeit an der Universität zumindest illustrativ und beispielhaft beleuchtet wird. Dabei sollen die folgenden, von Ute Frevert formulierten Grundlagen einer Männergeschichte Berücksichtigung finden: Zunächst benötigt die Männergeschichte ein sozialgeschichtliches Fundament, d.h., Prozesse und Strukturen, in denen Männlichkeit geformt und abgebildet wird, müssen analysiert werden. Frauen sollen nach Frevert immer und überall als „komplementäre Referenz“ einer Geschlechtergeschichte einbezogen werden, um die Asymmetrie im Verhältnis der Geschlechter deutlich zu machen, und zuletzt fordert sie eine konsequente Historisierung von Männlichkeit und „Mann-Sein“.<sup>4</sup>

Die deutsche Universität des ausgehenden 19. Jahrhunderts war weder in der Theorie noch in der Praxis geschlechtsneutral. Höhere Bildung war eindeutig männlich konnotiert, schon allein aus dem einfachen Grund, dass Professoren und Studenten Männer waren. Somit repräsentierte die Universität einen für das deutsche Bürgertum entscheidenden Ausschnitt, in dem die Produktion männlicher Identitäten stattfand, für Studenten und den Lehrkörper gleichermaßen.

---

<sup>3</sup> Von den mittlerweile zahlreichen Publikationen zu den Anfängen des Frauenstudiums in Deutschland seien hier in Auswahl aufgeführt: *Edith Glaser*, Hindernisse, Umwege, Sackgasen. Die Anfänge des Frauenstudiums in Tübingen (1904-1934), (=Ergebnisse der Frauenforschung, 25). Weinheim 1992; *Hadumod Bußmann* (Hrsg.), Stieftöchter der Alma Mater? 90 Jahre Frauenstudium in Bayern am Beispiel der Universität München. München 1993; *Eva Brinkschulte* (Hrsg.), Weibliche Ärzte. Zur Durchsetzung des Berufsbildes in Deutschland. 2. Aufl. Berlin 1994; *Annette Kuhn/Brigitte Mühlenbruch/Valentine Rothe* (Hrsg.), 100 Jahre Frauenstudium - Frauen der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn. Dortmund 1996; *Claudia Huerkamp*, Bildungsbürgerinnen. Frauen im Studium und in akademischen Berufen 1900-1945 (=Bürgertum. Beiträge zur europäischen Gesellschaftsgeschichte, 10). Göttingen 1996; *Hiltrud Häntzschel/Hadumod Bußmann* (Hrsg.), Bedrohlich gescheit. Ein Jahrhundert Frauen und Wissenschaft in Bayern. München 1997; *Anja Burchardt*, Blaustrumpf - Modestudentin - Anarchistin? Deutsche und russische Medizinstudentinnen in Berlin 1896-1918, (=Ergebnisse der Frauenforschung, 44). Stuttgart/Weimar 1997; *Johanna Bleker/Sabine Schleiermacher* (Hrsg.), Ärztinnen aus dem Kaiserreich. Lebensläufe einer Generation. Weinheim 2000.

<sup>4</sup> *Ute Frevert* (Anm. 2), 36f.

Der Eintritt der Frauen in die Alma Mater war in Deutschland ein langer und zäher Kampf, der sich seit der Mitte des 19. Jahrhunderts über mehrere Jahrzehnte erstreckte.

Die wichtigsten Zäsuren im letzten Dezennium des 19. Jahrhunderts waren die Zulassung von Frauen als Gasthörerinnen z.B. in Preußen ab 1896 und der Bundesratbeschluss von 1899, der den Weg zur Immatrikulation von Frauen an deutschen Universitäten und damit zum regulären Studium ebnete; Frauen waren nun zum ärztlichen, zahnärztlichen und pharmazeutischen Staatsexamen zugelassen. Zu den ersten Frauen, die die Prüfungen ablegten, gehörten vor allem diejenigen, die ihr Medizinstudium in der Schweiz begonnen hatten und es nun in Deutschland beenden konnten.

Die Bundesländer reagierten unterschiedlich schnell, in Baden wurden Frauen bereits 1900 zugelassen, Bayern folgte 1903 - Preußen gewährte Frauen das Immatrikulationsrecht erst 1908, nur Mecklenburg folgte noch 1909. Das volle akademische Bürgerrecht für Frauen an deutschen Universitäten brachte aber erst die Weimarer Verfassung. Die in ihr garantierten gleichen staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten für Männer wie Frauen ermöglichten nämlich die Zulassung zur Habilitation und eröffneten Frauen den wissenschaftlichen Berufsweg. Im internationalen Vergleich bildete Deutschland das Schlusslicht, bis zur Mitte der 1880er Jahre hatten die Mehrheit der europäischen Staaten und die USA Frauen zum Medizinstudium zugelassen.<sup>5</sup> Angesichts der Entwicklung im Ausland verschärfte sich in den 1890er Jahren die öffentliche Debatte, in der die Zulassung zum Medizinstudium im Zentrum stand. Diskutiert wurde in diesem Zusammenhang insbesondere über:

1. die Studierfähigkeit der Frau,
2. den gesellschaftlichen Nutzen und schließlich - zentral - die Veränderungen, die dies für die Universität mit sich bringen würde.

Zweimal in der Zeitspanne von 1897 bis 1907 wurden Hochschullehrer<sup>6</sup> und Rektorate, Senate und Fakultäten zur Befähigung der Frauen zum Studium und zur Zulassung der Frauen zur akademischen Laufbahn befragt.<sup>7</sup> Die Universität

---

<sup>5</sup> Arthur Kirchhoff (Hrsg.), Die Akademische Frau. Gutachten hervorragender Universitätsprofessoren, Frauenlehrer und Schriftsteller über die Befähigung der Frau zum wissenschaftlichen Studium und Berufe. Berlin 1897; Umfrage des Preußischen Ministeriums für die geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten, Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Rep.76 a, Sekt. 1, Tit. VIII, Nr. 8, Adhibendum III: Zulassung der Frauen zur akademischen Laufbahn 1907 - Juni 1918.

<sup>6</sup> Umfrage des Preußischen Ministeriums (Anm. 5).

<sup>7</sup> Ilse Costas, Der Kampf um das Frauenstudium im internationalen Vergleich. Begünstigende und hemmende Faktoren für die Emanzipation der Frauen aus ihrer intellektuellen Unmündigkeit in unterschiedlichen bürgerlichen Gesellschaften, in: Anne Schlüter (Hrsg.), Pionierinnen, Feministinnen, Karrierefrauen? Zur Geschichte des Frauenstudiums in Deutschland. Pfaffenweiler 1992, 115-144.

als männliche Bildungsanstalt stand zur Disposition: Wie war es um diese Institution, ihren Bildungsanspruch und ihren Erziehungsauftrag bestellt?



Abb. 1: Akademische Bürgerrechte – „Frei ist der Bursche“, Burschschafter nach bestandenem Physikum, Marburg 1910

Die Studentenschaft gründete sich auf das akademische Bürgerrecht. Die Idee der akademischen Bürgerschaft war mit der korporativen Mitgliedschaft in der akademischen Gemeinschaft der Universität eng verbunden. Die akademischen Bürgerrechte reichen zurück bis zu den mittelalterlichen Universitäten, die ihre Vorläufer in Mönchsschulen mit Zölibatsprinzip hatten. Sie bestanden als unabhängige Korporationen mit eigenen Regeln und eigener Gerichtsbarkeit. Über die studentische Lebensform und die akademische Bürgerschaft wurden Privilegien, Pflichten und Rechte konstituiert. Die Universität garantierte den Studenten einen besonderen Status, ähnlich, wie er dem Bürger einer Stadt gewährt wurde. Dieses akademische Bürgerrecht nivellierte, zumindest der Idee nach, die Unterschiede von Herkunft, Einkommen und Wissen, es bedeutete die Zugehörigkeit zu einer „geistigen Aristokratie“.<sup>8</sup> Die Mitgliedschaft zur Universität beschränkte sich keineswegs auf die Zuhörerschaft, sondern zeichnete sich insbe-

<sup>8</sup> Friedrich Paulsen, *Die deutschen Universitäten und das Universitätsstudium*. Berlin 1902 (Reprint Hildesheim: Olms 1966), 149.

sondere durch drei Elemente aus,<sup>9</sup> die den akademischen Bürger charakterisier-  
ten:

1. Die Idee der Maturität,
2. Die akademischen Freiheiten,
3. Der studentische Ehrenkodex.

Sie sollen in aller Kürze illustriert werden. Die Maturität, die Reife, stellte einen besonderen Lebensabschnitt dar. Ein Spezifikum des Universitätsstudiums war es, dass der Jüngling in den Studentenjahren nicht bloß zum Erwachsenen, sondern zum Mann reifen sollte. Die meist jungen Studenten tauschten die familiäre Bindung in die „Freiheit von Wissenschaft und Lehre“ ein. Neben der „Freiheit der Lehrenden“ gehörte ebenso die „Freiheit der Lernenden“ zu den akademischen Freiheiten. Für die durch den Wechsel verursachten persönlichen Unsicherheiten boten die studentischen Verbindungen und Korporationen, die an allen Universitäten bestanden, den besten Halt. Sie prägten die studentische Lebenswelt und bestimmten die Verhaltensregeln. Der Kommet regelte den Umgang der Studenten untereinander: ihre Zusammenkünfte, ihre Lieder und Trinkrituale, ihre Sprache und ihre Konflikte.<sup>10</sup> Der „Reifungsprozess“ der Studenten betraf nicht allein den Erwerb der allgemeinen Bildung und des Fachwissens, sondern zum Selbstfindungsprozess in der studentischen Burschenwelt gehörten zudem alkoholische Exzesse und sexuelle Ausschweifungen - die natürlich nicht in der Universität selbst stattfanden -, denen aber vonseiten der Professoren und Universitätsleitung eine große Toleranz entgegengebracht wurde.

Friedrich Paulsen (1846-1908), Professor der Philosophie und Pädagogik in Berlin, lobte die Verbindungen als „treffliche Schule des Gemeinschaftslebens“ und der „Selbsterziehung“. Corpsstudenten genossen Laufbahnprivilegien und persönliche Protektion. Bismarck war Corpsstudent gewesen und auch Wilhelm II. blieb „seinem“ Bonner Borussen-Corps zeitlebens treu.

Die Korporationen prägten auch den studentischen Begriff von Anstand und Ehre. In dieser Burschenwelt besaß der akademische Duellkommet eine herausragende Bedeutung. Die in der Mensur erlangten Blessuren erhöhten den

---

<sup>9</sup> *Patricia Mazón*, *Academic Citizenship and the Admission of Women to German Universities 1865-1914*. UMI, Ann Arbor, 1995; *Dies.*, *Gender and the Modern Research University: The Admission of Women to German Higher Education 1865-1914*. Stanford 2003; vgl. ebenso *Dies.*, *Das akademische Bürgerrecht und die Zulassung von Frauen zu den deutschen Universitäten 1865-1914*, in: Zentrum für interdisziplinäre Frauenforschung, Bulletin Nr. 23 (2001), Zur Geschichte des Frauenstudiums und Wissenschaftlerinnenkarrieren an deutschen Universitäten, 1-10; *Lora Wildenthal*, *Woman as Academic Citizen in Imperial Germany*, in: *Patrizia Mazón: Gender and the Modern Research University*, 2004 (<http://www.h-net.org>).

<sup>10</sup> *Ute Frevert*, *Ehrenmänner – Das Duell in der bürgerlichen Gesellschaft*. München 1991, hier insbesondere 133 – 167; vgl. ebenso *Martin Biastoch*, *Duell und Mensur im Kaiserreich am Beispiel der Tübinger Corps Franconia, Rhenania, Suevia und Borussia zwischen 1871 und 1895*, Vierow 1995.

persönlichen Wert. Erst indem sich Männlichkeit „zeigte“, erwarb ein Mann sie auch. „Der Comment fungierte als Curriculum maskuliner Orientierung und Verhaltensmuster, das aus dem Jüngling einen Mann formte“.<sup>11</sup> Der spezifische Ehren- und Duellkodex trug in der Öffentlichkeit dazu bei, dass Studenten als „eigener Stand und gesonderte Klasse“ angesehen wurden. Zugleich war der studentische Ehrenkodex Teil der bürgerlichen Kultur mit großer Nähe zu staats-tragenden Schichten.

### **Burschenwelt und Studentinnenmilieu**

Vor diesem Hintergrund war der Eintritt der Frauen in die (medizinischen) Hörsäle eigentlich undenkbar. Bis 1899 war es eine kleine Gruppe, nur eine Handvoll von Frauen<sup>12</sup>, die in ihrer sozialen Zusammensetzung von ihren männlichen Kommilitonen völlig verschieden waren. Sie waren bedeutend älter, hatten überwiegend eine Lehrerinnenausbildung absolviert und waren teilweise bereits verheiratet.<sup>13</sup> Aber bei allen sozialen und konfessionellen Unterschieden stand die Geschlechterdifferenz in der studentischen Lebenswelt im Vordergrund.

Die ersten Studentinnen waren „Einzelwesen“, „Ausnahmemenschen“<sup>14</sup>, „es schlossen sich nur jeweils einzelne aneinander an, die sich sympathisch waren“<sup>15</sup>, ein Studentinnenmilieu existierte vorerst nicht. Eine erste Auskunftsstelle für Studentinnen wurde 1898/99 in Berlin eingerichtet, im Vordergrund der Tä-

<sup>11</sup> Frevert (Anm. 10), 138 und 154.

<sup>12</sup> Berücksichtigt wurden hier nur die deutschen Studentinnen. Der Anteil der ausländischen Studentinnen, von denen die russischen Studentinnen die stärkste Gruppe darstellten, lag bei den Frauen weit höher als bei ihren männlichen Kommilitonen. Zudem war der Anteil an jüdischen Studentinnen in Berlin/Preußen besonders hoch. Im Wintersemester 1911/12 waren 11,2% aller Studentinnen in Preußen jüdischen Glaubens, in der Medizin sogar 28%. *Claudia Huerkamp*, Jüdische Akademikerinnen in Deutschland 1918-1933, in: *Geschichte und Gesellschaft* 19 (1993), 311-331; Bleker, Schleiermacher haben für die 800 bis 1918 in Deutschland approbierten Ärztinnen einen Anteil von 17% errechnet. Die Basis ihrer Zahlen sind die fakultativen Angaben der Studentinnen in den ihren Dissertationen angefügten Lebensläufen. *Bleker, Schleiermacher* (Anm. 3), 65.

<sup>13</sup> Frauen begannen ihr Studium aufgrund der Hindernisse im weiblichen Bildungsweg im Durchschnitt mit 24 Jahren - etwa vier Jahre später als ihre männlichen Kommilitonen. *Barbara Greven-Aschoff*, Die bürgerliche Frauenbewegung in Deutschland 1894-1933 (=Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, 46). Göttingen 1981, 159ff. Für die Medizinstudentinnen, die vor der Jahrhundertwende ihr Studium als Gasthörerinnen begannen, errechnete Burchardt einen Altersdurchschnitt von 35 Jahren. *Anja Burchardt*, Männliche Lehrende – Weibliche Studierende: Die Berliner Professoren und die ersten Medizinstudentinnen, 1896-1910, in: Christoph Meinel/Monika Renneberg (Hrsg.), *Geschlechterverhältnisse in Medizin, Naturwissenschaft und Technik*. Bassum, Stuttgart 1996, 280-287, hier 282.

<sup>14</sup> *Elsbeth Krukenberg-Conze*, Ueber Studium und Universitätsleben der Frauen. Gebhardshagen 1903, 5.

<sup>15</sup> *Hermine Heusler-Edenhuizen*, Die erste deutsche Frauenärztin: Lebenserinnerungen; im Kampf um den ärztlichen Beruf der Frau. Hrsg. v. Heyo Prahm. Opladen 1997, 59.

tigkeit dieser Einrichtung standen Orientierungshilfen und Informationsaustausch über Studienverhältnisse (Studienordnungen und Prüfungsbestimmungen) und die Vermittlung von Logis und Pensionen.<sup>16</sup> Denn allein die Bewältigung des Lebensalltages wie Wohnungs- und Zimmersuche stellten für Studentinnen eine große Herausforderung dar.

Zur gleichen Zeit wurde mit dem „Verein studierender Frauen in Berlin“ ein erster Zusammenschluss gegründet.<sup>17</sup> In den folgenden Jahren bildeten sich weitere Vereine in Bonn, Freiburg, Marburg und Heidelberg, die sich 1906 zum „Verband studierender Frauen“ zusammenschlossen, der dann ab 1912 den endgültigen Namen „Verband der Studentinnen-Vereine Deutschlands“ (VStD) trug. Im selben Jahr erschien auch erstmals als offizielles Sprachorgan die Zeitschrift „Die Studentin“, die zum Sammelpunkt der Interessen der Studentinnen wurde.<sup>18</sup>



Abb.2: Im Studentinnen-Wohnheim, Victoria-Studienhaus – erstes Studentinnenwohnheim in Berlin-Charlottenburg, 1915

Mit Literaturabenden, Klavieraufführungen und Theaterstücken, englischen und französischen Konversationsabenden bewegte sich das Vereinsleben der Studentinnen in Form und Inhalt im Bereich der erlernten und akzeptierten Form der

<sup>16</sup> Burchardt (Anm. 4),146.

<sup>17</sup> Das Vereinslied „Dir Athena Promachos folgen wir im Streite“ hatte keine geringere als Anita Augspurg, eine der exponiertesten Vertreterinnen des radikalen Flügels der Frauenbewegung verfasst; vgl. *Anna Dünnebie/ Ursula Scheu*, Die Rebellion ist eine Frau, in: Anita Augspurg/Lida G. Heymann (Hrsg.), *Das schillerndste Paar der Frauenbewegung*. München 2002.

<sup>18</sup> *Marianne Koerner*, *Auf fremdem Terrain. Studien- und Alltagserfahrungen von Studentinnen 1900 bis 1918*. Bonn 1997, 217f.

weiblich-bildungsbürgerlichen Kultur. Die Studentinnen konzentrierten sich in der Anfangszeit auf das Innenleben der Vereine und auf Aktivitäten mit örtlichen Vereinen der bürgerlichen Frauenbewegung, Aufgaben der universitären Interessenvertretung wurden zunächst nicht wahrgenommen.<sup>19</sup>

Erst in der zweiten Phase verlagerten sich die Aktivitäten der Studentinnenvereine in die universitäre Öffentlichkeit. Die Studentinnen versuchten einen Platz in den Strukturen und Funktionsweisen universitärer Verwaltung und Gremien wahrzunehmen. Zudem entstanden jetzt konfessionell geprägte Vereine wie z.B. 1909 die „Katholische Deutsche Studentinnenverbindung Mechthild“ und politisch motivierte Vereinigungen wie der „Deutsch-akademische Frauenbund“ (DAF),<sup>20</sup> dessen Wahlspruch „Gedenke, daß Du eine deutsche Frau bist“ all diejenigen Studentinnen zusammenschließen sollte, die, „auf deutsch-christlich nationaler Grundlage stehend, das ‚korporative‘ Leben (...) pflegen“ und eine „Erziehungsgemeinschaft“ sein wollten.<sup>21</sup> Die Studentinnenvereine mussten angemeldet und vom Rektor als solche anerkannt werden. Um aber neben Pflichten auch Rechte wahrzunehmen und die spezifischen Interessen der Studentinnen vertreten zu können, mussten die Vereine die vorgeschriebene Form einer Korporation annehmen. Die Universitätsverwaltung akzeptierte grundsätzlich nur einen Verein, wenn er den formalen Satzungen gemäß als eine Korporation ausgewiesen war. Satzungsänderungen der Vereine und Betitelung als Korps mussten also vorgenommen werden.<sup>22</sup> Normen und Regeln des repräsentativ-geselligen Universitätslebens hatten sich an den männlichen Verhaltensweisen und Gepflogenheiten zu orientieren. Auf Teile der Studentinnen übten die in dieser Zeit aufkommenden korporativ strukturierten Studentinnen-Vereinigungen durchaus einen gewissen Reiz aus. Sie imitierten die männlichen Vorbilder, hielten Kommerse und trugen Farben bzw. legten sich eine Repräsentationstracht zu, verzichteten allerdings auf das Tragen von Waffen.<sup>23</sup>

Erstmals öffentlich in Erscheinung traten chargierte Studentinnen anlässlich der 100-Jahr-Feier der Friedrich-Wilhelm-Universität 1910. „Mit hellen Kleidern, schwarzweißen Schärpen (...) und einem schwarzen Samthut mit grauen Straußenfedern“ nahmen sie am Festakt teil.<sup>24</sup> Ihre Präsenz beim Fackelzug und

---

<sup>19</sup> Koerner (Anm. 18), 194f.

<sup>20</sup> Vgl. hierzu Koerner (Anm. 18), 196 und 213ff. sowie Burchardt (Anm. 3), 147.

<sup>21</sup> Burchardt (Anm. 33), 147ff. Gründerin war die Berliner Medizinstudentin Ilse Tesch, verheiratete Szagunn.

<sup>22</sup> Koerner (Anm. 18), 215.

<sup>23</sup> Das Verhältnis der Studentinnenvereine zu den jeweiligen studentischen Gruppen war unterschiedlich und je nach den örtlichen universitären Gegebenheiten verschieden. Schlagende Korps lehnten das Frauenstudium weiterhin ab, die Freistudentenschaft dagegen forderte die grundsätzliche Gleichberechtigung aller Studierenden.

<sup>24</sup> Koerner (Anm. 18), 233.

am anschließenden Festkommers, Bier trinkend und mitsingend, wurde allerdings scharf kritisiert:

„Der deutsche Studentenkommers ist einzig durch seine Vereinigung von Ernst und Ausgelassenheit, Begeisterung und Betrunkenheit. Studentinnen, die ihn besuchen, verderben den Kommers, belästigen die Studenten und erniedrigen sich selbst.“<sup>25</sup>



Abb.3: Berliner Studentinnen auf dem Wege zur Feier der Rektoratsübergabe an der Friedrich-Wilhelm-Universität, Aufnahmedatum 25.9.1917, (Landesbildstelle Berlin)

Wie stark die Universität mit den Korporationen verwoben war, tritt insbesondere an den vielfältigen Karikaturen der rauchenden, „kneipenden“ Studentin hervor. Mit Spott und Übertreibungen sind die Karikaturen zwar Zerrbilder ihrer Zeit, sie bilden dennoch das reale gesellschaftliche Leben ab und illustrieren Ängste und Schrecken, die die Vorstellung von der studierenden Frau wachriefen.<sup>26</sup>

<sup>25</sup> Vgl. ebenso: Ausstellungsgruppe an der Humboldt-Universität zu Berlin und Zentrum für interdisziplinäre Frauenforschung (Hrsg.), Von der Ausnahme zur Alltäglichkeit. Frauen an der Berliner Universität Unter den Linden. Berlin 2003, 52f.

<sup>26</sup> Max Brinkmann, Das Corps Chlamponia. Eine Studentin-Geschichte aus dem 20. Jahrhundert, Berlin 1899 (Nachdruck Göttingen 1981), Titelblatt.

Die Versuche über formale Anpassung auch formal Akzeptanz zu erlangen, sich aber inhaltlich von den Formen abzugrenzen und einen eigenen weiblichen Weg zu finden, erwiesen sich somit nicht nur als schwierig, sondern auch widersprüchlich.<sup>27</sup> Bei der Beurteilung der Bedeutung des Vereinswesens für die Studentinnen ist eine gewisse Skepsis angebracht, da gerade die an männlich geprägten Korporationen orientierten Studentinnenverbindungen für die Mehrheit der studierenden Frauen keine in das Hochschulleben einbindende Funktion erfüllte, dies lässt sich am niedrigen Organisationsgrad ablesen. Die Strukturprinzipien und Werte der Korporationen entsprachen nicht den Interessen und Bedürfnissen der Studentinnen.<sup>28</sup>

So konnten zwar nach dem Selbstverständnis der Universität Bildung von allen erlangt werden, also Männer wie Frauen von Ahnungslosen zu Gelehrten bzw. Gebildeten reifen, im Versuch der Teilhabe am öffentlich-repräsentativen Leben der Universität aber wurde offenkundig, dass die rituellen und symbolischen Bestandteile des universitären Reifungsprozesses als erklärte Erziehungsziele zur Männlichkeit, wie sie nicht nur in den feucht-fröhlichen Zusammenkünften und Trinkritualen der Verbindungsstudenten zum Ausdruck kamen, sondern insgesamt die universitäre Welt bestimmten, Frauen ausschlossen.

„Freilich, der Geist des studentischen Lebens ist ausschließliche Männerkultur, die studierte Frau hat darin noch keinen rechten Platz; sie passt nun einmal nicht zum Ideal der alten Burschenherrlichkeit.“<sup>29</sup>

### **Peinlichkeiten der Koedukation - die akademische Freiheit der Lernenden**

Ein Leserbrief in der Münsteraner Universitätszeitung sorgte 1911 für großes Aufsehen, als ein Kommilitone das Verhalten seiner Geschlechtsgenossen anprangerte: Gerne würden sie den Studentinnen „unabsichtlich“ aufs Kleid treten, ihnen beim Besetzen der Plätze Knüffe beibringen, ihnen Kleckse in die Hefte machen, sie an den Kleiderhaken und beim Aufsuchen der Sitze wegdrängen....“<sup>30</sup> Die männlichen Studenten kamen den ersten Studentinnen „nicht als

<sup>27</sup> Koerner (Anm. 18), 215.

<sup>28</sup> Während Huerkamp einen Organisationsgrad von 15 bis 20% für die Gesamtstudentinnen-schaft des Deutschen Reiches berechnet hat, kommt Burchardt für das Wintersemester 1912/13 an der Berliner Universität auf nicht einmal 6%. Burchardt (Anm. 4), 162, Huerkamp (Anm. 4), 144, vgl. ebenso Gitta Benker/Senta Störmer, Grenzüberschreitungen. Studentinnen in der Weimarer Republik (= Frauen in der Geschichte und Gesellschaft. Hrsg. v. Annette Kuhn und Valentine Rothe Bd. 21). Pfaffenweiler 1991, 144.

<sup>29</sup> Gertrud Bäumer 1906 in einem Vortrag vor der Freien Studentenschaft in Göttingen, Göttinger Freistudentische Wochenschau 2 (1906), 20, zit. nach Sigrid Bias-Engels, „Rosenknospen ersticken im Wüstensande“ – Das Frauenstudium im Spiegel der studentischen Presse 1895-1914, in: Anne Schlüter/Annette Kuhn (Hrsg.): Lila Schwarzbuch. Düsseldorf 1988, 47.

<sup>30</sup> Münsteraner Universitätszeitung 1911/12, Nr. 139, 750 zit. nach Bias-Engels, (Anm. 29),

Kameraden entgegen, sondern als Feinde, die sich gegen verächtliche Eindringlinge wehrten.“ „Die Studentinnen mischten sich „nur mit Grausen unter sie.“<sup>31</sup> Einige Verhaltensweisen der männlichen Studenten den Studentinnen gegenüber könnten vielleicht als spätpubertär klassifiziert werden, z. B. wenn sie beim Eintritt der Studentinnen mit den „Füßen scharren“, „pfiffen“ oder „taktlose Witze“ zum Besten gaben. Aber die Kluft reichte viel tiefer. Mit keinem einzigen der männlichen Kommilitonen wechselten die ersten Studentinnen „auch nur ein Wort“ berichtete die spätere Ärztin Hermine Heusler-Edenhuizen (1872-1955).<sup>32</sup>

Die Studenten protestierten gegen die Anwesenheit der Studentinnen in den Hörsälen und versuchten, deren Teilnahme zu verhindern, und dies nicht ohne Erfolg. Dozenten nahmen die bereits erteilte Teilnahmeerlaubnis zurück, wie z.B. 1899/1900 ein Privatdozent für Haut- und Geschlechtskrankheiten an der Berliner Universität, der einer „Dame, die schon länger an der Berliner Universität sozialwissenschaftliche Studien“ betrieb, zunächst die Erlaubnis zur Teilnahme an seiner Vorlesung über Prostitution erteilt hatte. Durch wiederholte „lärmend geäußerte Massenkritik seines Auditoriums“ beim Erscheinen der Studentin im Hörsaal, konnten die Studierenden es schließlich durchsetzen, dass Behrend die Teilnahmeerlaubnis wieder entzog.<sup>33</sup>

Doch nicht allorts wurde dem Eintritt der Frauen in die Hörsäle mit einer derartig schroffen Ablehnung begegnet wie an der von militärischem Geist geprägten Berliner Medizinischen Fakultät. Dies wird z.B. in den Lebenserinnerungen von Rahel Goitein (1880-1963), der ersten im Jahre 1900 in Heidelberg „rite“ immatrikulierten Studentin, deutlich: für immerhin drei Semester „das einzige weibliche Wesen“ im Kreise ihrer Mitstudenten wurde Rahel Goitein hofiert und gelegentlich sogar mit „Veilchensträußen im Präparierschrank“ verwöhnt.<sup>34</sup> Auch Heusler-Edenhuizen bezeichnete die „sehr offizielle“ Bekanntschaft zu einigen Kommilitonen in Halle, die sich zwar auf den Hörsaal beschränkte, gegenüber den negativen Erfahrungen in Berlin als „Fortschritt“ und der Studentenschaft in Bonn, wohin sie schließlich im Sommersemester 1900 wechselte, attestierte sie, dass „sie bessere Umgangsformen zeigte, als die in Berlin und Halle.“<sup>35</sup>

<sup>31</sup> *Heusler-Edenhuizen* (Anm. 15), 48f. bzw. 51.

<sup>32</sup> Hermine Heusler-Edenhuizen weilte im Sommersemester 1898 als Gasthörerin an der Berliner Medizinischen Fakultät. *Heusler-Edenhuizen* (Anm. 15), 51 und 59.

<sup>33</sup> *Burchardt* (Anm. 3), 95.

<sup>34</sup> *Rahel Straus*, *Wir lebten in Deutschland. Erinnerungen einer deutschen Jüdin 1880-1933* (=Veröffentlichung des Leo Baeck-Instituts), hrsg. und mit einem Nachwort versehen von Max Kreuzberger. Stuttgart 1961, zit. nach Wolfgang U. Eckart: „Zunächst jedoch nur versuchs- und probeweise“ – Sommersemester 1900: Die Medizinstudentinnen beziehen die Universität Heidelberg, in: *Heidelberg - Jahrbuch zur Geschichte der Stadt* 4 (1999), 77-98, hier 84.

<sup>35</sup> *Heusler-Edenhuizen* (Anm. 15), 68f. sowie 59, vgl. ebenso *Burchardt* (Anm. 3), 185f.

Die Anwesenheit der Frauen im Lehrbetrieb führte zu Verhaltensweisen der männlichen Kommilitonen, die von Verunsicherungen und Irritationen bis hin zur offenen Ablehnung reichten. Durch die Anforderungen einer Koedukation entpuppte sich die wertfreie und vermeintlich „geschlechtsneutrale“ Universität als rein männliches Geschlechterverhältnis.

### **Sonderkurse – „Spezialkollegien für Damen“**

Auch in den Jahren nach Erlangen der regulären Immatrikulation häuften sich noch Beschwerden über das schlechte Benehmen der Studenten. Das Verhältnis zwischen männlichen und weiblichen Studierenden war weit von dem von der Frauenbewegung angestrebten Ideal „neuartiger menschlicher Beziehungen, Kameradschaft, Freundschaft“ entfernt.<sup>36</sup> Die rüden Umgangsformen und das schlechte Benehmen der männlichen Studenten bemühten auch viele Professoren, um ihre eigene Ablehnung von Frauen im Auditorium zu begründen. Sie waren der Auffassung, dass sie die Studentinnen vor diesen Auswüchsen nicht schützen könnten und plädierten daher für reine „Spezialkollegien für Damen“ bzw. für Sonderkurse. Im Rahmen der Zulassung der Hospitantinnen 1896 waren „Parallelvorlesungen und -kurse“ bei Veranstaltungen, in denen „Geschlechtesverhältnisse zur Sprache“ kämen und in welchen „sexuelle Materien berührt“<sup>37</sup> würden, eingeführt worden, mit der Begründung, dass eine Koedukation nicht realisierbar und weiterhin als „erstrebenswertes Ziel die Einrichtung einer besonderen Frauen-Universität ...ins Auge“ zu fassen sei.

Die Medizinische Fakultät insistierte allerdings auf der Auslegung, dass Dozenten keinesfalls gezwungen werden dürften, weibliche Hörer zu akzeptieren, da dies einer Beschränkung der Lehrfreiheit gleichkäme. Auch nach der Freigabe der Immatrikulation hatten die Professoren aufgrund des Ausnahmeparagraphen, (§3) der Zulassungsordnung, die Möglichkeit, beim Kultusministerium den Ausschluss von Frauen von ihren Lehrveranstaltungen zu beantragen – fünf Professoren der Friedrich-Wilhelm-Universität machten von der Zulassungseinschränkung Gebrauch.<sup>38</sup>

Besonders prekär waren jene Lehrveranstaltungen, in denen entweder das „Geschlecht“ durch die „Nacktheit des Körpers“ offenkundig wurde oder gesellschaftlich tabuisierte Themen wie z. B. Geschlechtskrankheiten thematisiert

<sup>36</sup> *Marianne Weber*, *Frauenfragen und Frauengedanken*. Tübingen 1919, 179-201, hier 184, zit. nach *Burchardt* (Anm. 3), 189.

<sup>37</sup> Archiv der Humboldt Universität Berlin, Akten der Medizinischen Fakultät der Berliner Friedrich-Wilhelm-Universität betr. Frauenstudium, Med. Fak. Acta 101, Bl.6, zit. nach *Burchardt* (Anm. 3), 96.

<sup>38</sup> Dies waren der Ordinarius für Anatomie Wilhelm Waldeyer (1836-1921), der Gerichtsmediziner Kurt Strauch (1868-1931), der Dermatologe Edmund Lesser (1852-1918) und der Medizinhistoriker Julius Pagel (1851-1912), *Burchardt* (Anm. 3), 105.

wurden, die nach den gesellschaftlichen Auffassungen und den weiblichen Erziehungsidealen keinesfalls für Frauenohren und -augen bestimmt waren. Die bürgerlichen Töchter wurden in den Familien normalerweise über alles, was mit Körperlichkeit und Sexualität zu tun hatte, in Unwissenheit gelassen. Dies war insbesondere in den Anatomie- bzw. Präparierkursen gegeben, in denen durch die nackten Körper die Geschlechtlichkeit öffentlich zu sehen war. Innerhalb eines gleichgeschlechtlichen männlichen und abstrakt als Mann-Mensch konstruierten Auditoriums war die Geschlechtlichkeit nicht sichtbar. Aber durch ein gemischtes Publikum von Männern und Frauen trat sie hervor.

„Man denke sich nur die junge Dame im Sezierraum mit Messer und Pincette vor der gänzlich entblößten männlichen Leiche sitzen und Muskeln oder Gefäße und Nerven oder Eingeweide präparieren, man denke sie sich die Leichenöffnung eines Mannes oder einer Frau machen und zur notwendigen Aufklärung der Krankheitserscheinungen die Beckenorgane mit allem was dazu gehört untersuchen ... man berücksichtige, dass das alles in Gegenwart der männlichen Studenten vor sich geht, dass die männlichen wie weiblichen in der ersten Zeit der Mannbarkeit stehen, wo die Erregung der Sinnlichkeit ganz besonders leicht und gefährvoll ist.“<sup>39</sup>



Abb. 4: Anatomiesaal der Universität Halle, Wintersemester 1907, aus Glaser/Pützstück: Ein deutsches Bilderbuch 1870-1918, S. 288. Foto: Gerda Laven/Köln

Glaubte man, dass bereits die Psyche der Frau für das Studium nicht geeignet war und Frauen durch ihre konstitutionelle Schwäche den Anforderungen eines

<sup>39</sup> Kirchhoff (Anm. 5), 69.

Studiums nicht gewachsen wären, so wurde immer wieder darauf hingewiesen, dass ihre Schamhaftigkeit und Tugend Not leiden würde und man sorgte sich um das Weiblichkeitsideal, da durch das Studium eine Virilisierung bzw. der Verlust der Weiblichkeit zwangsläufig eintreten würde. Insbesondere wenn sich die Studentinnen mit Anatomie und Geschlechtskrankheiten beschäftigten, würde die Weiblichkeit Schaden nehmen und danach wolle bestimmt niemand sie mehr heiraten, mutmaßte die studentische Presse.<sup>40</sup>

Diese Ausgrenzung der Frauen von den regulären Lehrveranstaltungen bedeutet zugleich aber eine Beschneidung der Privilegien der akademischen Bürgerschaft, eine Begrenzung der freien Wahlmöglichkeit und einen Ausschluss vom abstrakten und freien Ideenaustausch – dies blieb durch die Einrichtung von Sonderkursen den männlichen Studenten vorbehalten. Zudem ließen die Sonderkurse die Möglichkeit offen, doch langfristig weiterhin für separate Frauenuniversitäten einzutreten. Die Tatsache, dass den Professoren der preußischen Universitäten - auch nach der regulären Immatrikulation - weiterhin das Recht eingeräumt wurde, Frauen von der Teilnahme an Vorlesungen auszuschließen und auf Antrag Sonderkurse für Frauen einzurichten, muss zudem als ein Versuch gewertet werden, das Modell der männlichen Gleichgeschlechtlichkeit in der universitären Lehre auf diese Weise aufrechtzuerhalten.

### **„Weibliche Ehre“ und verletzte Scham**

Der Verlust der Weiblichkeit bzw. der Sittlichkeit und damit der „weiblichen Ehre“ war von Anbeginn die größte Befürchtung. Im Gegensatz zum studentischen Ehrenkodex wurde die „weibliche Ehre“ hauptsächlich als spezifische Geschlechtsehre gedacht, eine Berufsehre existierte für Frauen nicht. Die Verletzung der weiblichen Ehre wurde unter „Ehrenmännern“ geregelt - ohne Frauen. „Weibliche Ehre“ war im Rahmen der sogenannten Sittlichkeitsfrage in der Frauenbewegung dieser Zeit ein Thema mit hoher politischer Brisanz, denn es ging um den Angriff auf die geltende Moral. Es betraf das Grundanliegen der weiblichen Selbstbestimmung über den eigenen Körper und den Kampf gegen eine gesellschaftliche Doppelmoral, die unterschiedliche Maßstäbe für Männer und Frauen anlegte. Zwar wagte um die Jahrhundertwende fast niemand öffentlich über die Tabuthemen weiblicher und männlicher Sexualität zu sprechen, indirekt aber fanden sie Eingang über die Diskussion des sozialen Problems der Prostitution.

Obwohl Prostitution gesetzlich verboten war, wurde sie von der Obrigkeit geduldet und, um die Ausbreitung von Geschlechtskrankheiten zu verhindern, kontrolliert und reglementiert. Jede Frau, die sich allein auf der Straße bewegte,

---

<sup>40</sup> James C. Albisetti, *The Fight for Female Physician in Imperial Germany*, in: *Central European History* 15 (1982), 99-123, hier 113.

konnte als Dirne angesehen bzw. denunziert werden und nur die körperliche Untersuchung durch den Arzt konnte ihre „Unschuld“ attestieren. In der Frauenpresse, der von Minna Cauer (1841-1922) herausgegebenen Zeitschrift des radikalen Flügels der Frauenbewegung war zu lesen:

„Ehre – ist die Wertung der menschlichen Persönlichkeit. Noch heute wird die Ehre gewogen nach Geburt, Beruf und Geschlecht. Während die männliche Ehre sich hauptsächlich nach dem Beruf bemisst und ein Ausfluß der bürgerlichen Sonderrechte des Mannes ist, wurzelt nach den willkürlichen Einrichtungen unserer Zeit, welche der Frau jede bürgerliche Ehre versagt, die weibliche Ehre hauptsächlich im Geschlecht. Darum wirkt jeder Angriff auf das Geschlecht vernichtend auf die persönliche Ehre.“<sup>41</sup>

Frauen konnten keine Kameradinnen, keine Kommilitoninnen sein, weil sie Frauen waren; sie konnten keine akademisch-bürgerlichen Freiheiten ausüben, weil sie nicht Teil der bürgerlichen Öffentlichkeit waren. Sie waren entsprechend dem akademischen Kommt aufgrund ihres Geschlechts auf keiner Ebene satisfaktionsfähig, weder auf dem Mensur- bzw. Paukboden noch im Hörsaal. Kurz, die Anwesenheit der Studentinnen machte deutlich, dass die universitäre Welt von einem ausschließlich männlich konnotierten Ehr- und Freiheitsbegriff aufgeladen war, sodass die Zulassung von Frauen zur Universität einer kulturellen Revolution in dieser Institution gleichkam.

Die Tatsache, dass 1899 der Bundesrat dennoch beschloss, Frauen zum ärztlichen, zahnärztlichen und pharmazeutischen Staatsexamen zuzulassen, ist kein Ergebnis des Reformwillens der Universitäten, sondern ist allein dem gesellschaftlichen Modernisierungsprozess und dem in Medien und Politik erzeugten öffentlichen Druck geschuldet. Trotzdem blieben anhaltende Widerstände in den Universitäten bestehen, insbesondere in der Berliner Medizinischen Fakultät, wo Frauen sich erst ab 1908 regulär immatrikulieren konnten.

### **Immatrikulationsrecht versus akademischer Berufsweg**

„Seitdem Haarnadeln hier und da auf dem Vorhof der Berliner Universität zu finden sind, hat das akademische Leben eine gewisse Depression erfahren“ so beschreibt der Medizinhistoriker Julius Pagel (1851-1912) die Situation an der Jahrhundertwende. Bereits das Symbol der Weiblichkeit – die Haarnadel – verletzte nach seiner Meinung die „Würde der Universität“.<sup>42</sup> Dass aber die gleiche

<sup>41</sup> Marie Raschke, Die weibliche Ehre, in: Die Frauenbewegung 3 (1897), Nr. 24 vom 15.12.1897, 250-251, zit. nach Elisabeth Meyer-Renschhausen, Zur Geschichte der Gefühle. Das Reden von „Scham“ und „Ehre“ innerhalb der Frauenbewegung um die Jahrhundertwende, in: Christiane Eifert/Susanne Rouette (Hrsg.), Unter allen Umständen: Frauengeschichte(n) in Berlin. Berlin 1986, 99-123, hier 102f.

<sup>42</sup> Julius Pagel, Grundriß eines Systems der Medizinischen Kulturgeschichte. Berlin 1905, 44f.

Würde – der liberale Geist der Wissenschaft und die an Verdienst orientierten Universitätsverfassungen – den Frauen weit mehr Räume als nur den Vorhof der Universität einräumen konnte, wurde 1906 offenkundig, als die Zoologin Marie Gräfin von Linden (1869-1936) ein Habilitationsgesuch an das preußische Kultusministerium richtete, das von einer Mehrheit der Mitglieder der Bonner Medizinischen Fakultät unterstützt wurde.<sup>43</sup>

Das Ministerium lancierte daraufhin eine Umfrage an allen preußischen Universitäten<sup>44</sup>, um zu klären, ob die Habilitation von Frauen mit der gegenwärtigen Verfassung und den Interessen der Universität vereinbar sei. „Das Hauptinteresse der Universitäten galt der ‚Venia legendi‘, der Lehrbefugnis. Einige Fakultäten beschränkten sich darauf, die Widrigkeiten zu schildern, denen Frauen im Lehrbetrieb ausgesetzt wären. So könne ‚... man Damen, die sich habilitieren wollen, nicht zum Zölibat verurteilen‘, Vorlesungen ‚würden unter Umständen aus Schicklichkeitsgründen und aus Gründen der Notwendigkeit Unterbrechung erfahren‘, und es sei unmöglich, die ‚notwendige Unterrichtsdisziplin‘ und den ‚nötigen Respekt‘ zu wahren, denn ‚das Weib lässt sich nicht gegenüber dem Gelehrten vergessen‘.“<sup>45</sup>

Diesem Rekurs auf die ‚weibliche Ehre‘ stand die unverblünte Forderung gegenüber, dass die Universität ein Ort gleichgeschlechtlicher Männlichkeit bleiben müsse. Schließlich sei der Nutzen für den Unterricht mit zu vielen Nachteilen erkauft, um deshalb ‚die bewährte Einrichtung preiszugeben, auf der Universität die Studenten von Männern zu Männern erziehen zu lassen‘. Gerade in der ‚Virilität des Hochschulbetriebes‘ offenbare sich das ‚allgemeine Interesse der Universität‘, das über die Partikularinteressen der einzelnen Fakultäten weit hinausgehe. Mit der Einrichtung der weiblichen Dozentur würde der ‚rein männliche Charakter des akademischen Lehrkörpers‘ aufgelöst. Schließlich, wenn ‚Frauen als Privatdozenten an deutschen Universitäten zugelassen würden, wäre es eine natürliche Forderung, dass ihnen auch die weitere akademische Karriere geöffnet wird‘, d.h. die Professur.<sup>46</sup> Auf der Basis dieser Gutach-

<sup>43</sup> *Eva Brinkschulte*, Preußische Wissenschaftsbürokratie im Zugzwang der Geschlechterfrage. Die Umfrage des Ministeriums für die geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten von 1907, in: Johanna Bleker (Hrsg.), *Der Eintritt der Frauen in die Gelehrtenrepublik. Zur Geschlechterfrage im akademischen Selbstverständnis und in der wissenschaftlichen Praxis am Anfang des 20. Jahrhunderts* (=Abhandlungen zur Geschichte der Medizin und der Naturwissenschaften, 84). Husum 1998, 51-69; *dies.*, Wissenschaftspolitik im Kaiserreich entlang der Trennungslinie Geschlecht. Die ministerielle Umfrage zur Habilitation von Frauen aus dem Jahre 1907, in: Elisabeth Dickmann/Eva Schöck-Quinteros (Hrsg.), *Barrieren und Karrieren. Die Anfänge des Frauenstudiums in Deutschland*. Berlin 2000, 177-192; zum Habilitationsrecht von Frauen vgl. ebenso *Hiltrud Häntzschel*, *Zur Geschichte der Habilitation von Frauen in Deutschland*, in: Häntzschel/Bußmann (Anm. 4), 105-136.

<sup>44</sup> *Brinkschulte*, *Wissenschaftsbürokratie* (Anm. 43), 51-69.

<sup>45</sup> *Ebenda*, 56.

<sup>46</sup> *Ebenda*.

ten verfügte das preußische Ministerium 1908 in einem Runderlass, dass die Habilitation von Frauen nicht zulässig sein sollte. Dies stellte nicht nur einen Eingriff in die Autonomie der Universitäten dar, sondern muss angesichts der Chronologie der Ereignisse als ein Zugeständnis für das allgemeine Immatrikulationsrecht von Frauen an preußischen Universitäten gewertet werde.

Erst die Weimarer Verfassung und die in ihr garantierten gleichen staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten für Männer wie Frauen eröffnete Frauen den wissenschaftlichen Berufsweg. Nun wurde offiziell anerkannt, „daß in der Zugehörigkeit zum weiblichen Geschlecht kein Hindernis gegen die Habilitierung erblickt werden darf“. 1918/19 habilitierte sich als erste Adele Hartmann (1881-1937) für das Fach Anatomie. Bis 1933 folgten in Deutschland 12 weitere Habilitationen von Frauen in der Medizin, eine reguläre Professur erhielt allerdings keine von ihnen.

### **Schlussbetrachtung**

Schlaglichtartig wurde das Selbstverständnis der Universität am Ende des 19. Jahrhunderts als eine korporativ verfasste Männergemeinschaft beleuchtet, in der sich geschlechtsspezifische Normen, Verhaltensstereotypen, Symbole und Rituale herausbildeten und reproduzierten. Die Zulassung von Frauen an die Universitäten stellte die Reproduktionsbedingungen für eine herkömmliche Form von Männlichkeit an diesem Ort infrage, dies war der Kern der Diskussion. In Preußen waren zwar die Beharrungskräfte besonders stark, aber die Entwicklungen sind insgesamt für das Deutsche Reich repräsentativ. Die Zulassungsdiskussion ist demnach sowohl als eine Geschichte über die Ungleichbehandlung von Frauen zu verstehen, als auch ein Ausschnitt aus der spezifischen Geschichte der männlichen Kultur in der bürgerlichen Gesellschaft. Weiterführend ist vor allem nach der kulturellen Bedeutung der männlichen Gleichgeschlechtlichkeit zu fragen, dem das Modell der nach Geschlechtern getrennten Sphären zugrunde liegt und das heute z.B. noch in der Wirtschaft besteht. Unter methodischen Gesichtspunkten wird aber auch deutlich, dass die Geschichte der Männlichkeit nur über die Konfrontation mit der Geschichte von Frauen gelingt, da sie zumeist kulturelle Praktiken hinterfragt, die in ihrer Selbstverständlichkeit scheinbar zu offensichtlich sind. Hierin liegt aber genau ihre besondere wissenschaftliche Relevanz.



Heike Kahlert

## **Qualitätsoffensive für die Wissenschaft? Perspektiven von hochschulischen Führungskräften auf die Gleichstellung am Beispiel der Universität Rostock**

### **1. Gender Mainstreaming als Gleichstellungsstrategie**

Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union, darunter auch die Bundesrepublik Deutschland, haben sich im Amsterdamer Vertrag, der seit dem 01. Mai 1999 in Kraft ist, verpflichtet, Gender Mainstreaming umzusetzen. Gender Mainstreaming ergänzt und erweitert die bisherige gleichstellungspolitische Strategie der Frauenförderung, die von speziellen organisatorischen Einheiten betrieben wird, an der konkreten Situation der Benachteiligung von Frauen ansetzt und ein rasches und zielorientiertes Handeln zu spezifischen Problemstellungen ermöglicht. Gender Mainstreaming<sup>1</sup> besteht darin, dass alle an politischer Gestaltung beteiligten Akteurinnen und Akteure die Perspektive der Gerechtigkeit und Gleichstellung der Geschlechter in allen Politiken auf allen Ebenen und Stufen eingliedern:

„*Gender Mainstreaming* ist damit ein *Auftrag*

– an die Spitze einer Verwaltung, einer Organisation, eines Unternehmens und

– an alle Beschäftigten,

die unterschiedlichen Interessen und Lebenssituationen von Frauen und Männern

– in der Struktur,

– in der Gestaltung von Prozessen und Arbeitsabläufen,

– in den Ergebnissen und Produkten,

– in der Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit,

– in der Steuerung (Controlling)

von vornherein zu berücksichtigen, um das *Ziel* der Gleichstellung von Frauen und Männern effektiv verwirklichen zu können.“<sup>2</sup>

---

<sup>1</sup> Dabei meint der englische Begriff ‚gender‘ die gesellschaftlich und kulturell geprägten Geschlechterrollen von Frauen und Männern, die anders als das biologische Geschlecht ‚sex‘ erlernt und damit veränderbar sind. ‚Mainstreaming‘ bedeutet in diesem Zusammenhang, dass eine bestimmte inhaltliche Vorgabe bzw. Zielsetzung, die bisher nicht das Handeln bestimmt hat, nun zum zentralen und selbstverständlichen Bestandteil bei allen Entscheidungen und Prozessen gemacht wird; vgl. *Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend*. 2002, 5.

<sup>2</sup> *Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend*, Gender Mainstreaming: Was ist das? Berlin 2002 (wie Anm. 1), 5, Hervorhebung im Original.

Gender Mainstreaming bezieht idealerweise also alle an einer Entscheidung beteiligten Personen ein und setzt als Querschnittsstrategie an allen politischen Entscheidungen an. Es ist grundlegend und breiter als Frauenförderung und dauert länger in der Umsetzung. Dabei birgt es Potenzial für eine nachhaltige Veränderung bei allen Akteurinnen und Akteuren und bei allen politischen Prozessen. Die Grundlagen für Gender Mainstreaming in allen politischen Institutionen ergeben sich aus dem normativen Grundsatz der Gerechtigkeit und aus geltendem Recht auf EU-, Bundes- und Landesebene.

Auch die Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern hat in Koalitionsverträgen für die 4. und 5. Legislaturperiode vereinbart, die Querschnittsaufgabe Gender Mainstreaming zu fördern und noch vorhandene Benachteiligungen von Frauen weiter abzubauen.<sup>3</sup> Hierzu wurden auf Landesebene Pilotprojekte in verschiedenen Ministerien und Ressorts durchgeführt. Als öffentliche politische Institutionen sind auch die Hochschulen Mecklenburg-Vorpommerns zur Erfüllung des Verfassungsauftrags und zur Umsetzung von Gender Mainstreaming verpflichtet.

Vor diesem Hintergrund wurde an der Universität Rostock im Frühjahr 2003 von einer hochschulintern zusammengesetzten Arbeitsgruppe<sup>4</sup> ein sogenanntes Gender-Mainstreaming-Statut erarbeitet, das auf die organisationale Selbstverpflichtung zielt, zur konsequenten Umsetzung der Gleichstellung von Frauen und Männern das Gender-Mainstreaming-Prinzip einzuführen und umzusetzen. Das Gender-Mainstreaming-Statut der Universität Rostock dient in Anlehnung an EU-, Bundes- und Landesrecht als ‚Klammer‘ für die zu verabschiedende Personalentwicklungskonzeption (gemäß Landeshochschulgesetz LHG M-V 2002) und für den ebenfalls seinerzeit zu entwickelnden Frauenförderplan der Universität Rostock (gemäß Gleichstellungsgesetz GlG M-V 1998). Als Gleichstellungsrichtlinie bekam dieses Statut nach Diskussion im Akademischen Senat am 05. November 2003 und nach Verabschiedung durch den Rektor am 19. März 2004 Satzungscharakter. Infolgedessen wurde schließlich auch der erste Frauenförderplan der Universität Rostock für den Zeitraum von 2006 bis 2009 erarbeitet.<sup>5</sup>

---

<sup>3</sup> Koalitionsvertrag 2002-2006 der SPD-Landtagsfraktion Mecklenburg-Vorpommern und der PDS-Landtagsfraktion Mecklenburg-Vorpommern vom 05. November 2002. Schwerin 2002, Punkt 6 der Präambel, vgl. Abschnitt VII insbes. Punkt 159; Koalitionsvertrag 2007-2011, Punkte 258, 260 und 267.

<sup>4</sup> Die Arbeitsgruppe bestand aus der Gleichstellungsbeauftragten Dr. Gundula Moldenhauer, dem Personaldezernenten Andreas Tesche und der Autorin dieses Beitrags, die als wissenschaftliche Assistentin am Lehrstuhl für Allgemeine Soziologie – Makrosoziologie tätig war. Beraten wurde die Arbeitsgruppe von der Prorektorin Prof. Dr. Thusnelda Tivig und dem Kanzler Joachim Wittern.

<sup>5</sup> In Vorbereitung des ersten Frauenförderplans der Universität Rostock wurde eine Bestandsaufnahme und Analyse der Beschäftigten- und Studierendenstruktur (einschließlich

Die Überlegungen der Universität Rostock zur Implementation von Gender Mainstreaming gaben auch den Anlass zur Durchführung des Projekts „Strategieentwicklung zur Implementation von Gender Mainstreaming an Hochschulen (am Beispiel der Universität Rostock)“<sup>6</sup>, aus dem hier ausgewählte Ergebnisse vorgestellt werden. Zielsetzung dieses Forschungs- und Beratungsprojekts war die exemplarische Erarbeitung von Konzeptvorschlägen zur Umsetzung von Gender Mainstreaming an Hochschulen. In der Fallstudie an der Universität Rostock wurden im Rahmen einer sogenannten Organisationsdiagnose Führungskräfte der mittleren Ebene aus Wissenschaft und Verwaltung interviewt, Informations- und Sensibilisierungsveranstaltungen für ausgewählte Hochschulgremien auf Universitäts- und Landesebene durchgeführt und Konzeptvorschläge zur Implementation von Gender Mainstreaming an den Hochschulen Mecklenburg-Vorpommerns erarbeitet.

Ausgewählte Ergebnisse der Organisationsdiagnose stehen im Mittelpunkt der folgenden Ausführungen. Im Anschluss an die Erläuterung des methodischen Vorgehens bei dieser Studie (Kap. 2) stelle ich die Ergebnisse zu Erwartungen und Befürchtungen der befragten Führungskräfte an die Umsetzung von Gender Mainstreaming (Kap. 3), zu ihren Vorstellungen, Ansatzpunkten und benötigten Ressourcen für die Umsetzung (Kap. 4) sowie schließlich die von ihnen genannten Zuständigkeiten und die nächsten Schritte für die Umsetzung vor (Kap. 5). Ein kurzes Fazit bündelt die Ergebnisse in aktuelle Entwicklungen ein und rundet damit diesen Beitrag ab (Kap. 6).

## 2. Methodisches Vorgehen im Rahmen der Organisationsdiagnose

Organisationsdiagnosen sind ein wichtiges Instrument der Organisationsführung, denn das Erste, was für ein sinnvolles Management von Veränderungen gebraucht wird, sind saubere Entscheidungsgrundlagen: „Eine gute Diagnose ist

---

Promotionen und Habilitationen) von 1995 bis 2004 erstellt; vgl. *Peter A. Berger/Heike Kahler*, Bestandsaufnahme und Analyse der Beschäftigten- und Studierendenstruktur (einschließlich Promotionen und Habilitationen) von 1995 bis 2004 zum Frauenförderplan der Universität Rostock. Rostock: Institut für Soziologie und Demographie der Universität Rostock 2005, <http://www.uni-rostock.de/andere/gbur/downloads/FrauenfoerderplanAnlage.pdf> (24.07.2010).

<sup>6</sup> Die Antragstellung für das Projekt „Strategieentwicklung zur Implementation von Gender Mainstreaming an Hochschulen (am Beispiel der Universität Rostock)“ erfolgte durch die Gleichstellungsbeauftragte der Universität Rostock, Dr. Gundula Moldenhauer, in Kooperation mit der Autorin dieses Beitrags, die die wissenschaftliche Konzeption und Leitung inne hatte. Die Hochschulleitung unterstützte das Vorhaben. Das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur Mecklenburg-Vorpommern förderte das Projekt vom 01. September bis zum 31. Dezember 2003 mit 19.500,-- € aus Mitteln des Hochschul- und Wissenschaftsprogramms (HWP).

die halbe Miete.“<sup>7</sup> Erfolgreiches Organisationsmanagement beruht zu einem guten Teil auf kontinuierlicher handlungsorientierter Organisationsdiagnose. Organisationsdiagnosen sind aber auch ein wichtiges Instrument der Organisationsforschung und -beratung, denn methodisch kontrolliert durchgeführt bedeuten sie ein „geplantes und systematisches Vorgehen, um Informationen über den inneren Zustand der Organisation zu gewinnen“<sup>8</sup>. Die Organisationsdiagnose stellt zumeist den ersten Schritt im Organisationsentwicklungsprozess dar. Nach Klaus Doppler und Christoph Lauterburg müssen zwei Voraussetzungen gegeben sein, wenn eine Organisationsdiagnose in Angriff genommen werden soll: die Bereitschaft, offen über die Ergebnisse zu informieren – und der Wille, die Ergebnisse in konkrete Maßnahmen umzusetzen.

Die Durchführung einer Organisationsdiagnose ist in der Organisationsführung in Situationen angebracht, in denen es notwendig ist, systematisch in eine Organisation hineinzuleuchten, um die Voraussetzungen für anstehende Veränderungen transparent zu machen. Die geplante Implementation von Gender Mainstreaming ist eine solche Situation. Aus systemischer Sicht verändert die Implementation von Gender Mainstreaming nämlich die gesamte Organisation, selbst dann, wenn sie nur in einer Organisationseinheit, einem Dezernat oder einer Fakultät ansetzen soll. Für diesen Fall liefert die Organisationsdiagnose eine wichtige Entscheidungsgrundlage für den mit der Implementation von Gender Mainstreaming verbundenen Organisationsentwicklungsprozess.

Im Rahmen der Organisationsdiagnose sollten daher das in der Universität vorhandene Wissen über Gender Mainstreaming erfasst, beschrieben und ausgewertet sowie die Bereitschaft und Möglichkeiten zur Umsetzung eingeschätzt werden. Gemäß dem Gender-Mainstreaming-Ansatz, der ein Top-down-Prinzip beinhaltet, sollten Führungskräfte aus Wissenschaft *und* Verwaltung befragt werden, denn, so die Vorannahme bei der Planung der Studie, die erfolgreiche Umsetzung von Gender Mainstreaming müsste beide Organisationsbereiche umfassen. Um das Gender-Mainstreaming-Wissen der verschiedenen Organisationsbereiche der Universität – Fakultäten und Dezernate – adäquat abbilden zu können, fiel die Auswahl der zu Befragenden auf die Dekane<sup>9</sup> und die Dezernentinnen und Dezernenten, denn diese stellen innerorganisational die mittlere Führungsebene und damit eine zentrale Umsetzungsebene für Gender Mainstreaming dar.

Zum Zeitpunkt der Planung der Organisationsdiagnose im Sommer 2003 bestand die Universität Rostock aus acht Fakultäten mit folglich acht Dekanen so-

---

<sup>7</sup> Klaus Doppler/Christoph Lauterburg, *Change Management. Den Unternehmenswandel gestalten*. 10. Auflage, Frankfurt/New York 2002, 233.

<sup>8</sup> Ebd. 233.

<sup>9</sup> Zu diesem Zeitpunkt hatte die Universität Rostock keine Dekanin, so dass sich im Folgenden die geschlechterdifferenzierende Sprache bei der Benennung der Führungskräfte aus dem Wissenschaftsbereich erübrigt.

wie aus fünf Dezernaten mit zwei Dezenten und drei Dezententinnen. Während der Durchführung der Organisationsdiagnose im Herbst 2003 teilte sich eine Fakultät kurz nach der Befragung ihres Dekans, dies fand keinen Niederschlag mehr in der Zusammensetzung des Befragungssamples. Eine zweite Veränderung gegenüber der Planung der Organisationsdiagnose hatte sich bis zu ihrer Durchführung im Herbst 2003 in der Verwaltung bereits vollzogen und damit Konsequenzen für die Zusammensetzung des Samples der Befragten: Hier waren inzwischen zwei Dezernate zusammengelegt worden, sodass nur je zwei Dezententinnen und Dezenten befragt werden konnten. Ergänzend wurde aufgrund seiner Teilnahme an einem für die Studie relevanten Gremium auch ein Referatsleiter befragt. Insgesamt wurden also dreizehn Führungskräfte interviewt: elf Männer und zwei Frauen. Die geschlechterunparitätische Zusammensetzung des Samples mag zwar auf den ersten Blick unter Berücksichtigung des Befragungsgegenstands verwundern. Sie stellt jedoch eine unhintergehbare Realität dar, die für die Umsetzung von Gender Mainstreaming an Hochschulen von hoher Bedeutung ist: Zumindest auf der Wissenschaftsseite der Organisation sind die Führungskräfte hier fast ausschließlich männlichen Geschlechts.

Die Durchführung einer Organisationsdiagnose ist „immer eine markante, kulturprägende Intervention“. <sup>10</sup> Die Entscheidung zu ihrer Realisierung und die damit verbundene Methodenwahl enthält immer eine verschlüsselte Botschaft über die Einschätzung der Kommunikationsstrukturen innerhalb der Organisation. Als Befragungsmethode für die hier vorgestellte Organisationsdiagnose wurde das leitfadengestützte Experteninterview gewählt. <sup>11</sup> Es ist ein persönliches und individuelles Einzelgespräch mit einer durchschnittlichen Dauer von ein bis zwei Stunden, abhängig vom Kommunikationsgegenstand, vom zugehörigen Leitfaden und von der Interviewsituation. Diese Methode bietet einen hohen Offenheitsgrad, eine umfangreiche Interaktivität mit einer großen Kommunikationsqualität sowie einen Tiefgang der Analyse. Sie vermittelt der befragten Person und ihren Antworten, Haltungen und Meinungen eine große Bedeutung und Wertschätzung für das anstehende Thema und ist in jeder Hinsicht kommunikationsfördernd. Daher stellt sie das sensibelste und differenzierteste Befragungsinstrument dar. Die Kehrseite des leitfadengestützten Experteninterviews ist der hohe Zeitaufwand für seine Durchführung, vor allem aber für die Datenaufbereitung und -auswertung. Aber auch das ist eine Botschaft über die Einschätzung der Kommunikationsstrukturen in der Organisation und über die Bedeutung des zu kommunizierenden Themas: sich Zeit zu nehmen, einzelnen Personen in einer für die Hochschule so wichtigen Frage wie der der Geschlechtergleichstellung Aufmerksamkeit zu schenken und zuzuhören.

---

<sup>10</sup> Doppler/Lauterburg, 2002 (wie Anm. 7), 252.

<sup>11</sup> Alexander Bogner/Beate Littig/Wolfgang Menz (Hrsg.), Das Experteninterview. Theorie, Methode, Anwendung. Opladen 2002.

Neben der Wertschätzung der einzelnen Person war ein weiterer Grund ausschlaggebend für diese Methodenwahl: Es sollte eine Befragungssituation geschaffen werden, in der die einzelnen Führungskräfte Gelegenheit zum Gespräch, zum (lauten) Nachdenken und Nachfragen bekommen.<sup>12</sup> Diese Chance wurde auch von einigen Befragten in den Interviews thematisiert: Einige äußerten in bzw. nach dem Interview, noch nie so lange, so systematisch und so konzentriert über Gleichstellung nachgedacht zu haben. Damit hatte die Interviewsituation den Nebeneffekt der Sensibilisierung und Weiterbildung für die Befragten.

Die Planung und Durchführung aller Interviews erfolgte theoriegeleitet – sowohl hinsichtlich der inhaltlichen Ausrichtung des Leitfadens als auch hinsichtlich des Interviewsettings. Die Leitfadendesignkonstruktion bezog sich wesentlich auf fünf in der Literatur genannte Handlungsfelder zur Entwicklung einer geschlechtergerechten Hochschule, nämlich Hochschulsteuerung, Personalentwicklung und Nachwuchsförderung, Forschung, Lehre und Studium sowie soziale Rahmenbedingungen.<sup>13</sup>

Auch die Zusammensetzung des Forschungs- und Beratungsteams erfolgte theoriegeleitet. In der Organisationsforschung und -beratung wird darüber diskutiert, ob eine Organisationsdiagnose in komplett externer Team-Zusammensetzung oder in einer Mischung aus interner und externer Zusammensetzung durchgeführt werden soll. Häufig wird davon ausgegangen, dass Neutralität, Objektivität und Professionalität nur durch Externe gewährleistet werden können. Doppler/Lauterburg argumentieren hingegen, dass Neutralität und Objektivität auch durch ein externes Forschungs- und/oder Beratungsinstitut nie hundertprozentig gewährleistet werden könne:

„Ebenso wichtig ist es, Resultate zu produzieren, die auf einem echten *Verständnis der betrieblichen Zusammenhänge* beruhen. Wichtig ist ferner, ob das *Know-how*, das durch die Befragung erarbeitet wird, im Unternehmen bleibt oder mit den externen [Beraterinnen und, d. V.] Beratern wieder ab-

---

<sup>12</sup> Diese Chance wäre auch durch die Methode der Gruppendiskussion gegeben gewesen, an der jeweils ca. fünf bis sieben Personen teilnehmen können. Da es sich bei den Befragten jedoch um zwei Führungskräftegruppen handelt, die auch sonst im Organisationsalltag vielfältig miteinander Kontakt haben, sollte die damit verbundene Gruppendynamik nicht in die Interviewsituation übertragen werden. Hinzukommt, dass Einzelinterviews auch der Organisationskultur in Hochschulen eher entsprechen als Gruppeninterviews, da die in Hochschulen tätigen Professionals in der Regel bestenfalls lose miteinander verknüpft sind. Zudem bestand die Befürchtung, dass die längeren Gruppentermine noch schwerer mit den engen Terminkalendern der Führungskräfte vereinbar wären als Einzeltermine – Gruppendiskussionen dauern durchschnittlich ca. drei bis vier Stunden – und dadurch nicht alle zu Befragenden erfasst werden könnten.

<sup>13</sup> Vgl. Heike Kahlert, *Gender Mainstreaming an Hochschulen. Anleitung zum qualitätsbewussten Handeln*. Opladen 2003.

zieht. Und wichtig ist endlich, ob die Befragung lediglich der Daten-Extraktion dienen oder ob sie zusätzlich einen wichtigen Beitrag zur *Entwicklung der unternehmensinternen Kommunikation* leisten soll.“<sup>14</sup>

Für die Zusammensetzung des Interviewteams entscheidend war schließlich, dass angesichts des knappen Zeitbudgets für das Projekt die Informations- und Kommunikationsressourcen, aber auch das Wissen über hochschulinterne Zusammenhänge und Diskussionen genutzt werden sollten, über die ein organisationsinternes Teammitglied per se verfügt. Gemäß dem Gender-Mainstreaming-Ansatz, der Gleichstellung als gemeinschaftliche Aufgabe beider Geschlechter versteht, war das Interviewteam geschlechterparitätisch zusammengesetzt. Beide Teammitglieder, die Interviewerin und der Interviewer, verfügen über Organisationsberatungskompetenz und über Feldkompetenz bezogen auf die Hochschule, die aus einschlägiger Forschung und/oder professioneller Praxis in dieser Organisation herrührt.<sup>15</sup>

Organisationsintern wurde das Vorhaben vom Interviewteam zunächst in regulären Sitzungsterminen der Dekans- und Dezernentenrunde vorgestellt. Der Rektor war als Leiter der Dekansrunde nur bei diesem einen Termin anwesend, die Gleichstellungsbeauftragte der Universität nahm an beiden Terminen teil. An beiden Terminen erfolgte eine Information mit kurzer Diskussion über Gender Mainstreaming, über den Stand der innerhochschulischen Überlegungen zu dessen Implementation und über Projektziele sowie -ablauf. Im Anschluss daran wurden individuelle Interviewtermine vereinbart. Die Terminfindung gestaltete sich trotz der sehr hohen Bereitschaft und Kooperation der Führungskräfte als Herausforderung, da jeweils drei Personen – eine Führungskraft sowie das Interviewteam – in einem sehr engen Zeitraum während des laufenden Semesterbetriebs koordiniert werden mussten.<sup>16</sup> Dennoch kamen alle dreizehn Interviews in einem Zeitraum von gut zwei Monaten zustande.

Der Leitfaden umfasste folgende Themenkomplexe:

- Was wissen die Befragten über Gender Mainstreaming?
- Welche Erwartungen und welche Befürchtungen formulieren die Befragten zur Umsetzung von Gender Mainstreaming?
- Welche Ansatzpunkte sehen die Befragten zur Umsetzung von Gender Mainstreaming an der Universität Rostock und/oder in ihrem Arbeitsbereich?

---

<sup>14</sup> Doppler/Lauterburg, 2002 (wie Anm. 7), 242, Hervorhebung im Original.

<sup>15</sup> Bei dem organisationsinternen Teammitglied handelte es sich um die Verfasserin dieses Beitrags, bei dem organisationsexternen Interviewer um Harald Kurp.

<sup>16</sup> An dieser Stelle bestätigte sich die bereits im Vorweg vorhandene Vermutung, dass die Durchführung von Gruppeninterviews die Komplexität der Terminfindung deutlich erhöht hätte.

- Was benötigen sie für die weitere Umsetzung von Gender Mainstreaming?
- Wer ist aus Sicht der Befragten für die erfolgreiche Umsetzung von Gender Mainstreaming zuständig?
- Was sind aus Sicht der Befragten die nächsten Schritte für eine erfolgreiche Umsetzung von Gender Mainstreaming?

Die Interviews fanden zumeist in den Diensträumen der Befragten statt. Alle Interviews wurden auf Band aufgezeichnet und anschließend durch professionelle organisationsexterne Transkribentinnen nach vorgegebenen Regeln verschriftlicht. Dies ist sinnvoll, damit sich das Interviewteam auf die komplexen Interaktionen während der Interviewsituationen konzentrieren und im Nachhinein die Redebeiträge im Original nachvollziehen kann. Daher wurde auch bei der Verschriftlichung die gesprochene Sprache beibehalten. Die aufgezeichneten Interviews dauerten durchschnittlich 90 bis 120 Minuten. Zumeist fand noch ergänzend ein Vor- und Nachgespräch statt, sodass die gesamte Interviewsituation zum Teil drei bis vier Stunden umfasste. Dabei war für alle Befragten die Einhaltung des Datenschutzes und die Anonymisierung von personenbezogenen Informationen von zentraler Bedeutung.

Die inhaltsanalytische Auswertung der Interviewtranskripte orientierte sich an den Themenkomplexen des Leitfadens. Im Folgenden werden einige Auswertungsergebnisse vorgestellt. Dabei werden alle Angaben, die Rückschlüsse auf konkrete Personen zulassen, zwecks Wahrung des Datenschutzes und aus Gründen der Vertraulichkeit anonymisiert. Schließlich kommt es nicht darauf an, einer bestimmten Person bestimmte Aussagen zuschreiben zu können, sondern die Einzelpersonen als Repräsentantinnen und Repräsentanten der ausgewählten Gruppe von Führungskräften an Hochschulen zu verstehen. Daher ist in den folgenden Interviewzitate die befragte Führungskraft jeweils mit ‚F‘ benannt, ‚I1‘ meint die Interviewerin und ‚I2‘ den Interviewer. Die Zitate wurden hier weitgehend um Transkriptionszeichen bereinigt. Aus Datenschutzgründen wurde für die Auswertung auch auf eine generelle Unterscheidung zwischen Wissenschaft und Verwaltung verzichtet. Wo die Zugehörigkeit der Befragten zu der einen bzw. anderen Gruppe sachbezogen relevant ist, wird dies jedoch verdeutlicht.

### **3. „Es fällt mir natürlich ein bisschen schwer, also.. genau zu sagen, wie die Wirkungen dann sein werden.“ – Erwartungen und Befürchtungen zur Umsetzung von Gender Mainstreaming**

Die Befragung zeigte, dass die meisten Führungskräfte keine klaren Vorstellungen darüber haben, was Gender Mainstreaming ist bzw. sein könnte: Ihr diesbezügliches Wissen kann als diffus bezeichnet werden. Dies spiegelt sich auch in den ebenfalls abgefragten Erwartungen und Befürchtungen der Interviewten zur

Umsetzung von Gender Mainstreaming wider: Wenn nicht klar ist, was wie umgesetzt werden soll, können sich Erwartungen und Befürchtungen nur auf Phantasien und Vermutungen beziehen und mit realen Erfahrungen in anderen Organisationsentwicklungsprozessen vermischen. Vor diesem Hintergrund wird auch verständlich, warum Gender Mainstreaming von einigen Befragten als das Definitionsoffene, Unbekannte, Neue und Zeichen für organisationalen Wandel überaus skeptisch betrachtet wird. Andere Führungskräfte sehen dem Implementationsprozess eher gelassen bzw. „ganz neutral“ entgegen: „Ich kann mir nicht vorstellen, dass dieses, etwas prinzipiell Neues hereinbringen wird“. Oder: „Da gibt es nichts Artikuliertes/Da wär’s eigentlich ganz interessant wenn Sie die Chance hätten mal überhaupt die ganze Fakultät zu befragen“. Hier sind weder Erwartungen noch Befürchtungen vorhanden, wohl aber eine Neugier, wie wohl die anderen Organisationsmitglieder darüber denken mögen.

### 3.1 Erwartungen zur Umsetzung von Gender Mainstreaming

Die von den Befragten artikulierten Erwartungen zur Umsetzung von Gender Mainstreaming umfassen die Erhöhung der Attraktivität und Qualität der Organisation, die Verbesserung der Organisationskultur, die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und die Verbesserung von Lehre und Studium. Was verstehen die Führungskräfte darunter und wie füllen sie die einzelnen Aspekte?

Zwei Befragte können sich gut vorstellen, dass die Umsetzung von Gender Mainstreaming an der Universität Rostock bei entsprechender Vermittlung an die Öffentlichkeit einen „positiven Effekt auf das Image nach außen hin“ hätte und insofern zu einer *Erhöhung der Attraktivität und Qualität der Organisation* beitragen könnte. Eine dieser Führungskräfte vermutet, dass sich dadurch die Attraktivität der Hochschule als Studienort insbesondere für potenzielle Bewerberinnen erhöhen könnte, besonders in den Studienfächern, in denen Frauen nach wie vor unterrepräsentiert sind:

F: „Ja ich glaube für Bewerberinnen mag das ne Qualität sein also für die Studenten die sich bewerben und .. das könnte ich mir vorstellen dass die das als positiv empfinden/also wenn wir nachweisen könnten dass wir da besonders gut sind/“

Einschränkend wendet er dann jedoch ein, dass er im Moment nicht sähe, dass die Universität Rostock in diesem Bereich derzeit besser sei als andere. Über kurz oder lang könnte sie eher keinen größeren Vorsprung gegenüber anderen Einrichtungen erreichen, „weil das natürlich alle wollen“. Damit weist er auf den wachsenden nationalen wie internationalen Wettbewerb der Hochschulen um Studierende – aber auch um Lehrende – hin. Besondere Anstrengungen und Erfolge in der Gleichstellung können vor dem Hintergrund knapper werdender Ressourcen und wachsender Institutionenkonkurrenz zum Standortvorteil wer-

den, wenn sie entsprechend betrieben und öffentlichkeitswirksam dargestellt werden. Offen ist für ihn jedoch, ob die Universität Rostock dies kann und will. In ähnliche Richtung verweist auch die zweite bereits zitierte Führungskraft, die den Organisationsentwicklungsprozess in Verbindung mit Gender Mainstreaming als organisationale Qualitätssteigerung betrachtet und für „die Zukunftsaufgabe dieser Universität“ hält. Im Gegensatz zu der eben artikulierten Skepsis ob der öffentlich wirksamen Realisierbarkeit dieser Aufgabe geht diese befragte Person jedoch davon aus, dass sie erfolgreich zu bewältigen ist.

Eine weitere Erwartung an den mit der Implementation von Gender Mainstreaming verbundenen Organisationsentwicklungsprozess ist die *Verbesserung der Organisationskultur*. Befragt nach den Hoffnungen zur Umsetzung von Gender Mainstreaming antwortet eine Führungskraft:

F: „Transparenz und Offenheit in den Entscheidungsprozessen klare Kriterien auch davon wo zwar nur ein Aspekt, ein Teilaspekt dabei ist aber klare Kriterien- das meine ich jetzt mit Transparenz und Offenheit klare Kriterien die zugänglich sind eine Art Repräsentation von der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Entscheidung/ Also nicht das Mehrheitsprinzip sondern aber eine Repräsentation dass sich jeder auch darin irgendwie mit einem Teil jedenfalls verbunden fühlt auch wenn man die Entscheidung nicht für gut heißen für gut heißt oder sagt das hätte ich nie getroffen oder würde ich ablehnen in dem Bereich/ Das würde ich mir eigentlich so aus der Mitarbeiterebene erhoffen/ Und das andere wäre bei den Entscheidungsträgern: eine Erweiterung der Möglichkeiten bei der Entscheidungsfindung und in der vielleicht n hohes Wort: bei der Entscheidungskultur“

Die Implementation von Gender Mainstreaming trägt nach Ansicht dieses Befragten also zur Demokratisierung der Organisationskultur bei: Dazu gehören seiner Ansicht nach die Erhöhung von Transparenz und Offenheit in den Entscheidungsprozessen, klare und zugängliche Entscheidungskriterien und die erhöhte Partizipation und Repräsentation von allen Statusgruppen. Auch stünde bei erfolgreicher Implementation von Gender Mainstreaming bei Personalentscheidungen und anderen grundsätzlichen Entscheidungen das Geschlecht nicht mehr im Vordergrund, würde aber als Selbstverständlichkeit trotzdem berücksichtigt.

Eine andere befragte Person ist bezüglich der letztgenannten Veränderungen etwas skeptischer:

F: „Äh ob es jetzt an der Einstellungspraxis von heute auf morgen was ändert weiß ich nicht/ Das hängt ja auch davon ab, welche Leute hier sind- ähm ob vielleicht die ein oder andere in ihren Vorurteilen oder Stereotypen (die denken sind) n bissl vorsichtiger werden das wär ja dann schon eine Hilfe- in Gesprächskreisen sich nicht unnötig verknüpfen würden. Also das wäre dann auch noch so ein Effekt. Und das wird selbstverständlich- ich denke mir das

is n ganz wichtiger Punkt äh so zum sel- selbstverständlich- dass man diese Dinge bei bestimmten Verfahren immer mit berücksichtigt.“

Letztlich erwartet aber auch dieser Befragte, dass durch die Implementation von Gender Mainstreaming die Sensibilität für die geschlechtliche Ungleichheit steigt und Personalentscheidungen verändert. Dies hat auch den Nebeneffekt, dass sich das Arbeitsklima verbessern könnte, insbesondere in den Bereichen, in denen Frauen bisher unterrepräsentiert sind, nämlich in den Führungsetagen von Wissenschaft und Verwaltung. Verschiedene männliche Führungskräfte verbinden nämlich die Erhöhung des Frauenanteils an den Führungspositionen mit Erwartungen an eine bessere und angenehmere Arbeitsatmosphäre. So erklärt ein Befragter zur antizipierten Erhöhung des Professorinnenanteils:

F: „Aber des würd mich nicht weiter berührn muss i ganz ehrlich sagen- äh höchstens positiv insoweit als i glaube, wenn Fraun in ein, in ein Gremium kommen ändert sich, ändert sich die, die Atmosphäre der Umgang miteinander. Ähm und so wie s ich bislang erlebt hab meistens zum Guten.“

Ein anderer Dekan sieht das ähnlich und erklärt, dass „das Leben ganz angenehmer“ würde, wenn im eigenen Arbeitsbereich mehr Frauen tätig wären. Auch Arbeitsgruppen und Kommissionen seien angenehmer, wenn sie geschlechtlich besser gemischt wären:

F: „[...] Also ich hab den Eindruck dass also Kommissionen sehr viel angenehmer sind, wenn sie besser gemischt sind/ Also das ist ne- das sind halt persönliche Erfahrungen aber ich glaube so ganz falsch liege ich da nicht dass so einige Platzhirschmanieren etwas- oder allgemein das Benehmen sich etwas verbessert wenn da Frauen dabei sind ((Lachen)) hat sich das außergewöhnlich gut gemacht/ Es ist einfach ne bessere Stimmung und ausgeglicheneres Verhalten der Leute und das ist sicherlich n Vorteil/ Diese reinen Herrenzirkel haben nicht nur Vorteile/“

Dass diese Zuschreibung an Frauen, zur Verbesserung der Arbeitsatmosphäre beizutragen, durchaus zwiespältig zu bewerten ist, wird von den Befragten nicht benannt. Wohl aber wird hier kritisch-ironische Distanz gegenüber männlichen Verhaltensweisen in der Organisation deutlich.

Eine weitere Führungskraft erwartet durch die Implementation von Gender Mainstreaming auch eine wachsende Sensibilität für Ungleichheiten über die Geschlechterdifferenzierung hinaus:

F: „also ich würde das jetzt nicht äh nicht nur auf die Rolle von Mann und Frau beschränken/ und das wär auch sicher dasjenige das ich bei diesen Sachen um die es hier geht äh sicher hilfreich fände/ Wenn es- wenn man s denn schon so macht- [...] wenn das Bewusstsein für die gesellschaftliche Differenzierung noch in einem darüber hinausgehenden Maße ähm gedeckt würde.“

Die Implementation von Gender Mainstreaming trägt demnach dazu bei, das organisationale Bewusstsein für Differenzen und Diversität zu schärfen und die Organisationskultur entsprechend zu demokratisieren.

Einige Befragte erwarten durch die Umsetzung von Gender Mainstreaming auch eine *Verbesserung der Arbeitsbedingungen* aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Wissenschaft und Verwaltung. Dies beinhaltet flexiblere Arbeitszeitregelungen bis hin zur besseren Vereinbarkeit von Studium/Beruf und Familie, unter anderem durch die Einrichtung eines Universitätskindergartens:

F: „Ich stell mir eigentlich vor dass wir .. an der Uni, für die Medizin kann ich nicht sprechen, eigentlich flexibler sein könnten in der Ausgestaltung von .. Arbeitsbedingungen/ Wir sind ja schon froh dass wir ne Gleitzeitregelung haben“

Eine andere Führungskraft schlägt sogar noch einen weiteren Bogen und sieht Gender Mainstreaming als „gesamtgesellschaftliches Projekt“, als „Gesamtprojekt Arbeitswelt“. Dieses könnte dazu führen, dass jede und jeder sich besser entfalten könnte.

F: „[...] Wenn natürlich Gender Mainstreaming letztlich dazu führt und drum fand ich diesen Qualitätsansatz so gut- dazu führt, dass mer feststellt was überhaupt in unserm- .. in unsrer Gesellschaft in unserm Berufsleben schlecht is wenn sich also diese/ Erkenntnisse verallgemeinern lassen und man jetzt insgesamt/ bleiben wer mal bei den Arbeitsbedingungen/ schaffen kann die dazu führn, dass jeder ob Mann oder Frau ((leises Klopfen)) Frau oder Mann sich besser entfalten kann Privatleben vielleicht sogar Familie mit dem Beruf ((Klopfen)) besser- dann kommt natürlich auch was für Männer rum.“

Von diesem gesamtgesellschaftlichen Projekt profitieren dann auch nicht mehr nur noch Frauen, sondern auch Männer und Kinder. Diese Ausführungen verweisen auf das visionäre Potenzial von Gender Mainstreaming, das ein Wechselverhältnis zwischen veränderten Geschlechterarrangements und einer veränderten Gesellschaft annimmt und hierzu an den gesellschaftlichen Organisationen ansetzt.

Schließlich gibt es bei zwei befragten Dekanen auch noch Erwartungen an die *Verbesserung von Lehre und Studium*:

F: „Ich geh davon aus wenn die- wenn das eine Lehre is die näher an den Leuten is dass sie dann auch besser wär dass (also?) unter dem Aspekt der- der Verbesserung der Studienleistungen so was ne Rolle spielt.“

Eine geschlechtergerechte Lehre trägt demnach zu besseren Studienleistungen und damit zur Verbesserung des organisationalen Outputs wie auch zur Erhöhung der Arbeitszufriedenheit der Lehrenden bei.

Die zitierten Beispiele zeigen, dass die Implementation von Gender Mainstreaming nach Ansicht der Befragten die Organisationskultur, die Arbeitsbedingungen sowie Lehre und Studium verbessern kann.<sup>17</sup> Gender Mainstreaming erhöhe die Attraktivität und Qualität der Organisation und verschaffe ihr einen besseren Output und besseren Marktwert im wachsenden nationalen wie internationalen Wettbewerb der Hochschulen. In diesen Ausführungen wird ein fortschrittliches, an einem egalitären Geschlechterverhältnis und einer egalitären Gesellschaft ausgerichtetes, Bild von geschlechtergerechter Organisationsentwicklung durch Gender Mainstreaming gezeichnet. Organisationale Modernisierung geht in diesen Visionen mit einer Demokratisierung der Geschlechterverhältnisse und der Gesellschaft einher.

### 3.2 Befürchtungen zur Umsetzung von Gender Mainstreaming

Die von den Befragten artikulierten Befürchtungen zur Umsetzung von Gender Mainstreaming beziehen sich auf Qualitätsverlust, Bürokratisierung ohne Bewusstseinswandel, Beeinträchtigung der Wissenschaftsfreiheit, Mehraufwand an Ressourcen, Ideologisierung und Veränderungen der Geschlechterverhältnisse. Was verbirgt sich hinter diesen Aspekten?

Die Führungskräfte aus dem Wissenschaftsbereich befürchten einen organisationalen und wissenschaftlichen *Qualitätsverlust*, wenn Entscheidungen aufgrund und zugunsten der (weiblichen) Geschlechtszugehörigkeit gefällt werden, z.B. bei der Personalrekrutierung:

F: „Befürchten würde ich vielleicht ja vielleicht würde ich befürchten dass das Qualitätsaspekte in den Hintergrund stellen lässt könnte sein/ das weiß ich nicht/ das ist ne Befürchtung hab kein- doch ich habe einen Nachweis dass es mal so passiert ist dass eine Entscheidung getroffen wurde aufgrund von Geschlechterzugehörigkeit im Sinne einer Frau was ich selbst als Fehler ganz klar sehe/ natürlich haben wir auch viele falsche Entscheidungen im Sinne von- im Sinne der Männer getroffen nicht viele aber auch einige/ also man darf das nicht überbewerten aber da war ganz klar der Grund: nicht den Mann zu nehmen sondern die Frau. [...] Und- also das ist für mich lebensüberlebenswichtig für die Universitäten als Gesamtes aber auch für uns dass wir die besten Köpfe bekommen/ und ich würde mich freuen wenn wir auch die besten Köpfe der Frauen hier erschließen könnten/ aber es darf nicht so weit kommen- da sind wir sicher auch noch weit weg- weiß ich noch nicht hab ich noch nie erfahren dass dieser Gender Mainstream- oder Gleichstellungsaspekt dass der gegebenenfalls Qualitätsaspekte hinten anstehen lässt“

---

<sup>17</sup> Vgl. Karin Tondorf, Gender Mainstreaming – verbindliches Leitprinzip für Politik und Verwaltung, in: WSI-Mitteilungen 54 (4), 2001, 271-277.

Diese befragte Person befürchtet, dass die weibliche Geschlechtszugehörigkeit zum ausschlaggebenden Entscheidungskriterium bei der Personalauswahl werden könnte. Ab und an würden aber auch Entscheidungen zugunsten von Männern falsch getroffen. Auffällig ist zum einen, dass personelle Fehlentscheidungen zugunsten von Frauen eher im Gedächtnis zu bleiben scheinen als diejenigen zugunsten von Männern. Zum anderen fällt aber auch auf, dass eigentlich konkrete Erfahrungen zu diesen Befürchtungen eher rar sind.

Andere Dekane weisen darauf hin, dass die Implementation von Gender Mainstreaming eine „Qualitätsschwächung“ mit sich brächte, die sich die Universität Rostock nicht leisten könnte, da sie „als Universität selber viel zu gefährdet sei“ bzw. dass Geschlecht als solches ein sach- und wissenschaftsfremdes Kriterium sei: Leute würden eingestellt, weil sie gut seien, nicht weil sie ein bestimmtes Geschlecht hätten.

Gender Mainstreaming wird in diesen Befürchtungen selbstverständlich mit Frauenförderung gleichgesetzt. Die Erhöhung des Frauenanteils in hoch qualifizierten Positionen wird hier gewissermaßen automatisch mit einer Entwertung der Organisation verknüpft. Der Umkehrschluss könnte also lauten, dass ein hoher Männeranteil für die organisationale Qualität bürgt, was nicht vereinbar scheint mit Erfahrungen, auch schon „falsche Männer“ berufen bzw. eingestellt zu haben. Ein hoher Männeranteil an den Professuren bzw. an anderen Führungspositionen wird von Gender-Mainstreaming-Kritikerinnen und -kritikern in der Regel nicht als Bevorzugung eines Geschlechts gesehen, sondern auf gewissermaßen „natürliche“ Ausleseprozesse zurückgeführt. Die Problematisierung der männlichen Dominanz an den Führungspositionen drückt sich in den Interviews allenfalls dort aus, wo es um die besondere Arbeitsatmosphäre „unter Männern“ in der Wissenschaft geht. *Beide* Thematisierungsweisen von Geschlecht widersprechen dem Selbstverständnis von modernen Organisationen, die per Definition geschlechtsneutral sind, gekoppelt mit dem Selbstverständnis der *scientific community*, nach dem die Selbstergänzung qua Kooptation ausschließlich auf der Bestenauslese und Leistung beruht und nichts mit dem Geschlecht zu tun hat. Wenn die „besten Köpfe“ wiederum weiblich sind und sich in Berufungsverfahren durchsetzen, dann sind sie willkommen und stellen keine Gefahr mehr für die organisationale Qualität dar. Dass die so ausgewählten, dieser Logik folgenden, „besten Köpfe“ eher nicht weiblich sind, belegen Berufungsquoten von Frauen zur Genüge, was jedoch für die Befragten kein Problem zu sein scheint und sich ihrer Ansicht nach mit der Zeit von allein lösen wird.

Neben dem organisationalen Qualitätsverlust befürchten die Befragten auch einen individuellen Schaden für diejenigen, die ihre Stellen Gender-Mainstreaming-Prozessen und damit einer politischen Steuerung der „Bestenauswahl“ verdanken. Eine Führungskraft weist darauf hin, dass sich die gezielte Förderung eines Geschlechts für dieses negativ auswirken könnte:

F: „Wenn man das jetzt versuchen würde künstlich zu beschleunigen, könnte es eher ins Gegenteil umschlagen aus meiner Sicht.“

I1: „Was hieße dann das Gegenteil?“

F: „Das geht- also dass Frauen bewusst ausgeschlossen werden.“

Gender Mainstreaming wird manchmal in den Interviews mit Quotierung gleichgesetzt. Diese wird als Instrument politischer Regulierung der Geschlechterverhältnisse zumindest kritisch betrachtet, wenn nicht gar gänzlich abgelehnt. Diese Kritik wird jedoch weniger auf der politisch-strukturellen Ebene formuliert – schließlich gehört ja das Wissen um die Notwendigkeit von Gleichstellungsmaßnahmen zur „Standardkenntnis“ von Führungskräften –, sondern individualisiert. Dies zeigt sich sowohl im oben angeführten Zitat als auch in der folgenden Argumentation einer anderen Führungskraft, die befürchtet, dass neben die hinlänglich bekannte ‚Quotenfrau‘ nun noch der ‚Quotenmann‘ tritt:

F: „[...] Allerdings gibt s natürlich ein Problem: äh, das nicht was vorher die Quotenfrau war nachher der Quotenmann wird da sehe ich natürlich ein großes Problem.“

Diese befragte Person bezieht ihre Befürchtungen in erster Linie auf den Verwaltungsbereich, in dem Frauen über- und Männer unterrepräsentiert sind. Wiederum ein anderer Befragter zweifelt daran, „ob es zur Bewusstseinsweiterung führt, wenn man dauernd nen Stempel drauf drückt“ – „Stempel“ meint hier: offensiver Umgang mit Geschlecht und geschlechtlicher Diskriminierung.

Eine zweite mehrfach artikulierte Befürchtung zur Implementation von Gender Mainstreaming betrifft verschiedene Aspekte von (noch mehr) *Bürokratisierung*. „Zusätzliche bürokratische Wucherung“ verändere nichts und rufe bei allen Beteiligten Abwehr hervor:

F: „Die Punkte stehen in der Satzung [gemeint ist das Gender-Mainstreaming-Statut der Universität Rostock, d. V.] drin, aber was mach ich anders? [...] im Prinzip wie gesagt noch mal wenn das dann mit Bürokratie verknüpft ist mit Auflagen verknüpft ist da wird immer und zwar toujours bei allen zunächst mal Abwehrhaltung da sein hundertprozentig/“

Dieser Befragte rät, bei der Implementation „nicht auf bürokratische Regelungen und Institutionen“ zu pochen:

F: „Die Vorstellung dass wir Gender-Mainstreaming-Formulare kriegen die dann geprüft werden von der Gleichstellungsbeauftragten in der dritten Ausweisung das wäre zäh/ das wenn Sie machen dann wird alles zum Absturz kommen weil dann- also alles was in die Richtung geht wäre meiner Meinung nach das schlimmste“

Einige Befragte sind der Ansicht, dass weder Checklisten noch Gender-Mainstreaming-Beauftragte die Organisation dem Ziel der Geschlechtergerechtigkeit näherbringen. Schließlich ginge es ja um einen Bewusstseinswandel:

F: „Gender Mainstreaming ja bedeutet die Geschlechtergerechtigkeit .. und das auch soweit dass man sich natürlich überlegen kann inwieweit man das auch anders organisiert. [...] in einer- ich weiß nicht mehr in einer Universität hab ich s gesehen. Da gab es nämlich einen Gender-Mainstreaming-Beauftragten und eine Gleichstellungsbeauftragte da war ich dann etwas verwirrt gewesen. ((atmet laut ein)) Es ist bloß natürlich die Frage das muss man auch sehen äh .. wie kommt man eigentlich/ entscheidend sind ja die Überzeugungen und ähm ich will mal sagen: es gibt ein Beauftragten-Wesen und auch ein Beauftragten-Unwesen und es ist jetzt die Frage äh gut n Gleichstellungsbeauftragte zugegebenermaßen ist ne Sache die hat sich etabliert und wohl auch kann man wohl sagen bewährt aber äh äh es ist wirklich die Frage ob man Überzeugungen.. rein kriegt.. mit Beauftragten.“

Die Frage, wie die Implementation von Gender Mainstreaming zu organisieren ist, wird von den Befragten sehr unterschiedlich erörtert: Was für die einen Befürchtungen sind, nämlich bestimmte Formen der Bürokratisierung (z.B. Berichte, Beauftragte), sind für die anderen notwendige Ansatzpunkte für die Organisationsentwicklung. In diesem Für und Wider scheinen sich verschiedene Perspektiven auf die bürokratische Organisation der Universität zu spiegeln, die nicht unbedingt spezifisch für die Implementation von Gender Mainstreaming sind, sondern eher auf verschiedene Umgangsweisen der Befragten mit der universitären Bürokratie als solche hindeuten. Unabhängig davon verdient jedoch der von vielen Führungskräften artikulierte Hinweis Beachtung, dass es sich bei der Implementation von Gender Mainstreaming vor allem um einen Bewusstseinswandel handelt, der sowohl Auswirkungen auf die einzelnen Organisationsmitglieder als auch auf die Organisation als ganze hat. Welche Rolle darin die Bürokratie spielt und welchen Zwängen organisationaler wie individueller Bewusstseinswandel in bürokratischen Organisationen unterliegt, wäre zu prüfen.

Neben organisationalem und wissenschaftlichem Qualitätsverlust und einer wuchernden Hochschulbürokratie befürchten die Befragten durch die Implementation von Gender Mainstreaming auch Einschnitte in die grundgesetzlich garantierte Freiheit von Forschung und Lehre und damit die *Beeinträchtigung der Wissenschaftsfreiheit*. Schließlich gäbe es neben Artikel 3 des Grundgesetzes auch noch Artikel 5:

F: „und äh .. i hab mir ja diese Satzung-, diesen Satzungsentwurf [gemeint ist das Gender-Mainstreaming-Statut, d. V.] angeguckt und ((unterstreicht was mit dem Stift)) den- da sind (ja weise???) möglicherweise ne ((häufiges Klopfen)) Verpflichtung enthalten zum Beispiel, das wär ja auch ne Form der Umsetzung, Lehrinhalte- .. ähm zu mainstreamen oder zu gendern oder wie immer man des dann nennt. ((ereifert sich und scheint genervt zu sein – höhere Stimmlage)) Da hört s bei mir sowieso auf- .. Wissen Sie- Artikel

Fünf- es gibt nicht nur n Artikel ((Klopfen bei jedem Wort)) Drei Grundgesetz es gibt auch n Artikel Fünf ((Klopfen)) Grundgesetz und des ist der, dessentwegen ich in diesen Job gegangen bin und da will ich aber auch nix dreinreden lassen. Und auch nicht von Frauen äh und- die mich zwingen, wenn ich keine Lust habe oder wenn i auch kein, kein Fachmann ((leises Klopfen)) bin auf dem Gebiet jetzt auf Teufel komm raus irgendwelche Vorlesungen zur Frauenfrage- zu machen. [...] Aber in die- in meine Wissenschaftsfreiheit will i mir net reinreden lassen wolln. ((sich ereifernd und besondere Tonlage))“

Dieser Befragte spielt darauf an, dass ein Aspekt von Gender Mainstreaming die Institutionalisierung von Frauen- und Geschlechterforschung sein kann. Lehre und Forschung zu Frauen- und Geschlechterfragen müssten seiner Ansicht nach freiwillig bleiben. Eine andere Führungskraft sieht das noch kritischer. Auf die Frage, ob die Gleichstellungsperspektive auch inhaltlich in Forschung und Lehre berücksichtigt werden sollte, antwortet er:

F: „wo soll man da Gleichstellung berücksichtigen? [...] also wenn dann wär s sicher so als wie im Curriculum/ in der Forschung selber halt ich sowieso für dubios wenn man da noch anfangen würde man müsste da jetzt den Leuten vorschreiben über was sie forschen sollen das halte ich für skandalös das ganze“

Ein weiterer Befragter sieht dies ähnlich: „aber ne Forschungsfrage so zu stellen das kommt mir komisch vor“.

Bei der Interpretation dieser Ausführungen muss berücksichtigt werden, dass die Universität Rostock, anders als die Universität Greifswald, bisher keine Erfahrungen mit der Verankerung von Frauen- und Geschlechterforschung hat.<sup>18</sup> Die im Gender-Mainstreaming-Statut enthaltenen Vorschläge zur organisationalen Förderung der Frauen- und Geschlechterforschung treffen also bei den Befragten auf einen argumentativ noch wenig vorbereiteten Boden und rufen Befürchtungen hervor, die individuellen Forschungs- und Lehrschwerpunkte mög-

---

<sup>18</sup> Eine landesweite Studie zur Verankerung von Frauen- und Geschlechterforschung an den Hochschulen Mecklenburg-Vorpommerns in den Jahren 1997/98 ergab, dass die Universität Rostock diesbezüglich weit hinter der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald zurückbleibt; vgl. *Heike Kahlert*, Frauen- und Geschlechterforschung in Mecklenburg-Vorpommern. Eine Studie zu Forschung und Lehre an den Hochschulen von 1992 bis 1997. Herausgegeben vom Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur Mecklenburg-Vorpommern und von der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern. Schwerin 1999. Inzwischen gibt es auch an der Universität Rostock eine Arbeitsgruppe Gender-Forschung, die sich die Belebung des fakultäts- und universitätsübergreifenden wissenschaftlichen Austauschs zur Gender-Forschung sowie die Kommunikation von Forschungsergebnissen für die interessierte Öffentlichkeit zur Aufgabe gemacht hat (vgl. <https://www.uni-rostock.de/gender/>). Diese Arbeitsgruppe ist jedoch bislang nicht institutionell verstetigt.

licherweise unfreiwillig ändern zu müssen. Dass die Förderung der Frauen- und Geschlechterforschung jedoch ein Aspekt der organisationalen Profilbildung und der geschlechtergerechten Personalentwicklung sein könnte, gerät den Befragten nicht in den Blick.

Einige Befragte befürchten, dass die Implementation von Gender Mainstreaming mit einem *Mehraufwand an Ressourcen* in Form von Zeit und Geld verbunden sein wird. Beides sei ohnehin in der Universität Rostock schon zu knapp:

F: „Ja weil mein Gott wir haben so viel an-/ das ist einfach dieses Zurückschrecken sich mit noch mehr zu beschäftigen das ist genauso wie wenn man sich jetzt in- anguckt oder mal zu so ner Veranstaltung war sich das äh Agenda 21 und dann denkst du immer Mensch das ist alles so weit weg und eigentlich ist es interessant und das ist richtig und und gut und so weiter aber bevor man sich dann da selber reinhängt das überlegt man sich dreimal“

Die Implementation von Gender Mainstreaming wird auch von einer anderen Führungskraft zunächst einmal als „Zusatzaufgabe“ erlebt:

F: „zunächst mal erlebt man so was als ne Zusatzaufgabe die einem das Leben beschwert“

[...]

I1: „was denken Sie wie die Kolleginnen und Kollegen aus dem Professorium darauf reagieren würden wenn das jetzt so weiter vorangetrieben würde?“

F: „Ja so wie ich die würden alle inklusive der Frauen zuerst mal sagen um Gottes willen was müssen wir jetzt zusätzlich arbeiten aber nie zunächst mal gegen die Sache würde ja die Mehrheit sagen das hat nichts mit der Sache zu tun sondern einfach dieses was kommt da jetzt wieder auf uns zu“

Diese beiden Führungskräfte weisen auf ihre knappen Zeitbudgets und die damit verbundene sehr verhaltene Bereitschaft hin, sich für diese neue Organisationsaufgabe zu engagieren. Dennoch stehen beide der Sache an sich nicht grundsätzlich ablehnend gegenüber. Ein anderer Befragter findet jedoch demgegenüber, dass es bei der Befassung mit Gender Mainstreaming „schade ist um die Zeit manchmal“. Er sei eben eher einer der Tat als der Theoretisierungen und Akademisierung, wie sie mit Gender Mainstreaming verbunden sei. Weitere Befürchtungen hätte er jedoch nicht.

Aus Sicht der Befragten ist an der Universität Rostock nicht nur die Zeit ein knappes Gut. Eine Führungskraft betont im Zusammenhang mit ihren Befürchtungen zur Implementation von Gender Mainstreaming auch, dass Geld ebenfalls ein ganz knappes Gut ist:

F: „[...] Das zahlen wir! Wir gehn eh schon auf m Zahnfleisch. Wir müssen, wir müssen Qualifikationsstellen streichen ((leises Klopfen)) wegen der Sparvorgaben. [...] ((mit Nachdruck)) Vor allem wenn man sagt- wenn man

für die eigentliche Aufgabe in der Wissenschaft ka (kein) Geld mehr haben. Das is auch nicht zu vertreten und is auch nicht zu ((Klopfen)) vermitteln.“

In diesen Ausführungen wird deutlich, dass Gender Mainstreaming nach Ansicht der befragten Person keine „eigentliche Aufgabe in der Wissenschaft“ ist. Darauf, dass die Sparvorgaben zu Stellenstreichungen und zu massiven Einschränkungen im Betriebsablauf führen, weisen auch andere Befragte hin. Eine Führungskraft warnt sogar in der aktuellen Situation vor der Umsetzung von Gender Mainstreaming:

F: „[...] Aber um vielleicht noch mal auf Ihre Frage zurückzukommen ich würde äh schon dass bei diesen jetzigen/ oder anders gesagt-/ ich würde es in der jetzigen Situation nicht empfehlen die als äußerst negativ empfundenen und die als belastend äh äh erkannten Maßnahmen diese auch noch zu identifizieren mit Gender Mainstreaming das heißt das sehe ich als einen ganz großes Problem an denn jeder empfindet das muss man einfach wie die Situation läuft als negativ empfinden und wenn Sie dann gleich sagen das assoziieren Sie dann auch noch mit Gender Mainstreaming würde ich das unter keinen Umständen Ihnen empfehlen.“

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass das politische und normative Ziel der Gleichstellung und Geschlechtergerechtigkeit in Zeiten knapper Finanzmittel und wachsenden ökonomischen Drucks auf die Hochschulen schwer vermittelbar erscheint, zumal Gleichstellung nicht ohne Weiteres kostenneutral zu verwirklichen ist. Die ökonomischen Vorteile wiederum, die ebenfalls mit der Implementation von Gender Mainstreaming verbunden sein könnten und in den Interviews häufig mit dem Qualitätsbegriff angedeutet werden, sind noch zu wenig herausgearbeitet und greifbar, als dass sie die Diskussion und Umsetzungsbereitschaft der Befragten befördern könnten. Hier bieten sich jedoch Ansatzpunkte für die Entkräftung und Auflösung von Befürchtungen.

Eine weitere Befürchtung betrifft die der *Ideologisierung* der Geschlechterfrage. Gender Mainstreaming dürfe bloß nicht ideologisch werden, so eine Führungskraft:

F: „wovon man nur wegkommen muss, is von der Ideologie weil da schafft man nur Feinde und Wi- baut Widerstände auf wo vielleicht gar keine sind.“

Ideologisierung – unabhängig vom Thema – wird hier offensichtlich mit Starrheit und Dogmatismus gleichgesetzt. Bezogen auf die Umsetzung von Gender Mainstreaming könnte nach Ansicht der Befragten die Ideologisierung der Geschlechterfrage ihre Akzeptanz vermindern und die Widerstände gegenüber einer geschlechtergerechten Organisationsentwicklung erhöhen.

Wie bereits deutlich geworden ist, rufen die *Veränderungen der Geschlechterverhältnisse*, die durch Gender Mainstreaming bewirkt werden sollen, Befürchtungen, zum Teil sogar Widerstand, hervor. In der Verwaltung, die einen

hohen Frauenanteil aufweist, wäre eine verstärkte männliche Repräsentanz zumindest „gewöhnungsbedürftig“, wenn nicht gar die „schlimmste Befürchtung“:

F: „Ja nicht dass wir im Endeffekt ne Männerquote kriegen“

I1: ((Lachen)) „Na ja“

I2: ((Lachen))

F: „Also männliche Wesen haben wir hier eigentlich nur haben wir“

I2: „Wie wäre das wie wäre das denn-„

F: „eigentlich nur als Praktikanten die dann von (Ortsname) von der“

I1: „Hm Hm“

F: „Beamenschmiede hierher kommen ne“

I2: „Wie wär das denn hier ne Männerquote“

F: „Bitte“

I2: „Wie wäre das denn eine Männerquote für Sie“

F: „Oh gewöhnungsbedürftig [...] Ich sag ja die schlimmste Fü- äh Befürchtung wär die Männerquote/ Es müssen natürlich auch welche wollen das ist das ist ganz klar dann wird das vielleicht auch gehen“

In eine ganz andere Richtung weist die Befürchtung einer befragten Person, dass zwar alle Führungskräfte öffentlich für die Erhöhung des Frauenanteils am wissenschaftlichen Personal eintreten würden, dies aber entgegen ihrer Gleichstellungsrhetorik eigentlich gar nicht ehrlich meinten:

F: „[...] die Frage können Sie sich eigentlich schenken wenn Sie da einen ich sach mal einen Dekan oder äh äh Fachbereichssprecher fragen äh was halten Sie denn davon wenn in Ihrem Bereich mehr Frauen sind/ da wird der sagen ja natürlich aber ob sie immer ne ehrliche Antwort kriegen das wage ich zu bezweifeln“

Damit ist die zentrale Frage angesprochen, wie sich weibliche und männliche Organisationsmitglieder zu einer Veränderung der Geschlechterverhältnisse stellen. Dass veränderte organisationale Geschlechterverhältnisse insgesamt eine veränderte Organisation mit sich bringen, ist den meisten Befragten klar. Ihre Einschätzungen und Haltungen gegenüber diesen Veränderungen sind abhängig von ihrer generellen Bereitschaft, Wandel zu bewältigen und aktiv gestalten: „Jeder befürchtet Veränderungen/ Ich denke dass das was ganz Normales“.

In der Zusammenschau stechen vor allem zwei Befürchtungen ins Auge, die für die Umsetzung von Gender Mainstreaming ernst zu nehmen sind: die Befürchtung des Qualitätsverlusts und die der Bürokratisierung. Beide stehen in engem Zusammenhang mit ohnehin stattfindenden organisationalen Wandlungsprozessen in Hochschule und Wissenschaft, die den einstmals staatlich nachgeordneten Bürokratien die Anwendung moderner Managementinstrumente abverlangen. Diese Organisationsreform geht vor dem Hintergrund wachsender

Institutionenkonkurrenz mit tief greifenden Umstrukturierungen und einem veränderten organisationalen Selbstverständnis einher, das marktwirtschaftliche Elemente wie z.B. Output-Orientierung und Wettbewerbsfähigkeit in die Wissenschaft einführt und zu Verunsicherungen in den einzelnen Einrichtungen und bei den darin tätigen Professionals führt. Daneben erscheinen Befürchtungen wie Beeinträchtigung der Wissenschaftsfreiheit durch die Institutionalisierung von Frauen- und Geschlechterforschung, ein Mehraufwand an Ressourcen, Ideologisierung und schließlich breite Veränderungen der Geschlechterverhältnisse, der Organisationen und der Gesellschaft (fast) eher nebensächlich.

### **3.3 Zwei Seiten des organisationalen Wandels**

Die Erwartungen zur Umsetzung von Gender Mainstreaming sind die Kehrseite der Befürchtungen: Was für die einen positiv an Gender Mainstreaming erscheint – der Qualitätsgewinn, die Modernisierung der Geschlechterverhältnisse, der Organisation und der Gesellschaft insgesamt –, ist für die anderen negativ, da mit Veränderungen verbunden, deren Ausmaß, Formen und Konsequenzen noch wenig eingeschätzt werden können. In der Grundhaltung gegenüber dem Neuen – Gender Mainstreaming – überwiegt also die Skepsis gegenüber dem Interesse. Dass die Befürchtungen in den Interviews überwiegen, erstaunt vor dem Hintergrund des eher diffusen Wissens der Befragten über Gender Mainstreaming wenig. Dies erklärt auch, warum sich alle Befragten mehr Information, Wissen und Austausch über Gender Mainstreaming wünschen. Darüber könnten die Befürchtungen relativiert oder gar gänzlich abgebaut werden. Allerdings ist auch zu beachten, dass defensive Routinen etwa in Gestalt der Abwehr von Veränderungen in Organisationen ein fester Bestandteil von Expertenorganisationen wie Hochschulen sind.

#### **4. „Ja ich glaub’ schon, dass man da was tun kann, also auf den verschiedensten Ebenen eben.“ – Ansatzpunkte und benötigte Ressourcen für die Umsetzung von Gender Mainstreaming**

Zielsetzung der Interviews sollte auch sein, herauszufinden, welche Ansatzpunkte die Befragten zur Umsetzung von Gender Mainstreaming in ihrem jeweiligen Arbeitsbereich sehen und welche Ressourcen sie dafür benötigen. Befragt nach ihren Vorstellungen zur Implementation von Gender Mainstreaming weisen eine Reihe der Führungskräfte darauf hin, dass ihnen auch nach den Diskussionen in der Dezernenten- oder Dekansrunde und im Akademischen Senat nicht so recht klar geworden sei, was sie eigentlich umsetzen sollten. Das Gender-Mainstreaming-Prinzip sei „definitionsoffen“ und „zu abstrakt“, das Ziel „vage“, das Wort selbst „fremd“, „inhaltsleer“. Jeder, der mit dieser „Worthülse“ arbeitete,

könnte natürlich das hineinlegen, was ihm passt. Die Definitionsoffenheit dieses „fremden Wort[es]“ trifft bei den meisten Befragten auf wenig Zustimmung:

F: „Was verbirgt sich- ein bisschen verbreitert hinter Gender Mainstreaming? Nicht nur dieses Schlagwort mit dem-, Sie erinnern sich an die (Diskussionsrunde) wo Herr (Titel Nachname) dann auch gleich fragte habt Ihr nicht mal was Deutsches dafür? Was ist das überhaupt? .. Wenn es n neues Wort für Gleichstellungsbeauftragte oder für Gleichstellung ist äh denn ist es ein Thema das eigentlich schon seit fünf Jahren überholt ist.. Ist es was Neues dann bedarf es mal einer Ausführung dieses Begriffes.“

Schließlich sei die Gleichberechtigung der Geschlechter realisiert, zumindest in Bezug auf den Frauenanteil in der Verwaltung, und die weiteren Aufgaben seien noch nicht so richtig vorstellbar.

So offen, wie der Begriff ist, sind auch die Vorstellungen zur Umsetzung dieser neuen, fremden Strategie:

I2: „Vielleicht noch mal von der Fakultät weg jetzt für die ganze Uni gehen- gib s ja jetzt diese Umsetzung was wärn denn für Sie die nächsten Schritte für ne erfolgreiche Umsetzung von Gender Mainstreaming? Oder was-, was fehlt vielleicht noch, damit s überhaupt erfolgreich werden kann.“

F: „((atmet geräuschvoll aus -)) (schwierige Thematik?) Ja ich- also ich muss ganz offen sagen das is so n Schritt, der mir ((stark betont)) s- so n in nen dunklen Raum vorkommt!“

Die Befragten betonen einerseits, keine genauen Vorstellungen darüber zu haben, was mit der Umsetzung von Gender Mainstreaming auf sie zukommen würde. Andererseits ist allen Führungskräften die Gleichstellungsthematik aus ihren jeweiligen Arbeitsbereichen vertraut, und sie entwickeln eine Reihe von Ideen und Ansatzpunkten: „Ja ich glaub’ schon, dass man da was tun kann, also auf den verschiedensten Ebenen eben“. Ergänzend benennen sie deutlich, welche Ressourcen sie dafür benötigen.

#### **4.1 Ansatzpunkte zur Umsetzung von Gender Mainstreaming**

Die von den Befragten formulierten Ansatzpunkte von Gender Mainstreaming lassen sich auf die bereits erwähnten fünf hochschulischen Handlungsfelder beziehen. Welche Vorschläge unterbreiten die Befragten hierzu?

Im Hinblick auf das erste Handlungsfeld, die *Hochschulsteuerung*, sieht ein Befragter Gender Mainstreaming als künftigen Bestandteil der Organisationsphilosophie an: „Das muss kontinuierlich vom letzten Sekretariat bis zur Spitze ne schlüssige gemeinsame [...] Philosophie sein“. Diese Organisationsphilosophie müsste sich dann seiner Ansicht nach auch in allen Satzungen, Ordnungen und Organisationsabläufen der Universität spiegeln.

Eine andere Führungskraft ist diesbezüglich etwas bescheidener und wäre bereits zufrieden, wenn die Gleichstellungsthematik in akademischen Gremien als Selbstverständlichkeit behandelt würde:

F: „Mir würde es ja schon ausreichen, wenn beispielsweise in einem Gremium wie dem Senat äh diese Thematik ne Selbstverständlichkeit is. Und äh wenn in dem Senat äh dieses Thema nicht nur immer in dieser Abwehrhaltung diskutiert werden müsste. Das is so bissl das, was ich- äh negativ empfinde. Das heißt also sobald Gleichstellungsbeauftragte auch auftritt oder sobald das Thema da is, is das immer n Reizthema.“

Ein Befragter hält auch eine „Rechenschaftspflicht der Hochschulleitung und der Entscheidungsträger“ zum Gender-Mainstreaming-Prozess für notwendig. Hierfür seien die gegenseitige Beobachtung und Evaluation von Entscheidungen sowie ein gegenstandsspezifisches Coaching der Führungskräfte hilfreich.

Das zweite Handlungsfeld umfasst den Bereich des *Personals*. Wie bereits deutlich geworden ist, spielen Personalrekrutierung und -entwicklung in den Überlegungen der interviewten Führungskräfte zur Implementation von Gender Mainstreaming eine große Rolle. Besonderes Gewicht legen sie in diesem Zusammenhang auf die Berufung von Professorinnen und auf die Förderung des weiblichen wissenschaftlichen Nachwuchses. In der Verwaltung müsste die Umsetzung laut den Befragten die vermehrte Einstellung von Männern nach sich ziehen, denn einige Bereiche sind hier (fast oder gänzlich) „männerfrei“. Dies ist sicherlich zum einen darin begründet, dass die bisherige hochschulische Gleichstellungspolitik von den Befragten in erster Linie als Personalpolitik erfahren wird:

F: „man denkt immer zuerst ans Personal das springt einem ins Auge/ [...] da wird man sich wahrscheinlich fürchte ich oder schätze ich dann doch immer auf die Personalschiene konzentrieren das ist ja auch das was man immer am ehesten dann erkennen kann“

Zum anderen ist die Gleichsetzung von Gender Mainstreaming mit Personalpolitik jedoch sicherlich auch darin begründet, dass innerhochschulisch zum Befragungszeitpunkt die Verabschiedung einer Personalentwicklungskonzeption verbunden mit einem Frauenförderplan diskutiert wurde und dies überhaupt erst den Anlass zur Durchführung der Organisationsdiagnose gab:

F: „Natürlich personalpolitisch kann man und das tun wir ja schon und sollen es tun und tun es auch äh Wert drauf legen dass äh bei zu besetzenden Stellen der Gesichtspunkt der Gleichstellung ((holt tief Luft)) mit allem Nachdruck im Auge bleibt“

Die besondere Aufmerksamkeit für den Personalbereich ist schließlich auch darin begründet, dass sich die aktuelle Sparpolitik massiv in diesem auswirkt.

Das dritte Handlungsfeld umfasst die *Forschung*. Einen Ansatzpunkt für die Umsetzung von Gender Mainstreaming in der Forschung stellt die Förderung der Frauen- und Geschlechterforschung dar:

F: „Und man kann das ist aber der unwägbarste Bereich natürlich auch im Bereich der Forschung, ähm Anregungen geben für diejenigen die bereit sind und Lust dazu haben sich auf so einen Weg einzulassen bereit sind ähm Themen aufzugreifen die die Rolle von Frauen in bestimmten Zusammenhängen in geschichtlicher oder oder fachwissenschaftlicher Urteilsbildung, äh betreffen.“

Warum der Bereich der Forschung der „unwägbarste Bereich“ zur Umsetzung von Gender Mainstreaming ist, wird in den Ausführungen dieses Befragten nicht deutlich. Immerhin ist er der einzige, der im Zusammenhang mit dem Anliegen der Befragung das Handlungsfeld Forschung als Ansatzpunkt für organisationalen Wandel überhaupt dezidiert in den Blick nimmt.

Im Bereich des vierten Handlungsfelds, *Lehre und Studium*, sehen die Befragten deutlich mehr Ansatzpunkte zur Umsetzung von Gender Mainstreaming als im Bereich der Forschung: „vielleicht ist das die Zukunft“. Diese reichen von curricularen Veränderungen über methodisch-didaktische Reformen bis hin zur Evaluation einschließlich geschlechterdifferenzierenden Statistiken für die Fächer, Studiengänge und Lehrveranstaltungen und zur Bereitstellung von besonderen Ressourcen für Studentinnen (Räume, Gelder, Tutorien).

Curriculare Veränderungen werden als besondere Herausforderung erlebt:

F: „[...] dann könnten wir diesen nächsten Punkt angehen die Umsetzung in die Lehre- wie funktioniert das? Das ist schwierig denn dann muss man natürlich sagen was sind das für Konsequenzen eigentlich inwieweit unterscheiden sich diese Frauen wenn wir ein Curriculum haben in (Fach) wo ist da vielleicht versteckt irgendwo n Verstoß gegen die Gleichstellung also wenn sie viel (Fach) haben (???) Kriterium dass wieder mal die Vorurteile der Frauen mit rein oder so das ist schwierig/“

Dennoch sind curriculare Veränderungen möglich, wie diese Führungskraft verdeutlicht:

F: „[...] im Bereich der Lehre kann man äh sowohl was das von uns zu verantwortende Lehrangebot betrifft äh darauf achten und das tun wir in den Lehrplankonferenzen inwieweit dort ähm die Gesi- die Fragen der Gleichstellung der Rolle der Frauen in der Geschichte und Gesellschaft und (Fach) berücksichtigt werden. [...] man kann es sozusagen additiv durch Lehraufträge machen/ das ist natürlich auch möglich und wie an diesem Beispiel gezeigt geschieht es auch.“

Eine andere Führungskraft schlägt vor, die Gleichstellungsthematik in den „Tagen der Lehre“ anzusprechen und zum Gegenstand hochschuldidaktischer Aus- und Fortbildung für (angehende) Lehrende zu machen. Einige Befragte empfeh-

len auch, Gender Mainstreaming in die Evaluation von Lehre und Studium zu integrieren. Hier sind verschiedene Formen denkbar, die statistische Berichte zu Geschlechterverteilungen nach Studiengängen bis hin zu curricularen und methodisch-didaktischen Fragen umfassen könnten. Auch die gezielte Förderung von Examenskandidatinnen, z.B. durch Auslandsaufenthalte, die Einrichtung „vielleicht spezifische[r] Räume für Studentinnen“ und der verstärkte Einsatz von weiblichen studentischen Hilfskräften als Tutorinnen in Lehrveranstaltungen und in der Praktikumsbetreuung werden als Ansatzpunkte genannt: „dann hätten wir nämlich hier jede Menge mehr Frauen“.

Schließlich äußern die Befragten im Hinblick auf das fünfte Handlungsfeld, die *sozialen Rahmenbedingungen*, auch Vorschläge zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Studium/Wissenschaft und Elternschaft. Als konkrete Vorschläge nennen sie die Flexibilisierung von Arbeitszeitregelungen, die Einrichtung einer Kindertagesstätte und die Bereitstellung eines Raums, „wo Mütter ihre Kinder stillen könnten wickeln könnten“.

Festzuhalten ist: Die Befragten entwickeln in den Interviews eine Reihe von Ansatzpunkten für die Umsetzung von Gender Mainstreaming. Diese umfassen alle hochschulischen Handlungsfelder: Hochschulsteuerung, Personal, Forschung, Lehre und Studium und schließlich auch soziale Rahmenbedingungen. Am konkretesten und umfangreichsten sind die Ideen in den Bereichen Personal sowie Lehre und Studium: Der Bereich der Personalrekrutierung gehört traditionell zu denjenigen Handlungsfeldern, in denen Gleichstellungspolitik nicht mehr wegzudenken ist, Lehre und Studium wiederum sind derzeit durch die Umstellung auf BA- und MA-Studiengänge besonders intensiv in der Diskussion. Zudem sind hier Geschlechterungleichheiten zumindest quantitativ besonders auffällig – zu denken ist etwa an die Unterrepräsentanz von weiblichen Studierenden in vielen naturwissenschaftlich-technischen Studiengängen oder auch an die Unterrepräsentanz von männlichen Studierenden in vielen geisteswissenschaftlichen Fächern. Die Handlungsfelder Hochschulsteuerung und Forschung hingegen sind in den konkret genannten Ansatzpunkten für Gender Mainstreaming eher unterbelichtet. Zwar sind Fragen zu Ziel- und Leistungsvereinbarungen, zur Hochschulentwicklungsplanung oder aber zu Veränderungen in den Führungsstrukturen der Organisation Bestandteil der Interviews. Hierzu werden jedoch kaum konkrete Ideen genannt. Forschung – ihre Inhalte, Fragestellungen Methoden und Ergebnisse – hat schließlich, so die befragten Dekane, kaum bis gar nichts mit dem Geschlecht und Gleichstellung zu tun, abgesehen davon, dass hier eine Erhöhung des Professorinnenanteils und der Frauen im wissenschaftlichen Nachwuchs sinnvoll sein könnte.

## 4.2 Benötigte Ressourcen für die Umsetzung von Gender Mainstreaming

Dass die Umsetzung von Gender Mainstreaming die Bereitstellung von Ressourcen erfordert, ist allen Befragten klar. Vor dem Hintergrund der laufenden Spardiskussionen, die mit Stellenstreichungen und Etatkürzungen verbunden sind, werden jedoch kaum Überlegungen nach zusätzlichen monetären Ressourcenforderungen laut. Nur eine Führungskraft weist explizit darauf hin, für diese neue Organisationsaufgabe Geld und Stellen zu brauchen:

F: „maßlos Geld und Stellen ((Lachen))“

I1: „((Lachen)) Geld und Stellen/ Geld und Stellen wofür?“

F: „oder umgekehrt Stellen und Geld das brauch ich immer“

Die anderen Führungskräfte befürchten eher, die Umsetzung aus dem ohnehin schon sehr knappen Etat bestreiten zu müssen und diskutieren vor diesem Hintergrund die Notwendigkeit von Gender Mainstreaming kritisch. Bei mehreren Führungskräften spielt auch die Frage von Zeit und/oder Entlastung von Alltagsaufgaben eine Rolle: Alle haben ein ohnehin sehr knappes Zeitbudget und gehen zunächst einmal davon aus, dass die Umsetzung von Gender Mainstreaming zusätzliche Zeit in Anspruch nimmt.

Weitaus größere Bedeutung in den benötigten Ressourcen kommt jedoch Wissen und Informationen zu. Fast alle Befragten wünschen sich mehr Informationen über Gender Mainstreaming, z.B. in Form einer Tagung, von Workshops, einer „vernünftige[n] Broschüre zu dem Thema“ oder auch in Form einer Flugblattaktion. Nötig für die weitere Umsetzung sei generell eine breitere organisationsinterne Diskussion. Außerdem wäre die Etablierung eines geschlechterdifferenzierenden Berichtswesens erforderlich. Eine Führungskraft regt auch die Sammlung von *best-practice*-Beispielen an.

I1: „was könnte so n Schritt sein dieses Wissen an den Mann und vielleicht auch an die Frau zu bringen?“

F: „müsst erst mal gucken wo man das Wissen herkriegt dadüber. ((hebt die Stimme und wird etwas lauter; Gedankensprünge)) Ja (aber?) im Prinzip müsste man Erfahrungen darüber sammeln-“

Das Informations- und Wissensbedürfnis aller Befragten mündet zudem in die Formulierung zahlreicher Forschungsfragen ein. Diese betreffen z.B. die Vereinbarkeit von beruflicher Karriere und Familienarbeit bei hoch qualifizierten Frauen und deren Erwartungen an gleichstellungspolitisches Handeln oder auch spezifischer auf die eigene Hochschule bezogen die Frage nach Erwartungshaltungen und Zufriedenheit beider Geschlechter „auf diesem Sektor“ im jeweiligen Arbeitsbereich. Ein Befragter möchte auch dezidiert wissen, was die weiblichen Hochschulangehörigen von Gender Mainstreaming halten und was sie davon erwarten, denn schließlich seien ja fast nur Männer interviewt worden. Eine

andere Führungskraft regt an, universitätsweit nach den Erwartungen und Befürchtungen zur Umsetzung von Gender Mainstreaming zu fragen.

Schließlich gibt es noch eine Reihe von Forschungsfragen zu Lehre und Studium:

F: „Ja, aber es könnte irgendwie Einrichtung haben ((schnell sprechend und unverständlich)) also wie gesagt ich-, die, die Dinge, die ne Rolle spielen-, dass man- kann man wirklich schau- ähm, was ich noch nie gemacht habe is, was Sie vorhin schon gefragt haben/Haben Inhalte von Lehrveranstaltungen irgendwas damit zu tun? Äh, entspricht also eigentlich den Intentionen, die wir so von unsrer Forschung haben. Äh steckt dahinter vielleicht sogar die Möglichkeit, was gezielter weiterzuentwickeln. [...] Und ähm, dass man solchen Dingen einfach mal nachgeht, wie wirkt sich das aus. Werden diese Lehrveranstaltungen dann mehr .. geschlechtspezifisch ((klappernde Tasse)) besucht oder nicht- Das wissen wir ja jetzt alles nicht. ((leises Klopfen)) Und kann man dann unter Umständen darauf hinweisen, dass wir hier Veranstaltungen (haben?)- von andern besucht werden. [...] Und das wird ja nicht äh von-, von-, ((Klopfen)) von keiner Seite aus ausgewertet.“

Diese Führungskraft wüsste gern näher, inwieweit die Lehre von Geschlechterdifferenz beeinflusst ist – wie wirken sich Lehrveranstaltungen dieses Typs und dieses Inhaltes aus? – und „was das auslöst“: „darüber haben wir ja alle noch gar nicht nachgedacht“. Möglicherweise könnten diese Forschungsergebnisse ja dazu beitragen, die Lehre entsprechend zu ändern? Des Weiteren interessiert sie, ob gemischtgeschlechtliche oder geschlechtshomogene Gruppen ihre Arbeitsprozesse effektiver organisieren und worin diese Effektivität besteht. Das Wissen um diese Fragen hätte Auswirkungen auf die Arbeitseffizienz:

F: „Und dann kann man sich entsprechend die Gruppen zusammenstellen, wo man sagt: ‚Für diese Arbeitsprozesse is das günstiger-, für diese Arbeitsprozesse- prozesse is das günstiger‘.“

Entsprechende Forschungen haben für diese befragte Person also zweierlei Zielsetzungen: Zum einen lässt sich das darüber gewonnene Wissen in verändertes Handeln übersetzen, zum anderen trägt es auch dazu bei, die Einführung von Gender Mainstreaming rational und nicht nur normativ zu begründen:

F: „Nech, das is so das Problem momentan, dass es also nur appellativ und nicht argumentativ läuft-. Und jetzt kann man nur Leute finden die ((Klopfen)) das gut oder die es schlecht finden-. Und dann müsste man sagen: ‚Hör zu das hat aber das und das zur Wirkung, wie stehst Du dann dazu‘.“

### **4.3 Gender Mainstreaming ist Frauenförderung ist Gender Mainstreaming**

Die von den Befragten benannten Ansatzpunkte zur Umsetzung von Gender Mainstreaming – in erster Linie Personalrekrutierung wie auch Reformen in

Lehre und Studium – deuten auf ein Verständnis von Gender Mainstreaming hin, das in engem Zusammenhang mit traditioneller Frauenförderung steht. Es bezieht sich zudem in erster Linie auf quantitative Aspekte, nämlich auf die Erhöhung der Anteile am jeweils unterrepräsentierten Geschlecht. Dabei gerät das relativ neue Feld der Hochschulsteuerung ebenso wenig wie das Feld der Forschung in den Blickpunkt für Organisationsentwicklung im Zeichen von Gender Mainstreaming.

Diese Ergebnisse korrespondieren mit den Ressourcen, die die Befragten für die Implementation benötigen, nämlich in erster Linie Information und Wissen, aber auch Zeit und Geld für Innovationen.

### **5. „Da braucht man jemanden, der das anschiebt.“ – Weitere Schritte für die Umsetzung von Gender Mainstreaming**

Schließlich umfasste ein Fragenkomplex der Organisationsdiagnose die antizipierten weiteren Schritte für die Umsetzung von Gender Mainstreaming. Im Mittelpunkt stand hier also der Blick auf die konkrete Praxis der Organisationsentwicklung in Folge der Diagnose. Wie könnten weitere Schritte in der Umsetzung von Gender Mainstreaming aussehen? Die Befragten haben hierzu klare Vorstellungen.

Erstens ist die *Initiative und Unterstützung durch die Hochschulleitung* gefragt. Alle Befragten wünschen sich von der Hochschulleitung eine klare Positionierung zur Umsetzung von Gender Mainstreaming. Dazu gehört die Offenheit des Rektors „für diese Fragen“ und ein Signal, „dass er hinter solchen Gedanken steht“ bzw. der „Rückhalt im Rektorat“ sowie ein Kanzler, „der das unterstützt“. Möglicherweise könnte der Rektor auch regelmäßige Rundschreiben zur Umsetzung von Gender Mainstreaming an die Dekane schicken oder diese alle drei Monate zum Rapport einbestellen, aber dies würde, so der Urheber dieser Ideen, wohl doch nicht viel helfen.

Ein Befragter hält zudem weitere *Machtpromotoren* für wichtig. Für die Umsetzung brauche es „jemanden, der das anschiebt“. Dann, so schätzt dieser Dekan, hätte er zwei Drittel seines ganzen Kollegiums hinter sich. Diese Person müsste eine besondere sein:

F: „wenn dann müsste man vielleicht n Machtpromotor oder n Engagierten wenn dann die Fragestellung dann irgendwie in divers- immer wenn s ansteht mit einbringt der sich dann natürlich auch prügeln müssen lässt ist auch klar die ersten zehn Mal [...] Man müsste wirklich n paar Machtpromotoren haben n bisschen wie s in Unternehmen läuft die dann wirklich überzeugt sind von der Sache das reindrücken durch ihre eigene Begeisterung vorleben und zeigen dass das was Wichtiges ist dass das auch Betriebssport- so müsste das kommen/“

Mit diesen Überlegungen weist der Interviewte explizit darauf hin, dass es in den einzelnen Arbeitsbereichen und Organisationseinheiten jeweils jemanden braucht, der die mit Gender Mainstreaming verbundenen Fragestellungen einbringt, vertritt und auch die zumindest anfänglich damit möglicherweise verbundenen Widerstände abfängt. Im Umkehrschluss heißt dies auch, dass ohne engagierte Personen in den einzelnen Arbeitsbereichen die Umsetzung eher nicht vorangebracht werden wird.

Mehrere Befragte schlagen zudem die Gründung einer *Initiativgruppe* vor, die die Umsetzung von Gender Mainstreaming an der Universität Rostock begleitet:

F: „wie es passieren könnte- also das ist meistens ja der Idealzustand- dass wir eine Initiativgruppe so würde ich sie mal nennen auch danach haben die nach dem Januar also nach den Befragungen dabei die dieses gewährleisten kann indem sie eher so zusammengesetzt sind nicht nur von denjenigen die Interesse dabei haben sondern die den Prozess ja dadurch auch begleiten können weil sie in diesen Runden dabei sind/ also in den Dezernentenrunden in den Dekansrunden beim Rektor da natürlich auch immer wieder nachfragen können also nicht nur der einzelnen Gleichstellungsbeauftragten was schon misslich wäre das zu überlassen oder dem Kanzler oder einem Dezernenten alleine es zu überlassen sondern dieses schon mit zu gestalten/ also das ist eigentlich gar nicht negativ, dass man sich dann eben als Förderer outet um zu sagen ich frage aber dann mal nach/“

Auch eine andere Führungskraft findet eine solche Initiativgruppe „erfolgversprechend“: in dieser sollten „besondere Leute drüber nachdenken, und die Leute, die drüber nachdenken, müssen, werden dann sicher auch wieder Menschen sein, die die beiden Personengruppen, um die es hier geht, dann widerspiegeln“. Wiederum ein anderer Befragter schätzt jedoch die aktive Beteiligung an einer derartigen Initiativgruppe eher überschaubar ein, was nicht unbedingt am mangelnden Engagement der Organisationsmitglieder läge, sondern an der Fülle der derzeit zu bewältigenden Entwicklungsaufgaben.

Viertens erscheint einigen Befragten die *aktive und freiwillige Mitarbeit aller Organisationsmitglieder* als wichtig. Diese Prozesse müssten mit einem größtmöglichen Maß an „prinzipieller Freiwilligkeit und Konsensorientierung“ erfolgen. Hierfür wird auch der *Austausch zwischen allen Beteiligten* als bedeutsam eingeschätzt. Die Implementation von Gender Mainstreaming erfordert die Etablierung eines organisationsinternen Kommunikationsprozesses über Gleichstellung und damit einen Austausch zwischen allen Beteiligten. Dies könnte z.B. in Form eines Jour fixe des Rektorats oder der Dekane geschehen:

F: „ja ich meine genauso gut könnte ich mir vorstellen sag ich mal einen Jour fixe äh des Rektorats oder des Rektors mit der Gleichstellungsbeauftragten oder auch auf Dekansebene könnte so was natürlich auch laufen ja?“

Eine andere, möglicherweise ergänzende, Möglichkeit des Austausches sieht eine Führungskraft in regelmäßigen Berichten über den Fortschritt des Gender-Mainstreaming-Prozesses:

F: „mhm mhm ja den nächsten Schritt haben wir ja schon in Sachen Information des Senates/ damit einerseits hoffen auf Multiplikatoren und andererseits zu wissen es wird ein Teil vielleicht positiv weitergegeben wenn überhaupt manchmal wird gar nichts weitergegeben diesen Prozess zu verstärken Sie sind ja dabei aber ich meine auch zukünftig zu verstärken dass über den Fortschritt des Prozesses in allen Gremien Dezernentenrunden Dekansrunden beim Rektor fast schon als festen Tagungsordnungspunkt hat um das was wichtig ist dabei ist um den gleichen Kenntnisstand und auch den Erfahrungsstand vielleicht zu haben/ also über dieses Verfahren was Sie jetzt betreiben hinausgehend stelle ich mir das vor/ also nicht nur jetzt bis Januar und dann haben wir das alles ist das in Ordnung sondern eher danach das würde ich als wichtigen Prozess ansehen also von Fakultätsratsitzung bis Fachbereich und so weiter/ das ist schon, denk ich mir schon entscheidend um es einerseits nicht in Vergessenheit zu geraten und andererseits nicht zu sagen da machen einige ja schon etwas und mal sehen was bei rauskommt sondern zu sehen wir sind all diejenigen die daran mitwirken müssen“

Die Idee dieses organisierten Austausches in allen Gremien besteht darin, das Thema Gender Mainstreaming auf der organisationalen Agenda präsent zu halten und zu einer Selbstverständlichkeit zu machen.

Sechstens wird *externer Beratung* Bedeutung zugeschrieben: Einige Führungskräfte wünschen sich „externen Sachverstand“ und Prozessberatung für die Implementation von Gender Mainstreaming. Zusammen mit den jeweiligen Arbeitsbereichen sollten die entsprechenden Fragestellungen und Projekte erarbeitet werden:

F: „Was man machen könnte wäre dass man- man müsste das eben transportieren durch eine Organisationsberatung Sie kennen das aus solchen Prozessen/ da braucht man dann schon jemand der n Professorium dann wenn er Material hat wo man ihn drauf hinweisen kann (???) Dinge die systematisch ob das jetzt gegen das Gesetz verstößt ist eigentlich sekundär/ Das ist eigentlich ne Sauerei so ne/“

Der externen Beratung kommt in den Interviews die Funktion der fach- und sachkompetenten Begleitung des Organisationsentwicklungsprozesses zu. Dabei besteht bei den meisten Führungskräften der Wunsch, durch Beratung in den eigenen Projekten unterstützt zu werden, fachliche Inputs und methodische Anregungen zu bekommen.

Schließlich wurde die Forderung nach einer *geschlechterdifferenzierten Hochschulstatistik* mehrfach als wichtiger Ansatzpunkt für die Umsetzung von Gender Mainstreaming benannt: Zahlen dienen der Information über organisati-

onale Geschlechterverhältnisse und sind eine zentrale Grundlage für veränderte bzw. verändernde Hochschulsteuerung. Daneben wurde auch der Aspekt der *Sensibilisierung* für Fragen der Geschlechterungleichheit mehrfach erwähnt. Die Sensibilisierung solle dazu dienen, „dass man sich mehr Gedanken macht“. Sie schärft die Wahrnehmung für Ungleichheiten und bringt den für Veränderungen notwendigen Bewusstseinsprozess voran.

Hinsichtlich der weiteren Schritte für die Umsetzung von Gender Mainstreaming zeigen die Befragungsergebnisse die Richtung des Handlungsbedarfs auf: Als notwendig erachten sie vor allem eine Positionierung der Hochschulleitung einschließlich der Klärung der weiteren Zuständigkeit in der Umsetzung von Gender Mainstreaming. Diesbezüglich haben die Befragten eine Reihe von Ideen, von denen vor allem die Einrichtung einer Initiativgruppe als Koordinationsgruppe und Motor des Organisationsentwicklungsprozesses, die ergänzende Begleitung durch externe Prozessberatung sowie die Bereitstellung von Information und Wissen für alle Beteiligten hervorzuheben sind. Die Implementation von Gender Mainstreaming stellt sich so als organisationaler Kommunikationsprozess dar, der aktiv gestaltet und mit entsprechenden Ressourcen ausgestattet werden muss.

## **6. Gleichstellung als Beitrag zur Qualität von Wissenschaft und ihren Organisationen**

Zwei Ergebnisse der Organisationsdiagnose stechen besonders hervor: Die befragten Führungskräfte sind alle mehr oder minder in ihrem beruflichen Alltag mit der Gleichstellungsthematik konfrontiert, zumindest bei Stellenbesetzungen, ab und an auch noch in anderen Fragen, die in erster Linie auf Lehre und Studium bezogen sind. Nicht alle messen der Gleichstellungsthematik gleichermaßen Bedeutung bei: Für einige ist sie gesellschaftlich wie persönlich wichtig und richtig, einige andere sind der Meinung, dass andere Themen, z.B. Leben oder Tod, Armut etc., weitaus bedeutsamer seien und die Befassung mit Geschlechtergerechtigkeit in der gegenwärtigen gesellschaftlichen Situation ‚Luxus‘ sei, und für die meisten gehört diese Thematik ‚irgendwie mit‘ zu ihrem jeweiligen Hochschulalltag, ohne jedoch besonderes Engagement in die eine oder andere Richtung hervorzurufen. Entsprechend viel oder auch wenig Raum nimmt die Auseinandersetzung mit der Gleichstellung in den jeweiligen Tätigkeitsfeldern und Leitungsaufgaben ein.

Daraus leitet sich ein zweites wichtiges Ergebnis der Studie ab: Das Wissen der Befragten über Gleichstellung, Frauenförderung und Gender Mainstreaming ist relativ diffus und unvollkommen, Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen den verschiedenen Strategien werden kaum gesehen bzw. gemacht, die Organisationsaufgabe Gleichstellung wird an die Gleichstellungsbeauftragte und/oder deren Fakultätsvertreterin delegiert und nicht als (auch) dem eigenen

Zuständigkeitsbereich zugehörig aufgefasst. Folglich ist unklar, worin eigene Beiträge zur Verwirklichung der Gleichstellung bestehen könnten. Hinzukommt, dass der überwiegende Teil der Befragten (Männer) den (persönlichen und organisationalen) Nutzen und Mehrwert von Gleichstellung nicht erkennt – zumal die eigene aktive Beteiligung der Männer an der Gleichstellung, die die Befragten in erster Linie als Politik von Frauen für Frauen verstehen, in der herkömmlichen Frauenförderpolitik auch nicht dezidiert eingefordert wurde.

Vor diesem Hintergrund wird verständlich, warum die Bereitstellung und Vermittlung von Information und Wissen so großen Raum in den Vorschlägen der Befragten zur Umsetzung von Gender Mainstreaming einnimmt: Die Führungskräfte möchten vor allem rationale Argumente und weniger politisch-normative Appelle hören, um die Gleichstellung zu ihrer Aufgabe zu machen und sich am Gender Mainstreaming zu beteiligen. Einen Schlüssel hierzu könnte das Qualitätsargument bilden: Gleichstellung als Beitrag zur organisationalen Qualität zu denken und zu praktizieren weckt bei den meisten Befragten Interesse und könnte als der rationale Anreiz überhaupt für die weiteren Diskussionen und die organisationale Umsetzung von Gender Mainstreaming fungieren. Die Bereitschaft zur Beteiligung daran ist bei den meisten grundsätzlich da, zumeist eher verhalten, selten mit großer Begeisterung – was jedoch nicht nur mit der Sache an sich, sondern auch mit vielfältigen anderen Arbeitsbelastungen in einer sich rasant wandelnden Organisation und Hochschullandschaft mit neuen Anforderungen an die einzelnen verbunden ist. Angesichts der Fülle an neuen Herausforderungen und Organisationsaufgaben für alle Hochschulmitglieder erscheint es daher als sinnvoll, die Umsetzung von Gender Mainstreaming in laufende Organisationsentwicklungsprojekte zu integrieren und dort zu beginnen, wo konkretes Interesse und die Bereitschaft zur aktiven Mitarbeit vorhanden sind bzw. geweckt werden können. Die Studie zeigt, dass hierzu auch gehört, den konstruktiven Dialog zwischen Wissenschaft und Verwaltung zu fördern.

Damit zeichnet sich in den Untersuchungsergebnissen ab, was einige Jahre später in Deutschland auch von der Wissenschaftspolitik aufgegriffen werden sollte: die Legitimation von Gleichstellung mit Argumenten, die einer ökonomischen Logik entspringen und die normativ-politische Logik wenn nicht gänzlich zu ersetzen so doch zumindest zu ergänzen begonnen haben. Das wohl prominenteste Beispiel hierzu bildet die „Offensive für Chancengleichheit von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern“, die unter Federführung des Wissenschaftsrats am 29. November 2006 von den wichtigsten deutschen Wissenschaftsorganisationen beschlossen wurde, nämlich der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), der Fraunhofer-Gesellschaft, der Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren, der Hochschulrektorenkonferenz, der Max-

Planck-Gesellschaft und der Leibniz-Gemeinschaft.<sup>19</sup> Aus dem geschlechterwissenschaftlichen und -politischen Spektrum wurde argumentiert, dass die Berufung auf Chancengleichheit allein nicht von Erfolg gekrönt sein würde, sondern mit dem aktuellen Qualitäts- und Exzellenzdiskurs verknüpft werden müsste:

„Gleichstellung ist ein Beitrag zu Innovation und Exzellenz. Eine Gleichstellungsoffensive ist eine Reaktion auf Forderungen der Gerechtigkeit oder ökonomisch notwendig, aber sie ist in der Wissenschaft – und muss es sein, um Erfolg haben zu können – auch eine Qualitätsoffensive.“<sup>20</sup>

Dieses Argument stieß auch beim Wissenschaftsrat auf Gehör, der unter der Überschrift „Chancengleichheit ist eine Frage der Qualität“ in einer Presseerklärung zur Vorstellung der von ihm erarbeiteten „Empfehlungen zur Chancengleichheit von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern“ am 16. Juli 2007 unmissverständlich erklärte:

„Die Statistiken liegen vor, ihre Auswertungen sind eindeutig, die Strategien und Instrumente, hier Abhilfe zu schaffen, sind bekannt. Trotzdem hat dieser ‚Konsens in der Theorie‘ noch nicht zu einem Durchbruch in der gleichstellungspolitischen Praxis geführt. In Deutschland ist der kognitive Widerstand gegenüber dem Befund der Ungleichbehandlung von Männern und Frauen gerade auch in der Wissenschaft besonders groß. Damit verschließt man sich zugleich der Einsicht, dass Exzellenz und Innovation ohne Frauen undenkbar sind. [...] Für den Fall, dass [...] in absehbarer Zeit keine deutlichen Verbesserungen (in der Förderung von Chancengleichheit in allen Bereichen des Wissenschaftssystems, d. V.) erzielt werden, hält der Wissenschaftsrat die Anwendung institutionalisierter und auch finanzwirksamer Durchsetzungs- und Sanktionsmechanismen für erforderlich. Welche Modelle zur Festlegung von Zielzahlen bei der Sanktionierung angewendet werden sollen (zum Beispiel Kaskadenmodell, positive Diskriminierung, Zielvorgaben bei Berufungen nach Geschlecht), ist zu gegebener Zeit zu entscheiden.“<sup>21</sup>

Die Herstellung und Durchsetzung der Gleichstellung der Geschlechter in Hochschule und Forschung ist damit auf der Agenda wissenschafts- und hochschulpolitischer Eliten angekommen, eingebettet in eine von ökonomischer Rationalität geleitete Rhetorik, die Chancengleichheit als im Einklang mit Wettbewerb, Innovation und Exzellenz sieht. Die in diesem Beitrag vorgestellten Ergebnisse

---

<sup>19</sup> Vgl. *Wissenschaftsrat* (Hrsg.), *Exzellenz in Wissenschaft und Forschung – Neue Wege in der Gleichstellungspolitik*. Dokumentation der Tagung am 28./29.11.2006 in Köln. Köln 2007, 151-165.

<sup>20</sup> *Susanne Baer*, *Qualitätsoffensive für die deutsche Wissenschaft*, in: Jutta Dalhoff/Jutta Kreuzer, *Gender in der Forschung – Innovation durch Chancengleichheit*. Konferenz im Rahmen der Deutschen EU Ratspräsidentschaft. Bonn 2008, 28-35, hier 35.

<sup>21</sup> *Wissenschaftsrat*, *Chancengleichheit ist eine Frage der Qualität*. Pressemitteilung 21/07. Köln 2007.

der Organisationsdiagnose am Beispiel der Universität Rostock deuten darauf hin, dass diese Rhetorik im organisationalen Alltag der Führungskräfte in Wissenschaft und Verwaltung auf großen Widerhall stoßen könnte. Anhängerinnen und Anhänger normativer Argumente, die Gleichstellung im Namen einer zu verwirklichenden Demokratie befürworten, mögen zumindest irritiert sein. Möglicherweise können aber auch sie sich pragmatisch damit anfreunden, dass Gleichstellung im Namen der ökonomischen Rationalität zu einer auf breite Zustimmung treffenden und von vielen Organisationsmitgliedern geteilten organisationalen Praxis werden und damit das „Ziel der Gleichstellung von Frauen und Männern effektiv“<sup>22</sup> erreicht werden könnte.

---

<sup>22</sup> Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2002 (wie Anm. 1), 5, Hervorhebung im Original.

Bettina Wahrig

## **Von der „weisen Frau“ zum Gesundheitsberuf: Ausschnitte aus der Geschichte der Geburtshilfe**

Die Geburt eines Kindes ist bis heute eine wichtige Zeitmarke – zuallererst, aber nicht nur im Leben der Gebärenden.<sup>1</sup> Sie ist von bestimmten Gebräuchen und Praktiken begleitet; diese sind von Kultur zu Kultur verschieden; in den hier betrachteten Kulturen West- und Mitteleuropas haben sie sich im Laufe der Zeit zudem wesentlich geändert.<sup>2</sup> Im Folgenden stehen vor allem das 18. und das 19. Jahrhundert im Vordergrund – ein Zeitabschnitt, der einen grundlegenden Wandel in der beruflichen Rolle der Geburtshelferinnen und -helfer, in der Rolle der werdenden Mutter und im Verhalten ihrer unmittelbaren Umgebung sah. Heute findet die große Mehrzahl der Geburten in einer Klinik statt – bis Mitte des 18. Jahrhunderts waren fast alle Geburten Hausgeburten und dies blieb auch das Muster für die normale Geburt bis nach dem Zweiten Weltkrieg. Ich möchte in diesem Beitrag einen Einblick in die Geschichte der Geburtshilfe im 18. und 19. Jahrhundert geben; es soll exemplarisch gezeigt werden, an welcher Stelle sich die Genderstudies und die Geschichte der Wissenschaften vom Leben ergänzen können. Nach ein paar einleitenden Bemerkungen zu den möglichen Gegenständen und grundsätzlichen Fragestellungen von Wissenschaftsgeschichte aus Sicht der Genderstudies wird zunächst das Verhältnis von Geburt und Kultur in historischer und Gender-Perspektive behandelt. Danach wird auf die Geschichte des Hebammenberufs eingegangen. Im Anschluss an einen kurzen Exkurs über den Beruf der Hebamme im Mittelalter und der Frühen Neuzeit wird das 18. Jahrhundert fokussiert, in dem sich einerseits die Geschlechterrollen veränderten und andererseits eine Kontroverse aufkam, ob das Wissen der Hebamme oder dasjenige des Arztes maßgeblich für eine sichere Geburt und den Fortschritt der Geburtshilfe sei; ein kurzer Abschnitt widmet sich der Professionalisierung der Geburtshilfe im 19. Jahrhundert. Zum Schluss möchte ich die Hauptargumente in Bezug auf Genderstudies und Wissenschaftsgeschichte zusammenfassen.

---

<sup>1</sup> *Wulf Schiefenhövel/Dorothea Sich* (Hrsg.), *Die Geburt aus ethnomedizinischer Sicht*. 2. Aufl. Braunschweig u. a. 1986 (Curare: Zeitschr. für Ethnomedizin u. transkulturelle Psychiatrie, Sonderband).

<sup>2</sup> Vgl. *Eva Labouvie*, *Andere Umstände: eine Kulturgeschichte der Geburt*, Köln 2000; *Jürgen Schlumbohm/Barbara Duden/Jacques Gélis et al.* (Hrsg.): *Rituale der Geburt. Eine Kulturgeschichte*. München 1998; *Eva Labouvie*, *Beistand in Kindsnöten. Hebammen und weibliche Kultur auf dem Land (1550-1910)*. Frankfurt am Main 1999 (Reihe Geschichte und Geschlechter, 29).

## Einige Grundthesen der Wissenschaftsgeschichte aus Gender-Perspektive

Wissenschaftsgeschichte ist ein multidisziplinäres Feld, auf dem mit vielen verschiedenen geistes- und sozialwissenschaftlichen Methoden gearbeitet wird. Ihre beiden Grundfragen sind m. E.

- Wie funktioniert Wissen?
- Wie verändert sich Wissen?

Wissenschaftsgeschichte fragt also nach dem gesellschaftlichen, kulturellen und materiellen Kontext von Wissenschaft und nach der Dynamik von wissenschaftlichem Wissen. Die Antworten auf die beiden genannten Fragen fallen je nach Epoche und nach Wissensgebiet verschieden aus – zudem werden sie sich entscheidend verändern, je nachdem, wie weit man den Begriff des Wissens fasst. Für diesen Überblick nur so viel: Ich gehe davon aus, dass Wissen immer im Zusammenhang mit Macht betrachtet werden sollte, wobei ich Macht mit Michel Foucault als strategisches Verhältnis, als „*Kräfteverhältnis in sich selbst*“<sup>3</sup> auffasse, d.h. als ein Feld persönlicher Beziehungen, Ressourcen, sozialen Strukturen, innerhalb dessen Macht zirkuliert. Das bedeutet, dass man Macht nicht „hat“; sie realisiert sich in asymmetrischen interpersonalen – durch Dispositive<sup>4</sup> vermittelten – Verhältnissen, in denen aber auch das Agieren des „schwächeren“ Teils wesentlich zum Funktionieren dieses Verhältnisses beiträgt. Durch den Faktor „Wissen“ kann sich Macht auf verschiedenste Objekte erstrecken; auch in jenen Gegenständen, die wir vom Alltagsverständnis her als „Kultur“ bezeichnen würden, manifestieren sich Machtverhältnisse, bzw. sie werden durch Kultur vermittelt oder ausgedrückt. Macht kann sich auch bis in den einzelnen Körper, ja sogar bis in die einzelne Seele hinein erstrecken – die modernen Wissenschaften vom Menschen, z.B. Medizin und Psychologie, liefern hierfür gleichzeitig das Wissen und sie verleihen diesem Umstand Ausdruck. In diesem Sinn werden Wissen, Macht und Kultur im Folgenden im Zusammenhang betrachtet.

Eine von den Genderstudies informierte Wissenschaftsgeschichte<sup>5</sup> betrachtet zusätzlich, inwieweit das Verhältnis *Wissen – Macht – Kultur* durch die Geschlechterordnung geprägt ist. Es ist in der historischen Forschung weitgehend Konsens, dass die kulturelle Traditionslinie, welche das antike Griechenland mit den europäischen Gesellschaften des 19. und 20. Jahrhunderts verbindet, auf dem Patriarchat beruht.<sup>6</sup> Wenn nun von einem wechselseitigen Beziehungs- und

<sup>3</sup> Michel Foucault, In Verteidigung der Gesellschaft. Vorlesungen am Collège de France (1975-76). 1. Aufl. Frankfurt am Main 2001, 26.f.

<sup>4</sup> Ensembles von sozialen und apparativen Strukturen.

<sup>5</sup> Sabine Höhler/Bettina Wahrig, Geschlechterforschung ist Wissenschaftsforschung – Wissenschaftsforschung ist Geschlechterforschung. Einführung in den Themenschwerpunkt "Wissenschaftsgeschichte als Geschlechtergeschichte", in: N.T.M., 14, 2006, 201-211.

<sup>6</sup> Charlotte Schubert/Ulrich Huttner (Hrsg.), Frauenmedizin in der Antike. Düsseldorf u. a.

Ausdrucksgeflecht von Wissen, Macht und Kultur ausgegangen wird, dann folgt für wissenschaftshistorische Genderstudies die Grundthese, dass die Ordnung der Geschlechter und das Wissen über die Natur der Geschlechter aufeinander verweisen, sich gegenseitig „begründen“, „rechtfertigen“ und ausdrücken, dies allerdings in spezifischen Konstellationen, je nachdem, welche Epoche, welche Kultur<sup>7</sup> und welches spezifische Wissensgebiet man betrachtet. Nach dieser Grundthese sollte es auch neben den Differenzen zahlreiche Ähnlichkeiten und einige grundsätzliche Kontinuitäten geben.

Wenige konkrete Beispiele müssen genügen um anzudeuten, wie sich Vorstellungen über die Ordnung der Geschlechter und solche über die Natur der Geschlechter gegenseitig ergänzen und verstärken können.

So lehrten im Einklang mit der Dominanz von Männern der Oberschicht im antiken Griechenland und der Definitionsmacht des „pater familias“ in puncto Nachkommenerzeugung einige Autoren dieser Zeit, dass der Beitrag des Mannes bei der Zeugung in der „Form“ des Embryos, d. h. des entstehenden Nachkommen bestehe, während die Frau über ihr Menstruationsblut lediglich die „Materie“, die nährend Substanz, liefere.<sup>8</sup> Damit war zwar ein Beitrag beider Geschlechter zur Reproduktion statuiert, der implizit höherwertige wurde aber auf den Mann zurückgeführt. Im 18. Jahrhundert lieferte der Aufklärungsphilosoph Jean-Jacques Rousseau (1712-1778) ein neues theoretisches Fundament für die Forderung, dass die soziale Rolle der Frau vor allem in der Kinderaufzucht bestehe, er argumentierte mit der angeblich bei allen Tieren gegebenen Arbeitsteilung, der zufolge die Brutpflege Aufgabe der Weibchen sei. Die Identifikation des menschlichen Wesens mit einem Gattungswesen ermöglichte die Inanspruchnahme der Natur und ihrer Gesetze, nicht nur für die politische Gleichheit der (männlichen) Subjekte, sondern auch für die Verfestigung der sozialen Ungleichheit zwischen Mann und Frau.<sup>9</sup> Mit der allgemeinen Akzeptanz (innerhalb der Medizin) der wissenschaftlichen These, der Embryo stelle bereits ab der Empfängnis ein Lebewesen dar, verstärkte sich die Überzeugung, dass Abtreibung verwerflich und juristisch zu verfolgt werden müsse, wobei gleichzeitig

---

1999, 28-47.

<sup>7</sup> Der Begriff wird hier unspezifisch verwendet und markiert soziale Praktiken in einem geographischen Raum innerhalb eines Zeitabschnitts; zum komplexen Themenfeld der Kulturgeschichte vgl. *Ute Daniel*, Kompendium Kulturgeschichte, Frankfurt am Main 2001.

<sup>8</sup> *Aristoteles*, De generatione animalium 7301-b., zit. n. Schubert/Huttner, Frauenmedizin in der Antike, 126-129, vgl. den Kommentar 517f.

<sup>9</sup> *Jean-Jacques Rousseau*, Der Gesellschaftsvertrag oder die Grundsätze des Staatsrechtes. Stuttgart 1961; sowie *ders.*, Emile oder über die Erziehung. Düsseldorf 1997; *Eva Kreisky*, Wider verborgene Geschlechtlichkeit. Die maskuline Unterseite politischer Gerechtigkeitsdiskurse, in: Andreas Franzen/Winfried Dornheim/Alexander Thumfart/Waschuhn Arno (Hrsg.), Gerechtigkeit. Interdisziplinäre Grundlagen. Opladen/Wiesbaden 1999, 168-207; *Londa Schiebinger*, Schöne Geister. 2. Aufl. Stuttgart 1993, besonders 308 und 333; *Claudia Honegger*, Die Ordnung der Geschlechter. 2. Aufl. Frankfurt am Main u. a. 1992.

verhandelt wurde, ob es der richtige Weg sei, Frauen deshalb zu kriminalisieren oder ob man nicht besser eine soziale Akzeptanz für ledig geborene Kinder schaffen solle.<sup>10</sup>

### **Geburt: Körperwissen und Kultur**

Was bedeutet dies nun in Bezug auf das hier näher betrachtete Feld, die Geburtshilfe? Zunächst muss gefragt werden, auf der Basis von welchem Körperwissen die uns jeweils überlieferten Handlungsmuster in diesem Feld angewandt wurden. Dazu möchte ich eine grobe Skizze der Veränderung des Körperwissens vom 18. bis zum 19. Jahrhundert geben.

Zu Beginn des 18. Jahrhunderts dominierte in der Medizin noch die sogenannte Humoralpathologie. Diese war im 5. Jahrhundert vor unserer Zeit entstanden und von dem griechisch-römischen Arzt Claudius Galenos (2. Jh. n. Chr.) weiterentwickelt worden. Die Mehrheit der antiken Autoren ging von der Annahme eines Entsprechungs- oder Analogieverhältnisses zwischen Mikrokosmos (der Mensch) und Makrokosmos (die Welt) aus: So wie in diesem vier Elemente wirkten (Feuer, Wasser, Erde, Luft), so wurde jener von den vier Säften (Blut, Schleim, schwarze Galle, gelbe Galle) bestimmt. Ihr Gleichgewicht bedeutete Gesundheit, Ungleichgewicht oder krankmachende, sozusagen atypische Säfte bedeuteten Krankheit. Für den einzelnen Menschen galt eine spezifische Konstitution, je nachdem welcher Saft relativ überwog; das Gleichgewicht – und damit die Gesundheit – war also für jedes Individuum ein besonderes; gleichzeitig konnte man je nach dem relativen Überwiegen eines der vier Säfte vier („konstitutionelle“) Typen unterscheiden. Aus diesem Grundsatz ließ sich auch eine körperliche Differenz zwischen Männern und Frauen herleiten, indem man den Männern im Allgemeinen ein Überwiegen der gelben Galle zuschrieb, während für Frauen vor allem der Schleim typisch war: Männer galten von der Konstitution her als warm und trocken, Frauen als kalt und feucht. „Warm“ und „trocken“ waren auch die Grundeigenschaften des Elementes „Feuer“, welches symbolisch wiederum mit der Vernunft verbunden war. Außerdem war Feuer ein Faktor für die Dynamik der Säfte (ihre Umwandlung ineinander und letztlich auch für die Gesundheit der Organe); diese Umwandlung nannte man „pepsis“ oder „Kochung“. Der weibliche Körper war damit grundsätzlich dem männlichen ähnlich, aber er schuf schlechtere Voraussetzungen für das Denken und auch für die Lebhaftigkeit des Stoffwechsels. Eine weitere symbolische Zuordnung war diejenige von „rechts“ zum Mann und „links“ zur Frau. So lesen wir in einer Schrift Galens, dass männliche Embryonen meist in der rechten Hälfte der Gebärmutter heranwachsen und weibliche meist in der linken.<sup>11</sup> Aufgrund

---

<sup>10</sup> Vgl. *Otto Ulbricht*, *Kindsmord und Aufklärung in Deutschland*. München 1990.

<sup>11</sup> *Galenos*, *De usu partium* XIV7, zit. n. Schubert/Huttner, *Frauenmedizin*, 149.

des grundsätzlichen Entsprechungsverhältnisses zwischen Mikro- und Makrokosmos wurden jedoch auch manche offensichtliche Differenzen zwischen männlichem und weiblichem Körper „verähnlicht“, etwa in der gleichen Benennung von Eierstöcken und Hoden. Diese Tradition hielt sich bis in die Frühe Neuzeit. Thomas Laqueur ging 1991 sogar so weit, zu behaupten, dass im medizinischen Bereich bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts ein „Ein-Geschlechter-Modell“ vorgeherrscht habe.<sup>12</sup> Er stützt diese These auf eine Analyse von Lehrbüchern der Anatomie, aber auch auf Texte zur Humoralpathologie. Ob man pauschal von *dem* Eingeschlechtermodell in der Frühen Neuzeit sprechen kann, ist umstritten.<sup>13</sup> Auf alle Fälle lässt sich festhalten, dass die Viersäftelehre Erklärungen und therapeutische Optionen über Jahrhunderte effizient ordnete, Gemeinsamkeiten und Differenzen – auch solche zwischen den Geschlechtern – in einen Sinnhorizont integrierte. Die Frage ist m. E. weniger, ob „es“ ein Ein-Geschlechtermodell „gab“, sondern wie die verschiedenen Varianten, in welcher die Beziehungen zwischen Mikro- und Makro-Kosmos gedacht wurden, wiederum auf die Geschlechtskörper bezogen wurden. Dass es hier – wie auch in anderen Bereichen des Natur-Wissens – ein ganzes Spektrum von Denkmöglichkeiten gab, liegt auf der Hand.

Ein anderes Erbstück der antiken Medizin und Philosophie war die Annahme einer stufenweisen Beseelung des im Mutterleib heranwachsenden Embryos. Diese Annahme geht letztlich auf Aristoteles zurück. Sie wurde im Mittelalter etwa durch den Philosophen Thomas von Aquin (1225-1274) bekräftigt und erlangte aufgrund von Thomas' Rolle als Kirchenlehrer eine beträchtliche Autorität. Nach Thomas erfolgte die eigentliche Beseelung des männlichen Embryos 40 und die des weiblichen Embryos 80 Tage nach der Empfängnis.<sup>14</sup> Thomas' Lehre hatte rechtliche Konsequenzen, denn vor diesem Datum wurde etwa eine Abtreibung nicht einer Tötung gleichgesetzt, weshalb sie wesentlich milder bestraft wurde.<sup>15</sup> Barbara Duden hat auf dem hier skizzierten Hintergrund gezeigt, dass bis weit ins 18. Jahrhundert hinein ein semantisches Feld bestand, in wel-

---

<sup>12</sup> Thomas Laqueur, *Auf den Leib geschrieben*. München 1996.

<sup>13</sup> Zu dieser Diskussion vgl. Michael Stolberg, *A woman down to her bones. The anatomy of sexual difference in the sixteenth and early seventeenth centuries*, in: *Isis*, 94, 2003, 274-99; Thomas Laqueur, *Sex in the flesh*. In: *Isis*, 94, 2003, 300-306; Londa Schiebinger, *Skelettenstreit*, in: *Isis*, 94, 2003, 307-313; Michael Stolberg, *Author reply*, in: *Isis*, 95, 2004, 97-98. Die verschiedenen Modelle von Ein-, Zwei- und Mergeschlechtlichkeit diskutiert in extenso Ulrike Klöppel in ihrem epochemachenden Werk über die Geschichte des Hermaphroditismus, *Ulrike Klöppel, XX0XY ungelöst*. Bielefeld 2010.

<sup>14</sup> Die Vorstellung war, dass sich der Embryo in einer Art Dialektik von Stoff und Form entwickelte und erst in einem späteren Stadium deshalb das Charakteristikum eines menschlichen Lebewesens erlangte.

<sup>15</sup> Günter Jerouschek, *Mittelalter: Antikes Erbe, weltliche Gesetzgebung und Kanonisches Recht*, in: Roberg Jütte (Hrsg.): *Geschichte der Abtreibung. Orig.-Ausg.* München 1993, 44-69.

chem „gestocktes Blut“, d. h. zurückgehaltener Menstruationsfluss, und frühe Schwangerschaft ununterscheidbar waren. Den bei Frühaborten gelegentlich beobachteten Embryos wurde häufig keine menschliche Gestalt zugeschrieben. Entsprechend der Vorstellung, dass Form und Beseelung Hand in Hand gingen, waren Feten, die nicht an die (ausgewachsene) menschliche Gestalt erinnerten, nicht zuzuordnen. Sie gaben den Gebärenden und den Frauen allgemein auch die Möglichkeit, ihre eigene Deutung einer – willentlich oder nicht – unterbrochenen Schwangerschaft zu unternehmen.<sup>16</sup>

Nach der Mitte des 18. Jahrhunderts kam es in der Medizin und besonders der Anatomie zu einer Akzentuierung der Differenzen zwischen dem männlichen und dem weiblichen Körper und zu einem verstärkten Interesse vor allem am Körper der Frau als dem Schlüssel zur Nachkommenproduktion. Gleichzeitig machte sich eine veränderte Kultur des gebildeten und gelehrten Bürgertums bemerkbar. In den letzten Ausläufern der „Querelle des femmes“<sup>17</sup> wurde über die Teilnahme von Frauen an öffentlichen Geschäften verhandelt, zu denen jetzt auch wissenschaftliche Aktivitäten zählten. Die Rolle von Akademien und Universitäten als Ausbildungsstätten von Experten nahm zu und gerade diese Institutionen schlossen die Teilnahme von Frauen mehrheitlich aus. Eine neue Aufteilung der öffentlichen und privaten Sphäre machte sich hier bemerkbar.<sup>18</sup> Mit anderen Worten: Die Ordnung der Geschlechter veränderte sich – nicht etwa hin zu einer vermehrten Partizipation von Frauen am öffentlichen Leben und an Regierungsgeschäften, sondern zunächst eher zu deren Verminderung. Schiebinger und Honegger haben in den 1990er Jahren argumentiert, dass die parallel zu beobachtenden Um-Akzentuierungen der natürlichen Differenzen zwischen dem männlichen und dem weiblichen Körper diese neue Aufteilung der sozialen Sphären zwischen Männern und Frauen (in den kulturellen Eliten) legitimierten.<sup>19</sup>

Worum handelte es sich bei diesen Um-Akzentuierungen? Zunächst einmal verlor die Humoralpathologie an Einfluss und das Augenmerk verlagerte sich

---

<sup>16</sup> *Barbara Duden*, *Geschichte unter der Haut. Ein Eisenacher Arzt und seine Patientinnen um 1730*, nach der Ausg. 1987. Stuttgart 1991.

<sup>17</sup> *Gisela Engel/Friederike Hassauer* (Hrsg.), *Geschlechterstreit am Beginn der europäischen Moderne*. Königstein, Taunus 2004.

<sup>18</sup> Die Verhältnisse sind für die Geschichtsschreiberin schwierig: Die These vom Ausschluss der Frauen aus der allgemeinen und wissenschaftlichen Öffentlichkeit setzt einen patriarchalisch geprägten Begriff von Öffentlichkeit bereits voraus: Verschiebt man den Fokus der Betrachtung und bezieht andere Arten der öffentlichen Äußerung von Frauen mit ein, dann wird sichtbar, dass Frauen in der aufgeklärten Öffentlichkeit nicht einfach verstummt, sondern ihre eigenen Äußerungsformen fanden. Stellvertretend für eine ganze Debatte vgl. *Nancy Fraser*, *Rethinking the Public Sphere: A Contribution to the Critique of Actually Existing Democracy*, in: Craig Calhoun (Hrsg.): *Habermas and the Public Sphere*, Cambridge, Mass./London 1992, 109-142.

<sup>19</sup> *Honegger* (wie Anm. 9) und *Schiebinger* (wie Anm. 9).

auf anatomische Differenzen. Anatomen – und Anatominnen – des 18. Jahrhunderts begaben sich erstmals auf eine systematische Suche nach anatomischen Differenzen zwischen Männern und Frauen außerhalb der Geschlechtsorgane, wobei sie vor allem auf das breitere Becken und den angeblich kleineren Schädel der Frau stießen.<sup>20</sup> Sodann wurden Differenzen zwischen Männern und Frauen, etwa was ihre Emotionalität oder ihre Vernunftfähigkeit anging, mit den neuen physiologischen und anatomischen Erklärungen für den menschlichen (weiblichen und männlichen) Körper in Verbindung gebracht. Als Fazit blieb ein „biologisches“ Bild der Frau, das ihre Natur in enger Verbindung mit ihrer Gebärfähigkeit verband: Die Funktion der Geschlechtsorgane wurde nun einem Schema der Komplementarität zugeordnet, biologische Übergänge zwischen Mann und Frau – wie sie die alte Physiologie und Anatomie aufgrund des Analogiegedankens zugelassen hatten – waren nunmehr schwer denkbar und Beschreibungen der gesellschaftlichen und der biologischen Funktion der Frau wurden gleichermaßen aus ihrer Gebärfunktion abgeleitet.

Was war die wichtigste Dynamik, das treibende Motiv hinter dieser Neuakzentuierung biologischer Differenzen zwischen Mann und Frau und wie vertrug sich diese mit den Parolen aus der Zeit der französischen Revolution, die sich doch gerne in der Formel „Alle Menschen sind gleich“ wiederfand? Das Argument einer Kontinuität des Patriarchats ist hier eher ein Befund, keine Erklärung. Londa Schiebinger zeigt am Beispiel der Anatomin Marie Thiroux D'Arconville, dass die Zuschreibung natürlicher Unterschiede auch von vielen Frauen mitgetragen wurde,<sup>21</sup> und Claudia Honegger zeigt auf, dass es Ende des 18. Jahrhunderts zur Entstehung einer „weiblichen Sonderanthropologie“ kam, die auch „begründete“, warum Frauen angeblich emotionaler, weniger zum abstrakten Denken veranlagt und dafür eher anfällig für Nervenkrankheiten waren. Die sich im Bürgertum herausbildende gesellschaftliche Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau, welche die letztere auch von der Teilnahme an den sich neu formierenden Institutionen der allgemeinen und wissenschaftlichen Öffentlichkeit ausschloss, schien so ein wesenhaftes Fundament in der nur von ihrer natürlichen Seite her betrachteten Gebärfunktion der Frau zu haben. Eine neu definierte „Natur der Geschlechter“ sanktionierte eine neu akzentuierte „Ordnung der Geschlechter“ und diese inspirierte wiederum die Arbeit der Anatomen und Physiologen in ihrer Suche nach immer mehr „Beweisen“ für natürliche Unterschiede.

Die Verflechtungen zwischen den Diskursen in den europäischen Gesellschaften der Aufklärungszeit sind vielfältig und können hier nicht vollständig nachgezeichnet werden. Ein Diskursstrang hat aber direkt mit unserem Thema zu tun. Unter dem Titel „medizinische Polizey“ versuchten Mediziner der zwei-

---

<sup>20</sup> Z.B. die Unterschiede im Skelett zwischen Mann und Frau, vgl. *Schiebinger* (wie Anm. 9).

<sup>21</sup> Ebd., 267-298.

ten Hälfte des 18. Jahrhunderts, Einfluss auf das Handeln der Obrigkeiten<sup>22</sup> und der Bevölkerung zu gewinnen. Sie argumentierten, eine gesunde und zahlreiche Bevölkerung hinge wesentlich von der Qualität der medizinischen Versorgung ab; besonderes Augenmerk sei auf die Nachkommenproduktion zu legen. So argumentierte einer der Matadoren dieser Richtung innerhalb der akademischen Medizin, Johann Peter Frank (1745-1821), 1779:

„Das Augenmerk der medicinischen Polizey ist, die Natur und ihre Kräfte, so viel als möglich ist, geltend zu machen, und so zu benutzen, daß man von jedem gegebenen Paare von Menschen beiderley Geschlechts, unter der Aufsicht guter Gesetze, die besten, gesundesten und dauerhaftesten Früchte erhalte.“<sup>23</sup>

Es liegt auf der Hand, dass damit das Thema „Geburt“ in einem weiten Sinn – von der Zeugung bis hin zur Kinderaufzucht – im Fokus der Aufmerksamkeit von Ärzten und, so hofften diese, bald auch in demjenigen der Obrigkeiten stehen sollte.

### **Der Beruf der Hebamme in der Frühen Neuzeit – ein kurzer Abriss**

Für viele Städte des späten Mittelalters ist die Präsenz von geschworenen Hebammen überliefert. Der sogenannte Hebammen-Eid war wie andere Amtseide auch eine frühe Form der Rechtssetzung. Er verpflichtete die Amtsinhaberin auf einen bestimmten Verhaltenskodex, der zunächst vor allem moralischer Natur war. So sollte sie z.B. Armen und Wohlhabenden gleichermaßen helfen und darauf achten, dass die Taufe ordnungsgemäß verlief. Nach der Reformation war der Vollzug der Nottaufe durch die Hebamme zunehmend umstritten. Dagegen fanden sich in den Eiden und den nun entstehenden Hebammenordnungen zunehmend Regeln, wie sie sich praktisch als Geburtshelferinnen verhalten sollten.

Sybilla Flüge hat in einer minutiösen Analyse von Hebammeneiden und -ordnungen herausgearbeitet, dass die Hebammen meistens von den Bürgerinnen einer Stadt gewählt wurden. Sie hatten ein hohes Ansehen und wurden für sehr kompetent gehalten. Die sogenannten „weisen Frauen“ existierten – zumindest offiziell – nur in einigen Städten. Sie hatten die Aufgabe, die Hebammen zu überwachen und ihnen auch gelegentlich fachlich zu helfen. Mit der Zeit gelang-

<sup>22</sup> Akademische Mediziner konnten als Stadt-, Land- oder Leibärzte bereits am Handeln der Obrigkeiten partizipieren. Mit der Bildung von Collegia Medica (Aufsichtsgremien, in denen die Mediziner häufig die Mehrheit hatten) in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts hatten sie gegenüber den Territorialregierungen ein Sprachrohr, gelegentlich sogar Sanktionsmacht. Vgl. *Gabriele Beisswanger*, *Arzneimittelversorgung im 18. Jahrhundert : die Stadt Braunschweig und die ländlichen Distrikte im Herzogtum Braunschweig-Wolfenbüttel*. (Braunschweiger Veröffentlichungen zur Pharmazie- und Wissenschaftsgeschichte, 36). Stuttgart 1996.

<sup>23</sup> *Johann Peter Frank*, *System einer vollständigen medicinischen Polizey*, Bd. 1. Mannheim/Tübingen/Wien 1779, 6.

te die Aufsicht über die Hebammen einheitlich in die Hand von Ärzten. Eines der ersten Lehrbücher der Geburtshilfe aus der Feder eines Arztes – das Werk von Eucharius Rösslin – trägt zwar sehr viel Fachwissen zusammen (vor allem aus antiken Quellen); es ist aber nicht ersichtlich, ob Rösslin selbst praktisches Wissen in Geburtshilfe hatte.<sup>24</sup>

Auf dem Land hielt sich der Brauch, dass die Hebammen von den Frauen des Dorfes gewählt wurden, noch bis ins 19. Jahrhundert hinein. Eva Labouvie kommt aus diesem Grund (und auch anhand der Archivquellen), zu dem Ergebnis, dass die z. T. noch heute aufgestellte Behauptung, Hebammen und weise Frauen seien häufig Opfer von Hexenverfolgungen gewesen, nicht mit den Befunden über ihre soziale Einbindung und Praxis zusammenpasst: Hebammen genossen zumeist eine große Anerkennung in der Gemeinschaft der Frauen.

Hebammen wirkten auch an Fürstenhöfen. Von einigen wissen wir etwas mehr über ihre Praxis, da sie schreibkundig waren. So verfasste Louise Bourgeois (1563-1636) ein vielzitiertes Lehrbuch der Geburtshilfe, das neben dem eigentlichen geburtshilflichen Wissen auch Informationen über die Behandlung der Unfruchtbarkeit und von Frauenkrankheiten enthielt.

Justina Siegemund (1636-1705), wohl die berühmteste deutschsprachige Hebamme der Frühen Neuzeit, war zwar auch „Chur-Brandenburgische Hof-Wehemutter“, jedoch belief sich ihre Praxis gleichfalls auf Frauen in der Stadt.<sup>25</sup> Siegemunds beruflicher Werdegang war untypisch, denn von Hebammen wurde erwartet, dass sie selbst geboren hatten, was für sie nicht zutraf. Geburtshilfliches Wissen erwarben sich Frauen durch eigene Geburten, durch Hilfe in Nachbarschaft und Familie und – wenn sie bestrebt waren, die Geburtshilfe zum Beruf zu machen – indem sie bei einer erfahrenen Hebamme „in die Lehre“ gingen, ihr halfen und sie dann allmählich vertreten konnten.

Siegemunds Lehrbuch ist in Dialogform geschrieben. Es zeugt von vielseitiger Erfahrung auch mit schweren Geburten und es erlebte noch zu Lebzeiten der Autorin mehrere Auflagen. Die Kupferstiche von Regnier de Graaf sind von

---

<sup>24</sup> *Eucharius Rösslin*, Eucharius Rösslin's "Rosengarten". München 1910 (Alte Meister der Medizin und Naturkunde in Facsimile-Ausgaben und Neudrucken nach Werken des 15.-18. Jahrhunderts); *Sibylla Flügge*, Hebammen und heilkundige Frauen: Recht und Rechtswirklichkeit im 15. und 16. Jahrhundert. Frankfurt am Main 1998.

<sup>25</sup> *Louise Bourgeois*, Hebammen Buch. Darinn von Fruchtbarkeit und Unfruchtbarkeit der Weiber zeitigen und unzeitigen Geburt ... gehandelt wird. Nach der Fraw Urheberin corrigirtem und vermehrtem Exemplar wider von newem auffgelegt. Frankfurt 1644-1652; *Justine Siegemund*, Die Königl. Preussische und Chur-Brandenb. Hof-Wehe-Mutter, das ist Ein höchst nöthiger Unterricht von schweren und unrecht stehenden Geburthen. In einem Gespräch vorgestellt ... durch viele Jahre Uebung selbst erfahren und wahr befunden. Berlin 1756; *Waltraud Pulz*, „Nicht alles nach der Gelahrten Sinn geschrieben“ - Das Hebammenanleitungsbuch von Justina Siegemund. Zur Rekonstruktion geburtshilflichen Überlieferungswissens frühneuzeitlicher Hebammen und seiner Bedeutung bei der Herausbildung der modernen Geburtshilfe. (Münchner Beiträge zur Volkskunde). München 1994.

hohem ästhetischem Reiz; sie zeigen reguläre und irreguläre Kindslagen und beschreiben das Eingreifen mit der Hand sowie mit Stäben und Bändern, welche die Autorin selbst erfunden hatte. Siegemund wurde immer wieder in Streitigkeiten mit akademischen Ärzten verwickelt, die ihr z.B. die unerlaubte Anwendung von inneren Medikamenten während der Geburt vorwarfen. Ihr Lehrbuch hatte sie der Leipziger Fakultät für Medizin vorgelegt, das den Abdruck genehmigt hatte. In den Streitereien um ihre Praxis deutet sich schon der im 18. Jahrhundert verstärkt ausgetragene Kampf der akademischen Mediziner um die Deutungsmacht in der Medizin an.

### Hebamme oder Arzt? Konflikte im 18. Jahrhundert

Mitte des 18. Jahrhunderts entdeckten die akademischen Ärzte, dass die hohe Sterblichkeitsrate von Müttern und Neugeborenen ein hervorragendes Argument war, um einen größeren Einfluss ihrer eigenen Berufsgruppe einzufordern. Sie knüpften hier an den schon erwähnten Diskurs der medizinischen Polizey an: Unwissende Hebammen und abergläubische Frauen, die sich um die Gebärende herum tummelten, sollten Schuld an den großen Gefahren tragen, denen Mutter und Kind während einer Geburt ausgesetzt waren. Johann Peter Frank stellt rückblickend fest:

„Mit Welch tödtender Gleichgültigkeit überließ man, noch vor fünfzig Jahren, in auch sonst gesitteten Ländern, und leider noch in vielen Provinzen auch in unsern Zeiten, die Schwangeren und Gebärenden den Händen des verächtlichsten Haufens abergläubischer Weiber“<sup>26</sup>.

Mit anderen Worten: Schuld hatten Hebammen und andere Frauen, die traditionell bei der Geburt halfen.

Der Lübecker Arzt Johann Julius Walbaum (1724-1799) etwa, der bis zu diesem Zeitpunkt wahrscheinlich keine oder doch nur wenige Geburten selbst erlebt hatte, veröffentlichte 1752 *„kurzgefassete Gedanken von dem Verderbten Zustande der Hebammen an einigen Orten in Teutschland und von dessen Verbesserung“*,<sup>27</sup> in denen er sich über Unwissenheit und Grobheit der Hebammen sowie über Aberglauben und gesundheitsschädliche Sitten beschwerte, welche durch die Dominanz der bei Geburten traditionell anwesenden Frauen zustande komme. Über die Hebammen behauptet er:

„Einen Geburts-Helfer wollen sie gar nicht zu ihrer Seiten haben, weil sie befürchten, daß er ihre Fehler entdecken und tadeln möge. Sie überreden derothalben die anwesenden Frauen, daß es unanständig sey eine

<sup>26</sup> Frank (wie Anm. 23), 7.

<sup>27</sup> Johann Julius Walbaum, *Kurzgefassete Gedanken von dem Verderbten Zustande der Hebammen an einigen Orten in Teutschland und von dessen Verbesserung*. [anonym erschienen]. Lübeck 1752.

Mannes-Person darbey zu lassen, und sagen auch wol dazu, daß derselbe ihnen ohne Anstand mit Haacken und Messern zu Leibe gienge.“

Immerhin gesteht der Autor aber ein, dass diese Haltung auch durch das Handeln mancher Geburtshelfer bedingt sei, die „ohne Ueberlegung und Anwendung anderer gelinden Hülfsmittel“ zu scharfen Instrumenten griffen.<sup>28</sup>

1769, als er sich selbst gegen den Vorwurf unsachgemäßen Handelns rechtfertigen musste, legte er nach: „Unter allen chirurgischen Operationen ist die Geburtshülfe die beschwerlichste und mühsamste, welche dem ohngeachtet am schlechtesten, ja bisweilen sehr übel belohnt wird, [...]“. Werde der Arzt gerufen, so sei die Gebärende meist schon entkräftet „und der Zustand der Sachen von unwissenden Hebammen ganz verworren.“ Zudem werde „ihm gemeiniglich ein falscher Bericht von den vorhero geschehenen Dingen gegeben [...]; indem die Hebamme ihre Fehler zu bedecken sucht, und die anwesenden Frauen sie nicht verstehen anzuzeigen.“<sup>29</sup> Der Geburtshelfer, klagt Walbaum weiter, müsse „alle Arbeit bey der Operation selbst verrichten, und oft so viele Kräfte anwenden; daß er ganz ohnmächtig und schief wird.“ Zudem hinderten ihn die anwesenden Frauen an der Durchführung der notwendigen Maßnahmen und verbreiteten nach der Geburt böartige Gerüchte.

„Wenn man endlich den Gestank, und die Beschmutzung der Kleider, auch nicht achten wolte; so ist und bleibt die Geburtshülfe eine beschwerliche, verdrießliche und eckelhafte Handanlegung; [...]“.<sup>30</sup>

Walbaum hatte einen Ruf zu verlieren: Nach einer unglücklich, mit einem zerstückelten Kind und einer gerichtlich seziierten Mutter, endenden Geburt hatte man sich in Lübeck – sogar an der Börse – die übelsten Geschichten über sein Handeln erzählt. Seine Äußerungen sind in ihrer offenen Feindlichkeit gegenüber Frauen extrem, aber die Aussagen sind typisch: Man erkennt z.B., dass das Vordringen der akademischen Ärzte in die Geburtshilfe mit der Überwindung von Schranken verbunden war: Die erste Schranke war der Übergang von der Kopf- zur Handarbeit, die – so die Phantasie Walbaums – verkrüppelnd wirkte: er wurde „ohnmächtig und schief“ und musste „alle Arbeiten selbst verrichten“: Traditionell oblag den akademischen Ärzten solches Handanlegen nicht, und an Walbaums Formulierungen ist zu erkennen, dass hier ein symbolischer Abstieg drohte, vor allem dann, wenn man den „Gestank und die Beschmutzung der Kleider“ – in Kauf nehmen musste. Und hiermit ist die Überwindung der zwei-

<sup>28</sup> Walbaum (wie Anm. 27), 9f.

<sup>29</sup> Johann Julius Walbaum, Die Beschwerlichkeiten der Geburtshülfe aus Beyspielen erwiesen. Bützow/Wismar 1769, 3f.

<sup>30</sup> Walbaum (wie Anm. 29), 5; Vgl. Bettina Wahrig/Christine Loytved, Ampt und ehrlicher Nahme. Hebamme und Arzt in der Geburtshilfe Lübecks am Ende des 18. Jahrhunderts, in: Jürgen Schlumbohm/Barbara Duden/Jacques Gélis/Patrice Veit (Hrsg.), Rituale der Geburt. Eine Kulturgeschichte. München 1998, 84-101.

ten Schranke genannt: die körperliche Berührung mit dem anderen Geschlecht,<sup>31</sup> das entsprechend im Vokabular des Abjekten beschrieben wird.

Das Handwerkliche erlebte im 18. Jahrhundert allerdings durchaus eine Aufwertung: So verfasste derselbe Walbaum eine ganze Anzahl von Veröffentlichungen mit nützlichen Apparaten, unter anderem hatte er ein Werk mit neuartigen geburtshilflichen Instrumenten ins Deutsche übersetzt.<sup>32</sup> Darüber hinaus hatte er einen neuartigen Aderlassschnäpper konzipiert und auch auf eine technische Neuheit zur Vernichtung von Unkraut hingewiesen. Nicht nur das Instrument, auch die Hand gewann als Erkenntnismittel in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts an Gewicht.<sup>33</sup>

Auch wenn Walbaum selbst eher schlechte Erfahrungen bei dem Versuch machte, sich durch eine Profilierung als Geburtshelfer Renommee in seiner Heimatstadt Lübeck zu erwerben, so verzeichnete doch Mitte des 18. Jahrhunderts die akademisch-männliche Geburtshilfe ihre ersten institutionellen Erfolge. Nach dem Vorbild der 1730 gegründeten Schule für Geburtshelfer in Straßburg wurde 1751 das erste vergleichbare Institut auf deutschem Boden gegründet. Der Arzt Johann Georg Roederer (1726-1763) wurde in diesem Jahr zum außerordentlichen Professor für Geburtshilfe an der Universität Göttingen ernannt und bekam gleichzeitig die Leitung des Göttinger Accouchierhauses aufgetragen. Dieses Accouchierhaus war die erste Anstalt in Deutschland, in der auch Männer in größerem Umfang praktische Erfahrungen in der Geburtshilfe machen konnten. Im gleichen Jahr wurde ein Gebärdhaus in Berlin gegründet, Jena folgte 1753, Kassel 1763. Im Herzogtum Braunschweig wurde das seit 1745 bestehende Collegium Carolinum 1750 durch das Collegium anatomico-Chirurgicum ergänzt, das 1751 auf dem „Anatomieberg“ im Teatrum anatomicum seine Lehrtätigkeit aufnahm. Ab 1750 wurde die Absicht bekundet, hier auch Hebammen zu unterrichten. 1767 konnte ein neues Gebäude speziell für den Unterricht in Geburtshilfe bezogen werden: die Entbindungsanstalt.

In den 1770er Jahren folgten in deutschen Städten zahlreiche weitere Neugründungen. In Städten, wo keine Hebammenschulen gegründet wurden, waren Hebammen in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts verpflichtet, Unterricht beim ortsansässigen Chirurgen oder beim Stadtarzt zu nehmen. In Lübeck existierte seit 1731 das Amt des Hebammenlehrers, das zunächst von einem Chirurgen und ab 1776 von einem akademischen Mediziner versehen wurde.

---

<sup>31</sup> Es ist sicherlich kein Zufall, dass eine von Walbaums nützlichen Erfindungen – Handschuhe aus Schafsdarm zum Überziehen für Geburtshelfer waren, vgl. Walbaums Anhang zu *André Levret*, Wahrnehmungen von den Ursachen und Zufällen vieler schweren Geburten. Aus dem Französischen übersetzt und mit neuen Werkzeugen und Handgriffen vermehret von Johann Julius Walbaum. Lübeck/Altona 1758; 1761.

<sup>32</sup> *Levret* (wie Anm. 31).

<sup>33</sup> Vgl. *Ulrike Zeuch*, Umkehr der Sinneshierarchie. Herder und die Aufwertung des Tastsinns seit der frühen Neuzeit. Tübingen 2000.

Tab. 1: Nutzen und Funktion verschiedener Gebäranstalten des 18. Jahrhunderts

	Mittel/ Person	Ort
Rekrutierung der Gebärenden	Zwang <sup>34</sup>	Jena, Marburg, Braunschweig
	Anreize	Göttingen
Unterricht für	nur Hebammen	Braunschweig
	Hebammen und Ärzte	Göttingen, Paris
Wer unterrichtet?	Hebammen-Lehrer	Braunschweig
	Oberste Hebamme	Paris
Präsenz des Hebammen-Lehrers in der Anstalt	ja	Göttingen
	nein	Braunschweig
Wer macht die Geburten?	normale Geburten: Hebamme komplizierte Geburten: Arzt	Göttingen
	Haushälter	Braunschweig

Ein Vergleich zwischen den verschiedenen Gebäranstalten des 18. Jahrhunderts zeigt ein großes Spektrum: Nicht alle Anstalten hatten Ausbildungsfunktion; die Gebärenden wurden unterschiedlich erfolgreich und mit verschiedenen Mischungen von Anreizen und Zwang rekrutiert; selbst bei der Antwort auf die Frage, wer die Geburten meist leitete, finden sich überraschende Lösungen – z.B. fiel diese Rolle in Braunschweig im ersten Jahrzehnt dem Hausverwalter zu.<sup>35</sup>

<sup>34</sup> Mehrere Staaten verfügten, dass in der staatlichen Entbindungsanstalt alle ledigen Schwangeren gebären mussten; diese entzogen sich oft, z.B. durch Flucht oder durch heimliches Gebären. Gründe hierfür waren Scham bzw. Angst vor Verletzung durch die weiblichen und vor allem männlichen „Lehrlinge“ sowie Angst davor, im Falle des Ablebens in der Anatomie zu landen. Vgl. *Marita Metz-Becker*, Die Sicht der Frauen. Patientinnen in der Marburger Accouchieranstalt um die Mitte des 19. Jahrhunderts, in: Jürgen Schlumbohm/ Barbara Duden/Jacques Gélis/Patrice Veit (Hrsg.), *Rituale der Geburt. Eine Kulturgeschichte*. München 1998, 192-205; Zur Verwissenschaftlichung der Geburtshilfe am Beispiel Oslanders und der Göttinger Gebäranstalt vgl. *Jürgen Schlumbohm*, Die edelste und natürlichste unter den Wissenschaften. Praxis der Geburtshilfe als Grundlegung der Wissenschaft, ca. 1750-1820, in: *Wissenschaft als kulturelle Praxis*. 1999, 275-297.

<sup>35</sup> Vgl. *Gabriele Schlienz*: Unschuldige Kinder und schwangere Weibsleut - Das Braunschweiger Accouchierhaus. Kurzzusammenfassung der unveröffentlichten Magisterarbeit zur

Allgemein lässt sich in vielen Territorialstaaten der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts eine wachsende Verordnungsdichte feststellen, was das Medizinalwesen angeht. Überwachungsinstanzen wurden definiert oder verstärkt, Stadtärzte wurden auch in kleinere Städte geschickt und die Medizinalpersonen sollten möglichst von diesen neuen Instanzen vor der Aufnahme ihrer Tätigkeit geprüft und später dann weitergebildet und überwacht werden. Das Herzogtum Braunschweig hatte seit 1747 ein zentrales ärztliches Überwachungsgremium, das Collegium medicum. Eine von dessen ersten Tätigkeiten war die Ausarbeitung einer neuen Hebammenordnung, die 1757 veröffentlicht wurde. Die im 18. Jahrhundert gültige Lübecker Hebammenordnung stammte aus dem Jahr 1646. 1731 wurde der Unterricht beim Lübecker Hebammenlehrer verpflichtend, der jedoch nicht den Charakter einer praktischen Unterweisung hatte.<sup>36</sup> Einen „Hebammenunterricht nach Geburtshelfermaß“<sup>37</sup> konnten die Lübecker Ärzte erst durchsetzen, als sie selbst die Hebammen-Anwärterinnen auswählen und das Lehr-Verhältnis zwischen älteren und angehenden Hebammen auflösen konnten.

Gerade in den Entbindungsanstalten entstand nun – trotz der genannten lokalen Differenzen – die Möglichkeit für akademische Ärzte, regelmäßig, wenn auch im Vergleich zur traditionellen Hebammenausbildung in kleinerem Umfang, Erfahrungen mit normalen Geburten zu sammeln. Denn hier war das bis dahin übliche geburtshilfliche Setting mit fast ausschließlich weiblichen Helferinnen aufgebrochen. Eine weitere Veränderung ergab sich durch ein neues Instrument: die Gebärzange. Ende des 17. Jahrhunderts von der Chirurgenfamilie Chamberlain bekannt gemacht, erreichte sie um 1720 die ärztliche Praxis. André Levret (1703-1780) in Paris und William Smellie (1697-1783) in London setzten sie ein.<sup>38</sup> Bereits zuvor hatten geburtshilflich tätige Chirurgen Zangen eingesetzt, um bei Geburtsstillstand das Kind aus der Gebärmutter herauszuziehen. Da diese Zangen erhebliche Verletzungen verursachten, konnten sie nur eingesetzt werden, wenn das Kind entweder bereits tot war oder sein Tod in Kauf genommen werden musste, um die Mutter zu retten. Der neue Zangentyp war von der Form her dem kindlichen Kopf angepasst und konnte so angelegt werden, dass das Kind lebend geboren wurde. Das Prinzip beruhte darauf, dass die Zange die noch nicht verknöcherten Schädelnähte des Kindes zusammenschob. Bei richti-

---

Geschichte des Braunschweiger Accouchierhauses. Herausgegeben von GIBS.info 2010; zum Hebammenwesen vgl. auch *Mary Lindemann*, Health & healing in eighteenth-century Germany, in: Johns Hopkins University studies in historical and political science, Ser. 114, 4. Baltimore u. a. 1996.

<sup>36</sup> *Marita Metz-Becker* 1998 (wie Anm. 35); *Christine Loytved*, Hebammen und ihre Lehrer. Wendepunkte in Ausbildung und Amt Lübecker Hebammen (1730-1850). Osnabrück 2002 (Frauengesundheit, 2).

<sup>37</sup> Formulierung von Loytved vgl. Anm. 36.

<sup>38</sup> Vgl. *Adrian Wilson*, The making of man-midwifery. Childbirth in England 1660-1770. Cambridge, Mass. 1995.

ger Handhabung konnten Verletzungen vermieden werden. Neben den Genannten verwendeten auch z.B. Roederer und – in größerem Umfang – sein Nachfolger in Göttingen, Friedrich Benjamin Osiander (1759-1822), diese Zange. Der erwähnte Walbaum besaß eine Zange vom Typ Levrets. Bei dem geschilderten Fall musste er jedoch die Erfahrung machen, dass die Handhabung praktisch erlernt und geübt werden musste und dass man in erhebliche Rechtfertigungsnöte kommen konnte, wenn man – wie er das getan hatte – sich das nötige handwerkliche Können selbst, ohne professionelle Anleitung, erworben hatte.

In der – für die Zeit typischen – Braunschweiger Ordnung wurde u. a. festgelegt, dass jede Hebamme vom Collegium medicum geprüft sein sollte und dass sie sich vom Professor für Geburtshilfe am Theatrum anatomicum unterrichten und prüfen lassen musste; hierfür hatte sie Gebühren zu zahlen. Im Fall einer komplizierten Geburt und erst recht, wenn instrumentelle Hilfe erforderlich war, musste sie einen Arzt hinzuziehen. Es ist wohl schon deutlich geworden, dass neben dem Interesse des Staates an einer zahlreichen und gesunden Bevölkerung auch die Eigeninteressen der akademischen Mediziner bei diesen Umgestaltungen eine Rolle spielten, denn hier kamen neue Rollen und jährliche Saläre heraus und es wurde zunehmend möglich, auch über die nichtakademischen Heilberufe eine Kontrolle auszuüben.

Während Klagen wie die von Walbaum, dass ärztliche Geburtshelfer zu selten und zu spät gerufen würden, um den Geburtsverlauf noch zum Besseren wenden zu können, noch lange anhielten, lässt sich doch belegen, dass ihre Akzeptanz in den bürgerlichen Schichten allmählich zunahm. So beklagten sich etwa zehn Lübecker Hebammen in einer Eingabe an den Rat aus dem Jahre 1791: „*wird der Gebrauch der Hebammen immer mehr abnehmen, was bleibt uns dann übrig?*“<sup>39</sup> Einige Jahre zuvor finden wir in den Medizinalakten des Herzogtums Braunschweig den Hinweis, dass ein geburtshilflich arbeitender Chirurg in Wolfenbüttel mit der Konkurrenz durch die ebenfalls geburtshilflich tätigen Mediziner aus Braunschweig zu kämpfen hatte. Diese besaßen den Vorteil, einen Titel als Professor am Theatrum anatomicum zu tragen: „*weil vermögendere Leute, durch Vorurtheile geblendet, sich bis jetzt eines braunschw. Geburtshelfers bedient, und nur solche seine Hülfe gesucht haben, die jene Kosten aufzubringen nicht vermögend waren*“.<sup>40</sup> Einer von diesen Braunschweiger Kollegen, der Hebammen-Lehrer und Professor am Theatrum anatomicum Johann Christoph Sommer (1741-1802), hatte mehrere Schriften zur Geburtshilfe veröffentlicht und sich dabei als Verfechter der Göttinger Geburtshilfe mit ihrer Neigung zum Instrumenteneinsatz positioniert. In einer kleinen Schrift zur „Achse des weiblichen Beckens“ interpretierte er den Geburtsvorgang ganz im Stil der

---

<sup>39</sup> Vgl. Loytved (wie Anm. 36).

<sup>40</sup> Petition des Physicus Seeger zugunsten des Chirurgus Barth, 1784; Staatsarchiv Wolfenbüttel: NSTA 34 N 7596.

Zeit als einen physikalischen Vorgang.<sup>41</sup>

Sowohl die Vorgänge in den Gebäranstalten als auch das Agieren der ärztlichen Geburtshelfer in der Privatpraxis wurden öffentlich kontrovers diskutiert.<sup>42</sup> Auch der berühmte Göttinger Professor Friedrich Benjamin Osiander agierte mindestens einmal in seinem langen Geburtshelferleben unglücklich und musste sich schriftlich verteidigen: Als Osiander die Stadthebamme Klocken öffentlich beschuldigte,<sup>43</sup> sich während einer Entbindung, zu welcher auch er hinzugezogen worden war, fehlerhaft verhalten zu haben, wehrte sich diese gegen Osianders aus ihrer Sicht verunglimpfende Darstellung der Vorgänge.<sup>44</sup> Aus den beiden Darstellungen des Arztes und der Hebamme geht hervor, dass es innerhalb der Familie der Gebärenden strittig war, ob die Geburt hauptsächlich vom Arzt oder ausschließlich von der Hebamme geleitet werden sollte. Obwohl sich beide in der Darstellung vieler Details widersprechen, sind sie sich doch darin einig, dass Osiander eher auf eine Beschleunigung des Geburtsvorgangs gedrängt, die Hebamme eher zum Abwarten gemahnt hat. Osiander beendete die Geburt durch Einsatz der Zange; die Nachgeburt löste sich nicht gleich, auf Blutungen folgte ein Kindbettfieber, an dem die Wöchnerin am fünften Tag nach der Geburt starb. Aus Osianders eigener Erzählung ist zu entnehmen, dass er vor allem durch sein Verhalten nach der Entbindung sowie durch die nachfolgende tödliche Erkrankung der Wöchnerin in den Augen der Familie an Glaubwürdigkeit verlor, was ihn dann wohl veranlasste, mögliche Fehler bei der Geburt von sich zu weisen und sie stattdessen der Hebamme anzulasten. Dass sich Frau Klocken – im Gegensatz zu den meisten ihrer Kolleginnen – wehren konnte, ist dem Umstand zu verdanken, dass sie einen Göttinger Kollegen Osianders dazu veranlassen konnte, ihre eigene Darstellung schriftlich zu fassen. Interessant ist ein Aspekt, in dem beide Darstellungen diametral auseinandergehen: das Verhalten der Gebärenden. Während in Osianders Sicht die Gebärende zwar sehr empfindlich, aber ansonsten ausgesprochen willig gewesen sei und sogar um den Einsatz der Zange gebeten haben soll, spricht die Hebamme davon, dass sie während Osianders Untersuchung vor Schmerzen geschrien und sich auch gegen diesen gewehrt habe.

---

<sup>41</sup> *Johann Christoph Sommer*, Die Axe des weiblichen Beckens. Braunschweig 1791.

<sup>42</sup> Schlumbohm weist jedoch darauf hin, dass sogar in der Gebäranstalt auch Aushandlungsprozesse zwischen Arzt und Gebärenden stattfanden, vgl. *Jürgen Schlumbohm*, Verhandlungen zwischen Arzt und Schwangeren im Entbindungshospital der Universität Göttingen um 1800, in: Barbara Duden/Jürgen Schlumbohm/Patrice Veit (Hrsg.), *Geschichte des Ungeborenen. Zur Erfahrungs- und Wissenschaftsgeschichte der Schwangerschaft*. Göttingen 2002, 129-165.

<sup>43</sup> *Friedrich Benjamin Osiander*, Anzeige seiner Vorlesungen im Sommerhalbenjahr 1793. Das neueste aus meiner Göttingischen Praxis. Göttingen 1793.

<sup>44</sup> *Catharine Margaretha Klocken*, Vertheidigung gegen einige Beschuldigungen des Herrn Professors Osiander. o. O. 1703.

Zwischen ca. 1750 und 1871 verringerte sich der direkte Einfluss von älteren, erfahrenen Hebammen auf das Handeln der Hebammen-Schülerinnen drastisch. Der Fall Lübecks<sup>45</sup> möge das illustrieren. Zunächst behielt sich der Physicus bzw. das Collegium Medicum oder der Hebammenlehrer „nur“ vor, die zukünftigen Hebammenschülerinnen auszusuchen. Deren Rolle veränderte sich aber allmählich grundlegend: Die traditionellen Hebammenschülerin, die „Wärmefrau“, war mit der erfahrenen Hebamme mitgegangen und hatte im Verlauf vieler Jahre das Wissen ihrer Lehrerin, aber auch das Vertrauen der Familien, in denen sie bei Geburten half, erworben. Sowohl die Wärmefrau als auch die Hebamme sollten, wie erwähnt, selbst geboren haben. Häufig ergriffen Frauen diesen Beruf erst, nachdem sie verwitwet waren. Entsprechend den Vorstellungen der Mediziner jedoch sollten Hebammenschülerinnen möglichst jung sein. Statt der Erfahrung eigener Geburten wurde jetzt gefordert, dass sie lese- und schreibkundig waren. Nach 1800 setzte sich dann allmählich die neue Praxis des Unterrichts der Hebammen in Lehranstalten durch, in denen die Mediziner die Definitionsmacht hatten.

In Lübeck konnte der Hebammenlehrer Christian Joachim Carstens (1781-1814) ab 1805 durchsetzen, dass die angehenden Hebammen von ihm ausgesucht wurden und zunächst die Hebammenschule in Altona besuchten, bis er sie ab 1809 selbst in seinen Privaträumen unterrichtete. Es existieren zwar Belege zum Betrieb einer ersten Entbindungsanstalt für die Jahre 1814 bis 1820; diese wurde jedoch, wie Loytved belegt, nicht für die Ausbildung von Hebammen eingesetzt. Erst ab 1832 wurden Schülerinnen in einer Entbindungsanstalt ausgebildet. Deren neuerliche Existenz ist in den Akten seit 1827 belegt, d. h. von diesem Datum an haben Geburten hier stattgefunden, allerdings waren in den ersten drei Jahren nach der Neugründung gerade keine Hebammen neu auszubilden. Dieses Beispiel zeigt, dass der historische Prozess der „Normalisierung“<sup>46</sup> und „Professionalisierung“ der Geburtshilfe keineswegs geradlinig und widerspruchsfrei war. Die Ausbildung der akademischen Ärzte, die Rekrutierung der Hebammen, ihr Alter und ihre soziale Position, die Erwartungen der Gebärenden und ihrer Familien sowie nicht zuletzt aber die soziale Position der akademischen Ärzte hatten einen wesentlichen Einfluss auf die Art und Weise, wie sich Institutionen herausbildeten und welche Funktionen sie im Schnittfeld zwischen Gesundheitsversorgung, Armenfürsorge und medizinischem Wissen einnahmen.

---

<sup>45</sup> Loytved (wie Anm. 36), 175-213.

<sup>46</sup> Vgl. Werner Sohn/Herbert Mehrrens (Hrsg.), Normalität und Abweichung. Studien zur Theorie und Geschichte der Normalisierungsgesellschaft. Opladen 1999.

## Professionalisierung der Geburtshilfe im 19. Jahrhundert

Die Göttinger Entbindungsanstalt war eines der prestigereichsten und auch architektonisch prominentesten Beispiele für den neuen Typus akademischer Medizin: Die richtige Leitung der Geburt durch Mediziner und Hebammen wurde anhand einer Kombination von theoretischem Wissen und praktischer Handhabung eingeübt. Geburtsverläufe wurden registriert und die Ergebnisse in regelmäßigen Abständen veröffentlicht. Besonders der zweite Leiter der Entbindungsanstalt, Friedrich Benjamin Osiander, legte Wert auf eine systematische Sammlung von Wissen. Wie erwähnt, setzte er auch auffallend häufig Instrumente, besonders die Gebärzange, ein. In den „Annalen der Geburtshilfe“ veröffentlichte er seine Erfahrungen mit den Geburten.<sup>47</sup>

Die Göttinger Entbindungsanstalt ist eine Institution, die in fast allen Aspekten die These von der Genese der modernen Medizin aus einer neuen Form von Klinik belegt, wie sie zuerst Michel Foucault<sup>48</sup> aufgestellt hat. Nach und nach wuchs die Einzelfallbeobachtung einer neuen Form geregelter Erfahrung, in der Statistik und Norm, aber auch neue Behandlungsverfahren eine zentrale Rolle spielten, ebenso wie der „Blick“ ins Körperinnere, zunächst mithilfe der Sektion verstorbener Patienten, später dann durch Versuche an Tieren, deren Körper als Modelle für den menschlichen Organismus genommen wurden. Einen wichtigen Schritt in diese Richtung unternahm etwa Paul Dubois (von 1825 bis 1856 leitender Chirurg des Pariser Entbindungshospitals), der erstmalig statistische Methoden einsetzte, um zu entscheiden, wann die Auskultation der Herztöne (auch dies eine neue instrumentelle Technik) einen Hinweis auf eine Gefährdung des Foetus und damit die Indikation zum Einsatz der Zange gab.<sup>49</sup>

Mit den neuen Kliniken als „Behandlungs-Maschinen“ waren also „Ausbildungs-Maschinen“<sup>50</sup> entstanden, die laufend neues Wissen produzierten und somit den Anspruch der akademischen Medizin auf die Definitionsmacht im Feld der Medizin und besonders auch der Geburtshilfe unterstrichen.

Gleichzeitig diversifizierte sich der „Markt“ der Geburtshilfe solcherart, dass

<sup>47</sup> Vgl. Jürgen Schlumbohm, *The Practice of Practical Education: Male Students and Female Apprentices in the Lying-in Hospital of Göttingen University 1792-1815*, in: *Medical History* 51 (2007), 3-36. Schlumbohm zeigt, dass Osianders Klinik immer noch vergleichsweise wenig Chancen bot, praktische Erfahrungen zu sammeln und dass diese Chancen unter den Studenten und Hebammenschülerinnen stets ungleich verteilt waren.

<sup>48</sup> Michel Foucault, *Die Geburt der Klinik: eine Archäologie des ärztlichen Blicks*. Frankfurt am Main 2008.

<sup>49</sup> Paule Herschkorn-Barnu, *Wie der Fötus einen klinischen Status erhielt: Bedingungen und Verfahren der Produktion eines medizinischen Fachwissens, Paris 1832.1848*, in: Barbara Duden/Jürgen Schlumbohm/Patrice Veit (Hrsg.), *Geschichte des Ungeborenen. Zur Erfahrungs- und Wissenschaftsgeschichte der Schwangerschaft*. Göttingen 2002, 167-203.

<sup>50</sup> Isabelle Buelzingsloewen, *Machines à instruire, Machines à guérir. Les hôpitaux universitaires et la médicalisation de la société allemande 1730-1950*. Lyon 1997.

die niedergelassenen Ärzte in den Städten eine kleine, aber finanziell lukrative Klientel für Geburten innerhalb der wohlhabenden Schichten erwarben, wobei die Masse der Geburten nach wie vor von den – inzwischen dem akademisch-medizinischen Wissen formal untergeordneten – Hebammen betreut wurde. 1825 bestimmte die Preußische Ausbildungsordnung für Mediziner,<sup>51</sup> dass ein Arzt, der die Bezeichnung “Geburtshelfer” führen wollte, einen dreimonatigen Kurs an einer Geburtsklinik absolviert haben sollte. Die Ausbildung der Hebammen wurde von den einzelnen Staaten geregelt, wobei Aufsicht nicht nur von den Medizinalämtern, sondern etwa auch durch Bezirkshebammen ausgeübt werden konnte. Die geburtshilfliche Praxis wurde darüber hinaus durch die Herausgabe von verbindlichen Hebammen-Lehrbüchern vereinheitlicht. 1871 war die Hebammenkunst als Gewerbe Gegenstand der Reichsgewerbeordnung. Hebammen bedurften danach eines Prüfungszeugnisses der nach den Landesgesetzen zuständigen Behörde – die Zuständigkeit wechselte, da Gesundheitsangelegenheiten Ländersache waren. In jedem Fall war „Hebamme“ im späten 19. Jahrhundert und auch danach im 20. Jahrhundert ein Gesundheitsberuf mit einer festgelegten Ausbildungsordnung und durch die Hebammen-Lehrbücher der Länder festgelegten Inhalten. Die Ausbildungsdauer verlängerte sich langsam bis hin zu den im 20. Jahrhundert dann Standard gewordenen zwei bzw. später drei Jahren.

In derselben Zeit, in der Frauen die akademische Medizin für sich zu erobern begannen, organisierten sich auch die Angehörigen des alten geburtshilflichen Frauenberufs neu: 1885 wurde der erste Hebammenverein gegründet.<sup>52</sup>

### **Geschlecht, Geschichte, Geburt: ein kleines Fazit**

Die Herausbildung von Professionen ist ein wichtiger Faktor in der Dynamik von Wissen/Macht-Komplexen. Folgende zentrale Merkmale für eine Profession seien genannt: Ihre Mitglieder haben eine geregelte, gesetzlich sanktionierte Ausbildung, deren Inhalte weitgehend durch die Mitglieder der Profession selbst bestimmt sind. Sie werden während ihrer Ausbildung auf feste ethische und wissenschaftlich-praktische Standards verpflichtet und verinnerlichen sie in der Regel; allgemein bietet eine Profession ein wichtiges Identifikationsangebot für ihre Mitglieder. Häufig wird der ethische Teil der Ausbildung auch durch einen Eid oder Ähnliches besiegelt. Weiterhin haben sich in der Geschichte Hierarchien von Professionen entwickelt, dergestalt, dass die akademischen Professionen die Definitionsmacht über die Ausbildung der nicht-akademischen gewon-

---

<sup>51</sup> Königlich Preußisches Reglement für die Staats-Prüfungen der Medicinal-Personen. d.d. Berlin: den 1. December 1825.

<sup>52</sup> Annemarie Uebe, Die rechtliche Situation der Hebammen in der Geburtshilfe in Deutschland seit 1871. Hannover 2000.

nen haben. In dieser Hinsicht kann man sowohl in Bezug auf den Beruf der Hebamme als auch in Hinblick auf den der Medizin von einer Professionalisierung sprechen.<sup>53</sup> Mit diesem Prozess geht eine Vereinheitlichung der entsprechenden Praxis einher, und wer nicht Angehörige/r der betreffenden Profession ist, wird von der Praxis ausgeschlossen. Mit der zunehmenden Ausbildung von Expertise werden auch die Klienten, die Abnehmer/innen des in den Professionen erzeugten Expertenwissens in der Tendenz weniger an den sie betreffenden Entscheidungen beteiligt.

Nun haben Prozesskategorien wie „Professionalisierung“ ihre Tücken: Sie bilden die Gemengelage einer konkreten historischen Situation, wie wir sie in den Quellen finden, nur unzureichend ab und sie vermitteln leicht den Eindruck einer Einförmigkeit des historischen Geschehens, der sich allerdings z. B. beim Betrachten und Vergleichen unterschiedlicher Regionen dann leicht wieder verflüchtigt. Andererseits erschließen sie gerade für längere Verläufe erst einmal das Verständnis und erlauben eine vorläufige Einordnung.

Verbunden mit der gebotenen Warnung vor verabsolutierenden Verallgemeinerungen sollen abschließend noch einmal die drei wichtigsten Konstellationen, in denen sich das jeweilige Verhältnis von Wissen, Macht und Kultur manifestiert hat, dargestellt und für den behandelten Zeitraum miteinander verglichen werden.

Zwischen der Frühen Neuzeit und der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ist die normale Geburt von einer reinen Frauensache zu einem zwischen verschiedenen Akteursgruppen verhandelten Gegenstand geworden. Dabei haben Geschlecht, Profession und soziale Schicht eine wesentliche Rolle gespielt. „Die“ Geburt hat sich aufgespalten in die hebammengeleitete Hausgeburt, die Geburt in einer Gebä- oder Entbindungsanstalt und die ärztlich assistierte Hausgeburt – das letztere Phänomen ist mittlerweile wieder verschwunden.

Dabei stellte die erste Kategorie auch Ende des 19. Jahrhunderts nach wie vor den weitaus häufigsten Fall dar. Die Möglichkeit einer ärztlich assistierten Hausgeburt entstand erst mittelbar durch die Verbreitung von Gebärdkliniken mit entsprechenden Ausbildungsmöglichkeiten für Ärzte zwischen 1750 und 1850. Der ärztliche (medizinisch-akademische) Geburtshelfer trat in diesem Prozess an die Stelle des Chirurgen bzw. chirurgisch bewanderten Arztes, der bis ins 18. Jahrhundert fast ausschließlich bei komplizierten Geburten auftrat, vor allem, wenn der Einsatz von Instrumenten notwendig war. Die Geburt in einer Gebä- oder Entbindungsanstalt betraf einen kleinen Prozentsatz der Gebärenden und zumeist mittellose und ledige Schwangere. Die Rolle der bei der Geburt helfenden Personen in einer Entbindungsanstalt konnten verschiedene Personen ein-

---

<sup>53</sup> *Ulfried Geuter*, Die Professionalisierung der deutschen Psychologie im Nationalsozialismus. Frankfurt am Main 1988, 49-69; *Sandra Beaufaj's*, Professionalisierung der Geburtshilfe. Wiesbaden 1997.

nehmen. In vielen, aber nicht in allen Fällen hatten die Anstalten Ausbildungsfunktionen für zukünftige Hebammen und Ärzte.

Der Beruf der Hebamme wandelte sich im betrachteten Zeitraum grundlegend: Die Hebamme wurde von einer Vertrauensperson mit (teils lokal) definiertem, im persönlichen Lehrverhältnis erworbenem Wissen zur Angehörigen einer Profession, die jedoch dem Arzt zumindest formal untergeordnet war. In den Städten – auf dem Land war es häufig anders – war ihr sozioökonomischer Status bereits im 18. Jahrhundert niedrig; das änderte sich nicht, als die akademischen Ärzte die Definitionsmacht über persönliches Verhalten und Ausbildung von Hebammen zu erwerben begannen. Die These einer Konkurrenz zwischen Hebammen und Ärzten ist dann zu einfach, wenn man sich darunter vorstellt, dass die akademischen Ärzte die Hebammen verdrängt hätten. Für einzelne Städte lässt sich zeigen, dass die Vermehrung der akademischen Ärzte vor allem auf Kosten der Handwerks-Chirurgen ging und dass die Ärzte eher die Rolle einer Regulierung des Hebammenberufs als die seiner Abschaffung übernahmen.

Im Verlauf des 18. Jahrhunderts machten sich auch radikale Veränderungen im Körperwissen bemerkbar. Diese Veränderungen gingen zunächst von den akademischen Ärzten aus, sie betrafen in der Folge aber auch die Hebammen und die gebärenden Frauen. Genannt seien nur das Ende der vom Gleichgewichtsdenken bestimmten und an der Dynamik von Körperflüssigkeiten orientierten Viersäftelehre und der Übergang zu einer Körperauffassung, in der mechanische Prozesse und anatomische Differenzen von Körpern eine wesentliche Rolle spielten. Die konzeptuellen Veränderungen halfen, das Verständnis der natürlichen Differenzen zwischen Männern und Frauen neu zu justieren; sie legten die soziale Rolle der Frau stärker als zuvor auf die biologisch verstandene Gebärfunktion fest und schufen die Grundlage für einen instrumentellen Eingriff in den menschlichen Körper. Instrumentelle Eingriffe dienten dazu, dessen Funktionen zu unterstützen, aber auch die Fähigkeiten der menschlichen Hand zu ergänzen. Dies liegt offensichtlich an der mechanischen Umdefinition des Gebärens und an der gleichzeitigen Entwicklung eines neuen Zangentyps, mit dessen Hilfe lebende Kinder aus der Gebärmutter extrahiert werden konnten – eine Technik, die bisher allein der menschlichen Hand selbst gelungen war.

Gerade in dieser Hinsicht kann der Entwicklung der akademischen Geburtshilfe im 18. Jahrhundert eine Vorreiterrolle für die Entwicklung anderer medizinischer Disziplinen zugeschrieben werden. Die gebärende Frau war also in vielerlei Hinsicht ein Schlüssel: erstens für die im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert so erstrebenswerte „Verbesserung und Vermehrung der Bevölkerung“, zweitens für eine Neudefinition des Körperwissens, drittens für eine neue Justierung und geschlechtermäßige Hierarchisierung der Rollen in der medizinischen Versorgung und viertens für eine neuartige klinische Praxis. Diese Aspekte gewannen dann von der Mitte des 19. Jahrhunderts an Bedeutung auch in anderen medizinischen Forschungs- und Praxisfeldern. Wiederum – wie in der Frühen

Neuzeit – korrespondierten die „Natur“ der Geschlechter und die „Ordnung“ der Geschlechter miteinander. Sie traten in eine neue Konstellation der wechselseitigen Begründung und Unterstützung ein. Die so entstandene wechselseitige Neudefinition war auch grundlegend für eine neue „Ordnung des Wissens“ im 19. Jahrhundert.

Hella Ehlers

## ***Lotte H. Eisner (1896-1984): Pionierin der Filmographie. Annäherung an eine ungewöhnliche Frau***

### **Prolog**

Auf einer „Entdeckungsfahrt“ nach Spuren jüdischer Kultur in der Region Mecklenburg und Vorpommern als Bestandteil meines Arbeitsgebiets deutsch-jüdische Literatur in der deutschen Kultur- und Literaturgeschichte<sup>1</sup> geriet ich durch Zeugnisse im Universitätsarchiv Rostock an den Komplex jüdische Studenten und Gelehrte an der Universität Rostock<sup>2</sup> und somit auch an Lotte Henriette Regina Eisner, geboren am 05. März 1896 als zweites Kind jüdischer Eltern in Berlin. Lotte Eisner war von Januar 1923 bis August 1924 an der Rostocker Universität als Studentin der Kunstgeschichte eingeschrieben und promovierte im Juli 1924 bei Professor Gottfried Heinrich von Lücken (1883-1976) mit einer Arbeit zum Thema „Die Entwicklung der Komposition auf griechischen Vasenbildern“.<sup>3</sup> Es ist bezeichnend für die Selbstwahrnehmung und die Deutung der Erfahrungsmuster von Lotte Eisner, wenn die auf ihr Leben zurückblickende mehr als 80-Jährige den ersten Vornamen „Lotte“ als Ableitung von italienisch „*lotta*“ = Kampf verstanden wissen will.

Unter dem Thema der Vorlesungsreihe „Frauen in der Wissenschaft“ werden diejenigen, die den Namen Lotte Eisner schon gehört oder gelesen haben, in erster Linie einen filmwissenschaftlichen oder einen kunstwissenschaftlichen bzw. kunsthistorischen Zugang verbinden. Hier wird aus der Sicht kulturwissenschaftlicher Literaturwissenschaft eine Skizzierung individualgeschichtlicher Besonderheiten versucht, die im Kontext deutsch-jüdischer Erfahrung im 20. Jahrhundert von exemplarischem Interesse sind.

Ich werde meine „Annäherung an diese ungewöhnliche Frau“ in kleinen Schritten unter biographischem Aspekt unternehmen und bei der „Pionierin der Filmographie“ im französischen Exil ankommen. Die wichtigste Referenz für die nachfolgenden Bemerkungen stellt neben Archivalien des Archivs der Universi-

---

<sup>1</sup> Vgl. u. a. Lehrveranstaltungen Ehlers am Institut für Germanistik zum Themenkomplex „Zeugnisse jüdischer Erfahrung in der Kulturgeschichte Mecklenburgs.“ Dazu auch: *Hella Ehlers*, Ein anderer unter Fremden. Wie der Mecklenburger Aaron Isaak Schweden wahrnahm, in: Moritz Baßler und Arne Klawitter (Hrsg.), *Der Mensch ist nicht gegeben*. Rostock 2005, 120-134.

<sup>2</sup> Vgl. *Wilhelm Kreutz*, Jüdische Dozenten und Studenten der Universität Rostock, in: *Universität und Stadt. Wissenschaftliche Tagung anlässlich des 575. Jubiläums der Eröffnung der Universität Rostock*. Rostock 1995, 235-254.

<sup>3</sup> Die Studentenakte sowie die Promotionsakte Eisner (phil. 8/ 1924/25; 6 B 4/48) befindet sich im Bestand des Universitätsarchivs Rostock (nachfolgend UAR).

tät Rostock die Autobiographie Lotte Eisners mit dem Titel „Ich hatte einst ein schönes Vaterland“ dar.<sup>4</sup> Dabei ist die Tatsache mitzudenken, dass autobiographische Texte als narrative Konstruktionen des sich selbst erzählenden Ich zu verstehen sind und – wenngleich ihnen Authentizitätsverlangen eingeschrieben ist – dennoch eine (zeitliche) Differenz zwischen historischem Ereignismoment, subjektiver Wahrnehmung und späterer Reflexion dieser Wahrnehmung liegt. Hinzu kommt in unserem Fall, dass Lotte Eisners „Memoiren“ nach Gesprächen mit Eisner von der Journalistin Martje Grohmann aufgeschrieben wurden, in gewisser Weise also eine Doppelautorschaft vorliegt. Dieses von Eisner autorisierte Dokument soll für die Rekonstruktion wesentlicher Facetten ihrer Sozialisation, Selbstwahrnehmung und die Ausprägung der Weltsicht herangezogen werden.

### **Zur Entwicklung des sozialen, ästhetischen und politischen Selbstverständnisses**

Wenn sich Lotte Eisner in ihren Texten als „gottlos“ und „Französin“ (Vaterland 83) zu verstehen gibt, mag das angesichts ihrer Gebürtigkeit sehr provokant erscheinen. Die Familie gehörte zu jenen jüdischen deutschen Patrizierfamilien „[...] die sich als geistige Erben Moses Mendelssohns betrachteten [...].“ (Ebd. 15) Die Kindergeneration der Familie sei eher in der christlichen Tradition als im jüdischen Glauben sozialisiert worden, die Ehe der männlichen Familienmitglieder mit nicht-jüdischen Frauen war üblich geworden. In ihren Memoiren zeichnet Eisner den Vater als Muster des sich deutsch-national verstehenden Mannes jüdischer Herkunft, der nur noch lose Bindung an die jüdische Traditionsgemeinschaft zu haben schien: „Mein Vater betrachtete sich als guten Deutschen, und er sah auch so aus: Groß, schlank, blond, germanisch – und dabei war er Volljude. [...].“ (Ebd. 13). Interessant ist hier zu beobachten, dass sowohl der Vater als auch die sich erinnernde Tochter ethnische Stereotype verwenden, die das Modell der Selbstwahrnehmung zu bilden scheinen. Der Vater habe die Tochter in ihren literarischen Neigungen bestärkt; er machte sie auf solche Klassiker wie Schiller, Goethe und Kleist aufmerksam. Damit entspricht er ganz dem Muster der assimilationsbereiten deutschen Juden, die sich kulturell an der Mehrheitsgesellschaft orientieren mit der Hoffnung, Stigmatisierung und Ausgrenzung für sich und ihre Nachkommen zu überwinden. Die Kaiserstreue des Vaters schließt seine Zustimmung zum Ersten Weltkrieg ein: Er „ließ seinen einzigen Sohn, der gerade einundzwanzig Jahre alt geworden war, als Freiwilli-

<sup>4</sup> Lotte H. Eisner, Ich hatte einst ein schönes Vaterland. Memoiren. Geschrieben von Martje Grohmann. Mit einem Nachwort von Werner Herzog. Heidelberg 1984. Alle folgenden Zitate aus dieser Quelle werden mit dem Kürzel „Vaterland“ und der Seitenzahl nach dem Zitat nachgewiesen. Die Abbildungen, wenn nicht anders gekennzeichnet, sind derselben Quelle entnommen.

*gen mit der Blume im Gewehrlauf an die französische Front ziehen.*“ (Ebd. 13) Die Kriegshysterie der Massen auf Berliner Straßen nimmt Eisner – auch unter dem Eindruck der desillusionierenden Briefe ihres Bruders Fritz von der französischen Front, wie wir sie u. a. von Arnold Zweig als Armierungssoldat vor Verdun kennen – mit Abscheu wahr und bringt sie in Distanz zum deutschen Untertanengeist. Aus dem „*umhegten Bürgertöchterchen[s]*“ (Ebd. 40), das als Kind den Geist des kaisertreuen Nationalismus erfährt, entwickelt sich ein „*Anhänger der Revolution und Sympathisant der Kommunisten. [...] Mit hoch erhobener Faust demonstrierte ich einst für Sacco und Vanzetti und sang die Internationale (1927)*“. (Ebd. 41) Eisner kehrt sich also in weltanschaulicher und politischer Hinsicht frühzeitig vom Vaterhaus ab. Während ihrer Münchner Studienzeit sei sie auf mögliche Verwandtschaft zu Kurt Eisner hin angesprochen worden und musste „[...] *diese Verwandtschaft mit großem Bedauern [verneinen], denn ich hatte mich ja längst auf die Seite der Linken geschlagen.*“ (Ebd. 63) In der Familie habe sie sich insbesondere zu deren Außenseitern hingezogen gefühlt: zu einem homosexuellen Vetter, zu einer geschiedenen Tante, in wilder Ehe mit einem Onkel lebend, zu einer in Künstlerkreisen lebenden Cousine, mehrmals verheiratet und zum Katholizismus konvertiert. Das Verhältnis zur Mutter stellt sich als äußerst ambivalent dar: „[...] *meine Mutter machte ich allein dafür verantwortlich, daß ich erstens kein Junge und zweitens keine Rothaut geworden war, Eigenschaften, die für mich unerträglich schienen, um im Leben glücklich zu werden.*“ (Ebd. 9) Diese Replik erscheint mir vergleichbar mit Äußerungen von Eisners Berliner Zeitgenossin Else Lasker-Schüler (1869-1945) als Jüdin und als Frau und deren antibürgerlich-phantastischer Selbstimagination im Bild des „*wilden Juden*“ oder des „*Indianers*“. <sup>5</sup> Erstaunlich offen zeigt sich die über 80-jährige Eisner, wenn sie rückblickend über Beziehungen zum anderen Geschlecht und über Sexualität reflektiert:

„Mein Beruf, das Schreiben, und die damit verbundene geistige Betriebsamkeit, füllten mein Innenleben so aus, daß ich für langwierige Affären gar keine Geduld hatte. [...]. War ich [...] von einem Mann fasziniert, weil er mich geistig anregte, so wäre mir eine körperliche Zärtlichkeit wie Inzest vorgekommen. Ich war da vielleicht nicht ganz normal oder eher männlich angelegt. Beim Tanzen wollte ich immer die Führung an mich reißen, in der Liebe störte mich die passive Rolle der Frau. Ich wollte selbst die Bestimmende sein.“ (Ebd. 82)

<sup>5</sup> Vgl. Else Lasker-Schülers Maskierungen und Selbststilisierungen als maskulinen „Prinz von Theben“, „Prinz Jussuf“ oder auch ihre colorierten Federzeichnungen zur Erstausgabe ihres Palästina-Buches *Das Hebräerland*, in denen „Häuptlinge“ mit indianischem Kopfschmuck zu sehen sind. *Else Lasker-Schüler, Das Hebräerland*. Zürich 1937. „Indianer“ oder „wilde Juden“ stehen bei Lasker-Schüler als Metaphern für Ursprünglichkeit, Unangepasstheit, Originalität.

Die frühe Entdeckung ihrer Liebe für griechische Kunst, die scheinbar unvereinbar einherging mit der Leidenschaft für Karl-May-Romane, ist verwoben mit der Selbstwahrnehmung als „Falschgeborene“.<sup>6</sup>

„Besonders die griechischen Statuen [...] und die griechischen Vasen hatten es mir angetan, auf denen das alltägliche Leben der Griechen abgebildet war. Die schönen Jünglingskörper gefielen mir besser als je ein weiblicher Akt. [...] Ich habe mir immer vorgestellt, wenn ich ein Mann geworden wäre, dann wäre ich ein homosexueller Mann gewesen, einer der schönen Jünglinge, wie sie der Achilles liebte.“ (Ebd. 28)

Eisners Selbstverständnis als Frau ist von ausgeprägter Empfindsamkeit gegenüber tradierten Geschlechterrollen und der Überschreitung der Tabugrenzen gekennzeichnet. Sie gibt an, bereits als Studentin täglich 40 Zigaretten, auch Zigarren, geraucht zu haben und übernimmt damit ein als „männlich“ deklariertes kulturelles Verhaltensmuster. Als äußeres Zeichen der Wandlung ihres Selbstverständnisses schneidet sie sich nach dem Tod des Vaters 1924 (!) die Haare kurz. Das kann verstanden werden als späte Loslösung von der väterlichen Autorität! Sie folgt damit dem unter intellektuellen Frauen damals üblichen Bruch mit körperlichen Präsentationsformen bzw. der Verweigerung traditioneller Muster von Weiblichkeit. Ähnliche Inszenierungen, das Spiel mit den Geschlechterrollen, sind bekannt von intellektuellen Zeitgenossinnen wie Else Lasker-Schüler, Erika Mann (1905-1969), Marieluise Fleisser (1901-1974). Dem Bruder Fritz war sie – im Gegensatz zur spät geborenen jüngeren Schwester Steffi – besonders eng verbunden. Fritz muss zunächst – statt sich mit Literatur befassen zu können – als avisierte(r) Nachfolger des Vaters als Kaufmann Wirtschaftswissenschaften studieren. Schließlich macht er sich doch als Heine-Forscher einen Namen: Er ist Mitherausgeber der von der Akademie der Wissenschaften Berlin und der Akademie Française Paris besorgten Heine-Werkausgabe.<sup>7</sup> Lotte Eisners Selbstwahrnehmung als Deutsche, Intellektuelle und Jüdin bricht sich wiederholt in einem Ich- und Weltverständnis, wie es sich in Texten Heinrich Heines artikuliert. Damit schreibt sie sich bewusst in die Geschichte deutsch-jüdischer Erfahrung und in die Geschichte eingreifender Ästhetik ein. Bezeichnenderweise veröffentlicht Eisner ihre Autobiographie unter dem Titel „Ich hatte einst ein schönes Vaterland“ und nimmt das zentrale Sehnsuchtmotiv aus einem der Deutschland-Gedichte Heines aus dem Exil auf. Aus der Distanz von 150 Jahren spiegelt Eisner ihre Lebensbilanz in Heines Reflek-

<sup>6</sup> Vgl. Rahel Varnhagen, geb. Levin (1771-1833), die sich in ihrer Gebürtigkeit als Frau und Jüdin als doppelt „Falschgeborene“ wahrnahm.

<sup>7</sup> Vgl. *Heinrich Heine*, Säkularausgabe. Werke. Briefwechsel. Lebenszeugnisse. Hrsg. von der Stiftung Weimarer Klassik und dem Centre National de la Recherche Scientifique Paris. Berlin, Paris 1970-1988. In dieser Säkularausgabe wurden die Bände 20, 21, 22 und 23 (ediert 1975 und 1976) von Fritz H. Eisner bearbeitet. Sie enthalten Heines Briefe 1815-1856.

tion über die deutsch-jüdische Symbiose als gescheiterten „Traum“. In dem dreigliedrigen Gedicht „In der Fremde“ heißt es im abschließenden Teil III:

“Ich hatte einst ein schönes Vaterland.  
Der Eichenbaum  
Wuchs dort so hoch, die Veilchen nickten sanft.  
Es war ein Traum.

Das küsste mich auf deutsch, und sprach auf deutsch  
(Man glaubt es kaum  
Wie gut das klang) das Wort: „ich liebe dich!“  
Es war ein Traum.<sup>8</sup>

Der Schmerz des Getrenntseins vom „schönen Vaterland“ artikuliert sich im romantisierenden Naturbild, vor allem aber im Verlust der kulturellen Zugehörigkeit, hier im anthropomorphisierenden Bild des ‚deutsch sprechenden Veilchens‘ ausgedrückt. Da Heine ihr *„durch [...] eigenes Schicksal, das dem seinen merkwürdig ähnlich war, immer vertrauter wurde“* (Ebd. 50), scheint er für Lotte Eisner zur wesentlichen Selbstvergewisserung als Deutsche und Vertriebene im französischen Exil geworden zu sein. Nicht zuletzt ist in diesem Zusammenhang anzumerken, dass die Filmhistorikerin Eisner wie der Schriftsteller Heine für deutsch-französischen Kulturaustausch stehen. Beide geraten in kritische Distanz zum Nationalismus und zum Antisemitismus ihrer Zeit und können für sich in Anspruch nehmen, „auch Franzose“ zu sein.<sup>9</sup>

## **Bildung, Beruf und Berufung**

Den Elementarunterricht erhielt Lotte Eisner auf einer protestantischen Schule, die sie aus unterschiedlichen Gründen vorzeitig verließ und anschließend Privatunterricht in einem Zirkel von 10 bis 12 Mädchen erhielt. Die Pflicht zum Besuch öffentlicher Schulen gab es noch nicht. Noch während des Ersten Weltkrieges verlässt Lotte Eisner die privaten Bildungszirkel und geht nach Karlsruhe, um dort 1916 das Abitur abzulegen. Sie *„wollte an einem humanistischen Gymnasium das Abitur machen, um alte Geschichte, Kunstgeschichte und Ar-*

<sup>8</sup> *Heinrich Heine*, In der Fremde, in: Ders., Sämtliche Schriften. Hrsg. von Klaus Briegleb. München 1971. Vierter Band, 369- 370, hier 370. Das Gedicht entstand vermutlich 1833 im Pariser Exil.

<sup>9</sup> Lotte Eisner war seit 1952 französische Staatsbürgerin und signalisiert damit ihre Entscheidung, nicht wieder nach Deutschland remigrieren zu wollen. Besuche in Deutschland nach 1945, insbesondere in Berlin, galten „Menschen, von denen ich wusste, daß sie keine Nationalsozialisten gewesen waren und die darüber hinaus die Verbindung zu dem versunkenen Deutschland durch unsere gemeinsame Arbeit am Film herstellten.“ Lotte Eisner zitiert nach: *Martje Grohmann*, Meine Erinnerungen an Lotte Eisner, in: Lotte H. Eisner, Ich hatte einst ein schönes Vaterland, 283-350, hier 322.

*chäologie studieren zu können.*“ (Ebd. 46) Dieser geistige Anspruch setzt sich über konventionelle Rollenerwartungen an eine junge Frau ihrer Zeit hinweg und fügt der Utopie von der grenzüberschreitenden Rolle der Bildung die geschlechtsspezifische Dimension hinzu. Die Karlsruher Schule sei eine reine Mädchenschule gewesen, deren akademisches Niveau sie als „*erstaunlich hoch*“ empfand. Hier wurden die Schülerinnen statt in zwei in nur einem Jahr zum Abitur geführt. Nach dem Abitur studiert sie – zunächst in Berlin Kunstgeschichte, Archäologie und Philosophie. „*Damals war es eine Seltenheit, daß ein junges Mädchen studierte. [...]*“ (Ebd. 55) Die meisten der 20 Studierenden waren männlichen Geschlechts und aus Eisners Sicht „zum großen Teil homosexuell“. (Ebd. 60) Sie wechselt nach 2 Semestern in Freiburg nach München, um ein Semester bei Heinrich Wölfflin (1864-1945) Grundbegriffe der Archäologie zu studieren. Die Arbeitsmethode Wölfflins habe ihr später geholfen, in ihrem „*Spezialgebiet, der griechischen Vasenmalerei, die Funde zeitlich bestimmen*“ zu können. (Ebd. 63) Nach dem Intermezzo in München steht sie vor der Entscheidung, das Studium abschließen zu wollen.

„Da fiel mir ein, daß ich in meinen ersten Berliner Jahren einen älteren Archäologiestudenten kennen gelernt hatte, der sich auch mit griechischer Vasenmalerei beschäftigte. Er hatte inzwischen eine Arbeit darüber veröffentlicht, die mir gut gefiel. Ich erkundigte mich nach Gottfried von Lücken und erfuhr, daß er Professor in Rostock war. Also ging ich nach Rostock. Mein Professor war gerade zehn Jahre älter als ich. [...].“ (Ebd. 64-66)



Abb. 1: Porträt Lotte Eisner um 1924, in: *Lotte H. Eisner, Ich hatte einst ein schönes Vaterland*, 66.

Von Lücken „*hatte eine Methode gefunden, wie man die Vasenbilder auseinanderklappen konnte, so daß sie flächig erschienen, die Bildergeschichten also vor den Augen abrollten.*“ (Ebd. 64) Von Januar 1923 bis 1. August 1924 ist Eisner als Studentin der Kunstgeschichte in Rostock eingeschrieben und betreibt zur Vorbereitung ihrer Dissertation wiederholt Studien in Berliner Museen. Eisner erinnert, dass sie sich „*manchmal in der Studienzeit mit [...] Mitstudenten am Ostseestrand*“ herumgetrieben habe, „*wenn [sie] eigentlich an der Uni sein sollte.*“ (Ebd. 65) Lange, bevor der Slogan „Studieren, wo andere Urlaub machen“ für ein Studium in Rostock wirbt, hat das Meer seine Anziehungskraft auf junge Intellektuelle bewiesen! Als Empfehlung zur Nachah-

mung für heutige Studenten lese ich das Eingeständnis eines vermeintlich noch größeren Verstoßes gegen die Studiendisziplin: „*Einmal bin ich sogar mitten im Semester nach Berlin gefahren, weil dort die Theatersaison begonnen hatte, und ich unbedingt die neuen Inszenierungen von Brecht und Piscator sehen wollte.*“ (Ebd. 65) In ihrer Dissertation zum Thema „Die Entwicklung der Komposition auf griechischen Vasenbildern“<sup>10</sup> untersuchte Eisner die unterschiedlichen Dekors griechischer Vasen und entwickelte eine Systematik von vier unterscheidbaren historischen Entwicklungsstufen. Der Text bietet eine sehr konzentrierte Transformierung der bildlichen Darstellung der Vasenmalerei in eine epische „Bildbeschreibung“. Immanent setzt sie sich mit dem historisch veränderlichen Begriff des „Bildes“ auseinander. Die Systematik der Phasen ergibt sich aus der Beobachtung der Bildprinzipien: sie untersucht Themen, charakteristische kompositionelle Merkmale, zeitliche Abfolge der Prototypen der Darstellung und die Entwicklung von der isolierten Einzelszene zur Herausbildung einer Bildeinheit. Am Rande sei vermerkt, dass das Formular der Philosophischen Fakultät zur Eröffnung des Promotionsverfahrens nur das männliche Geschlecht des Promovenden vorsah! In diesem Falle musste (möglicherweise durch den unterzeichnenden Dekan Spangenberg) „Herr“ per Hand gestrichen und durch „Frl“ korrigiert werden.

Auch an diesem Detail ist abzulesen, wie Eisners grenzüberschreitende Lebensgeschichte unter dem Gender-Aspekt von Interesse sein kann. Nach dem Doktorexamen geht sie für kurze Zeit nach Italien und beteiligt sich an archäologischen Ausgrabungen am *Forum Romanum*. Dabei sei ihr aber schließlich bewusst geworden, „[...] daß mir diese Arbeit nichts bedeutete.“ (Ebd. 67) Auf der Suche nach einer *sinnvollen Arbeit* sei sie wieder an von Lückens gelangt. „*Ich fuhr einfach zu ihm nach Rostock und fragte ihn um Rat. 'Ich kann Sie mir nicht als Archäologin vorstellen', sagte er, [...] Schreiben Sie über Kunst.*“ (Ebd. 71)

### Von der Ästhetik der Vasenmalerei zur Ästhetik des Films

Die Empfehlung von Lückens konnte sie mit ersten freiberuflichen journalistischen Arbeiten für *Die Literarische Welt*, herausgegeben von Willy Haas (1891-1973), schon bald umsetzen. Sie schrieb über Ausstellungen und Neuerscheinungen auf dem Buchmarkt und empfahl sich wegen ihrer Sprachkenntnisse in Englisch, Französisch und Italienisch für Interviews mit ausländischen Künstlern. Die Bewerbung als Interviewerin beim *Berliner Tageblatt* war auf Anhieb erfolgreich. Es stellt sich so dar, dass der akademische Titel dem Renommee des Blattes, aber auch der Beförderung der Akzeptanz des ‚anderen Geschlechts‘<sup>11</sup>

<sup>10</sup> Vgl. UAR phil. 8/ 1924/25. bzw. 6B4/48

<sup>11</sup> Vgl. *Simone de Beauvoir*, Das andere Geschlecht. Sitte und Sexus der Frau, Reinbek bei

sehr zuträglich gewesen ist. Die Zeichnung der Artikel war nach Eisner den Autoren nur mit den Initialen erlaubt, sodass für die Rezipienten zumindest äußerlich die weibliche Verfasserschaft nicht erkennbar war. Es wäre interessant zu untersuchen, inwieweit der Stil Eisners eine von Männern differierende Wahrnehmung und Darstellung zu erkennen gibt. Die Weichen für Lotte Eisners professionelle Ausrichtung stellte das Zusammentreffen mit Hans Feld (1902-1992), der als Redakteur beim *Film-Kurier* arbeitete. Er verspricht Eisner, der „erste weibliche Filmkritiker Deutschlands“ (sic!) zu werden. „So wurde ich im Juni 1927 festangestellte Journalistin bei einer Tageszeitung für Film“. (Ebd. 77) Der *Film-Kurier* war seit 1919 wichtigste Tageszeitung für Film in ganz Europa. Eisner bat sich allerdings aus, für den *Film-Kurier* auch Theaterkritiken schreiben zu dürfen, da ihr wie bereits angedeutet die Berliner Theaterszene sehr vertraut war. „Die größte Rolle in meinem kleinen Leben spielte von früh auf das Theater. Das ist lange so geblieben, bis es schließlich dem Kino Platz machte.“ (Ebd. 25) Willy Haas, seit 1920 in der Redaktion des *Film-Kurier*, musste wie Eisner 1933 wegen der Rassenpolitik der Nazis seine Stellung aufgeben und war zur Emigration gezwungen. In der Berliner Zeit trifft die Journalistin Eisner auf später berühmte Namen des kulturellen Lebens. Wegen der besonderen Aufmerksamkeit, mit der Eisner Brechts Theaterarbeit verfolgt – vor allem aber aus Platzgründen – wird hier lediglich diese Beziehung erwähnt. Bedeutsam ist sicher, dass sie 1930 im *Film-Kurier* über den Rechtsstreit um Urheberrechte anlässlich der Verfilmung von Brechts erfolgreichem Theaterstück „Die Dreigroschenoper“ berichtete. Die Streitparteien waren Georg Wilhelm Pabst (1885-1967) als Regisseur der Produktionsfirma Nero-Film gegen Bertolt Brecht (1898-1956) und Kurt Weill (1900-1950). Dieser Bericht gibt Eisners sehr differenzierte Einsicht in die unkonventionelle künstlerische Arbeitsweise Brechts und sein Verhältnis zum schöpferischen Umgang mit geistigem Eigentum wieder. Sie schätzte Brecht als Autor des „Volkstheaters“ und als „eine[n] der wenigen hellhörigen Intellektuellen Berlins, der schon frühzeitig die Gefahr des Nationalsozialismus für unser Leib und Leben witterte [...]“. (Ebd. 104)<sup>12</sup> In Paris wird sie Brecht 1937 anlässlich der Aufführung seines Stückes „Die Mutter“ wieder treffen. Nach eigenem Bekunden hat Eisner erst mit der Zeit den Film als Kunstgattung akzeptieren gelernt, zunächst habe sie den Film dem „Zirkus, Varieté und Clownerie“ zugeordnet. (Ebd. 83) In ihren Arbeiten zum Film wird die zeitgenössische Transformierung von Bühnendramaturgie in den Film reflektiert und auch die Tatsache, dass Bühnenstücke zu Filmen wurden, um sie unabhängig vom Aufführungsort zu machen und einem Massen-

---

Hamburg 1968.

<sup>12</sup> Der Memoiren-Text gibt Ausschnitte aus Eisners Bericht vom Prozess sowie Ausschnitte aus einem Zeitungsbericht wieder. Vgl. *Lotte H. Eisner, Ich hatte einst ein schönes Vaterland*, 102-103.

publikum anbieten zu können. Ihr berühmtes Buch „Die Dämonische Leinwand“<sup>13</sup> schrieb Lotte Eisner „in der Emigration mit der Sehnsucht nach den zwanziger Jahren“. (Leinwand 9) Die französische Erstausgabe erscheint bereits 1955 unter dem Titel *L'Ecran Démoniaque*, die deutsche Neu-Ausgabe folgt erst 20 Jahre später bei Kommunales Kino Frankfurt. Aus ihrer wissenschaftlichen Arbeit in der Kunstgeschichte leitet Eisner ihr Verfahren zur Darstellung der Geschichte des deutschen Stummfilms ab: Sie will die Methoden der Stilkunde und Untersuchung der Stilentwicklung, wie sie die Kunsthistoriker ausgebaut haben, auf die Analyse des neuen Mediums übertragen. Ihr Ziel ist es, den „Stil eines jeden für die gesamte Entwicklung wichtigen Films [...]“ zu untersuchen. (Ebd. 11) „Stil, Technik, künstlerische Entwicklung eines jeden qualitätsvollen Filmregisseurs“ soll eine Interpretation erfahren, „um die Stiltendenzen der einzelnen Entwicklungsphasen herauszukristallisieren.“ (Ebd.) Der Leser erfährt eine zeit- und geistesgeschichtliche Kontextualisierung der Filmgeschichte, wobei Eisner den Schwerpunkt auf die klassische Stummfilmperiode zwischen dem I. Weltkrieg und dem Beginn der Tonfilmära 1925/26 legt. Besonderen Einfluss auf die Blütezeit der deutschen Filmkunst haben nach Eisner die impressionistischen Regietendenzen Max Reinhardts und der literarische Expressionismus. Für sie steht hinter dem Erfolg der klassischen deutschen Filmkunst im frühen 20. Jahrhundert ein glückliches Zusammenwirken von Filmarchitekten, Kameraleuten (wegen der bedeutsamen Licht- und Schatteneffekte), bedeutender Regisseure und ausgezeichneten Autoren. (Vgl. ebd. 24) „Die Dämonische Leinwand“ wurde in acht Sprachen übersetzt und ist Standardwerk der Filmographie geworden. Besonders bemerkenswert ist die Tatsache, dass Eisner der Nachkriegsgeneration der (bundes-)deutschen Filmer große Beachtung schenkt. Auf sie richtet sich die Hoffnung auf die Wiederbelebung des künstlerisch wertvollen deutschen Films. Das Vorwort zu Eisners Memoiren von Werner Herzog repräsentiert den wechselseitigen Respekt Eisners und der damals jungen Filmemacher Volker Schlöndorff, Wim Wenders, Werner Herzog, Alexander Kluge, Rainer-Werner Fassbinder, Rosa von Praunheim oder Peter Syberberg. 1958 gibt Lotte H. Eisner gemeinsam mit Heinz Friedrich in der Reihe „Das Fischer Lexikon“ jenes zu „Film. Rundfunk. Fernsehen“ heraus und erscheint als Autorin der Artikel „Filmdialog und Zwischentitel“, „Filmmontage“, „Filmmusik“, „Filmschauspieler“, „Musik im Film“, „Stile und Gattungen des Films“.<sup>14</sup> Darüber hinaus publizierte sie viel beachtete Monografien über

<sup>13</sup> Lotte Eisner, *L'Ecran Démoniaque*. Paris 1955. Hier zitiert nach Dies., *Die Dämonische Leinwand*. Überarbeitete, erweiterte und autorisierte Neuauflage. Frankfurt/Main 1975. Nachgewiesen mit dem Kürzel „Leinwand“ und der Angabe der Seitenzahl in Klammern nach dem Zitat.

<sup>14</sup> Lotte H. Eisner und Heinz Friedrich (Hrsg.), *Das Fischer Lexikon*. Film. Rundfunk. Fernsehen. Frankfurt/Main 1958.

Fritz Lang (1890-1976) und Friedrich Wilhelm Murnau (1888-1931).<sup>15</sup>

### Im Exil: „Mutter“ der deutschen respektive europäischen Filmographie

Im März 1933 musste Lotte Eisner aus Deutschland fliehen. Die Flucht stellt sie als äußerst undramatisch dar. Sie habe „[...] am 30. März abends eine Zugfahrkarte erster Klasse Schlafwagen nach Paris [gelöst]“ (V 169) und sei am Gare du Nord in Paris von ihrem Schwager mit den Worten begrüßt worden „'Na Lotte, willst Du in Paris Ferien machen?' Ich antwortete: ‚Das werden lange Ferien werden.‘ (Sie haben genau 50 Jahre gedauert.)“ (Ebd. 169)<sup>16</sup> Exil bedeutete für Eisner wie für viele Exilanten Verlust der Profession, Sprachverlust, Verlust der Familie, Erfahrung mit neuer Ausgrenzung und Todesgefahr, Zwang zur Annahme einer „gefälschten“ Identität, aber auch Erfahrung von Solidarität und des Zufalls neuer Begegnungen und Bindungen. Die Anknüpfung an journalistische Arbeiten in der ersten Zeit des Exils gelang Eisner durch ein räumlich weiter gewordenes, aber doch funktionierendes Netzwerk. Hans Feld, der in die Tschechoslowakei emigriert war und dort die Monatszeitschrift für Theater *Die Kritik* herausgab, ernannte Lotte Eisner zu seiner Pariser Korrespondentin und vermittelte ihr Beiträge für die antifaschistische *Internationale Filmschau*. Für dieses Blatt interviewte sie 1934 Henri Langlois (1914-1977) und George Franju (1912-1987).

Diese beiden jungen Franzosen hatten die Idee, eine Cinémathèque Française zu gründen. Dafür trugen sie Zeugnisse jeglicher Art zusammen, um die Geschichte des Films, d.h. zunächst des Stummfilms, vor dem Vergessen zu bewahren. Auch Lotte Eisner wurde von deren Enthusiasmus erfasst und suchte auf Flohmärkten, bei Trödlern und Kinobesitzern nach Schätzen: alte Apparate, Filmdekors und jede Art von Dokumenten der Filmgeschichte. Daher und vor allem aus der Zeit nach dem Krieg rührt Lotte Eisners Feststellung: „[...] die Cinémathèque sollte meine neue Heimat werden.“ (Ebd. 220) Henri Langlois kam es in erster Linie nicht auf Konservierung, sondern auf Sammlung und Zurschaustellung des Gesammelten an. In einem Vorführraum mit neunzig Sitzplätzen wurden täglich drei verschiedene Filme gezeigt. Filme aller bekannt gewordenen französischen und deutschen Filmemacher wurden vorgestellt. (Vgl. ebd. 227-229) Eisner resümiert: „Während meiner aktiven Zeit für die Cinémathèque, also dreißig Jahre lang, gab es kein Privatleben für mich. Mein Schicksal stand

<sup>15</sup> Lotte H. Eisner, F. Murnau. Paris 1964; dt. Murnau - Der Klassiker des deutschen Films. 1967. Lotte H. Eisner, Fritz Lang. London 1976. Die deutsche Ausgabe befindet sich nach meiner Recherche in Vorbereitung.

<sup>16</sup> Unter der Regie von Sohrab Shahid Saless entsteht 1979 der Dokumentarfilm „Die langen Ferien der Lotte H. Eisner“. Im Jahre 2009 widmete das Max-Samuel-Haus Rostock, Begegnungsstätte für jüdische Kultur und Geschichte, Lotte H. Eisner eine Ausstellung, in deren Rahmen der Film einem größeren Publikum vorgestellt werden konnte.

*still, es fand nicht statt.*“ (Ebd. 263) Die Buchpublikationen zu diesem Lebensabschnitt sind gut dokumentiert. Eine Menge noch zu entdeckenden Materials wird aber hinter dieser Auskunft Eisners zur Arbeit während des Exils verborgen sein: *„Als ich mich von meinem Sprach-Koma erholt hatte, [schrieb ich] für alle möglichen Blätter in vier Sprachen.“* (Ebd. 264) Mit Langlois verband sie die kosmopolitische Denkweise, die jede Art von Engherzigkeit und Vorurteilsdenken ausschloss. Diese Lebensphilosophie scheint mir einerseits im Charakter dieser selbstbewussten, von traditionellen Rollenmustern emanzipierten Frau begründet zu sein, andererseits in der Philosophie der grenzüberschreitenden Lebenswelt der Künstlerschaft, der



Abb. 2: Henri Langlois und Georges Franju 1936, in: *Lotte H. Eisner, Ich hatte einst ein schönes Vaterland*, 180.

sie angehörte, wie den eigenen Erfahrungen mit Ausgrenzung als Jüdin. Lotte Eisners Stationen im französischen Exil fordern ihr unterschiedlichste Tätigkeiten und Formen der Existenzsicherung ab. Auf einem vereinsamten Schloss (Beduer bei Figeac) hatte Henri Langlois in aller Eile Filmkopien vor der Beschlagnahme versteckt, die Eisner nun katalogisierte. Darunter *„Russenfilme und vor allem ‚Der große Diktator‘, der natürlich nicht in die Hände der Nazis fallen durfte.“* (Ebd. 210) In dieser Zeit begann ihr Engagement, antifaschistische Hollywood-Filme vor dem Zugriff der Nazis zu retten. Durch Vermittlung des Pastors von Montpellier arbeitet sie als Köchin in einem Mädcheninternat in Figeac. Nebenbei gibt sie den größeren Mädchen Nachhilfestunden in Latein und Englisch. Bemerkenswerterweise ist die Zeit des Exils sehr stark bestimmt durch die Wahrnehmung als deutsche Jüdin in Frankreich. Eisner erfährt sich in Frankreich als *„Volljüdin, Deutsch und ledig“* gleich mehrfach gefährdet. (Ebd. 196) Im Mai 1940 wird sie auf Befehl der Polizeipräfektur von Paris mit 250 anderen deutschen Frauen interniert und schließlich in das Konzentrationslager Gurs am Rande der Pyrenäen verbracht.<sup>17</sup> Eisner *„hauste“* mit sechzig Frauen

<sup>17</sup> Vgl. *Gabriele Mittag, Es gibt Verdammte nur in Gurs. Literatur, Kultur und Alltag in einem französischen Internierungslager 1940-1942.* Tübingen 1996. [Rez.] *Lothar Baier, Zwischenlager. Eine Studie über das Internierungslager Gurs,* in: *Argonautenschiff. Jahrbuch der Anna-Seghers-Gesellschaft* 5, 1996, 323-324.

„im berüchtigten Block J (Jude).“ (Ebd. 198)

Auf angesichts der Umstände banal erscheinende Weise gelingt ihr die Flucht: Eines Nachts sei sie durch den Stacheldrahtzaun in den benachbarten Block gekrochen, dessen leitender Offizier sie nach Hinweis auf ihre verwandtschaftliche Beziehung zum Kommandanten von Montpellier (ihr Schwager) und ihre Verfolgung durch die Nazis habe gehen lassen. (Vgl. ebd. 202-203) Da sie mittellos und ohne Arbeitserlaubnis ist, schreibt sie sich als Studentin der Universität ein und studiert Literatur. Nach ihrer Flucht lebt Lotte Eisner mit falschen Papieren als „Mademoiselle Louise Escoffier“ in Frankreich.

Unter diesem Decknamen – mit den gewohnten Initialen L. E. – wird sie „noch etwa zehn Jahre“ nach dem Krieg leben.

„Ich hatte mich in dieser Identität eingerichtet. Deutsche war man nicht gern nach dem Holocaust. Und als ich 1953 wieder zurückfuhr in meine alte Heimat, fühlte ich mich wohler, als Französin aufzutreten. Später löste sich allmählich die Verkrampfung: Aus Escoffier wurde Eisner-Escoffier und schließlich wieder Eisner. Einmal bekam ich sogar einen Brief mit der Anrede: Dear Miss Eisnoffeir! Es gab zu viele Menschen, die mich unter meinem deutschen Namen kannten oder wieder erkannten.“ (Ebd. 222)



Abb. 3: Ausweis „Louise Helène Escoffier“, in: Lotte H. Eisner, Ich hatte einst ein schönes Vaterland, 208.

## Epilog: Lotte Eisner in Rostock nach 1945

Nach einem Erlass des Reichsministers des Innern vom 30.01.1940 wird Lotte H. Eisner für „unwürdig“ erklärt, die deutsche Staatsbürgerschaft und mithin einen Dokortitel, verliehen von einer deutschen Universität, zu tragen. Die *Erste Beilage zum Deutschen Reichsanzeiger und Preußischen Staatsanzeiger* Nr. 48 vom 26. Februar 1940 gibt diesen Beschluss wieder.

Besonders interessant erscheint mir, dass der Ausbürgerungsbeschluss sowie die Aberkennung der wissenschaftlichen Graduierung unter der Rubrik „Untersuchungs- und Strafsachen“ erscheint! Die Universitätsleitung reagierte mit Abstand von 21 Tagen (!) auf den Erlass des Reichsministers des Innern. In der Bekanntmachung des Rektors der Universität und vier ihrer Dekane vom 21. Februar 1940 heißt es, dass „*Lotte Henriette Regina Eisner [...] der deutschen Staatsbürgerschaft für verlustig erklärt worden*“ ist. Sie sei „*dennach auch des Tragens eines deutschen akademischen Grades unwürdig*.“



Abb. 4: Universitätsarchiv Rostock, 6 B 4/48.

Meinem bisherigen Eindruck nach war Eisner die einzige weibliche jüdische Promovendin in Rostock, der nach 1933 neben der deutschen Staatsbürgerschaft auch der Dokortitel aberkannt wurde. In Vorbereitung auf diesen Vortrag interessierte mich die Frage der Rehabilitierung Lotte H. Eisners nach 1945. Aus einem Artikel von Angela Hartwig, Universitätsarchiv Rostock, lässt sich darüber Näheres erfahren.<sup>18</sup> Erst Anfang 1998 kam es in den Fakultäten der Universität Rostock zu einem Beschluss über die Rehabilitation der im Nationalsozialismus verfemten Wissenschaftler. Nach Hartwig hat eine von außen an die Universität herangetragene „Anfrage zum Thema Aberkennung von Dokortiteln im Dritten Reich und Rehabilitation nach 1945“<sup>19</sup> zu umfangreichen Recherchen in rele-

<sup>18</sup> Angela Hartwig, Aberkennung von Dokortiteln im Dritten Reich und Rehabilitation nach 1945 an der Universität Rostock, in: *Zeitgeschichte Regional. Mitteilungen aus Mecklenburg-Vorpommern*. 2, 1998, Heft 1, 48-50. Ich danke Frau Hartwig für den Hinweis und die freundliche Bereitstellung der Quelle.

<sup>19</sup> Ebd., 48.

vanten Akten der Universität geführt. Hartwig führt namentlich 15 Entziehungen von Dokortiteln zwischen 1933 und 1945 an, für die rassistische und/oder politische Gründe geltend gemacht wurden. In dieser Auflistung fehlt noch der Name Lotte H. Eisner. Er sei hiermit nachgetragen! Eisners Verbindung zu ihrem Doktorvater Gottfried von Lücken überdauert Krieg und Faschismus. Anlässlich von Lückens 80. Geburtstag 1963 nimmt Laudator Wolfgang Richter ausdrücklich auf von Lückens Verhältnis zu Lotte Eisner nach der Vertreibung aus Deutschland Bezug. So habe er sie mehrmals im französischen Exil besucht. „*Auch zu anderen Schülern, die wegen ihrer 'rassistischen' Abkunft ihr Studium hatten abbrechen müssen, versuchte er, Kontakte aufrechtzuerhalten und ihnen menschlich beizustehen.*“<sup>20</sup> In ihrer Autobiographie würdigt Eisner die Integrität des Altertumswissenschaftlers, von dem sie „*sicher war, daß er kein Nazi gewesen ist, ja sogar einen jüdischen Arzt unter Lebensgefahr bei sich versteckt gehalten hatte.*“ (Vaterland 196)

Das Ethos von Lückens offenbart sich auch in der Beziehung zu dem Ästhetiker, Philosophen und Psychologen Emil Utitz (1883-1956), der 1916 eine Titularprofessur, 1921 eine nichtbeamtete außerordentliche Professur, 1924 eine außerordentliche Professur an der Philosophischen Fakultät in Rostock innehatte und 1925 dem Ruf auf eine ordentliche Professur für Philosophie an der Universität Halle folgte. Er wird 1942 als Jude nach Theresienstadt deportiert. Als Überlebender gab er 1946 in seinem Buch „*Psychologie des Konzentrationslagers Theresienstadt*“ Zeugnis über diese Erfahrung.<sup>21</sup> Diese Freundschaft war sicher der Hintergrund dafür, dass sowohl Utitz (1956) als auch Eisner (1966) die Einladung von Lückens zu Gastvorträgen in Rostock angenommen haben. Dokumenten aus dem Universitätsarchiv und Artikeln aus Regionalzeitungen (*Der Demokrat, Neueste Nachrichten*) ist zu entnehmen, dass Lotte H. Eisner am 5. Juli 1966 auf Einladung des Instituts für Altertumswissenschaften, in Person Prof. von Lücken, im großen Hörsaal der Schiffstechnik einen Vortrag zum Thema *Stileinflüsse im deutschen Film* (mit Filmvorführung) gehalten hat. Lotte H. Eisner war an den Ausgangsort ihres Weges in die Wissenschaft zurückgekehrt.

Abschließend möchte ich Sie einladen zu einem kleinen Exkurs zu Fritz Langs erstem Tonfilm „*M. Eine Stadt sucht einen Mörder*“ von 1931 und zu ausgewählten Kommentaren Eisners zu diesem Film in „*Die Dämonische Leinwand*“. Eisner hebt Folgendes besonders hervor:

1. Im Film jener Zeit sei eine „*Macht des Schattens*“ zu beobachten. Schatten stünden für die Verknüpfung des Rätselhaften und Dekorativen mit dem Symbo-

<sup>20</sup> *Wolfgang Richter*, In honorem Gottfried von Lücken, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Universität Rostock, Gesellschafts- und Sprachwissenschaftliche Reihe, 2/3, 1964, 191- 194, hier 193.

<sup>21</sup> *Emil Utitz*, *Psychologie des Konzentrationslagers Theresienstadt*. Wien 1947.

lischen. „In *M.* sieht man den Schatten des Lustmörders auf dem Plakat, das vor dem Ungreifbaren warnt, und dieser Schatten schwebt über dem ahnungslosen kleinen Mädchen, seinem nächsten Opfer.“ (Leinwand 133) Als „Kontrapunkt“ zum geheimnisvollen Bild hört der Zuschauer „beide miteinander sprechen.“ (Ebd. 330)

2. „Die Toneffekte in „M“ sind außerordentlich variiert. Man erinnere sich, daß lediglich das Geradeschlagen des Nagels, um eine verriegelte Tür aufzubekommen, die Anwesenheit des Mörders verrät, daß wir kurz danach den Atem des Gehetzten keuchen hören, [...]. Eindringlich werden ein paar Noten aus Griegs Troll-Lied des „Peer Gynt“ zum Leitmotiv beim Auftauchen des Lustmörders verwendet, ihn selbst schrecken die verräterischen Laute, [...].“ (Ebd. 330)

3. In der Inszenierung der Bürger in „M“ würden Anklänge an die Biedermeierzeit laut, in der „sich das Solid-Bürgerliche und Unheimlich-Bizarre so glücklich mischen.“ (Ebd. 105)

4. Zur Bedeutung der nächtlichen Straße im Film:

„In deutschen Filmen wird die Straße vor allem des Nachts mit ihren abrupt tief erscheinenden dunklen Ecken, ihrem aufgleißenden Betrieb, den Lichtnebel ergießenden Straßenlaternen, mit den flammenden Leuchtreklamen, Scheinwerfern von Autos, [...] zum Schicksal, das ruft und verlockt.“ (Ebd. 253)

5. Schaufenster der Großstadt und Glasflächen dienten dem spielerischen Widerspiegeln begehrter Gegenstände oder Personen.<sup>22</sup>

Lotte H. Eisner repräsentiert als Intellektuelle die Aufkündigung der traditionellen Identität der bürgerlichen, jüdischen Tochter und Frau. Die lebensweltlichen Koordinaten: Weiblichkeit, Intellektualität/resp. Künstlerschaft, Jüdischsein in Deutschland, Ausgrenzung und Exil lassen ihren Lebensweg als außergewöhnlich und zugleich beispielhaft für das 20. Jahrhundert begreifen. Über ihre Arbeit und ihre Persönlichkeit ist wissenschaftlich bei Weitem noch nicht alles gesagt! So sind meines Wissens weder Eisners oben erwähnte kunstjournalistische Arbeiten während des Exils noch ihre erhalten gebliebenen literarischen Versuche bislang untersucht worden.<sup>23</sup> Besonders interessant erscheint mir, genauer zu untersuchen, welche Beziehungen sich herstellen lassen zwischen den Gegenständen, mit denen sich Lotte H. Eisner befasste und zum Lebensinhalt

<sup>22</sup> Es wurden Filmsequenzen aus dem Tonfilm „M. Eine Stadt sucht einen Mörder“ eingeblendet. Der Film entstand 1931 unter der Regie von Fritz Lang nach einem Drehbuch von Thea von Harbou und Fritz Lang.

<sup>23</sup> Vgl. den Abdruck einer „Novelle im Stil der Bibel“, die „etwa mit sechzehn Jahren entstanden“ ist (Vaterland 30) mit dem Titel „Der Bruder“ (Ebd. 30-35) sowie die „aus der gleichen Zeit“ stammende „Kurznovelle“ „Die Mutter“ (Ebd. 35-37). Eisner erwähnt auch einen im französischen Exil entstandenen Roman „Verbrechen in Durville“ (Ebd. 30), der „eine männliche Hauptfigur“ habe. „Ich kann mich schwer in ein weibliches Bewußtsein hineinversetzen, unterhalte mich auch viel lieber mit Männern als mit Frauen.“ (Ebd. 35)

machte, und Eisners wissenschaftsmethodischem Konzept. Ein wesentlicher Fragenkomplex stellt meines Erachtens die Untersuchung der Selbstrepräsentation von Kulturgemeinschaften im historischen medialen Wandel dar. Für zukünftige Forschungen aus dem Blickwinkel unterschiedlicher Wissenschaftsdisziplinen verspricht die – mit Verzögerung einiger Jahre – in Vorbereitung befindliche Eisner-Werkausgabe im Auftrag des Deutschen Filmmuseums die Materialgrundlage zu liefern bzw. zu erleichtern.

Eveline Krause

## **Edith Braemer – Annäherung an eine ungewöhnliche Frau**

Edith Braemer ist 49 Jahre alt, als sie 1958 nach Rostock an das Germanistische Institut kommt. Sie ist Dozentin für Neuere Deutsche Literaturgeschichte und wird Institutsdirektorin. Im gleichen Jahr werde ich wissenschaftliche Assistentin im gleichen Bereich, den ich 1955 als Absolventin verlassen hatte, und Edith Braemer wird für mich und die meisten meiner jungen Kollegen bis zu ihrem Wechsel 1965 eine wichtige Orientierungs-, Vorbild- und Reibungspersönlichkeit in menschlicher und wissenschaftlicher Hinsicht sein mit einer unerhörten exemplarischen Biographie, Lebensleistung und Lebensbewältigung, aber auch, aus späterer Sicht, mit Niederlagen, Widersprüchen, Schwächen und Irrtümern, die für diese Nachkriegsgeneration von Geisteswissenschaftlern besonders tragisch waren.

Zunächst ein kurzer Blick auf die Situation in der Rostocker Literaturwissenschaft, als Edith Braemer nach Rostock kommt: Etwa bis Mitte der 1950er Jahre kann man von einem gewissen Pluralismus in Lehre und Forschung sprechen: Mitglieder des Lehrkörpers, die nicht durch ihre Tätigkeit während der Zeit des Faschismus belastet waren, lehrten neben sogenannten „bürgerlichen“ Literaturwissenschaftlern und marxistisch orientierten Dozenten. Aber auf der Grundlage der gesellschaftlichen Entwicklung der DDR in den 1950/60er Jahren – Konzept Sozialismus, neue Hochschulpolitik, Konzentration auf Deutschlehrerausbildung, Orientierung auf die Entwicklung einer marxistisch-leninistischen Literaturwissenschaft – war die Zeit der Provisorien, Notlösungen, Übergangslösungen vorbei und nicht nur in Rostock wurden durch eine neue Wissenschaftlergeneration für die Forschung und Lehre die Weichen neu gestellt. Zu dieser neuen Wissenschaftlergeneration gehört auch Edith Braemer. Ich möchte aus ihrer „Vorrede“ zu ihrem Buch „Goethes Prometheus und die Grundpositionen des Sturm und Drang“ zitieren, weil hier individuelle Züge ihrer Persönlichkeit sichtbar werden, aber auch, weil in dieser „Vorrede“ alle wesentlichen Grunderfahrungen und Grundanliegen enthalten sind, die ihr Leben und ihre Arbeit bestimmten:

„1937 diskutierte ich im faschistischen Zuchthaus mit der Tochter eines Landarbeiters über unsere Klassiker. Anfangs wehrte sie ab, besonders über Goethe wollte sie durchaus nichts hören. Die Ursache dieser Ablehnung war in ihrer Dorfschule zu finden, sie hatte dort nur von Goethe gelernt, dass er als Kind einmal Geschirr aus dem Fenster geworfen hatte, ohne dafür bestraft worden zu sein. Diese Anekdote hatte in ihr den Eindruck erweckt, dass Goethe nur für die Bourgeoisie von Interesse sei, Arbeitern und Bauern

dagegen nichts zu sagen habe. Nachdem wir zusammen in unserer kargen, oft ganz geraubten Freizeit Gedichte und „Egmont“ gelesen hatten, rief sie aus: ‚Wir wurden bestohlen, um die Dichtungen ebenso wie um die Betriebe und um die Felder. Aber wir werden uns alles wiedererobern!‘ Ich habe mir damals vorgenommen, bei dieser „Eroberung“ im neuen Deutschland, von dem wir wussten, dass es kommen würde, mitzuhelfen.“<sup>1</sup>

Edith Braemer ist Jüdin. Sie wird am 16.7.1909 als Tochter des Ehepaares Theodor Abel (1883-1957), Kaufmann in der Firma H. Abel, Uhrengroßhandlung und Juwelen, und Lilli Abel geb. Rosenthal (1886-1981) in Hamburg geboren. Sie kommt also aus gehobenen sozialen Verhältnissen. Edith besucht bis 1926 eine jüdische Mädchenmittelschule und ab 1927 das Lichtwark-Gymnasium in Hamburg. Höchstwahrscheinlich war sie ein Einzelkind. Über kindliche und jugendliche Prägungen ist wenig bekannt; in der schon erwähnten „Vorrede“ dankt sie den von den Faschisten ermordeten Brüdern ihres Vaters Dr. Max Abel und John Abel, die ihr die Liebe zur klassischen Literatur „ans Herz“ legten, und ihren Hamburger Lehrern, die durch ihren Unterricht in Literatur und Geschichte ihre Entwicklung mitgeprägt hätten. Von der Schulbank weg heiratet sie 1927 den Kaufmann Rudolf Weiss, 18-jährig, ohne Schulabschluss – eventuell aufgrund einer Schwangerschaft? 1928 wird Tochter Eva geboren, 1929 Sohn Rolf. 1931 stirbt ihr Ehemann, sie ist Witwe mit 22 Jahren, hat zwei kleine Kinder, keinen Beruf, kein Einkommen. Im gleichen Jahr wird sie Mitglied der KPD, welche Erfahrungen, welche Ursachen diesem Schritt zugrunde lagen, war nicht zu ermitteln. 1933 wird sie zum ersten Mal verhaftet wegen „illegaler antifaschistischer Tätigkeit“. Ihr wird das Erziehungsrecht für ihre Kinder entzogen, sie werden in ein jüdisches Waisenhaus eingewiesen, sie muss ihre Kinder selbst dort hinbringen! Zwischen 1935 und 1939 wird sie immer wieder inhaftiert: Konzentrationslager Lichtenburg, Untersuchungsgefängnis, im Mai 1937 wird sie zu zweieinhalb Jahren Zuchthaus wegen Vorbereitung zum Hochverrat verurteilt, ihr Vater wird 1938/39 des Öfteren verhaftet, zwei Brüder des Vaters werden im Konzentrationslager ermordet. Ihre Kinder gelangen im Dezember 1938 nach England. Diese Transporte wurden von unterschiedlichen internationalen jüdischen Hilfsorganisationen organisiert und von den Nationalsozialisten geduldet. Im Juni 1939 gelingt ihr und auch ihren Eltern die Emigration nach Shanghai. Andere Länder hatten inzwischen restriktive Einwanderungsbestimmungen, immerhin aber konnten 3% aller jüdischen Emigranten noch zu diesem relativ späten Zeitpunkt nach Shanghai entkommen. Edith Weiss verdient sich ihren Lebensunterhalt durch Gelegenheitsarbeiten (Anstellung im Kinderheim, in Bibliotheken und als Hausmädchen), sie hatte ja weder

---

<sup>1</sup> *Edith Braemer*, Goethes Prometheus und die Grundpositionen des Sturm und Drang. (Beiträge zur deutschen Klassik. Abhandlungen Bd.8). Weimar 1963, 7.

Schulabschluss noch Ausbildung. Auch in Shanghai ist sie weiterhin politisch tätig,<sup>2</sup> obwohl sie da schon die unheilbare Krankheit ereilt, die sie auch in den folgenden Jahren immer wieder heimsucht (Leberparasit). Schließlich kann sie im Herbst 1946 zu ihren Kindern nach England reisen. Die Kinder, inzwischen 17 und 18 Jahre alt, die Mutter ist für sie eine fremde Frau, bleiben in England. Ob es später noch Kontakte gab, ließ sich nicht feststellen. Edith Weiss lernt in den Emigrantenkreisen in England den Deutschen Gerhard Braemer (?-1982) kennen, ebenfalls emigriert, ebenfalls Kommunist und Zimmermann, einen Arbeiter. Sie heiraten 1947 und kehren im gleichen Jahr nach Deutschland, in die damalige Sowjetische Besatzungszone zurück, nicht etwa nach Hamburg, wo ihre Eltern inzwischen wieder lebten.<sup>3</sup>

Diese existenziellen Grunderfahrungen als Jüdin und Kommunistin in der Zeit des Faschismus, im Exil, im Krieg prägen ihre Lebensweise, ihre Weltanschauung, ihre Arbeit in Lehre und Wissenschaft. Dabei ist hervorzuheben, dass sie, soweit ich mich erinnern kann, nie diese Erfahrungen herausgestellt hat, nie darauf gepocht hat, sie war in ihren persönlichen Bedürfnissen bescheiden und anspruchslos – bis auf ihren hohen Zigarettenbedarf!! Obwohl zur „Neuen Elite“ der DDR gehörig, wollte sie keine persönlichen Privilegien in materieller Hinsicht. Nach ihrer Rückkehr aus England macht sie in Berlin eine Sonderreifeprüfung, sie studiert Germanistik, Philosophie, Geschichte (bis 1949) als wissenschaftlicher Nachwuchskader, 1950/51 nimmt sie am Weimarer Germanistenkurs teil. Dieser Germanistenkurs war eine außeruniversitäre Einrichtung des Ministeriums für Volksbildung. Er wurde von Gerhard Scholz (1903-1989) geleitet.<sup>4</sup>

„Der unbedingte Wille, aktiv beim Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft sowie einer marxistisch-leninistischen Literaturwissenschaft mitzuwirken, sorgt für eine nicht zu unterschätzende Aufbruchstimmung unter den Teilnehmern sowie für eine bald legendäre Produktivität der Lehrgangsmomente, die im Nachhinein zu einer Art „Initialzündung“ für die marxistisch-leninistische Literaturwissenschaft der Germanistik der DDR stilisiert werden. Vor allem [.....] Scholz sei es gewesen, so seine Schüler rückblickend, der die Nachwuchsgermanisten mit einer streng historischen Literaturbetrachtung bekannt gemacht, sie an die von der SED geforderte kollektive Forschungsarbeit herangeführt, ihre antibürgerliche Haltung gefestigt und

<sup>2</sup> Alfred Dreifuss, Shanghai – eine Emigration am Rande, in: Exil in den USA. Leipzig 1979, 474.

<sup>3</sup> Christoph König (Hrsg.), Internationales Germanistiklexikon 1800-1950. Berlin/New York, Bd. A-G, 254 f.; Archiv der Universität Rostock, Personalakte Edith Braemer PA 1224, Blatt 17; Brief der Hamburger Gesellschaft für Jüdische Genealogie vom 19.06.2008 an die Verfasserin.

<sup>4</sup> Internationales Germanistiklexikon, a. a. O. 1649-1651.

ihr fachliches Selbstverständnis entscheidend geprägt habe, indem er die aus marxistisch-leninistischer Sicht vorhandene Notwendigkeit einer gesellschaftlich nützlichen Forschung und Lehre verdeutlicht und die „Gesellschaftsverbundenheit“ der Wissenschaft angemahnt habe.“<sup>5</sup>

Neben diesem Lehrgang arbeitet sie im Goethe-Schiller-Archiv in Weimar, bringt 1951, mit 42 Jahren, ihren Sohn Uli zur Welt, promoviert 1952 über „Geniegestalten des jungen Goethe“, tatkräftig unterstützt von ihrem Mann, der sich um Haushalt und Kind kümmerte, um auch von seiner Seite alles dafür zu tun, dass Edith Braemer ihren Traum verwirklichen konnte. 1957 schließlich kann sie ihre Ausbildung mit der Habilitation über „Goethes Prometheus und die Grundpositionen des Sturm und Drang“ abschließen. Ab 1958 ist sie dann Dozentin für Neuere Deutsche Literaturgeschichte in Rostock, 1959 wird sie Professorin für das gleiche Fachgebiet und Institutsdirektorin. Diese Frau mit dieser Biographie, diesem Schicksal, diesen Erlebnissen hat die DDR und ihre Politik als Befreiung empfunden, die ihr die Erfüllung ihres Traums ermöglichten. Daraus leitete sie für sich einen Auftrag ab, den sie erfüllen wollte mit Wachsamkeit, Konsequenz und „Parteilichkeit“. Für sie hatten Literatur und Literaturwissenschaft einen hohen Stellenwert bei der sozialistischen Entwicklung der DDR, das galt vor allem auch für die Erschließung und Wirkung der klassischen deutschen Literatur, des klassischen Erbes. Durch ihre Ausbildung bei Scholz, durch ihr Studium war sie durchdrungen von der Überzeugung, dass der dialektische und historische Materialismus der Schlüssel für die Erschließung der Wirksamkeit der Literatur und Literaturwissenschaft ist, und da war sie in dieser kurzen Zeit nach Krieg und Faschismus nicht allein.

„Es bestand allgemein ein großes Bedürfnis nach einer verlässlichen, ja gesetzmäßigen Wertorientierung nach der Pervertierung aller humanistischen Ideale durch den Nationalsozialismus. Eine neue Positivität war gefragt. Die sozialistische Utopie, in ihrer marxistischen Gestalt mit dem Anspruch auf eine wissenschaftliche Begründung auftretend, bot eine solche Orientierung. Der Gedanke, dass eine neue Diktatur - die „Diktatur des Proletariats“ - nötig sei, um eine bessere Welt zu schaffen, nachdem die bürgerliche Demokratie Faschismus und Krieg nicht nur hatte nicht verhindern können, oder sogar der Nährboden gewesen war, musste vielen jungen Ostdeutschen, die damals ein politisches Bewusstsein erlangten, eingeleuchtet haben.“<sup>6</sup>

Die Überzeugung, dass in allen Bereichen der Kunst und Kunstwissenschaft,

<sup>5</sup> Jens Saadhoff, *Germanistik in der DDR. Literaturwissenschaft zwischen „gesellschaftlichem Auftrag“ und disziplinärer Eigenlogik*, Heidelberg 2007, 125.

<sup>6</sup> Rainer Rosenberg, *Zur Begründung der marxistischen Literaturwissenschaft in der DDR*, in: Petra Boden/Rainer Rosenberg (Hrsg.), *Deutsche Literaturwissenschaft 1945-1965. Fallstudien zu Institutionen, Diskursen, Personen*. Berlin 1997, 223.

also auch in der Literaturwissenschaft, objektive Gesetzmäßigkeiten wirken, gab festen Boden für alle Interpretationen, gab Maßstäbe, um die Qualität und den Wert von Kunst und Literatur zu bestimmen und auf die Gesellschaft einzuwirken. An dieser Stelle muss ich ganz kurz auf die „wichtigsten Gesetze“ der Literaturwissenschaft in dieser Zeit eingehen, um Möglichkeiten und Grenzen des damaligen Literaturfunktionsverständnisses zu verdeutlichen. Literatur wird als besonderes ästhetisches Mittel der Erkenntnis, als Abbild, als Widerspiegelung der Wirklichkeit verstanden mit an der Wirklichkeit gemessenem Wahrheitsgehalt. Vereinfacht gesagt lag dieser Auffassung die Definition des Realismus von Friedrich Engels als „Darstellung typischer Charaktere unter typischen Umständen bei Wahrung der Details“ zugrunde. Nicht nur von heute her werden Enge und Einseitigkeit dieser Definition als grundsätzlich gültiges Gesetz deutlich: Was typisch ist an Charakteren und Umständen, musste mit den proklamierten gesellschaftlichen Erfordernissen übereinstimmen, wenn nicht, gab es im besten Fall Unverständnis und Kritik. Beispiel dafür ist die populäre Feststellung „So sind unsere Menschen nicht.“ Diese Definition lieferte auch kein Instrumentarium für die Bewertung der Romantik oder des Expressionismus. In den 1940/50er Jahren kamen marxistische Literaturwissenschaftler in Interpretationsschwierigkeiten: Einerseits gehörte diese Literatur zum „Erbe“, andererseits war ihr nicht so recht beizukommen. Jedoch wären diese Feststellungen zu einseitig, denn die marxistische Literaturanalyse brachte vor allem in Bezug auf die Literaturgeschichte (Dialektik von Basis – Überbau in marxistischer Terminologie) neue differenziertere Einsichten. Auf diesem Gebiet lagen Edith Braemers besondere wissenschaftliche Leistungen und Fähigkeiten. Sie war, außer durch Gerhard Scholz und seine materialistisch-dialektische Methode, nachhaltig geprägt von dem marxistischen Literaturhistoriker Georg Lukacs (1885-1971), er war der „Lehrmeister“ der „links“ bzw. marxistisch orientierten Nachwuchsgermanisten, die in den folgenden Jahren die Entwicklung der germanistischen Literaturwissenschaft in der DDR bestimmten, allerdings auf unterschiedliche und differenzierte Weise.<sup>7</sup> Edith Braemers Hauptanliegen und „Herzenssache“ ist die wissenschaftliche Erschließung der deutschen Literatur der Aufklärung und der klassischen deutschen Literatur, vor allem der des „Sturm und Drang“, für die „neue Literaturgesellschaft“ der DDR. Auch für sie war Lukacs der große Lehrmeister, vor allem für ihren Hauptforschungsschwerpunkt, den „Sturm und Drang“.

„Georg Lukacs hat sich das Verdienst erworben, als erster erkannt zu haben, dass der Sturm und Drang zur Aufklärungsbewegung gehört[.]“<sup>8</sup>, als Bestandteil einer bürgerlichen Emanzipationsbewegung. Innerhalb dieser Emanzi-

---

<sup>7</sup> Zur Bedeutung von Georg Lukacs siehe Anmerkung 5, 84-93.

<sup>8</sup> Siehe Anmerkung 1, 21.

pationsbewegung ist der „Sturm und Drang“ nach Auffassung Braemers eine „revolutionär-vorrevolutionäre“ Periode, wie sie in ihrer Habilitationsschrift „Goethes Prometheus und die Grundpositionen des Sturm und Drang“ kenntnisreich und historisch-dialektisch geschult nachweist. Die Gestalt des Prometheus, sein Aufbegehren gegen Zeus, den er lächerlich macht, sein Stolz und sein Selbstbewusstsein - „Hast du nicht alles selbst vollendet, heilig glühend Herz?“ - die Ablehnung jeder Autorität - „Ich dich ehren, wofür?“ -, seine Kreativität - „Hier sitze ich, forme Menschen nach meinem Bilde, ein Geschlecht, das mir gleich sei, zu leiden, zu weinen und zu freuen sich und dein nicht zu achten wie ich“. An dem Feuerbringer Prometheus entwickelte sie ihr Literaturgeschichtsbild und literaturwissenschaftliches Instrumentarium: Volkstümlichkeit, Volksverbundenheit, Selbsthelfertum, zu früh, zu spät gekommener Held, positiver Held, Stoff, Sujet, Fabel, Verhältnis Historizität - Aktualität, Erbetheorie. Ihre Begeisterung und ihr Engagement für ihren Gegenstand übertrugen sich in ihren Vorlesungen und Seminaren auch auf die Studenten.<sup>9</sup> Zu dieser völligen Identifikation gehörte eine oft unsachliche Empfindlichkeit gegen alles und jeden, der ihre Vorbehaltlosigkeit gegenüber der Klassik und dem „Sturm und Drang“ nicht teilte. So sehr sie Brecht verehrte, sie konnte ihm nicht verzeihen, dass er ein für sie falsches, ja ideologisch bedenkliches Verhältnis zum klassischen Erbe gehabt habe: Aus diesem Grunde konnte sie sich weder mit einigen Szenen des „Arturo Ui“ noch mit der Brechtschen Bearbeitung des „Hofmeister“ anfreunden, die Hauptfigur hatte so gar nichts mehr von einem Selbsthelfer! Auch im Verständnis der damaligen Kulturpolitik hat die Literatur der Aufklärung, des „Sturm und Drang, der Weimarer Klassik einen hohen Stellenwert, sie wird zum Höhepunkt bürgerlich-progressiver Kultur erklärt, nicht nur inhaltlich, sondern auch ihre ästhetischen Formen werden zum Maßstab erhoben. Die geistigen und moralischen Kräfte aus der klassischen deutschen Kunst und Literatur, der in ihr gestaltete antifeudale Emanzipationskampf des Bürgertums wird zum Vorläufer und Kraftquell für die entstehende neue Gesellschaft erklärt. Die damalige Bedeutung und Wichtigkeit der Braemerschen Arbeiten zeigt sich in den Rezensionen der Fachwissenschaft, aber auch in der Anwendung im Deutschunterricht und in der Lehrerweiterbildung. Aber es gibt auch kritische Töne:

„Die eigentliche ästhetische Analyse von Fragment und Ode (Prometheus), die ästhetische Strukturanalyse, kommt überhaupt zu kurz.“<sup>10</sup>

<sup>9</sup> Wolfgang Trampe, *Veränderung der höheren Semester*. Berlin/Weimar 1982. Der Autor war in den 1960er Jahren Germanistikstudent in Rostock. In seinem Roman beschreibt er – verfremdet – ein Seminar bei Edith Braemer Unter dem Titel „Warum Selbstmord ein Anachronismus ist.“, 176-182.

<sup>10</sup> Hans Jürgen Geerdts, Rezension zu Edith Braemers „Goethes Prometheus.....“, in: Wei-

Und eine weitere kritische Bemerkung:

„Dennoch fällt auf, dass andere Faktoren des Werkes (Studien zur deutschen Klassik), die den Dichter in manchem zeitbefangener zeigen, zurücktreten, so dass das Bild, das entsteht, in einem Maße positiv wirkt, dass die historischen Grenzen und subjektiven Irrtümer in Gefahr geraten, übersehen zu werden.“<sup>11</sup>

Die etwas gequälte Satzkonstruktion macht die Schwierigkeiten beim Schreiben einer leisen Kritik unter Genossen Literaturwissenschaftlern deutlich.

In den folgenden Jahren erweitert sie ihr Grundanliegen, mit ihren literaturwissenschaftlichen Arbeiten auf gesellschaftliche Prozesse einzuwirken. Sie wendet sich der Gegenwartsliteratur, speziell der DDR-Literatur, zu. Sie scheut sich nicht, sich massiv in Diskussionen über Literatur einzubringen. So hat sie jedes Jahr unverdrossen Michail Scholochow, einen sowjetischen Romancier, für den Nobelpreis für Literatur vorgeschlagen und er hat ihn tatsächlich 1965 erhalten, aber sicher nicht allein wegen ihrer Hartnäckigkeit. Gegen den Widerstand oder das Unbehagen von Fachkollegen und Schriftstellern setzte sie 1960 die Ehrenpromotion des Schriftstellers Kurt Barthel, genannt Kuba (1914-1967) durch. Kuba war Kommunist, Antifaschist, Emigrant; er war ein „Arbeiterschriftsteller“, er schrieb im Wesentlichen Gedichte, von „Agitprop“ (Agitations- und Propagandaliteratur) bis zu Balladen, er war, in der Terminologie Edith Braemers, sowohl ein „volksverbundener“ als auch ein „volkstümlicher“ Dichter. Sie hielt auch die Laudatio. Aus Anlass der Ehrenpromotion Kubas erschien in der westdeutschen Zeitschrift „Die Rundschau“ ein ironischer Artikel, auf den sie mit einem 6-seitigen „Offenen Brief über vier Irrtümer“ antwortete.<sup>12</sup> Die vier von ihr berichtigten „Irrtümer“ beziehen sich 1. auf die Darstellung der angeblich privilegierten Wohnverhältnisse Kubas,<sup>13</sup> 2. auf die Behauptung, dass eine Universität der DDR zu Ehrenpromotionen gezwungen wird,<sup>14</sup> 3. auf die Interpretation der Rolle der SED als „Drahtzieher“ hinter den „politischen Kulissen“<sup>15</sup> und schließlich wendet sie sich vehement gegen die Charakterisierung der „Deutschen sozialistischen Nationalliteratur“ als „Unsinn in sich selber“<sup>16</sup> und gegen die Bezeichnung Kubas als „Schreihals“.<sup>17</sup> In den folgenden

---

marer Beiträge 2,1962, 399-400.

<sup>11</sup> Hans Dietrich Dahnke, Rezension zu Braemer/Wertheim: Studien zur deutschen Klassik, in: Weimarer Beiträge 2,1962, 406-410.

<sup>12</sup> Edith Braemer, „Offener Brief über vier Irrtümer“, an die Redaktion der „Neuen Rundschau“, vom 21.9.1960, in: Archiv der Universität Rostock, Ehrenpromotion Kurt Barthel, phil. 5/1960.

<sup>13</sup> Ebd., 1.

<sup>14</sup> Ebd., 2.

<sup>15</sup> Ebd., 3.

<sup>16</sup> Ebd., 4.

Jahren (bis 1964) initiiert sie maßgeblich drei große wissenschaftliche Konferenzen in Rostock:

1. Die Gestalt des antifaschistischen Widerstandskämpfers und der sozialistische Humanismus in der deutschen Literatur (1959).
2. Über die nationale Verantwortung des Schriftstellers bei der Darstellung des Schritts vom „Ich zum Wir“ (1961).
3. Zu einigen Fragen der Volksverbundenheit und Volkstümlichkeit im bürgerlich-klassischen, kritischen und sozialistischen Realismus (1964).

Bei der letztgenannten Konferenz gab es Kontroversen zwischen den Rostocker und Berliner Germanisten, die sich vor allem an dem Referat Edith Braemers über Erwin Strittmatter (1912-1994) und seinen Roman „Ole Bienkopp“ (1963) entzündeten. Sie wurden öffentlich und gipfelten darin, dass den Rostocker Germanisten (sprich Edith Braemer) kein historisches, sondern normatives Herangehen an Literatur bescheinigt wurde.

„Es war manchmal doch recht peinlich, die Reaktion der Theseninitiatoren auf die Wegweiser in eine andere Richtung stellenden Diskussionsredner zu erleben: erstaunt, verwundert, zuweilen verständnislos und recht hilflos, konnten sie ihr Auge nicht so rasch vom normativen auf einen historischen Blickwinkel umstellen.“<sup>18</sup>

Auf diesen Artikel reagiert Edith Braemer wiederum mit aller Schärfe, geht allerdings nicht auf das Problempaar normativ-historisch ein, sondern verweist auf einen Beschluss des Politbüros des ZK der SED, in dem Meinungsstreit um zentrale ästhetische Kategorien gefordert werde, fasst den Sonntagartikel als Diffamierung von Wissenschaftlern auf.<sup>19</sup>

An dieser Kontroverse wird zweierlei deutlich: einerseits ist sie ein Beweis für interdisziplinäre Diskussionen, es gab nicht die üblicherweise angenommenen einheitlichen Meinungen unter marxistischen Literaturwissenschaftlern, andererseits aber zeigen sich hier schon unterschiedliche Auffassungen über die Funktion der Literatur, die in den folgenden Jahren noch deutlicher und aggressiver wurden. Die Zeitschrift „Forum“, ein Organ des Zentralrates der FDJ, die sich besonders an die studentische Jugend und die junge Intelligenz der DDR richtete, hatte mit der Veröffentlichung des Gedichtes „Der See“ von Karl Mickel<sup>20</sup> eine Diskussion über „Verständlichkeit“ von Gedichten entfacht und zwar im Zusammenhang mit der Frage, wie und mit welchen Mitteln solche Texte

<sup>17</sup> Ebd., 5.

<sup>18</sup> Margot Gerisch, Verwirrung der Begriffe, in: Sonntag 8, 1964.

<sup>19</sup> Brief Edith Braemer an die Zeitschrift Sonntag vom 28.2.1964, Archiv der Universität Rostock, Phil. Fak., Blatt 30.

<sup>20</sup> Karl Mickel, Der See, in: Forum 12/1966, 18 sowie in der Lyrikanthologie „In diesem beseren Land“, hrsg. von Adolf Endler und Karl Mickel, Halle 1966, 141-142.

erschlossen werde könnten, da sie sich den allgemein üblichen Interpretationsverfahren versperrten. Zur Veranschaulichung die erste Strophe des 4-strophigen Gedichts:

See, scharfge Schüssel, gefüllt mit Fischleibern  
 Du Antihimmel unterm Kiel, abgesplitterte Hirnschal  
 Von Herrn Hydrocephalos, vor unsern Zeitläuften  
 Eingedrückt ins Erdreich, Denkmal des Aufpralls  
 Nach rasendem Absturz: du stößt mich im Gegensinn  
 Aufwärts, ab, wenn ich atemlos nieder zum Grund tauch  
 Wo alte Schuhe zu Haus sind zwischen den Weißbäuchen.

Die Interpretationsvorschläge der Berliner Germanisten zu Mickels Gedicht<sup>21</sup> waren als Lesehilfe und Vermittlung zwischen Lyrikern, ihren Texten sowie den Rezipienten gedacht. Es bedürfe komplizierterer, ungewohnter Strukturen, um einer komplexer und komplizierter gewordenen Wirklichkeit gerecht zu werden. Diese Lyrikdebatte veranlasste die Abteilung Kultur beim ZK der SED, die Forum-Redaktion scharf zu kritisieren, ebenso die Berliner Germanisten. Die Parteiorganisation der Akademie der Wissenschaften und des Schriftstellerverbandes der DDR bekommen den Auftrag, sich mit den falschen Auffassungen öffentlichkeitswirksam auseinanderzusetzen. Deshalb erscheinen abschließend im „Forum“ drei linientreue Beiträge. Das ist das Ende der Lyrikdebatte. Edith Braemers Beitrag ist der schärfste in seiner fast ausschließlich politischen Polemik,<sup>22</sup> jedoch auf keinen Fall aus Opportunismus, sondern aus ehrlicher felsenfester Überzeugung und Parteidisziplin:

„Da wir Dieter Schlenstedts Arbeiten immer sehr schätzten, stellten wir uns die Frage, wie er zum Fürsprecher eines solchen Gedichtes werden konnte. Jedoch bereits sein letzter Essay über Hermann Kants „Die Aula“ befremdete durch die strukturalistische Methode, durch das Vermeiden von Kategorien des sozialistischen Realismus.“

Diese strukturalistische Methode,

„angewandt jedoch auf Mickels „Der See“,....macht die Gefährlichkeit einer solchen Methode überaus deutlich, da sie zur Verteidigung eines antihumanen Menschenbildes führt und zur Anerkennung des Modernismus.“<sup>23</sup>

Modernismus, Strukturalismus, Vermeidung von Kategorien des sozialistischen

<sup>21</sup> Dieter Schlenstedt/Dieter Schiller, in: Forum, 12/1966, 18-19 und 20-23.

<sup>22</sup> Die hier sehr verkürzte Darstellung folgt im Wesentlichen Simone Barck, Literaturkritik zwischen Parteiauftrag und Professionalität in der DDR der sechziger Jahre, in: Petra Boden/Rainer Rosenberg (Hrsg.), Deutsche Literaturwissenschaft 1945-1965, Berlin 1997, 339-343.

<sup>23</sup> Edith Braemer, Volksverbundenheit und Parteilichkeit, in: Forum, 15/16/1966, 16-19.

Realismus, antihumanes Menschenbild – das waren für Edith Braemer schwerwiegende ideologische Unklarheiten und Verirrungen der jungen Berliner Germanisten, gleichzeitig aber, und ihr sicher nicht bewusst, war diese einseitige und enge Betrachtungsweise auch eine Verteidigung ihrer in schweren und schwierigen Zeiten erworbenen und verinnerlichten politisch-ideologischen und ästhetischen Positionen. Dabei übersieht sie – und nicht nur sie – dass, wenn die gewohnten Analysemethoden sich nicht den Texten nähern können, diese Methoden hinterfragt werden und weder sie noch die Texte als dekadent, bürgerlich, ideologisch unklar verdächtigt werden sollten. Die Lyrikdebatte im „Forum“ und ähnliche Diskussionen sind Hinweise sowohl auf Veränderungen in der Literatur, in der marxistischen Literaturwissenschaft der DDR und den Lesern.<sup>24</sup> Wegweisend dafür wurde das Buch „Gesellschaft – Literatur – Lesen. Literaturrezeption in theoretischer Sicht“.<sup>25</sup> Das literarische Werk als Rezeptionsvorgabe – das war der neue Ansatz, ohne allerdings die Zusammenhänge zwischen dem literarischen Werk und seinen historischen Entstehungsbedingungen zu vernachlässigen. Es galt, der Tiefe und Breite der Literatur Gerechtigkeit widerfahren zu lassen,<sup>26</sup> ebenso den Künstlern, ebenso den Lesern und Zuschauern: Leser und Zuschauer waren nicht mehr nur zu belehren und zu erziehen, sondern vielmehr zu sensibilisieren, sie wurden mündige, gleichberechtigte Partner des Autors im Austausch von Bildern, Gefühlen, Reflexionen, mit dem Autor auf Augenhöhe und mit ihm im Bunde. Mit diesem Konzept wurden die Realismustheorie Georg Lukacs´ und der bis dahin dominierende abbildtheoretische Ansatz im Funktionsverständnis der Literatur verabschiedet.

Gesellschaft – Literatur – Lesen wurde von uns jüngeren Germanisten als Befreiung und Bereicherung empfunden und wir haben uns damals oft gefragt: was würde Edith Braemer zu diesen neuen interessanten Fragestellungen sagen?

Seit 1965 war sie nicht mehr in Rostock. Sie war nach Leipzig berufen worden in Zusammenhang mit einer Lebenskrise. Überarbeitung, die immer wieder auftretende Krankheit aus der Zeit des Exils, Probleme mit der Leitungstätigkeit im Institut, eine Ehekrise, Auseinandersetzungen in der Parteigruppe über ihre privaten Probleme führten zu einem Zusammenbruch, der wie folgt umschrieben wurde:

„Im Jahre 1964 hat Genn. Prof. Braemer infolge persönlicher Schwierigkeiten in ihrer Ehe und im daraus folgenden Nervenzusammenbruch einen un-

<sup>24</sup> Adolf Endler, Im Zeichen der Inkonsequenz, in: Sinn und Form 23, 1971 Heft 6, 1358-1366.

<sup>25</sup> Wolfgang Naumann u. a., „Gesellschaft-Literatur-Lesen. Literaturrezeption in theoretischer Sicht.“. Berlin/Weimar 1973.

<sup>26</sup> Anna Seghers (1900-1983), Rede auf dem V. Deutschen Schriftstellerkongress 1961, in: Sigrid Bock (Hrsg.), Anna Seghers über Kunst und Wirklichkeit, Band 1, Berlin 1970, 115-142.

überlegten Schritt getan, der mit der Weltanschauung eines Marxisten nicht übereinstimmt. Das Resultat dieses Schrittes bestand darin, dass in gewisser Weise ihre Wirksamkeit eingeschränkt wurde. Deshalb ist die Parteigruppe des Germanistischen Instituts einstimmig den Empfehlungen der übergeordneten Leitung nachgekommen, dass Genn. Prof. Braemer einer Berufung nach Leipzig Folge leistet.“<sup>27</sup>

Was sich hinter diesen herzlosen, dünnen, urteilenden und verurteilenden Sätzen an Verzweiflung und Kummer verborgen hat, kann man nur vermuten; alle ihre „Genossen“ kannten ihre Biographie. Sie ist 56 Jahre alt, als sie 1965 nach Leipzig gehen muss. Die Lyrikdebatte führt sie schon von Leipzig aus; ob und wie sie auf weitere Veränderungen in der Literatur und in der Literaturwissenschaft reagiert hat, war nicht festzustellen. Seit Mitte der 1960er Jahre nämlich trugen Künstler und Literaturwissenschaftler zum Aufbrechen weiterer Vereinigungen bei: Sie setzen sich mit dem „klassischen Erbe“ auseinander,<sup>28</sup>

„oftmals inspiriert durch Brecht, hinterfragen es kritisch nach seiner politischen Wirkung und versuchen, die ehrfürchtige, normierende Klassikverehrung durch das Aufzeigen von Widersprüchen und Diskontinuitäten zu durchbrechen.“<sup>29</sup>

Edith Braemer stirbt 1969 in Leipzig, noch nicht einmal 60 Jahre alt, immer wieder eingeholt von der aus dem Exil herrührenden Krankheit. Ob sie je das, was sie im Zuchthaus, im Exil, in der Nachkriegszeit gelernt und verinnerlicht hatte, in Frage gestellt und gezweifelt hatte, wer kann es schon wissen?

Was bleibt? Es fällt leicht, sie aus heutiger Sicht und auch aus der Sicht der 1970/80er Jahre der DDR als dogmatisch, als nicht lernfähig, als ideologisch starr zu bewerten. Ihre Haltung war entstanden, erworben und verinnerlicht in den ganz persönlichen Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus und dem unerschütterlichen Glauben an die Veränderbarkeit der Welt, zu dem auch unerschütterliche Wachsamkeit gehörte, und ihrer daraus resultierenden Überzeugung, was als historische Mission der Arbeiterklasse galt. Diese Überzeugung vertrat sie mit Sendungsbewusstsein, Leidenschaft und Streitbarkeit. Das alles und ihre wissenschaftliche Lebensleistung – ihr zweites Leben, 23 Jahre, macht einen erheblichen Teil ihrer zeitgenössischen Wirkung aus, ebenso ihre Veröf-

---

<sup>27</sup> Aus einer „Beurteilung über die Tätigkeit der Genossin Professor Dr. Edith Braemer am Germanistischen Institut der Universität Rostock“ vom 16.2.1965, Archiv der Universität Rostock, Personalakte, Bl.2.

<sup>28</sup> Siehe Anmerkung 5, 335.

<sup>29</sup> Ebd., Es handelt sich um Regisseure wie Dresen, Heinz, Karge, M. Langhoff; um Schriftsteller wie Volker Braun (Hans Faust 1968), Ulrich Plenzdorf (Die neuen Leiden des jungen W.), Peter Hacks (Ein Gespräch im Hause Stein über den abwesenden Herrn von Goethe), Bernd Leistner (Unruhe um einen Klassiker) u. a.

fentlichungen in Fachorganen, ihre Tätigkeit für die Lehrerweiterbildung, für den Schriftstellerverband der DDR, in populärwissenschaftlichen Vorträgen. Aus ihrer Feder stammen circa 30 Veröffentlichungen, zwei Bücher, in ihrer Rostocker Zeit hat sie 7 Doktoranden promoviert. In der Germanistik der BRD vor 1989 war sie das Paradebeispiel für Enge und Dogmatismus (aber nicht nur sie). In gesamtdeutschen Veröffentlichungen nach 1989 wird im Zusammenhang mit der Aufarbeitung der DDR-Literaturwissenschaft die Rolle Edith Braemers und ihrer Generationsgefährten nach unterschiedlichen Gesichtspunkten und mehr oder weniger differenziert bewertet.<sup>30</sup>

In ihrem Nachruf zu Edith Braemers Tod lassen zwei DDR-Germanisten etwas von der Besonderheit dieser Frau, ihrer Widersprüchlichkeit anklingen:

„Ihr Lebens- und Studiengang, ihre Weltanschauung schlossen von vornherein eine Trennung von Geschichte und Gegenwart, von Literatur und Philosophie, von Wissenschaft und Politik aus. Sie hatte den Mut zur Ungerechtigkeit im Dienste der Parteilichkeit und Klarheit.“<sup>31</sup>

Es war ein Leben voller Opfer, voller Hoffnung, voller Begeisterung, Überzeugung und Glauben, voller Irrtümer und tragischer Momente, voller Illusionen, voller Konsequenz und Inkonsequenz in allen Zeiten und Bereichen ihres Lebens.

Edith Braemer ist Zeitgeschichte: Deutsche Geschichte, deutsche jüdische Geschichte, Frauengeschichte, Wissenschaftsgeschichte, DDR-Geschichte, Ideologiegeschichte des 20. Jahrhunderts in Deutschland. Sie hat sich an allem versucht und sich hartnäckig, mit Mut, Engagement, Unbeirrbarkeit, aber auch mit Ungerechtigkeit und Uneinsichtigkeit darin abgearbeitet.

---

<sup>30</sup> S. Anmerkung 5, Anmerkung 6, Anmerkung 22; Anthony Visser, *Blumen ins Eis. Lyrische und literaturkritische Innovationen in der DDR. Zum kommunikativen Spannungsfeld ab Mitte der 1960er Jahre*. In: *Amsterdamer Publikationen zur Sprache und Literatur*. Bd.107, Amsterdam/Atlanta 1994.

<sup>31</sup> *Claus Träger/Günther Mieth*, In Memoriam Edith Braemer, in: *Weimarer Beiträge* 5/1969, 901 – 907.

Heike Kahlert, Marieke Gonschior,  
Katharina Nieter und Eva Katharina Sarter

## **Wie wichtig ist Betreuung für die Orientierung auf eine wissenschaftliche Laufbahn? Eine Analyse der Betreuungssituation von Promovierenden in der Chemie und Politikwissenschaft**

### **1. Einleitung**

Optimistisch verkündete das Statistische Bundesamt im Dezember 2009 den gestiegenen Frauenanteil an den Hochschullehrenden in Deutschland von 11% im Jahr 2000 auf 17% im Jahr 2008.<sup>1</sup> Allerdings schließen immer noch mehr Männer als Frauen den Weg an die Spitze erfolgreich ab und Frauen sind in den oberen Ebenen des Wissenschaftssystems deutlich unterrepräsentiert. Dieser erhöhte Frauenanteil an den Professuren 2008 ergibt sich wesentlich durch die 2002 eingeführte Juniorprofessur, bei der Frauen mit 35,6% deutlich stärker vertreten sind als bei den höchst dotierten C4- bzw. W3-Professuren mit 10,3%.<sup>2</sup> Zum Vergleich: Im Jahr 2000 lag der Frauenanteil an den C4-Professuren mit 7,1% um ca. drei Prozentpunkte niedriger als der Anteil von Frauen an den Professuren allgemein. Somit hat sich die jeweilige Differenz zwischen dem Frauenanteil an Professuren allgemein und dem Frauenanteil an den höchstdotierten Gruppierungen C4 bzw. W3 zwischen dem Jahr 2000 und 2008 vergrößert. Dies bedeutet, dass zwar der Frauenanteil an den Professuren allgemein deutlich angestiegen ist, aber dieser Anstieg vollzog sich im Wesentlichen unterhalb der höchstdotierten Positionen.<sup>3</sup>

Das bei Studienbeginn (2008: 47,8% Frauen) und Studienabschluss (51,1% Frauen) ausgeglichene Verhältnis von Frauen und Männern verändert sich insbesondere im Übergang von der Promotion (41,9% Frauen) zur Habilitation

---

<sup>1</sup> Vgl. *Statistisches Bundesamt Deutschland*, Frauen nutzen Karrierechancen an Hochschulen. Pressemitteilung Nr. 478 vom 09.12.2009. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt 2009. Quelle: [http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pm/2009/12/PD09\\_\\_478\\_\\_213,templateId=renderPrint.psm1](http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pm/2009/12/PD09__478__213,templateId=renderPrint.psm1) (12.01.2009).

<sup>2</sup> Vgl. *Statistisches Bundesamt Deutschland*, Frauenanteile Akademische Laufbahn. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt 2009. Quelle: <http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Statistiken/BildungForschungKultur/Hochschulen/Tabellen/Content50/FrauenanteileAkademischeLaufbahn.psm1> (01.02.2010); vgl. auch *Statistisches Bundesamt*, Bildung und Kultur, Personal an Hochschulen 2008. Fachserie 11, Reihe 4.4. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt 2009, 48-50.

<sup>3</sup> Vgl. *Statistisches Bundesamt*, Auszug aus dem Datenreport 2008. Kapitel 3 Bildung, Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung 2008, 51-82, hier 63, Quelle: <http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Publikationen/Querschnittsveroeffentlichungen/Datenreport/Downloads/Datenreport2008Bildung.property=file.pdf> (02.03.2010).

(23,4% Frauen).<sup>4</sup> Entsprechend sind Frauen bei den Berufungen deutlich geringer vertreten als Männer. Warum weniger Frauen als Männer sich nach der Promotion für eine Habilitation oder eine äquivalente wissenschaftliche Qualifikation entscheiden bzw. diese abschließen und damit das Karriereziel (Universitäts-)Professur anstreben, ist für das deutsche Wissenschaftssystem bisher kaum erforscht.<sup>5</sup> Dieses Desiderat bildet den Ausgangspunkt unseres Forschungsprojekts „Wissenschaftskarrieren: Orientierung, Planung und Beratung am Beispiel der Fächer Politikwissenschaft und Chemie“.<sup>6</sup> Im Projekt wird im Fächer- und Geschlechtervergleich analysiert, inwiefern Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern in der Promotionsphase ihren Auf- bzw. Ausstieg aus der Wissenschaft planen und welche Faktoren Einfluss auf das Karrierehandeln in der Statuspassage von der Promotions- zur Post-doc-Phase haben. Mit Blick auf die Herstellung der Chancengleichheit von Frauen soll dabei geklärt werden, wie diese Statuspassage individuell, institutionell und strukturell gestaltet sein müsste, damit sich Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler für eine Wissenschaftskarriere entscheiden und ihren Weg im Wissenschaftssystem nach der Promotion fortsetzen (können). Weiterhin wird untersucht, wie die Entscheidung für eine Wissenschaftskarriere und der Weg zur Professur durch professionelle Karriereberatung unterstützt werden kann und wie diese Karriereberatung gestaltet sein müsste.

Das Forschungsdesign umfasst 10 Experteninterviews mit professionellen Karriereberaterinnen und -beratern, eine Bestandserhebung von Karriereberatungsangeboten für den wissenschaftlichen Nachwuchs im Übergang von der Promotions- in die Post-doc-Phase und 60 problemzentrierte Interviews mit Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern der Fächer Politikwissenschaft und Chemie. Der Vergleich von Chemie und Politikwissenschaft ist besonders vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Wertigkeit der Promotion in den beiden Fächern bedeutsam. Während die Promotion in der Chemie für die meisten Studierenden den ersten berufsqualifizierenden Abschluss und eine wichtige Voraussetzung für Tätigkeiten sowohl in der Wissenschaft als auch in der Industrie darstellt, ist die Promotion in der Politikwissenschaft vor allem für eine Wissenschaftskarriere erforderlich.

Die Auswahl der Interviewpersonen für die Nachwuchsstudie, die die Grundlage dieses Beitrags bildet, erfolgte auf der Basis von Rückmeldungen, die

---

<sup>4</sup> Für alle Zahlen vgl. *Statistisches Bundesamt* 2009 (siehe Anm. 1).

<sup>5</sup> Vgl. *Inken Lind*, *Aufstieg oder Ausstieg? Karrierewege von Wissenschaftlerinnen*. Ein Forschungsüberblick. Bielefeld 2004, 79.

<sup>6</sup> Das unter der Leitung von Dr. Heike Kahlert am Institut für Soziologie und Demographie der Universität Rostock angesiedelte Forschungsprojekt wird von März 2008 bis Februar 2011 aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) und des Europäischen Sozialfonds (ESF) der Europäischen Union gefördert.

auf einen offenen Aufruf eingingen, der breit in beiden beteiligten Fächern gestreut wurde. Aus den Rückmeldungen auf diesen Aufruf ausgewählt wurden für die Interviews je Fach 30 Personen aus dem wissenschaftlichen Nachwuchs, davon jeweils 15 Frauen und 15 Männer. Basierend auf dem Konzept Intersektionalität als Verständnis von „Wechselwirkungen zwischen Ungleichheitskategorien“<sup>7</sup> zielte die Zusammenstellung des Samples auf eine Perspektivenmaximierung. Neben Geschlecht und Fachzugehörigkeit sollten die Interviewpersonen gemäß dem Verfahren des *theoretical sampling* weitere Differenzierungen repräsentieren, nämlich verschiedene Karrierestufen (letztes Jahr der Promotion nach Selbsteinschätzung bis maximal ein Jahr danach), Promotionsmodelle (z.B. Stelle an Universität oder außeruniversitärem Forschungsinstitut, Stipendium), Lebensformen (Partnerschaft, allein lebend, mit/ohne Kind), Sozialisationshintergründe (west-/ostdeutsch, Migrationshintergrund) und soziale Herkunft (bildungsnah<sup>8</sup>/-fern). Ein wichtiges Kriterium bei der Auswahl der Interviewpersonen stellte auch die Promotionsform dar: Während Individualpromotionen eher isoliert verfasst werden, gelten Promovierende in strukturierten Programmen als intensiver in wissenschaftliche Zusammenhänge eingebunden. Die Interviews von durchschnittlich 1,5 bis 2 Stunden Dauer wurden digital aufgezeichnet, in Form der gesprochenen Sprache wörtlich verschriftlicht und inhaltsanalytisch ausgewertet.

Welche Bedeutung die Promotionsform und vor allem welchen Einfluss ein eher als problematisch erscheinendes Betreuungsverhältnis auf den Karriereweg von Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern nach der Promotion haben kann, steht im Mittelpunkt der folgenden Ausführungen. Einleitend stellen wir zunächst genauer dar, was wir unter Betreuung verstehen und welcher Stellenwert ihr für die Promotion zugeschrieben wird (2.). Bevor wir dann an vier Fallbeispielen aus der Nachwuchsstudie diskutieren, welchen Einfluss die Betreuungserfahrungen auf den Verbleib des wissenschaftlichen Nachwuchses in oder auf den Ausstieg aus der wissenschaftlichen Laufbahn haben können, erläutern wir einige unserer Studie zugrunde liegende theoretische Konzepte, die für die Interpretation der Fallbeispiele relevant sind. Es handelt sich dabei um die organisationssoziologischen Konzepte der Ungleichheitsregime von Joan Acker<sup>9</sup> und des Cooling out, des Auskühlens und Ausgekühlt-Werdens, von

---

<sup>7</sup> Gabriele Winker/Nina Degele, Intersektionalität. Zur Analyse sozialer Ungleichheiten. Bielefeld 2009, 14.

<sup>8</sup> Unter bildungsnaher sozialer Herkunft verstehen wir jene Promovierenden und Promovierten, bei denen mindestens ein Elternteil einen akademischen Bildungshintergrund hat.

<sup>9</sup> Joan Acker, Inequality Regimes: Gender, Class and Race in Organizations, in: Gender & Society 20, 4, 2006, 441-464.

Burton R. Clark (3.).<sup>10</sup> Wir gehen davon aus, dass sich organisationale Ungleichheitsregime in Cooling-out-Prozessen abbilden und dass das Betreuungsverhältnis während der Promotionsphase ein Ort ist, an dem Cooling out erfolgen und sich auf die Karriereplanung des wissenschaftlichen Nachwuchses auswirken kann. Die anschließend vorgestellten Fallbeispiele von vier Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern der Chemie und Politikwissenschaft, die jeweils in verschiedene Betreuungsstrukturen eingebunden waren und zu Beginn ihrer Promotion eine Wissenschaftskarriere in Betracht gezogen hatten, illustrieren die mögliche Wirkmächtigkeit von Cooling-out-Prozessen auf das Karrierehandeln von frisch Promovierten. Dabei unterscheiden wir in der Analyse zwischen der Promotionsform der Individualpromotion (4.) und dem strukturierten Promovieren (5.). Anschließend diskutieren wir die Analyseergebnisse vergleichend und ziehen ein Resümee (6.). Ausgehend von dieser zusammenfassenden Betrachtung wird schließlich erörtert, inwiefern formelle Mentoringprogramme in der Wissenschaft einen Beitrag zur Verbesserung der Betreuungssituation Promovierender leisten können (7.).

## 2. Die Betreuungssituation während der Promotion

Im Zuge des Bologna-Prozesses und auf Empfehlung des Wissenschaftsrates<sup>11</sup> wird in Deutschland seit Ende der 1990er Jahre verstärkt über die Reform der Doktorandenausbildung diskutiert. Als zentral gilt hierbei die Notwendigkeit der Einführung bzw. Ausweitung strukturierter Promotionsprogramme, welche durch die Auffassung der Promotion als dritte Studienphase im Anschluss an das gestufte Studiensystem von BA- und MA-Studiengängen das nach wie vor weit verbreitete „Meister-Lehrlings-Modell“ – die Individualpromotion – ablösen soll.<sup>12</sup> Kritisiert wird die Individualpromotion hinsichtlich des Mangels an Transparenz bei der Betreuung und Beurteilung sowie der fehlenden systematischen Ausbildung von Betreuerinnen und Betreuern, die sich

„in einem überkomplexen Gefüge von Aufgaben [bewegen] – ihre Rollen umfassen Mentoren- und Supervisionsfunktionen, Gutachter- und

---

<sup>10</sup> *Burton R. Clark*, The „Cooling-Out“ Function in Higher Education, in: *The American Journal of Sociology* LXV, 1, 1959, 569-576.

<sup>11</sup> Vgl. *Wissenschaftsrat*, Empfehlungen zur Doktorandenausbildung, Saarbrücken: Wissenschaftsrat 2002 (Drs. 5459/02). (Quelle: <http://www.wissenschaftsrat.de/texte/5459-02.pdf>) (02.03.2010).

<sup>12</sup> *Werner Fiedler*, Zur Qualität einer strukturierten DoktorandInnenförderung, in: *Promotionskolleg: Kinder und Kindheiten im Spannungsfeld gesellschaftlicher Modernisierung* (Hrsg.), *Kinderwelten und institutionelle Arrangements. Modernisierung von Kindheit*. Wiesbaden 2006, 155-158, hier 155-156.

Prüferaufgaben und oftmals auch die Rolle als Vorgesetzte bei vorliegenden Beschäftigungsverhältnissen“.<sup>13</sup>

Durch diese Komplexität können „Verhaltensunsicherheiten und persönliche Abhängigkeiten [entstehen] sowie zuweilen nicht steuerbare Aushandlungsprozesse, die Promotionen gefährden und verlängern“.<sup>14</sup> Hier soll die strukturierte Promotionsausbildung Abhilfe schaffen. Ziel ist es, diese Ausbildungsphase und das Promotionsvorhaben stärker zu strukturieren, institutionell stärker einzubinden und die Hochschullehrenden aus der hohen individuellen Verantwortung herauszulösen.

Steffen Mau und Karin Gottschall<sup>15</sup> merken an, dass besonders im Rahmen der Individualpromotion die Erfolgchancen nicht nur mit den individuellen Anstrengungen der Doktorandinnen und Doktoranden zusammenhängen, sondern Betreuungsintensität, ideelle Betreuung und die Unterstützung hinsichtlich der Einbindung in die Scientific Community sowie der Zugang zu Weiterbildungsangeboten nur dann zustande komme, wenn der Lehrstuhlinhaber bzw. die Lehrstuhlinhaberin diese ermöglichte. Auch die fachliche Betreuung sei oft unsystematisch und unstrukturiert, kontinuierliche Rückmeldungen durch den Betreuer oder die Betreuerin gäbe es kaum.

Steffani Engler zeigt, dass bezüglich der Betreuung in der Individualpromotion die Frage nach Vorstellungen und Erwartungen zentral und dass Betreuung nicht einseitig ist, sondern eine asymmetrische Beziehung zwischen mindestens zwei Personen darstellt. Während die von ihr befragten Doktorväter überwiegend von einer Betreuung auf Anfrage ausgingen, positionierten sich die Erwartungen der Promovierenden „entlang eines Kontinuums mit Extrempolen und Mittellage“.<sup>16</sup> Während die in der Studie interviewten Doktoranden mit der Vorstellung der Betreuungsperson übereinstimmten und davon ausgingen, Betreuung selbstständig einfordern zu müssen, verharrten die interviewten Doktorandinnen am „Endpunkt des Kontinuums“ in einer „Warteposition“ und ‚lauerten‘ auf das Interesse und die Initiative des Doktorvaters oder der Doktormutter.<sup>17</sup> Diese Erwartungshaltung widerspricht aber der Vorstellung der Betreuenden an den Hochschulen und ist somit wenig karriereförderlich für den (in diesem Fall weiblichen) wissenschaftlichen Nachwuchs.<sup>18</sup> Betreuung muss folglich einge-

---

<sup>13</sup> Ebd. 156.

<sup>14</sup> Ebd. Clark, 1959 (wie Anm. 10).

<sup>15</sup> Steffen Mau/Karin Gottschall, Strukturierte Promotionsprogramme in den Sozialwissenschaften, in: *Soziologie* 37, 1, 2008, 41-60, hier 44.

<sup>16</sup> Steffani Engler, „Aufsteigen oder Aussteigen“. Soziale Bedingungen von Karrieren in der Wissenschaft, in: Ronald Hitzler/Michaela Pfadenhauer (Hrsg.), *Karrierpolitik. Beiträge zur Rekonstruktion erfolgsorientierten Handelns*. Opladen 2003, 113-128, hier 124.

<sup>17</sup> Ebd. 124-125.

<sup>18</sup> Vgl. ebd. 124-125.

fordert werden, und ihr Fehlen kann auch durch „Initiative“ und „Einfallsreichtum“ der Promovierenden kompensiert werden.<sup>19</sup>

Mau und Gottschall sehen es zwar als problematisch an, Alternativen zur Betreuung durch den Doktorvater oder die Doktormutter zu suchen, da durch die Individualpromotion eine hohe Abhängigkeit zum Betreuer bzw. zur Betreuerin besteht und dementsprechend „die Barrieren des Zugangs zu Betreuungsalternativen relativ hoch und oft mit einem Bruch des bestehenden Betreuungsverhältnisses verbunden“ sind.<sup>20</sup> Jedoch zeigen Studien von Ewald Berning und Susanne Falk und Anke Gerhardt et al., dass bereits ein großer Teil der Betreuung durch Assistentinnen und Assistenten oder andere Professorinnen und Professoren und nicht durch den Doktorvater bzw. die Doktormutter erfolgt. Besonders in den Natur- und Ingenieurwissenschaften werden Betreuungstätigkeiten eher als in den Sozial-, Sprach-, Kultur- und Rechtswissenschaften von anderen Personen übernommen.<sup>21</sup>

Die Chancen der Promovierenden zur Vernetzung mit Kolleginnen und Kollegen sind abhängig vom Promotionsmodell und der Finanzierungsart. Ein Stipendium scheint hier weniger Möglichkeiten zu bieten als die Beschäftigung an einem Lehrstuhl. Auch gibt es fachkulturelle Unterschiede, die aus verschiedenen Arbeitsweisen in den Fächern resultieren: So sind etwa Chemikerinnen und Chemiker durch die Notwendigkeit des Arbeitens im Labor immer in einen Arbeitskreis eingebunden, unabhängig davon, ob sie über eine Haushaltsstelle, Drittmittelstelle oder ein Stipendium finanziert werden. In der Politikwissenschaft hingegen scheint vereinzelt Forschen an der Tagesordnung zu sein, unabhängig vom Promotionsmodell.

Ungeachtet der Möglichkeiten zur Kompensation fehlender Betreuung sehen nicht nur Mau und Gottschall in der Betreuung einen wichtigen Schlüssel für den Abschluss der Promotion und die Einbindung in Netzwerke sowie den Zugang zu Qualifikationsangeboten.<sup>22</sup> Auch Elisabeth Prommer et al. sprechen auf der Basis ihrer Vollerhebung<sup>23</sup> beim wissenschaftlichen Nachwuchs in den Kommunikationswissenschaften in Deutschland, Österreich und der Schweiz davon, dass die Zufriedenheit der Promovierenden mit der Betreuung Einfluss

---

<sup>19</sup> *Mau/Gottschall*, 44 (wie Anm. 15).

<sup>20</sup> Ebd. 44.

<sup>21</sup> Vgl. *Ewald Berning/Susanne Falk*, Promovieren an den Universitäten in Bayern. Praxis – Modelle – Perspektiven. München: Bayerisches Staatsinstitut für Hochschulforschung und Hochschulplanung 2006, 69; *Anke Gerhardt/Ulrike Briede/Christopher Mues*, Zur Situation der Doktoranden in Deutschland – Ergebnisse einer bundesweiten Doktorandenbefragung, in: *Beiträge zur Hochschulforschung* 27, 1, 2005, 74-95, hier 84.

<sup>22</sup> *Mau/Gottschall* 2008 (wie Anm. 15), 44.

<sup>23</sup> Die Rücklaufquote betrug 53%, womit 281 der 583 angeschriebenen Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler den Fragebogen vollständig und gültig beantworteten.

auf den Berufswunsch Professur habe, denn Personen, die sich nicht genügend betreut fühlten, trauten sich weniger, das Karriereziel Professur zu planen.<sup>24</sup> Diese Feststellung ist insofern interessant, da der Studie zufolge vor allem Frauen mit der Betreuungssituation unzufrieden sind: Sie bemängelten hauptsächlich, dass sie wichtigen Fachpersonen in der Scientific Community nicht vorgestellt würden und sich nicht ernst genommen fühlten. Des Weiteren beklagten sie in den Bereichen Karriereplanung und „Networking“ fehlende Unterstützung insbesondere durch männliche Vorgesetzte.<sup>25</sup>

Auch unter dem Gesichtspunkt der sozialen Herkunft der Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler ist es wichtig, den Einfluss der Betreuerinnen und Betreuer auf den weiteren Karriereweg zu betrachten: Betreuerinnen und Betreuer können Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern den Anpassungsprozess an die Wissenschaftskultur und die feldspezifischen Spielregeln erleichtern, der sich für Arbeiterkinder meist schwieriger gestaltet als für Akademikerkinder.<sup>26</sup>

An diesem Punkt zeigt sich die Bedeutung des strukturierten Promovierens, dem auch aus Gleichstellungsperspektive eine optimale Förderung zugesprochen wird, sofern Genderaspekte bei der Gestaltung der Promotionsprogramme berücksichtigt würden.<sup>27</sup> Als besonders positiv in Bezug auf die strukturierte Promotionsausbildung wird ebenfalls das Betreuungsnetz in Graduiertenkollegs und -schulen in Form einer Gruppe von Hochschullehrerinnen und -lehrern gegenüber der Individualpromotion hervorgehoben, die (mögliche) internationale und interdisziplinäre Ausrichtung dieser Kollegs und Schulen sowie der intensive Austausch der Kollegiatinnen und Kollegiaten untereinander.<sup>28</sup>

Da wir in diesem Beitrag betrachten wollen, welchen Einfluss die Promotionsbetreuung auf die Entscheidung für oder gegen eine Wissenschaftskarriere haben kann, soll im Folgenden auf der Basis unserer Interviews mit Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern das Augenmerk auf die wahr-

---

<sup>24</sup> Vgl. *Elisabeth Prommer/Margreth Lünenborg/Jörg Matthes/Ursina Mögerle/Werner Wirth*, Die Kommunikationswissenschaft als „gendered organization“. Geschlechtsspezifische Befunde zur Situation des wissenschaftlichen Nachwuchses, in: *Publizistik* 51, 1, 2006, 67-91, hier 82.

<sup>25</sup> Vgl. ebd. 80-82.

<sup>26</sup> Vgl. *Erika Haas*, Arbeiter- und Akademikerkinder an der Universität. Eine geschlechts- und schichtspezifische Analyse. Frankfurt am Main/New York, 232-233.

<sup>27</sup> Vgl. *Regula Julia Leemann/Elisabeth Maurer*, Graduiertenkollegs aus Gleichstellungssicht. Zwei Basisinstrumente zur internen Prozessevaluation. Gleichstellung von Frau und Mann und Interdisziplinarität als Qualitätsdimension des Forschens Lernens. Zürich 2000. Quelle: [http://www.phzh.ch/dotnetscripts/mitarbeitendenportraitInet/Dateien/53802/10/Bericht\\_Graduiertenkolleg.pdf](http://www.phzh.ch/dotnetscripts/mitarbeitendenportraitInet/Dateien/53802/10/Bericht_Graduiertenkolleg.pdf) (11.08.2008), 51-97.

<sup>28</sup> Vgl. *Barbara Stark*, Qualität der Förderung in Graduiertenkollegs: Ergebnisse einer Kollegiatenbefragung. Weinheim 2003, 1-2.

genommene Qualität der Betreuung durch die offiziellen Betreuungspersonen, beispielsweise Doktorvater oder Doktormutter bzw. andere wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die für die Betreuung zuständig sein können, gerichtet werden. Schmidt und Richter zeigen in ihrer Studie von 2008, dass das Führungsverhalten der Betreuungspersonen sowohl auf emotionaler als auch auf der Ebene der Arbeitsergebnisse Auswirkungen für die Promovierenden haben kann. Schmidt und Richter unterstreichen, dass Promovierende, die ein positives Führungshandeln der Betreuungspersonen, das heißt Ermutigung und Unterstützung wahrnehmen, mit einem guten Gefühl, größerer Sicherheit und mehr Vertrauen aus der Promotionssituation herausgehen.<sup>29</sup> Hingegen führe ein nicht als optimal empfundenes Führungsverhalten der Betreuungspersonen (z.B. zu spätes Weitergeben von Informationen, fehlende Würdigung monatelanger Arbeit) zu konflikthaften und problematischen Situationen, in denen sich die Promovierenden durchaus gekränkt fühlten und verärgert seien. Dadurch verlören die Vorgesetzten an Autorität, dem Nachwuchs kämen Zweifel an der Integrität und Loyalität der Betreuungsperson und die Meinung der Betreuenden werde weniger geschätzt.<sup>30</sup>

In Anlehnung an diese Erkenntnisse unterscheiden wir im Folgenden drei Arten von Betreuung: *ideelle*, *strukturelle* und *fachliche Betreuung*. Unter *ideeller Betreuung* verstehen wir die Vermittlung von Anerkennung und Wertschätzung in Bezug auf fachliche Leistungen, aber auch die persönliche Unterstützung, Ermutigung und den Zuspruch in schwierigen Phasen der Promotion. Unter die *fachliche Betreuung* fällt die fachliche Unterstützung und Beratung in Bezug auf die Promotion, auch in Bezug auf das Promotionsthema und insbesondere die fachliche Beratung bei Schwierigkeiten während der Promotion. Als *strukturelle Betreuung* sollen die Intensität der Betreuung, die Förderung beim Knüpfen von Netzwerken, beim Anfertigen von Publikationen und die Unterstützung bei der Karriereplanung verstanden werden.

Entsprechend ist hier von Interesse, wie die von uns interviewten Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler die persönliche Unterstützung empfanden, wie fachlich versiert sie ihre Betreuerinnen und Betreuer erlebten, und wie sie von diesen in die Wissenschaftsgemeinschaft eingeführt wurden. Wie schätzen die Promovierenden dabei mangelnde Betreuung, lange Wartezeiten auf Rückmeldungen sowie fehlende Terminabsprachen ein, und wie bewerten sie diese? Wie nehmen sie aber auch die positiven Aspekte in der Betreuung wahr, wie beispielsweise die in der Befragung von THESIS mit fast 10.000

---

<sup>29</sup> Vgl. Boris Schmidt/Astrid Richter, Unterstützender Mentor oder abwesender Aufgabenverteiler? – Eine qualitative Interviewstudie zum Führungshandeln von Professorinnen und Professoren aus der Sicht von Promovierenden, in: Beiträge zur Hochschulforschung 4, 30, 2008, 34-58, hier 53.

<sup>30</sup> Vgl. ebd. 53.

Promovierenden proklamierten Stärken einer Promotionsbetreuung: Freude der Betreuungsperson über Fortschritte, gute Erreichbarkeit bei Fragen, ausreichendes Zeitbudget für Betreuung?<sup>31</sup> Welchen Einfluss haben hierbei das Geschlecht bzw. die soziale Herkunft der Promovierenden? Fühlen sich weibliche Promovierende evtl. weniger unterstützt als männliche Promovierende? Neben dieser ‚offiziellen Betreuung‘ richten wir auch den Fokus auf die Arbeitsumgebung und die Netzwerke. Inwiefern findet ein Austausch mit anderen Doktorandinnen und Doktoranden am Institut, am Lehrstuhl bzw. im Arbeitskreis statt? Inwiefern wirken diese Kontakte unterstützend oder auch bestärkend hinsichtlich der Zukunftsperspektiven in der Wissenschaft?

Mit Bezug auf Prommer et al. stellt sich bezüglich der gesamten Betreuungssituation, einschließlich des Austauschs mit anderen Personen außer dem Betreuer oder der Betreuerin, die Frage, welchen Einfluss eine als problematisch wahrgenommene Betreuungssituation auf die Einschätzung der eigenen Zukunftsperspektive in der Wissenschaft hat.<sup>32</sup> Inwiefern tragen Cooling-out-Prozesse in der Betreuung zu einem Ausstieg aus der wissenschaftlichen Laufbahn bei? Welchen Einfluss haben andere Personen auf eine problematische Betreuungssituation zwischen Promovendin/Promovend und Betreuerin/Betreuer? Und welchen Einfluss hat die Promotionsform: Sind Promovierende, die strukturiert promovieren, durch die stärker formalisierte und institutionell angebundene Betreuung weniger von Cooling-out-Prozessen betroffen als diejenigen, die eine Individualpromotion abfassen?

Außerdem interessiert uns mit Blick auf die Studie von Engler, inwiefern die Eigeninitiative von Promovierenden Einfluss auf die Betreuungssituation und die Überlegungen der Weiterführung einer Wissenschaftskarriere haben. Sind Promovendinnen etwa passiver als Promovenden und warten darauf, angeleitet zu werden, oder lassen sich diesbezüglich keine Unterschiede zwischen den Geschlechtern ausmachen? Werden Aktivität und Passivität im Betreuungsverhältnis vielleicht auch durch andere Ungleichheitsdimensionen moderiert, etwa durch herkunftsbedingte Unterschiede? Inwiefern sind diese Ungleichheiten in die Hochschule als Organisation eingelagert?

Bevor wir diesen Fragen anhand von Fallbeispielen aus unserer Studie nachgehen, wollen wir zunächst die von uns für die Interpretation herangezogenen theoretischen Konzepte vorstellen.

---

<sup>31</sup> Vgl. *Gerhardt et al.*, 2005 (siehe Anm. 21) nach *Schmidt/Richter* 2008 (siehe Anm. 29), 38.

<sup>32</sup> Vgl. *Pommer et al.*, 2006 (wie Anm. 24), 82.

### 3. Konzeptuelle Grundlagen der Analyse: Ungleichheitsregime und Cooling out

Studien zu organisierten Ungleichheiten und zur Verschränkung verschiedener Ungleichheiten in und durch Organisationen sind bisher rar. Dies mag nicht nur mit der Komplexität von Intersektionalität zu tun haben, sondern auch damit, dass sowohl die Ungleichheits- als auch die Organisationssoziologie sich bisher theoretisch wie empirisch mit der Frage organisierter Ungleichheiten schwer tun.<sup>33</sup> Auch in der Bildungssoziologie werden organisierte Ungleichheiten im Bildungswesen bisher wenig erforscht. Dabei ist der Fokus auf organisierte Ungleichheiten besonders interessant, denn Organisationen können als Schnittstelle zwischen individuellem Handeln und gesellschaftlichen Strukturen gedeutet werden.

Wenngleich nicht speziell auf Expertenorganisationen wie die Hochschule bezogen ist der organisationssoziologische Ansatz von Joan Acker<sup>34</sup> weiterführend zu dieser Thematik. Acker, die mit ihren Arbeiten zur „gendered organization“ bereits in den frühen 1990er Jahren auf große Resonanz in der Organisations- und Genderforschung traf,<sup>35</sup> entwickelt in ihren neueren Texten einen intersektionellen Blick auf Organisationen, und zwar auf die alltäglichen sozialen Praxen des Arbeitens und der Organisation von Arbeit. Dabei geht sie davon aus, dass in Organisationen Ungleichheit produziert und reproduziert wird, kurz: dass in allen Organisationen Ungleichheitsregime wirken. Acker versteht Ungleichheitsregime als lose zueinander in Beziehung gebrachte Praktiken, Prozesse, Handlungen und Bedeutungen, die in bestimmten Organisationen mindestens aus Klasse, Geschlecht und rassistischen Ungleichheiten resultieren und diese aufrechterhalten. Sie bezieht ihre Ausführungen also erst einmal auf die ‚großen drei‘ Ungleichheiten.

Ungleichheit in Organisationen definiert Acker als systematische Disparitäten zwischen Organisationsmitgliedern in Bezug auf Macht über und Kontrolle von Ziele(n), Ressourcen und Ergebnisse(n); Arbeitsplatzentscheidungen, etwa wie Arbeit organisiert wird; Gelegenheiten zur Beförderung und zu interessanter Arbeit; Sicherheit in der Beschäftigung und in Vorteilen; Bezahlung und andere monetäre Belohnungen; Respekt; sowie Freude an der Arbeit und an Arbeitsbeziehungen. Ungleichheitsregime zeichnet sie als hochgradig variabel, sie ten-

---

<sup>33</sup> Vgl. aber *Holger Lengfeld*, *Organisierte Ungleichheit. Wie Organisationen Lebenschancen beeinflussen*. Wiesbaden 2007.

<sup>34</sup> *Acker*, 2006 (wie Anm. 9).

<sup>35</sup> Vgl. *Sylvia M. Wilz*, *Organisation: Die Debatte um „Gendered Organizations“*, in: Ruth Becker/Beate Kortendiek (Hrsg.), *Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie – Methoden – Empirie*. 2. erweiterte und aktualisierte Auflage. Wiesbaden 2008, 505-511.

dierten dazu, ungewiss, fließend und sich verändernd zu sein.<sup>36</sup> So betrachtet haben Ungleichheitsregime also eine ‚harte‘ Seite, etwa in Bezug auf Macht, Aufstieg, Sicherheit und Bezahlung, und eine ‚weiche‘ Seite, etwa in Bezug auf Respekt und Arbeitsbeziehungen, wobei beide Seiten eng miteinander verknüpft sind. Ungleichheitsregime können im Anschluss an Acker folglich als Bildungs- und berufliche Karrieren strukturierend konzeptionalisiert werden. Mit Bezug auf Wissenschaftskarrieren geht Jürgen Enders davon aus, dass gerade diese ‚weichen Faktoren‘ für den wissenschaftlichen Nachwuchs zu Beginn der Wissenschaftskarriere schwer einzuschätzen sind, während die ‚harten Faktoren‘ wie ungünstige Beschäftigungsbedingungen, geringer Verdienst und die Befristung von Arbeitsverhältnissen bekannt sind.<sup>37</sup>

Die Überlegungen Ackers können mit den Überlegungen von Burton R. Clark zum Cooling out in verschiedenen Sektoren und vor allem im höheren Bildungswesen der USA verknüpft werden. In seinen Organisationsanalysen zu Bildungskarrieren schließt Clark an das Cooling-out-Konzept von Erving Goffman aus dem Jahr 1952 an, der mit diesem Konzept die Strategien erfasst, die Organisationen entwickeln, um in institutionalisierter Form mit den Misserfolgen, dem unfreiwilligen Verlust bestimmter Rollen, ja, dem Scheitern einzelner Individuen umzugehen. Individuen definieren sich über Rollen bzw. deren Status (auch zukünftiger, angestrebter Rollen), was im Falle eines Rollenverlusts, beispielsweise im Kündigungsfall, auch einen „loss of face“ bedeutet.<sup>38</sup> Dieser Prozess ist in vielen Organisationen, besonders in Bildungseinrichtungen, alltäglich, da Enttäuschungen und das Überbringen solcher Nachrichten zur Tagesordnung gehören: „The process of personnel selection requires that many trainees be called but that few be chosen“.<sup>39</sup> Cooling out ist hier die Strategie, mit der Organisationen dem Individuum die Chance zu geben versuchen, sein Gesicht zu wahren, die Erwartungen an sich selbst und an die neue, unfreiwillige Situation anzupassen und neue Wege zu entwickeln.

Clarks Ausführungen zufolge ist die Cooling-out-Funktion, das Auskühlen und Ausgekühlt-Werden von Individuen in und durch Organisationen, ein fester Bestandteil demokratischer Gesellschaften. Insbesondere die Organisationen des Bildungswesens wiesen eine Inkonsistenz auf zwischen der Ermutigung, Chancen erreichen und sozial mobil sein zu können und deren realer Begrenztheit, sodass der Misserfolg einiger Organisationsmitglieder bereits vorprogrammiert ist. Der Cooling-out-Prozess übernimmt Clarks Ansicht nach die Vermittlung

---

<sup>36</sup> Vgl. Acker, 2006 (wie Anm. 9), 443.

<sup>37</sup> Vgl. Jürgen Enders, Brauchen die Universitäten in Deutschland ein neues Paradigma der Nachwuchsausbildung?, in: Beiträge zur Hochschulforschung 27, 1, 2005, 34-47, hier 38-39.

<sup>38</sup> Erving Goffman, On Cooling the Mark Out. Some Aspects of Adaption to Failure, in: Psychiatry 15, 4, 1952, 451-463, hier 456.

<sup>39</sup> Ebd. 457.

zwischen den Erwartungen der Mobilitätsbereiten und den faktisch erfolgenden Selektionsprozessen, so sein Argument. Dabei kommt den Bildungsorganisationen die Aufgabe zu, den Unmut, der durch die Ablehnung und Aufgabe von Rollen entsteht, zu besänftigen:

„A major problem of democratic society is inconsistency between encouragement to achieve and the realities of limited opportunity. Democracy asks individuals to act as if social mobility were universally possible [...]. But democratic societies also need selective training institutions, and hierarchical work organizations permit increasingly fewer persons to succeed at ascending levels. Situations of opportunity are also situations of denial and failure. Thus democratic societies need not only to motivate achievement but also to mollify those denied it in order to sustain motivation in the face of disappointment.“<sup>40</sup>

Cooling out kann nach Clark zwei Formen annehmen, um Misserfolg zu vermitteln: Die ‚harte‘ Form ist die eindeutige Entlassung aus der Organisation, wobei Versagen als solches definiert und damit öffentlich als Grund für das Ausscheiden gefasst wird. Die ‚weiche‘ Form, einen vorzeitigen Abbruch einer Bildungs- oder Berufskarriere zu vermitteln und damit den Verlust einer Rolle zu erklären, offeriert dem Individuum eine Ablenkung hin zu anderen Zielen, etwa indem Alternativen dargelegt werden.<sup>41</sup> Der Cooling-out-Prozess sorgt dafür, den Stress zu reduzieren, der in Organisationen für das Individuum und das System durch die systematische Diskrepanz zwischen Erwartungen und deren Erfüllung entsteht. Dabei geht es wesentlich um den Prozess des Überganges, in dem das Karriereziel neu definiert wird und das ursprüngliche Ziel verabschiedet wird. Cooling-out-Erfahrungen können folglich einen wesentlichen Einfluss auf subjektive Bildungs- und Karriereorientierungen sowie auf die Verläufe von Bildungs- und beruflichen Karrieren haben.

Ackers Konzept der Ungleichheitsregime und Clarks Konzept von Cooling out können sinnvoll zusammengeführt und weitergedacht werden. Clark fokussiert darauf, die verschiedenen Strategien zu analysieren, die Bildungsorganisationen entwickeln, um Individuen auszukühlen. Er geht zudem davon aus, dass Cooling out strukturiert ist und zwischen organisationalen Effekten und individuellem Handeln vermittelt. Dennoch diskutiert er sein Cooling-out-Konzept nicht systematisch im Zusammenhang mit organisierten Ungleichheiten. Allerdings finden sich hierzu in der an Clarks Konzept anschließenden Forschung einige Überlegungen, die sich in der Regel jeweils auf eine Ungleichheitskategorie beziehen, also auf Klasse oder auf „Rasse“/Ethnie oder auf Geschlecht.<sup>42</sup>

<sup>40</sup> Clark, 1959 (wie Anm. 10), 569.

<sup>41</sup> Vgl. ebd. 571.

<sup>42</sup> Vgl. z.B. Debra D. Bragg, Warming Up, Fitting In or Cooling out: How Non-College Bound Students Experience College. Vortrag gehalten auf dem jährlichen Meeting der Ame-

Acker hingegen interessiert sich vor allem für die Formen, Grade und Prozesse der Produktion und Reproduktion, aber auch für Möglichkeiten des Wandels von Ungleichheiten in und durch Organisationen. Beide, Clark und Acker, betonen die strukturierende Bedeutung von Ungleichheiten in und durch Organisationen für Bildungs- und Berufskarrieren. Individuen erscheinen in ihrer Auffassung vor allem als den Effekten der organisierten Ungleichheiten ausgesetzt, von ihnen beeinflusst. Dass Individuen aber auch Handelnde sind und diese Effekte auch handlungsmächtig verarbeiten, umdeuten oder zurückweisen können, wie etwa Anthony Giddens' Strukturierungstheorie nahe legt,<sup>43</sup> findet in ihren Überlegungen keinen Platz.

Was als individuelle Entscheidung von Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern erscheint, beispielsweise das Karrierehandeln, nach der Promotion in der Wissenschaft zu bleiben (bzw. bleiben zu wollen) oder diese zu verlassen, hat also auch eine strukturelle Seite, die den Individuen in der und durch die Institution Wissenschaft vermittelt wird und durch diese beeinflusst ist. Hier kommt „Gate-Keepern“ wie Vorgesetzten und Betreuerinnen und Betreuern während der Promotionsphase eine möglicherweise entscheidende Rolle zu, denn sie befinden sich in der Position, die Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler in die Scientific Community einführen, mit den „Spielregeln“ vertraut machen und ihre Karriere fördern zu können, das heißt, dass sie auch als Mentorinnen und Mentoren sowie Beraterinnen und Berater fungieren. Die Ausführungen Ackers erinnern aber auch daran, dass dieses „Gate-Keeping“ von Ungleichheitsregime durchzogen und diese reproduzieren oder auch verändern kann.

Vorliegende Studien zu geschlechtlicher Ungleichheit und geschlechtsbedingten Cooling-out-Prozessen in Organisationen zeigen beispielsweise, dass Frauen bereits während des Studiums und zum Berufseintritt stärker in Bezug auf eine weitergehende berufliche Karriere entmutigt werden.<sup>44</sup> Zugleich verfügen sie jedoch über mehr sozial akzeptierte Alternativen<sup>45</sup>; dementsprechend

---

rican Educational Research Association (AERA) in San Diego, C.A. am 13. April 1998. Champaign 1998. Quelle: <http://ocrl.ed.uiuc.edu/Publications/papers/Warmingup.pdf> (03.02.2010); Maya Widmer/Regula Julia Leemann/Heidi Stutz/Katrin Schönfisch, Cooling out? Gender and Research in Switzerland, in: Sabine Grenz/Beate Kortendiek/Marianne Kriszio/Andrea Löther (Hrsg.), Gender Equality Programmes in Higher Education. International Perspectives. Wiesbaden 2008, 45-52.

<sup>43</sup> Vgl. Anthony Giddens, Die Konstitution der Gesellschaft. Grundzüge einer Theorie der Strukturierung. Frankfurt am Main/New York 1995.

<sup>44</sup> Vgl. Monika Sieverding, Geschlechts(-rollen)unterschiede im ärztlichen Beruf, in: Elmar Brähler/Bernhard Strauß (Hrsg.), Handlungsfelder in der psychosozialen Medizin. Göttingen 2002, 117-134, hier 122-131.

<sup>45</sup> Vgl. Andrea Abele, Beruf – kein Problem. Karriere – schon schwieriger: Berufslaufbahnen von Akademikerinnen und Akademikern im Vergleich, in: Andrea Abele/Ernst Hoff/Hans-

müssen die „personale[n] und umweltbezogene[n] Bedingungen“<sup>46</sup> für eine Karriere bei Frauen begünstigender sein als bei Männern, denen „keine andere Wahl [bleibt] als sich mit den Gegebenheiten zu arrangieren“.<sup>47</sup> In Bezug auf die Wissenschaftskarriere beschreibt Inken Lind Cooling out als Entmutigung, Demotivation und „Abkehr von der Wissenschaft als Beruf“.<sup>48</sup> Beate Kraus macht deutlich, dass Frauen oft nicht als gleichwertige „Mitspieler“ in der Wissenschaft ernst genommen würden. Sie würden häufig in ihren Redebeiträgen unterbrochen oder diese würden nicht beachtet und die Leistungen von Frauen würden angezweifelt.<sup>49</sup> Auch Jutta Allmendinger et al. unterstreichen in ihrer Studie an Max-Planck-Instituten, dass die von ihnen befragten Nachwuchswissenschaftlerinnen im Rahmen ihrer Promotion vermehrt das Gefühl vermittelt bekommen hätten, „nicht gewollt zu sein“, denn mehr als 80% der befragten Wissenschaftlerinnen geben an, „daß es bei einer Karriere an einem Max-Planck-Institut in irgendeiner Weise auf das Geschlecht ankomme“.<sup>50</sup> Die befragten Nachwuchswissenschaftlerinnen machen deutlich, dass sie zu Beginn der Promotion zwar durchaus Ambitionen gehabt hätten, eine Wissenschaftskarriere zu verfolgen. Diese hätten sich jedoch im Laufe der Promotionsphase zu einer klaren Entscheidung gegen eine Wissenschaftskarriere entwickelt.

Die erwähnten Beispiele zeigen, dass das Konzept von Cooling out in der Frauen- und Geschlechterforschung auf Widerhall trifft. Problematisch ist allerdings, dass die entsprechenden Studien häufig auf Frauen fokussieren, ohne diese mit Männern zu vergleichen. So wird das Forschungsartefakt produziert, dass Frauen als von Cooling out Betroffene identifiziert werden. Wir gehen hingegen davon aus, dass sowohl Frauen als auch Männer von Cooling out betroffen sein können bzw. sind und arbeiten entsprechend Geschlechter vergleichend. Im Folgenden soll anhand von vier Fallbeispielen gezeigt werden, wie sich Cooling out in Betreuungsprozessen während der Promotionsphase äußert und welchen Einfluss es auf die Entscheidung für oder gegen eine Wissenschaftskarriere haben kann. Bei den Beispielen handelt es sich um eine Politikwissenschaftlerin (Frau

---

Uwe Hohner (Hrsg.), *Frauen und Männer in akademischen Professionen. Berufsverläufe und Berufserfolg*. Heidelberg 2003, 157-182, hier 174.

<sup>46</sup> Ebd. 174.

<sup>47</sup> *Sieverding* (wie Anm. 44), 124.

<sup>48</sup> *Inken Lind*, Kurzexpertise zum Thema Frauen in der Wissenschaft und Forschung. Im Auftrag der Robert-Bosch-Stiftung. Bonn 2006. Quelle: <http://www.bosch-stiftung.de/content/language1/downloads/Kurzexpertise.pdf> (01.02.2010), 8.

<sup>49</sup> *Beate Kraus*, Wissenschaftskultur und weibliche Karrieren, in: *Wechselwirkung* 106 (105), 2000, 28-35, hier 32.

<sup>50</sup> *Jutta Allmendinger/Janina von Stebut/Stefan Fuchs/Hannah Brückner*, Eine Liga für sich? Berufliche Werdegänge von Wissenschaftlerinnen in der Max-Planck-Gesellschaft, in: Aylá Neusel/Angelika Wetterer (Hrsg.), *Vielfältige Verschiedenheiten. Geschlechterverhältnisse in Studium, Hochschule und Beruf*. Frankfurt am Main/New York 1999, 194-220, hier 211.

Hutter<sup>51</sup>) und einen Politikwissenschaftler (Herr Tabbert) sowie eine Chemikerin (Frau Axmann) und einen Chemiker (Herr Fabel). Zwei vorgestellte Interviewpersonen promovierten strukturiert, die anderen beiden waren nicht institutionell in ein Graduiertenkolleg oder eine Graduiertenschule eingebunden und legten somit eine Individualpromotion ab. Dass es sich bei den Beispielen für Individualpromotionen um zwei Frauen und bei den Beispielen für strukturiertes Promovieren um zwei Männer handelt, soll keine etwaige Geschlechtstypik verdeutlichen. Vielmehr beruht die Auswahl der Beispiele auf besonders prägnanten Fällen.

#### **4. Cooling-out-Prozesse durch die Betreuungssituation in der Individualpromotion**

Frau Axmann ist promovierte Chemikerin und arbeitet zur Zeit des Interviews außerhalb der Wissenschaft. Frau Hutter ist promovierte Politikwissenschaftlerin und zum Zeitpunkt des Interviews ebenfalls nicht mehr wissenschaftlich tätig. Beide Frauen waren während der Promotionsphase jeweils an einem Lehrstuhl beschäftigt und nicht in Graduiertenkollegs oder -schulen eingebunden und beide erfuhren in ihrem jeweiligen Betreuungsverhältnis Cooling out. Sowohl Frau Axmann als auch Frau Hutter zogen zu Beginn ihrer Promotion eine Wissenschaftskarriere in Betracht. Die Erfahrungen im Betreuungsprozess scheinen jedoch ihren Ausführungen in den Interviews zufolge wesentlich dazu beigetragen zu haben, dass sie zum Interviewzeitpunkt von diesem Ziel Abstand genommen hatten.

##### **4.1 Cooling out als alternative Anstrengungen**

Der Fall von Frau Axmann ist besonders interessant, da sie sowohl die fachliche, als auch die strukturelle und ideelle Betreuung als negativ bewertet, sich aber ganz bewusst auf der Grundlage vorheriger Erfahrungen für die Promotion und die Betreuer entschieden hatte.

Die positiven Erfahrungen und die intensive Betreuung während der Diplomzeit führten dazu, dass Frau Axmann im Arbeitskreis bleiben und promovieren wollte. Da zu dieser Zeit keine Stelle frei war, bewarb sie sich bei mehreren Stiftungen um ein Stipendium und erhielt gleich mehrere Zusagen, wobei sie sich dann für jenes Stipendium entschied, das sich sowohl durch finanzielle Unterstützung als auch, wie sie es formuliert, „super geniale Stipendiatenbetreu-

---

<sup>51</sup> Die Namen der InterviewpartnerInnen wurden aus Datenschutzgründen anonymisiert und durch eine systematische Auswahl von Pseudonymen, die Telefonbüchern entnommen sind, ersetzt.

ung“ auszeichnete. Da Frau Axmann an einen Arbeitskreis angebunden war, erfolgte diese Stipendiatenbetreuung lediglich begleitend und lief nach drei Jahren Promotionszeit mit dem Stipendium aus.

Die faktische Betreuung ihrer Promotion übernahmen hauptsächlich der Lehrstuhlinhaber ihres Arbeitskreises und ihr Diplombetreuer, ihr Doktorvater war formal jemand aus einem anderen Arbeitskreis. Dies ist in der Chemie nicht ungewöhnlich, da Professorinnen und Professoren zwar formal die Betreuung übernehmen, aber kaum noch Forschungstätigkeiten im Labor ausüben. Die Betreuung der Promovierenden erfolgt oftmals im Sinne einer formalen Anleitung oder wird durch andere Personen, die noch im Labor tätig sind und dem Lehrstuhl bzw. Arbeitskreis angehören, übernommen.

Entgegen der guten Erfahrungen während der Diplombetreuung empfand Frau Axmann die sehr restriktive und direktive Betreuung während der Promotion durch die gleiche Person als nachteilig. Gemäß den Anforderungen an eine Promotion entwickelte sie relativ schnell die Fähigkeit zum eigenständigen wissenschaftlichen Arbeiten. Im Rahmen des Betreuungsverhältnisses wurde aber deutlich, dass ihr Betreuer mit ihrer Selbstständigkeit Probleme hatte. Auf ihre eigenen Ideen ging er nicht ein, ihre Einwände wurden abgewiesen und selbstständiges Arbeiten wurde durch Anweisungen eingeschränkt. Auch die fachliche Betreuung im Rahmen der Promotionsphase erwies sich bereits zu Beginn als behindernd.

Frau Axmann: „Und ich weiß noch, dass ich gleich ganz am Anfang vor meiner Diss. zum J (Name) gesagt hab: ‚Du, ich glaub mit der YYY (Methode) kommen wir nicht weit. Ich glaub das geht nicht [...].‘ ‚Doch, doch, doch, das geht, das geht. [...].‘ Und dann hab ich drei Jahre lang nach meinem Fehler gesucht, um festzustellen: Ich hab alles richtig gemacht, die Methode funktioniert nicht. Und mein, mein Chef, der mir eigentlich hätte helfen sollen, der hat keine Ahnung gehabt.“

Bei Frau Axmann zeigte sich die Problematik, dass ihr Betreuer sie bereits zu Beginn der Promotion fachlich falsch beriet, wie die oben dargestellte Aussage belegt, und es dadurch zur Auswahl der falschen Methode für die Untersuchung ihrer Fragestellung kam. Diese fachlich falsche Beratung führte dazu, dass Frau Axmann langwierig nach dem Fehler suchte, obwohl sie selbst bereits zu Beginn der Promotion darauf hingewiesen hatte und ihn wahrscheinlich hätte vermeiden können.

Das Betreuungsverhältnis verschlechterte sich, als Frau Axmann ihre Ergebnisse veröffentlichen wollte und die Manuskripte ihrem Chef, dem Lehrstuhlinhaber, zur Rückmeldung vorlegte. Es verstrichen zweieinhalb Jahre und 31 Korrekturrunden, bevor dieser das Manuskript schließlich freigab. Die Tatsache, dass es ihr über längere Zeit hinweg nicht möglich war, die eigenen Ergebnisse

in der Scientific Community zu verbreiten, kann in der Chemie weit reichende Folgen haben. Gerade aufgrund des internationalen Wettbewerbs ist es in der Chemie wichtig, neue Ergebnisse möglichst zeitnah zu publizieren, damit die Erkenntnisse nicht zum Publikationszeitpunkt bereits veraltet sind.

Zudem lehnte Frau Axmanns Betreuer die Annahme ihrer Dissertation auf der Grundlage interner Vorgaben ab, die er für den gesamten Arbeitskreis als Voraussetzung zur Annahme der Dissertation und Zulassung zur Disputation festgelegt hatte, obgleich Frau Axmann diese Vorgaben bereits erfüllte. Scheinbar war Frau Axmann jedoch nicht die Einzige, die Probleme mit der Betreuungssituation in diesem Arbeitskreis hatte. Allerdings schienen die Vorgaben für sie stärker zu gelten als für ihre Kolleginnen und Kollegen, wie folgendes Zitat zeigt:

Frau Axmann: „Also dasselbe, was ich auch erfahren hab. Wenn ich eigene Ideen bringe, dann ist der nicht mehr aufgeschlossen. Ja, aber der, der OOO (Name), der hat einfach, anders drauf reagiert. [...] Der hat dann seinen eigenen Krempel gemacht. [...] Ne andere Kollegin hat das auch geschafft. [...] Also es sind so bestimmte Persönlichkeitsstrukturen, das die, die auf diesem unsicheren Umfeld irgendwie schwimmen können. [...] Und ich merke so, so wie ich gestrikt bin, ich bin viel zu bieder, ich bin viel zu konservativ.“

Obwohl Frau Axmann aus dieser Reflexion über die notwendigen Persönlichkeitsstrukturen für die Wissenschaft die Erkenntnis zieht, dass sie charakterlich nicht für die Wissenschaft geeignet sei, mehr noch, dass sie für die Wissenschaftskarriere nicht ‚passfähig‘ sei, könnten die aufgeführten Ereignisse auch als missbräuchlicher Umgang des Betreuers mit der Abhängigkeit von Frau Axmann gedeutet werden. Besonders die Aspekte, dass Frau Axmann trotz objektiv vorhandener Leistungen die Annahme der Dissertation verweigert wurde, sich die Veröffentlichung ihrer Ergebnisse verzögerte und ihr auch in fachlicher Hinsicht vermittelt wurde, dass die Schwierigkeiten im Versuch an ihr lägen, deuten an, dass dieses Betreuungsverhältnis nicht nur nicht optimal war (im Sinne von Schmidt und Richter)<sup>52</sup>, sondern dass es weit über die emotionale Kränkung hinausgehend den Abschluss der Promotion von Frau Axmann beeinträchtigt hat.

Frau Axmann formuliert im Interview dennoch eindrücklich, dass sie das Karriereziel einer Universitätsprofessur klar vor Augen hatte und hinsichtlich ihrer Leistungen dahingehend auch ideelle Bestätigung durch andere Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler erhielt.

Um dieses Karriereziel zu erreichen, bemühte sie sich selbstständig um Stipendien für Tagungsreisen und Gastwissenschaftlerinnentätigkeiten im Ausland,

---

<sup>52</sup> Vgl. Schmidt/Richter, 2008 (wie Anm. 29), 53.

pflegte Kontakte in der Scientific Community und versuchte so, unabhängig von ihrem Betreuer voranzukommen. Bereits vor Abschluss der Promotion bekam sie die Möglichkeit zu einer eigenen Industriekooperation, initiierte einen Post-doc-Aufenthalt im Ausland und schrieb einen Stipendienantrag zur Förderung weiterer Post-doc-Aufenthalte im Ausland mit Rückkehroption und anschließendem Aufbau einer eigenen Nachwuchsgruppe. In Eigeninitiative und mit Zielstrebigkeit, aber auch viel Selbstsicherheit initiierte sie die nächsten Schritte, knüpfte an ihre bestehenden Kontakte an und plante frühzeitig die nächsten Jahre im Voraus. Angesichts der Tatsache, dass Frau Axmann über das Wissen um die notwendigen weiteren Schritte im Wissenschaftssystem verfügt und sich weiterhin stark mit dem Wissenschaftssystem identifiziert, wird deutlich, dass ihr lediglich von ihrem Betreuer das Gefühl der fehlenden ‚Passfähigkeit‘ vermittelt wurde. Hingegen wurde ihr von anderen Personen durchaus signalisiert, dass ihr Karriereziel Professur realistisch sei.

Nach Abschluss der Promotion erlitt Frau Axmann jedoch einen psychischen Zusammenbruch und ihr wurde deutlich, dass sie sich in einem Abhängigkeitsverhältnis zu ihrem Betreuer befand, welches sie selbst nicht zu lösen vermochte. Diese Abhängigkeit und das Suggestieren fehlender Leistung durch ihren Betreuer führten bei Frau Axmann nicht nur zu einer Umdeutung, dass es ihr an charakterlicher Eignung mangle, sondern auch zu einem Abbruch der Wissenschaftskarriere. Nach Clark<sup>53</sup> kann diese Umdeutung als ein Effekt von Cooling out interpretiert werden. Angesichts der Erfahrungen während der Promotion und der Wahrnehmung der hohen Abhängigkeit von ihrem Betreuer, die nach Frau Axmann vor allem emotional bedingt war, reflektiert sie den lang gehegten Wunsch, Professorin zu werden, im Nachhinein kritisch.

Frau Axmann: „Ich meine zusammenbrechen kann man auf alle möglichen Arten und Weisen. [...] Aber warum sitz ich an der Uni und kann keine Buchstaben mehr erkennen? [...] Und dann kam das. Also dieser ganze Hass, diese ganze Verzweiflung von den Jahren an der Uni. Die Existenzängste, die ich hatte. Und auch das Gefühl diese Unfreiheit, so so, sklavisch gezwungen zu sein, zum perfekt sein. Und drunter gibt’s nix. Und dann hab ich mich auch gefragt: ‚Ja warum hab ich mir so ne Arbeitsgruppe ausgesucht? Warum hab ich mir so ein Thema ausgesucht?‘“

Frau Axmann macht im Verlauf des Interviews deutlich, dass das Fundament ihrer emotionalen und psychischen Abhängigkeit von ihrem Chef in ihrer Kindheit liegt. Als Kind hatte sie das Streben nach Erfolg vorgelebt bekommen, ihre Eltern waren beide Vollzeit berufstätig, hatten beide studiert, ebenso ihre Geschwister. Hier liegen vermutlich die Grundlagen für Frau Axmanns Streben

---

<sup>53</sup> Clark, 1959 (wie Anm. 10).

nach Perfektion, das Wissen um die notwendigen Karriereschritte und das hohe Leistungsstreben.

Ähnliche Erfahrungen wie im Betreuungsprozess möchte Frau Axmann jedoch in Zukunft vermeiden. Im Interview betont sie, zwar die Wissenschaft zu lieben, durch ihre Erfahrungen an der Hochschule jedoch „einen Hass auf das ganze System“ entwickelt zu haben und sich den Unsicherheiten und dem Leistungsdruck nicht mehr aussetzen zu wollen. Es zeigt sich, wie hoch der Einfluss eines einseitigen Abhängigkeitsverhältnisses im Betreuungsprozess sein kann, vor allem wenn durch diesen Betreuer oder diese Betreuerin trotz nachweislicher Leistung der Promovendin bzw. dem Promovenden immer wieder fehlende Leistungsbereitschaft bzw. fehlende Leistung suggeriert wird. Obwohl Frau Axmann bezüglich der Leistungskriterien wie Abschlussnote, Publikationen und Vorträge durchaus ‚passfähig‘ erscheint und ihr dies auch durch andere Personen der Scientific Community vermittelt wird, haben sie die Erfahrungen in der Promotionszeit, vor allem durch die Betreuung, dazu gebracht, bezüglich ihres Karriereziels Professur umzudenken und sich einen alternativen Weg zu suchen.

#### **4.2 Cooling out als Ernüchterung der Hoffnungen und Wünsche**

Anders als Frau Axmann, die durch die Betreuungssituation regelrecht ausgebremst wurde, erlebte Frau Hutter eine Betreuung, die sie nicht besonders förderte und in der sie sich zum Teil alleingelassen fühlte. Die Hauptkritikpunkte der Betreuung nennt sie im Zusammenhang mit der strukturellen Betreuung: Nach eigenen Aussagen erhielt sie durch ihre Doktormutter keine Unterstützung bei der Integration in die Scientific Community, keine Hilfe bei publikationsrelevanten Fragen und keine Vernetzung in fachlichen Zusammenhängen:

Frau Hutter: „und diss is auch ’n Punkt der an der Uni A (Name der Universität) meines Erachtens viel zu kurz kommt, ähm, sowohl insgesamt, wenn’s da auch Ausreißer gibt, ähm, also auch bei mir an, an der Professur und ... also da hätt ich mir gewünscht, dass da ’n bisschen was passiert, aber meine Chefin is da selber nich so ganz drin oder zieht sich da zum Teil auch ’n bisschen raus und deswegen hatte sie natürlich auch nicht unbedingt die Möglichkeiten, mich da jetzt mit reinzunehmen, also ’s gab, ’s gab keine, keine Kongresse, auf die sie gefahrn wär, wo sie dann hätt sagen können: ‚Ach Frau Hutter, kommen Sie doch mit!‘“

Die fehlende Einbindung Frau Hutters in fachbezogene Netzwerke ist in diesem Fall insbesondere darauf zurück zu führen, dass ihre Betreuerin selbst nicht aktiv in Netzwerke integriert war. Frau Hutter fehlte dadurch nicht nur der fachliche Austausch mit anderen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, sondern auch das Gefühl, mit ihrem Forschungsvorhaben nicht allein zu stehen. Sie hatte

sich gewünscht, dass sie mit zu Tagungen genommen, Personen in der Scientific Community vorgestellt und in Fachnetzwerke eingebunden würde. Dabei nahm sie eine abwartende Haltung ein, wenn es darum ging, zu publizieren und sich in die Fachgemeinschaft zu integrieren. Es entsteht der Eindruck, dass sie sich nicht in der Lage sah, die fehlende strukturelle Einbindung in die Scientific Community durch Eigeninitiative zu kompensieren. Auch anhand Frau Hutters Aussage über karriererelevante Beratung wird deutlich, dass sie sich Hilfestellung und Unterstützung für den Erwerb wichtiger Qualifikationen für die wissenschaftliche Karriere und die Integration in fachliche Netzwerke durchaus gewünscht hätte:

Frau Hutter: „Also natürlich gibt ’s viele Bereiche, äh, wo ’s, wo ’s sicher mal nicht geschadet hätt, ’nen bisschen Beratung zu kriegen, zum Beispiel grad auch in dem Hinblick, wie komm, wie komm ich denn in die Wissenschaftsnetzwerke. Was, oder was muss ich tun, ähm, um, um Artikel zu veröffentlichen, einfach damit ei’m das vielleicht mal ’n bisschen näher gebracht wird. [...] Also wenn, wenn da ’n (bisschen?) Angebot gekommen wär, dann hätt ich des wahnsinnig gern angenommen, aber es war mir dann eben wieder nicht wichtig genug, um zu sagen, da unternehm ich jetzt selber alle möglichen Schritte, ... um da ’n bisschen integriert zu werden.“

Zwar sagt sie im Interview nicht explizit, dass sie sich diese Beratung von ihrer Doktormutter gewünscht habe, aber hier wird eine Erwartungshaltung gegenüber der Organisation Universität deutlich. Frau Hutter war in verschiedenen Gremien an der Fakultät aktiv tätig, unter anderem auch in Berufungsausschüssen, in denen die Kriterien für eine erfolgreiche Wissenschaftskarriere augenscheinlich dargelegt werden. Vermutlich wusste Frau Hutter daher, dass etwa Publikationen von großer Bedeutung für eine solche Karriere sind. Jedoch scheint ihr trotzdem unklar gewesen zu sein, wie die konkreten Schritte zu einer Publikation aussehen und wie diese anzugehen sind.

Dass Frau Hutter nicht versucht hat, die fehlenden Informationen einzuholen und selbst Beiträge zu schreiben und zu veröffentlichen sowie sich in die Scientific Community zu integrieren, liegt möglicherweise darin begründet, dass sie aus einer bildungsfernen Herkunftsfamilie stammt. Der bildungsferne Hintergrund erschwerte ihr womöglich, sich mit der bestehenden Wissenschaftskultur zu identifizieren, an diese anzupassen und in sie zu integrieren und dementsprechend selbstsicher zu agieren. Weiterhin denkbar ist zudem, dass Frau Hutter während der Promotionsphase keine Entscheidung darüber getroffen hat, ob sie eine Wissenschaftskarriere anstreben will oder nicht. Der fehlende Orientierungsprozess in Bezug auf eine Karriereperspektive in der Wissenschaft kann im Zusammenhang damit gesehen werden, dass sie weder Publikationen noch den

Aufbau fachspezifischer Netzwerke gezielt forcierte. Frau Hutters Erwartung, dass ihre Betreuerin sie dahingehend aktiv unterstützen und zudem die Initiative ergreifen würde, erfüllte sich nicht.

Anders als in die Scientific Community war Frau Hutter in das Institut integriert und hatte durchaus Kontakte zu Kolleginnen und Kollegen, die evtl. dem Cooling out hätten entgegen wirken können. Im Institut scheint die Arbeitsatmosphäre offen und freundlich gewesen zu sein und zum Teil sogar Freundschaften ermöglicht zu haben. Frau Hutter bekam durch die Kolleginnen und Kollegen am Institut auch emotionale Unterstützung und Motivation in schwierigen Zeiten während der Promotionsphase. Diese Form der Unterstützung stellte jedoch keine wirkliche Peer-Betreuung dar, denn die einzelnen Professuren der Fakultät hatten keine gemeinsamen thematischen Anknüpfungspunkte, sodass dies keine fachliche Betreuung oder Unterstützung bot. Zudem gab es auch kein Doktorandenseminar am Institut, an dem Frau Hutter hätte teilnehmen können. Daher war ihre Doktormutter die einzige Person, durch die eine fachliche Unterstützung vorhanden war. Diese Beratung nahm Frau Hutter ihrer eigenen Einschätzung nach nicht oft in Anspruch, da sie sehr eigenständig arbeitete. Sie betont aber, dass ihre Doktormutter durchaus dazu bereit gewesen wäre, sich häufiger mit ihr zu treffen, um thematische Aspekte der Arbeit zu besprechen. Gleichzeitig berichtet Frau Hutter davon, dass sie sich ein Doktorandenseminar gewünscht hätte, an dem sie regelmäßig hätte teilnehmen und sich mit anderen über ihr Forschungsvorhaben hätte austauschen können. Aber auch hier nahm sie eine passive Haltung ein, denn sie sagt, dass sie sich selbst nicht in der Position sah, so ein Doktorandenkolloquium selbst zu organisieren bzw. ins Leben zu rufen. Somit war eine fachliche Unterstützung weder am Institut noch durch andere Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler vorhanden. Der mangelnde Austausch über inhaltliche Aspekte mit anderen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern im Fach bewirkte auch das Fehlen der so wichtigen Wertschätzung der eigenen wissenschaftlichen Arbeit.

Obwohl es für Frau Hutter am Anfang ihrer Promotion offen war, ob sie eine wissenschaftliche Karriere verfolgen wolle, konnte sie sich eine weitere wissenschaftliche Beschäftigung durchaus vorstellen. Auch nach der Promotion, nachdem sie eine Stelle in einem nicht-wissenschaftlichen Bereich angetreten hatte, berichtet sie davon, dass sie sich eine Tätigkeit als Fachhochschulprofessorin vorstellen könnte. Dass eine universitäre Wissenschaftskarriere für sie nicht mehr in Frage komme, liege hauptsächlich an der Tatsache, dass sie während der Promotionszeit zu wenig publiziert habe, wie sie selbst sagt. Resümierend lässt sich feststellen, dass ihre Erwartungen, die sie an ihre Betreuerin, aber auch an die Organisation Universität richtete, nicht mit den vorhandenen Gegebenheiten übereinstimmten. In diesem Fall ist Cooling out als eine fehlende Förderung durch die Betreuung und die daraus entstandene Enttäuschung anzusehen, die

jedoch hauptsächlich aus den unterschiedlichen Erwartungen von Frau Hutter und ihrer Doktormutter an Verantwortlichkeiten in der Betreuung der Promotion resultierten. Im Sinne von Cooling out wurden demnach ihre Wünsche und Hoffnungen durch diese Erfahrungen ernüchtert, was zu einer Demotivation führte, in der Wissenschaft bleiben zu wollen.

### 4.3 Fazit

Obwohl beide Frauen sich ähnlich schlecht betreut fühlten und auch wenig Unterstützung in ihrem Umfeld, dem Arbeitskreis, bekamen bzw. bekommen konnten, gingen beide unterschiedlich mit dieser Situation um. Während Frau Axmann aktiv versuchte, ihre Situation zu verändern und ihre Weiterqualifikation durch andere Impulse (Vorträge auf Tagungen, Aufenthalte als Gastwissenschaftlerin) zu garantieren, nahm Frau Hutter die Betreuungssituation hin, obwohl sie sich eine Veränderung wünschte. Dies mag zum einen darin begründet liegen, dass Frau Axmann eine Professur als klares Ziel definierte und daran schon zu Beginn des Studiums interessiert war, während Frau Hutter die Wissenschaftskarriere lediglich als eine berufliche Option wahrnahm. Zum anderen ist die soziale Herkunft der beiden Frauen unterschiedlich. Während Frau Axmann das universitäre Umfeld vertraut scheint, fehlt Frau Hutter, möglicherweise bedingt durch ihren bildungsfernen familiären Hintergrund, das Wissen, wie man wissenschaftliche Qualifikationen erwirbt sowie die Initiative, diese Informationen einzuholen und aktiv mit den Anforderungen im Wissenschaftssystem umzugehen. Obwohl auch Frau Axmann die Anforderungen und Chancen nicht vermittelt bekam, wusste sie die notwendigen Schritte einzuleiten, um mit jener im Wissenschaftssystem diesbezüglich fehlenden Herstellung von Transparenz umzugehen. In Frau Hutters Fall hätte die Betreuerin eine bessere Transparenz ermöglichen können, sofern Frau Hutter dies nachgefragt hätte. Im Hinblick auf die fachliche Vernetzung bleibt es jedoch fraglich, inwieweit die Betreuerin hätte Unterstützung leisten können, denn sie war selbst nur wenig in fachrelevante Netzwerke eingebunden. Eine zusätzliche Unterstützung durch eine andere Bezugsperson bzw. andere Bezugspersonen, die beispielsweise Mentoring oder auch die strukturierte Form des Promovierens bieten würden, hätte für Frau Hutter hilfreich sein können. Durch die mangelnde Transparenz und durch ihre Passivität, die möglicherweise durch ihre soziale Herkunft bedingt ist und nicht mit den Anforderungen des Wissenschaftsbetriebs an erfolgreiches Karrierehandeln zusammenpasst, kam es jedoch bei ihr zu einem Cooling out. Hier entstehen im Wissenschaftssystem anscheinend durch fehlende Transparenz Ungleichheiten, die besonders bei Promovierenden aus bildungsfernen Milieus zu verminderten Chancen führen können.

## **5. Cooling-out-Prozesse durch die Betreuungssituation beim strukturierten Promovieren**

Herr Fabel und Herr Tabbert waren beide in Formen strukturierten Promovierens eingebunden. Herr Fabel ist promovierter Chemiker und arbeitet zur Zeit des Interviews als Post-doc an einem außeruniversitären Forschungsinstitut im Ausland. Herr Tabbert hat zum Zeitpunkt des Interviews die Disputation bestanden und ist in einem Forschungsprojekt tätig. Beide Promovenden ziehen eine Wissenschaftskarriere in Betracht und waren während der Promotion sowohl strukturell und institutionell eingebunden.

### **5.1 Cooling out als stufenweise Loslösung**

Herrn Fabels Fall zeigt, dass auch beim strukturierten Promovieren Cooling-out-Prozesse auftreten können. Ebenso wie Frau Axmann entschied er sich, in dem Arbeitskreis zu promovieren, in dem er seine Diplomarbeit geschrieben hatte, und zwar zum einen, weil die Diplombetreuung dort sehr gut war und er die Einbindung ins Graduiertenkolleg zugesichert bekam, und zum anderen, weil sein Doktorvater ein hohes Renommee hatte. Trotz der bewussten Entscheidung für den Arbeitskreis kam es zu einem Arbeitsplatz- und Betreuerwechsel. Herr Fabel führt dies auf die geringe Betreuung und die fehlende Freiheit innerhalb des ersten Betreuungsverhältnisses zurück, denn im Gegensatz zur Diplombetreuung habe es im Rahmen der Promotion fast keine fachliche Betreuung gegeben, und er habe auch nicht eigenen Ideen nachgehen dürfen. Nachdem Herr Fabel von seinem Betreuer vor dem gesamten Arbeitskreis beleidigt worden war, weil seine Ergebnisse nicht mit den Ansprüchen des Betreuers übereinstimmten, entschied er sich schließlich bewusst für einen Abbruch der Promotionsbeziehung und des Promotionsthemas. In diesem Fall wurde das Cooling out durch die fehlende fachliche Betreuung und die Einschränkung der Selbstständigkeit, aber auch durch die Beleidigung ausgelöst.

Auch das zweite Betreuungsverhältnis, in dem Herr Fabel vom Arbeitskreisleiter betreut wurde und formal der Institutsleiter sein Doktorvater war, empfand Herr Fabel nicht als optimal. Er bemängelt die fehlende kritische Sicht auf seine Versuche, auch bekam er keine strukturelle Unterstützung von seinem Betreuer. Besonders die unkritische Betreuung seiner Versuche und die fehlende Weitergabe von Erfahrung durch seinen Betreuer hätten ihn viel Zeit gekostet, da er viele unnötige und zeitraubende Experimente gemacht habe oder andere Versuche habe nachbearbeiten müssen. Zudem bemängelte Herr Fabel erneut die Komplexität seines Themas und die fehlenden Vorkenntnisse im Arbeitskreis mit Bezug auf die zeitliche Perspektive.

Herr Fabel: „Also ich hab auf nem, auf nem Thema angefangen, wo in der Arbeitsgruppe noch nie jemand vorher drauf gearbeitet hatte und das hörte sich halt gut an äh und dann hab ich gedacht: ‚Och ja, super, ich bin ja n toller Typ‘, ähm, ‚ich schaff das schon‘. Und, äh, schlussendlich war’s dann so, dass andere Leute das Thema vorher publiziert hatten.“

Die Folge dieser Problematik ist, dass Herrn Fabels Anträge auf Stipendien für den Post-doc-Aufenthalt im Ausland mehrmals abgelehnt wurden, weil seine Publikationen zu spät erschienen waren. Dies erschwerte seine Weiterqualifikation für die Wissenschaftskarriere ebenso wie die Tatsache, dass sein Betreuer Tagungsreisen verhindert hatte, denn diese waren den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Arbeitskreis nur gestattet, wenn die Ergebnisse, die präsentiert werden sollten, bereits veröffentlicht waren. Aber es wurde fast gar nichts in diesem Arbeitskreis publiziert. Herr Fabel fuhr in dieser Zeit aber auch nicht selbstständig zu Tagungen. Diese Möglichkeit eröffnete sich ihm schließlich durch das Graduiertenkolleg.

Insgesamt handelte Herr Fabel wenig selbstständig in Bezug auf seine Weiterqualifikation. Er betont, nicht gewusst zu haben, welche Qualifikationen notwendig seien und wie frühzeitig diese eingeleitet werden müssten, um sich eine Wissenschaftskarriere offenzuhalten.

Herr Fabel: „jetzt wo ich sehe, wie, wie relativ strikt da die Weichen schon gestellt werden, hätte ich’s gut gefunden, wenn mir dann damals jemand gesagt hätte: ‚Okay, pass auf J (Vorname der Interviewperson), wenn du wirklich dir überlegst, in der akademischen Laufbahn äh, äh oder, oder an der Uni zu bleiben und da irgendwie eine akademische Laufbahn anzustrengen, dann musst du dir darüber im Klaren sein, dass die Promotion schon relativ entscheidend sein kann‘.“

Rückblickend bedauert er das Defizit, das eine Wissenschaftskarriere aufgrund fehlender Publikationen für ihn frühzeitig erschwert hat. Er betont immer wieder die strukturellen und fachlichen Mängel in seiner Betreuung und unterstreicht dadurch die Widersprüchlichkeit zwischen seinen Ansprüchen an die Betreuung und der realen Betreuungssituation bzw. dem, was ein Promotionsbetreuer oder eine Promotionsbetreuerin leisten könne. Bereits in der ersten Betreuungssituation erfuhr er diesen Widerspruch, passte seine Erwartungen jedoch nicht an und versuchte auch nicht, die fehlenden Informationen durch Eigeninitiative zu kompensieren.

Ebenso wie Frau Hutter kommt Herr Fabel aus einem bildungsfernen Milieu, auch ihm fehlt die Transparenz bezüglich der Möglichkeiten und Anforderungen im Wissenschaftssystem. Vor dem Hintergrund seiner sozialen Herkunft mag das Informationsdefizit nicht überraschen. Es verblüfft jedoch angesichts der Tatsache, dass Herr Fabel auf beiden Stellen in die ideelle Förderung eines Gra-

duiertenkollegs eingebunden war und dadurch ein Informationsdefizit hinsichtlich der notwendigen Qualifikationen für den weiteren Weg in der Wissenschaft gemindert sein sollte, vor allem weil in Graduiertenschulen und -kollegs größerer Wert auf die spezifische Aufstiegsförderung gelegt wird und tendenziell Kontakt zu mehreren Hochschullehrenden besteht.

Herr Fabel entschied sich gegen eine Wissenschaftskarriere. Er begründet dies auch mit fehlenden Netzwerken und Publikationen, doch seien es nicht die hauptsächlichen Gründe für diese Entscheidung gewesen. Seiner Ansicht nach habe er immer noch die Möglichkeit, die fehlenden Qualifikationen während des Post-doc-Aufenthaltes auszugleichen. Jedoch seien ihm das strukturelle Risiko einer Wissenschaftskarriere zu beträchtlich und der finanzielle Anreiz höher, in die Industrie zu gehen.

Im Sinne von Cooling out wirkt diese Äußerung wie eine Umdeutung und Loslösung von ursprünglichen Zielen, nachdem Herr Fabel immer wieder betont hatte, es zu bedauern, dass seine Wissenschaftskarriere vorzeitig durch das Informationsdefizit bezüglich der Bedeutung von Publikationen und Netzwerken erschwert wurde. Hier findet ebenso wie bei Frau Hutter ein organisationaler Selektionsprozess statt, dem auch Herr Fabel nicht individuell entgegensteuern konnte, weil die Transparenz von Anforderungen und Möglichkeiten für ihn vermutlich im Zusammenhang mit seiner sozialen Herkunft nicht durchschaubar war. Auch hier wird deutlich, wie Ungleichheiten im Wissenschaftssystem und in der Hochschule eingelagert sind und dass sie zu einem Cooling out der Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler führen können.

## 5.2 Cooling out als Desillusionierung

Herr Tabbert formuliert ebenfalls Probleme bei der Betreuung durch seine Doktor Mutter bzw. seine Betreuer und sagt, dass die Betreuung seiner Promotion kaum vorhanden gewesen sei. Dabei war er vorwiegend mit der inhaltlichen Betreuung seiner Dissertation unzufrieden. Am Anfang seiner Promotion hätte er sich mehr fachliche Unterstützung von seiner Chefin gewünscht, um strukturierter und schneller voran zu kommen. Konkret meint er damit eine strukturierte Heranführung an die Literatur zu seinem Promotionsthema, um seine Forschungsfrage schneller fokussieren zu können. Die Treffen mit ihr hätten ihm jedoch keinen inhaltlichen Ertrag für seine Promotion gebracht:

Herr Tabbert: „Sie kennt sich eigentlich inhaltlich aus. Aber gebracht hats trotzdem nichts, weil sie sich schlicht und einfach sich nicht vorbereitet hat. Hat sich keine Gedanken drüber gemacht. Ähm. [...] Also. Mehr Struktur, mehr Verlässlichkeit. Am Anfang enger und am Ende irgendwie ein bisschen weniger [Betreuung]. Also so das ähm würde mir eigentlich mehr vorschweben.“

Seine Reaktion auf eine mangelnde inhaltliche Beratung durch seine Betreuerin war, dass er die Treffen mit ihr nur noch sehr unregelmäßig in Anspruch nahm, um den Inhalt seiner Arbeit zu besprechen. Obwohl in der Graduiertenschule regelmäßige Treffen stattfanden, deren Ziele die Weiterentwicklung seines Exposés und die Systematisierung der Literatur waren, scheint diese Form der Unterstützung nicht so fruchtbar gewesen zu sein, wie er sich dies gewünscht oder erwartet hätte. Daher haben sich seine Erwartungen in fachlicher Hinsicht möglicherweise auch hauptsächlich auf die Doktormutter gerichtet. Die fachliche Beratung in Bezug auf seine Promotion durch seinen Zweitbetreuer war ebenfalls nicht sehr intensiv. Die fehlende fachliche Unterstützung kompensiert Herr Tabbert dann jedoch dadurch, dass er sich mit anderen Promovierenden zusammenschloss und eine eigene Arbeitsgruppe bildete, in der die einzelnen Dissertationen miteinander besprochen wurden. Die sorgfältige inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Promotionsthema im Rahmen der Arbeitsgruppe bewertet er als sehr hilfreich für die Anfertigung seiner Dissertation. In dieser Arbeitsgruppe fand er auch emotionale Unterstützung in Bezug auf seine Promotion und die Betreuungssituation mit seiner Doktormutter. Aber auch am gesamten Institut schätzte er die angenehme Arbeitsatmosphäre und fühlte sich eingebunden. Die Schwierigkeiten mit der Erstbetreuerin lagen allerdings nicht nur in der mangelnden fachlichen Unterstützung begründet, sondern scheinen auch auf der ideellen Ebene bestanden zu haben. Vor allem die Enttäuschung über die mangelnde Zuverlässigkeit und inhaltliche Unterstützung scheinen eine wichtige Rolle gespielt zu haben, dass während der Promotionszeit krisenhafte Phasen auftraten. Daher thematisiert Herr Tabbert im Interview auch insbesondere das Abhängigkeitsverhältnis zur Betreuerin.

Herr Tabbert: „Das scheint wirklich ähm, äh auch von außen gesehen, von von Fachperspektive aus zu sehen, die multiplen Beziehungsmuster und Abhängigkeiten und was da so im Laufe der Jahre so war und Unverlässlichkeiten ähm und dann doch geforderte Loyalitäten bei gleichzeitiger Nichtlieferung von Loyalitäten usw. Das ist ganz schön miteinander ver-, verwurstelt und das ähm ist schon ein wichtiger Baustein, warum das Ganze einfach nicht-, einfach so dumm rumhang und mich auch mitblockiert hat.“

Herr Tabbert hat klare Vorstellungen davon, wie die Betreuung seiner Promotionsarbeit gestaltet sein soll, wie insbesondere im ersten Zitat deutlich wird. Dabei scheinen sich seine Erwartungen in erster Linie an seine Doktormutter bzw. Doktoreltern zu richten. Diese Erwartungen und Vorstellungen wurden vor allem hinsichtlich der fachlichen und ideellen Betreuung nicht eingelöst und führten somit bei ihm zur Ernüchterung. Die Erfahrungen, die in diesem Sinne erkennbar durch Cooling out geprägt wurden, sind nicht von der Hand zu weisen.

Dennoch konnte Herr Tabbert durch die Beziehung zu seiner Doktormutter auch Vorteile wahrnehmen, denn sie unterstützte und initiierte zum Teil die Veröffentlichung von Artikeln. Daher kann angenommen werden, dass sie Herrn Tabberts Potenzial durchaus erkannt und gefördert hat, hauptsächlich aber durch strukturelle Unterstützung bzw. Betreuung. Festzuhalten ist in Herrn Tabberts Fall daher besonders, dass die Arbeitsgruppe die ideelle und fachliche Betreuung leistete, die ihm bei seiner Doktormutter fehlte. Die Gründung dieser Arbeitsgruppe wurde vor allem durch die günstigen Strukturen am Institut und die Einbindung in die Graduiertenschule möglich, aber auch aufgrund von Herrn Tabberts Eigeninitiative. Die Cooling-out-Erfahrungen, die im Zusammenhang mit der Betreuung durch die Doktoreltern bzw. vorwiegend mit der Doktormutter stehen, konnten somit durch die strukturierte Form des Promovierens vor allem auf der Ebene der fachlichen und ideellen Betreuung kompensiert werden und führten bei ihm nicht zu einer Abkehr von der Wissenschaft.

Die Erfahrungen im Wissenschaftssystem während der Promotionszeit waren für Herrn Tabbert insgesamt überwiegend positiv und bestärkten ihn darin, eine Karriere in der Wissenschaft weiter zu verfolgen, obwohl dies zu Beginn seiner Promotion für ihn noch offen gewesen war. Sein Wunsch, in der Wissenschaft zu bleiben, wurde zusätzlich durch einen Aufenthalt im Ausland geprägt, wo er das akademische Umfeld als sehr angenehm empfand.<sup>54</sup> Auch das Arbeitsumfeld am Institut bezeichnet Herr Tabbert als intellektuell anregend und motivierend. Diese Erfahrungen spielen ebenfalls eine bedeutende Rolle bei der Entscheidung, weiterhin in der Wissenschaft tätig zu sein, denn wie Herr Tabbert selbst angibt, ist ihm eine angenehme und vertrauensvolle Arbeitsumgebung sehr wichtig. Wichtig ist auch, dass er die Erfolgchancen für eine Wissenschaftskarriere als gut einschätzt, was unter anderem darauf zurückzuführen ist, dass er die entsprechenden Qualifikationen dafür vorweisen kann.

### 5.3 Fazit

Anders als im Fall von Herrn Fabel verfügt Herr Tabbert über die notwendigen Publikationen, Tagungsteilnahmen und Netzwerke, die im Wissenschaftsbetrieb erforderlich sind, um eine weitere Wissenschaftskarriere zu verfolgen. Dies liegt darin begründet, dass er strukturell von seiner Doktormutter betreut wurde, zudem baute er selbstständig eine Doktorandenarbeitsgruppe auf, welche aus dem Umfeld der Graduiertenschule entstand und so die ihm fehlende fachliche und ideelle Betreuung ausgleichen konnte. Weiterhin hat Herr Tabbert viele positive

---

<sup>54</sup> Vergleichbares berichten in unserer Studie viele der befragten Politikwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler, insbesondere diejenigen, die im englischsprachigen Ausland waren. Zum Teil war der Einfluss der Erfahrungen im Ausland so nachhaltig, dass dort der Wunsch zu promovieren oder gar in der Wissenschaft zu bleiben entstand.

Erfahrungen im Wissenschaftssystem gesammelt, die ihn darin bestärkten, trotz überwiegend negativer Erfahrungen mit der Betreuerin weiterhin eine Wissenschaftskarriere anzustreben. Die Cooling-out-Erfahrungen, die er im Zusammenhang mit der Betreuungssituation machte, konnten somit abgemildert werden und führten nicht, wie bei Herrn Fabel, stufenweise zu einer Loslösung von der Wissenschaft. Herr Fabel hingegen berichtet nichts über positive Erfahrungen und zeigt sich in seinen Erwartungen passiv. Auch in seinem Fall wird ein Zusammenhang zwischen dem Bildungshintergrund und den Anstrengungen deutlich, die Betreuungssituation selbst zu beeinflussen. Herr Fabel, der aus einem bildungsfernen Milieu stammt, verweilt in seiner Erwartungshaltung und passt weder sich noch seine Erwartungen der realen Betreuungssituation an. Im Gegensatz dazu steht Herr Tabbert, aus bildungsnahem Milieu, der sich dafür einsetzt, die Situation zu verändern und seine Erwartung an die Betreuungssituation aktiv selbst zu realisieren. Dementsprechend kommt es bei Herrn Fabel zu einem Cooling out im Sinne des Loslösens von einer möglichen Perspektive in der Wissenschaft. Cooling out entsteht hier jedoch nicht nur durch eine negativ erlebte Betreuungssituation oder aufgrund des ohnehin stattfindenden organisationalen Selektionsprozesses, der in diesem Fall mit der sozialen Herkunft einhergeht, sondern wird zusätzlich durch eine fehlende klare Zielsetzung verstärkt, in der Wissenschaft bleiben zu wollen.

Bei beiden Promovenden werden durchaus positive Aspekte des strukturierten Promovierens deutlich, obwohl sie das selbst nicht so formulieren. So ergibt sich für Herrn Tabbert die Möglichkeit, Netzwerke mit anderen Doktorandinnen und Doktoranden aufzubauen, und Herr Fabel bekommt durch das Graduiertenkolleg die Möglichkeit, zu Tagungen zu fahren. Im Gegensatz zu Herrn Fabel führt Herr Tabbert jedoch zusätzliche Gründe an, die ihn in Bezug auf eine Wissenschaftskarriere bestärkt haben. Herr Fabel hingegen nimmt Abstand von einer Wissenschaftskarriere, auch weil er die vorhandenen Möglichkeiten nicht aktiv genutzt hat, da er sich ihrer Bedeutung für eine Wissenschaftskarriere nicht bewusst war.

## **6. Betreuungssituationen in der Individualpromotion und beim strukturierten Promovieren im Vergleich**

Alle vier hier vorgestellten Fälle verdeutlichen, wie hoch die Erwartungen von Promovierenden und Promovierten an die Betreuenden in der Promotionsphase sind. Bei keinem der dargestellten Fälle wurden die anfänglichen Vorstellungen und Erwartungen in Bezug auf die fachliche, strukturelle bzw. ideelle Betreuung erfüllt, wodurch es zu Enttäuschung, Resignation und damit in drei von vier Fällen auch zu einem Ausstieg aus der wissenschaftlichen Laufbahn kam. Die hier vorgestellten Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler beschreiben

die fachliche Betreuung oftmals als hindernd oder fehlend. Daneben vermischen sie auch die strukturelle Betreuung und damit die Möglichkeit zur Vernetzung. Hier zeigt sich ein Widerspruch zwischen dem, was Betreuende als gute Betreuung definieren, und dem, was Doktoranden und Doktorandinnen sich wünschen. Nina Baur und Robert Schmidt, die zur Frage der Definition guter Betreuung fächerübergreifend Professorinnen und Professoren befragt haben, fassen diese „als Gratwanderung zwischen der Förderung der Selbstständigkeit der Doktoranden und des wissenschaftlichen Outputs einerseits und Unterstützung und Nachdruck andererseits“.<sup>55</sup> Da insgesamt eine starke Erwartungshaltung und Abhängigkeit der Promovierenden gegenüber den Betreuungspersonen deutlich wird, stellen sich die Fragen, inwiefern diese „Gratwanderung“ strukturell durch Graduiertenschulen und -kollegs bewältigt werden kann und wie die von uns befragten Interviewpersonen damit umgegangen sind.

Beim Vergleich von strukturiertem Promovieren und der Individualpromotion zeigen sich hinsichtlich der Betreuungssituation durchaus zusätzliche Möglichkeiten der strukturellen Unterstützung bei Graduiertenschulen, wie die Beispiele von Herrn Tabbert in Bezug auf die Vernetzung mit anderen Promovierenden und Herrn Fabel hinsichtlich der Ermutigung, zu Tagungen zu fahren, belegen. Der Vergleich von Herrn Fabel und Herrn Tabbert verdeutlicht jedoch, dass diese Möglichkeiten auch wahrgenommen und umgesetzt werden müssen. Hinzu kommt, dass trotz der Einbindung in strukturiertes Promovieren die Erwartungshaltung gegenüber den Betreuenden nicht abgenommen hat.

Die vorgestellten Beispiele zeigen, dass gemäß unserer bisherigen Analyse keine geschlechtsspezifischen Unterschiede in Bezug auf die Zufriedenheit mit der Betreuung nachgewiesen werden können. Wohl aber können wir herkunftsbedingte Unterschiede bezüglich der Reaktionen der Interviewpersonen hinsichtlich der wahrgenommenen Diskrepanz zwischen den Erwartungen an die Betreuung und deren realer Ausgestaltung ausmachen. Während die Promovierenden aus bildungsfernen Milieus sich eher abwartend und passiv verhielten, versuchten die Promovierenden mit bildungsnahem Sozialisationshintergrund, die für sie ebenfalls unbefriedigende Betreuungssituation durch eigenes Engagement zu verändern.

Sowohl Frau Hutter als auch Herr Fabel kritisieren neben der fehlenden fachlichen und strukturellen Betreuung die fehlende Transparenz hinsichtlich der Anforderungen an eine Wissenschaftskarriere. Hier wird in den vier Fallbeispielen ein zusätzlicher Aspekt der unterschiedlichen sozialen Herkunft deutlich. Während Frau Axmann und Herr Tabbert wussten, was für eine Weiterverfolgung der Wissenschaftskarriere notwendig ist, realisierten Frau Hutter und Herr

---

<sup>55</sup> Nina Baur/Robert J. Schmidt, Das Doktoranden-Betreuer-Verhältnis, in: *Soziologie* 39, 1, 2010, 27-50, hier 43.

Fabel erst gegen Ende der Promotion, dass ihnen Publikationen und Netzwerke fehlten und damit für sie der weitere Weg in der Wissenschaft erschwert sein würde. Die von beiden kritisierte fehlende Transparenz bezüglich der Anforderungen und Möglichkeiten im Wissenschaftssystem könnte ein Hinweis darauf sein, dass hier Ungleichheiten eingelagert sind, die sich in einer mangelnden Transparenz bezüglich der Anforderungen und Möglichkeiten ausdrücken, die zum Ausschluss derjenigen beiträgt, die keine anderweitigen Informationsquellen haben. Die Verantwortung dafür, dieses Informationsdefizit auszugleichen, sehen die Promovierenden aus dem bildungsfernen Milieu deutlich bei ihrem Betreuer bzw. ihrer Betreuerin; von den Betreuungspersonen erwarten sie, in das Wissenschaftssystem eingeführt zu werden, die Spielregeln erklärt zu bekommen und zum Teil auch in deren Anwendung unterstützt zu werden. In beiden Fällen erfolgte jedoch keine Einführung. Frau Hutter und Herr Fabel scheinen so mittelbar aufgrund ihrer sozialen Herkunft selektiert zu werden. Selbst das strukturierte Promovieren im Fall von Herrn Fabel kann sein Cooling out nicht verhindern.

Obwohl Frau Hutter und Herr Fabel deutlich unterstreichen, wie problematisch die fehlende Transparenz über Anforderungen an und Spielregeln für eine Wissenschaftskarriere ist und damit institutionelle Einflussfaktoren benennen, stellen sie dennoch ihren jeweiligen Entschluss, aus der Wissenschaft auszusteigen, als individuelle Entscheidung dar, genau wie dies im Cooling-out-Konzept beschrieben wird. Herr Fabel beispielsweise begründet seine Entscheidung mit den strukturellen Unsicherheiten der Wissenschaftskarriere und nimmt keinen Bezug auf die institutionellen Bedingungen, die faktisch durchaus Einfluss auf seine Entscheidung gegen diesen Weg der Hochschulkarriere hatten. Frau Axmann bezieht ihren Ausstieg aus der Wissenschaftskarriere eher auf ihre fehlende charakterliche Eignung, im Wissenschaftssystem bestehen zu können, und begründet diese schließlich ebenfalls wie Herr Fabel mit der strukturellen Unsicherheit im Wissenschaftssystem. Anders als Frau Hutter und Herr Fabel waren es in Frau Axmanns Fall weniger die nicht wahrgenommenen Möglichkeiten, sondern die negativen Erfahrungen innerhalb des Betreuungsverhältnisses und der dadurch entstandene hohe psychische Druck, die bei ihr zu einem Überdenken ihres Karriereziels Professur und somit zu einem Cooling out führten. In allen drei Fällen kommt es zu einer Entmutigung und Demotivation in Bezug auf das Karriereziel Professur. Und in allen drei Fällen bleiben den Interviewpersonen die institutionellen Einflüsse auf die Verschiebungen in ihren wissenschaftsbezogenen Karrierezielen verborgen.

Neben der Wahrnehmung von Chancen und Möglichkeiten hat auch die Vermittlung von „Passfähigkeit“ einen großen Einfluss auf die Karriereplanung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Gerade diese Vermittlung scheinen die Doktorandinnen und Doktoranden von ihren Betreuungspersonen zu erwarten.

Welch hohen Einfluss die wahrgenommene „Passfähigkeit“ haben kann, zeigt der Fall von Herrn Tabbert, der als einziger trotz Erfahrungen von Cooling out weiterhin eine Wissenschaftskarriere anstrebt. Ähnlich wie Frau Axmann verfügt er über die notwendigen Qualifikationen. Darüber hinaus hat er im Arbeitsumfeld deutlich mehr positive Erfahrungen gesammelt als sie und durch die Tatsache, dass seine Doktormutter überwiegend nur mit ihm und nicht mit anderen Promovierenden publiziert hat, indirekt vermittelt bekommen, dass er „passfähig“ ist.

Somit lässt sich zusammenfassen, dass für Promovierende die Betreuungssituation durchaus großen Einfluss auf die Wahrnehmung einer Zukunftsperspektive in der Wissenschaft haben kann. Vor allem eine mangelnde Einführung in die Spielregeln des Wissenschaftsbetriebs, eine fehlende Vernetzung und Einbindung in die Scientific Community sowie die Tatsache, dass Kriterien für eine erfolgreiche Wissenschaftskarriere intransparent sind, können zu einem Cooling out beitragen. Unseren Ergebnissen zufolge scheint dafür die soziale Herkunft mindestens so bedeutsam wie das Geschlecht zu sein.

## **7. Mentoring als Ansatz zu einer verbesserten Betreuungssituation?**

Ein Ansatz, mangelnde Betreuung durch die Doktoreltern zumindest teilweise auszugleichen und eine bessere Einführung in den Wissenschaftsbetrieb und die Scientific Community zu befördern, kann Mentoring sein. Mentoring bezeichnet eine dyadische Beziehung zwischen einer oder einem erfahrenen, arrivierten Wissenschaftler/in und einer oder einem Nachwuchswissenschaftler/in. Es ist im Wissenschaftsbetrieb im Rahmen informell geschlossener Förderbeziehungen weit verbreitet und verfügt über eine lange Tradition.<sup>56</sup> Insbesondere werden Mentoringbeziehungen dabei zwei Funktionsdimensionen zugeschrieben: Karriereförderung sowie psychosoziale Unterstützung.<sup>57</sup> So erfahren Mentees von ihren Mentorinnen und Mentoren Unterstützung zum einen bei der Integration in

---

<sup>56</sup> Vgl. *Uta Schlegel*, Unfreiwillige Vielfalt. Gleichstellungspolitische Maßnahmen an Hochschulen, in: *die hochschule* 12, 2, 2003, 28-49, hier 38; *Sonjia Parker Redmond*, Mentoring and Cultural Diversity in Academic Settings, in: *American Behavioral Scientist* 34, 2, 1990, 188-200, hier 188.

<sup>57</sup> Vgl. u. a. *Jane L. Fowler/John G. O’Gorman*, Mentoring Functions: A Contemporary View of the Perceptions of Mentees and Mentors, in: *British Academy of Management* 16, 1, 2005, 51-57, hier 51; *Christy Chandler*, Mentoring and Women in Academia. Reevaluating the Traditional Model, in: *NWSA Journal* 8, 3, 1996, 79-100, hier 81. Quelle: <http://web.mit.edu/cortiz/www/Diversity/MentoringAndWomenInAcademia.pdf> (29.11.2009); *Belle Rose Ragins/Kathy E. Kram* (Hrsg.), *The Handbook of Mentoring at Work, Theory, Research and Practice*. Thousand Oaks/Los Angeles/London/New Delhi/Singapore 2007, 5-7.

die Scientific Community, und können so an Sichtbarkeit gewinnen.<sup>58</sup> Zum anderen können Mentorinnen und Mentoren ihren Mentees ein Gefühl von „Passfähigkeit“ vermitteln und so eine möglicherweise aus einer Minoritätenposition resultierende Isolation verhindern, die letztendlich in einem Ausscheiden aus dem Wissenschaftsbetrieb resultieren kann.<sup>59</sup> Gefühlte „Passfähigkeit“ kann einem Cooling out entgegenwirken. In diesem Sinne konstatieren Tammy D. Allen und Lillian T. Eby, dass unter Mentierten das Risiko von Dropping Out geringer sei als unter Nichtmentierten.<sup>60</sup>

Bei der Betrachtung von Mentoring für die Promotionsphase ist zu beachten, dass Mentoring selbstverständlich nicht die bestehenden asymmetrischen Strukturen von Betreuungsverhältnissen und den sie umgebenden institutionellen Rahmen ersetzen kann, sondern vielmehr als Ergänzung etwa zur Betreuung durch die Doktoreltern zu verstehen ist. So können die im Idealfall den Doktoreltern zufallenden Begleitungen bei Publikationen, bei der Integration in die Scientific Community und die psychosoziale Unterstützung von Nachwuchswissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern im Rahmen von Mentoringbeziehungen durch den Mentor bzw. die Mentorin übernommen werden. Dies kann zum einen zu einer Entlastung der Betreuenden beitragen, zum anderen aber auch das Ausmaß reduzieren, in dem Promovierende bei der Integration in die Scientific Community sowie emotional auf ihre Betreuenden angewiesen sind.

Allerdings zeigen – insbesondere im US-amerikanischen Umfeld entstandene – Studien, dass die Chancen, eine Mentoringbeziehung zu unterhalten, unterschiedlich verteilt sind. Insbesondere Angehörige marginalisierter Gruppen verfügen über weitaus schlechtere Möglichkeiten, in den Genuss einer solchen Beziehung zu kommen.<sup>61</sup> Dies resultiert zum einen aus bestehenden Vorurteilen, die sich insbesondere im Hinblick auf Frauen negativ auf eine potenzielle Förderung auswirken können.<sup>62</sup> Zum anderen begründet es sich in der Tendenz, dass in der Regel Personen als Mentees in Betracht gezogen und gefördert werden,

---

<sup>58</sup> Vgl. *Angela M. Young/Steven Cady/Marguerite J. Foxon*, Demystifying Gender Differences in Mentoring: Theoretical Perspectives and Challenges for Future Research on Gender and Mentoring, in: *Human Resource Development Review* 5, 2, 2006, 148-175, hier 149.

<sup>59</sup> Vgl. *Chandler* (wie Anm. 57), 87 und 95; *Julianne S. Lark/James M. Croteau*, Lesbian, Gay, and Bisexual Doctoral Students' Mentoring Relationships with Faculty Counseling Psychology: A Qualitative Study, in: *The Counseling Psychologist* 26, 5, 1998, 754-776, hier 755-757 und 773; *Glenda M. Russell/Sharon G. Horne*, Finding Equilibrium: Mentoring, Sexual Orientation, and Gender Identity, in: *Professional Psychology: Research and Practice* 40, 2, 2009, 194-200, hier 195.

<sup>60</sup> *Tammy D. Allen/Lillian T. Eby*, Factors Related to Mentor Reports of Mentoring Functions Provided: Gender and Relational Characteristics, in: *Sex Roles* 50, 1/2, 2004, 129-139, hier 129.

<sup>61</sup> Vgl. *Redmond* (wie Anm. 56), 189.

<sup>62</sup> Vgl. *Young et al.* (wie Anm. 58), 151.

die als dem Mentor bzw. der Mentorin ähnlich wahrgenommen werden (*Similarity-Attraction Paradigm*).<sup>63</sup> Diese Tendenz zur Homophilie wirkt sich nachteilig insbesondere auf marginalisierte Gruppen aus, da die Mehrzahl der potenziellen Mentorinnen und Mentoren (also der etablierten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler) weiß, männlich und heterosexuell orientiert ist und sich bisher nur wenige Individuen mit davon abweichenden Attributen etablieren konnten. Somit ist die Zahl potenzieller bzw. wahrscheinlicher (informeller) Mentorinnen und Mentoren für diese vom herrschenden heteronormativ geprägten Bild des weißen, männlichen, der Mittelschicht entspringenden Wissenschaftlers gering.<sup>64</sup>

Einen Ausgleich für die hierin liegende Chancenungleichheit können formelle und zielgruppenspezifische Mentoringprogramme leisten, indem sie gezielt benachteiligte Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler mit etablierten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern zusammenbringen, die willens sind, sie zu fördern. In diesem Sinne könnten formelle Mentoringprogramme Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern, die Marginalisierungsmerkmale aufweisen, gezielt unterstützen und somit zu einer verbesserten Chancengleichheit im Wissenschaftssystem beitragen.<sup>65</sup>

Inwiefern Mentoring darüber hinaus auf eine Veränderung bestehender Strukturen hinwirken kann, scheint fraglich. Zum einen kann Mentoring, so Astrid Franzke, gewichtige Synergieeffekte bewirken, wenn es mit anderen Maßnahmen, insbesondere mit organisationalen Veränderungen, verbunden und gezielt eingesetzt wird.<sup>66</sup> Zum anderen jedoch sind Mentoringprogramme bisher eben nicht mit organisationalen Veränderungen verknüpft, so dass die erzielten Wirkungen zumeist auf der individuellen Ebene verbleiben.<sup>67</sup> Somit stellt Men-

---

<sup>63</sup> Vgl. u. a. *Donn Byrne*, An Overview (and Underview) of Research and Theory within the Attraction Paradigm, in: *Journal of Social and Personal Relationships* 14, 3, 1997, 417-431; *Elizabeth Mannix/Margaret A. Neale*, What Differences Make a Difference? The Promise and Reality of Diverse Teams in Organizations, in: *Psychology in the Public Interest* 6, 2, 2005, 31-55; *Young et al.* (wie Anm. 58), 152; *Helen M. Woolnough/Marilyn J. Davidson*, Mentoring as a Career Development Tool: Gender, Race and Ethnicity Implications, in: *Diana Bili-moria/Sandy Kristin Piderit* (Hrsg.), *Handbook on Women in Business and Management*. Cheltenham/Northampton 2007, 154-177, hier 162; *Chandler* (wie Anm. 57), 82.

<sup>64</sup> Vgl. *Woolnough/Davidson* (wie Anm. 63), 162.

<sup>65</sup> Dass eine solche Zielsetzung der gezielten Förderung von Angehörigen marginalisierter Gruppen im Rahmen offizieller Mentoringprogramme über eine Aufstiegsförderung von Frauen hinaus im deutschen Kontext jedoch nicht existiert, zeigte eine Bestandserhebung im Rahmen unseres Forschungsprojekts. Aufgrund der gebotenen Kürze dieses Beitrags können die Ergebnisse der Bestandserhebung hier nicht näher vorgestellt werden.

<sup>66</sup> *Astrid Franzke*, Mentoring für Frauen an Hochschulen – Potentiale für strukturelle Veränderungen?, in: *die hochschule* 12, 2, 2003, 93-107, hier 96.

<sup>67</sup> Vgl. *Schlegel* (wie Anm. 56), 42.

toring eine in erster Linie auf individuelle Unterstützung abzielende Maßnahme dar, die im Rahmen struktureller und organisationaler Maßnahmepakete zu einer Entlastung des Betreuungsverhältnisses zwischen Doktoreltern und Promovierenden beitragen kann.

Annette Vogt

## **Wissenschaftlerinnen in Deutschland von 1895 bis 1945 im internationalen Vergleich**

Die Mathematikerin Sof'ja Kovalevskaja (1850-1891) durfte 1870 als Frau die Räume der Berliner Universität nicht einmal betreten und erhielt von Karl Weierstraß (1815-1897) Privatunterricht. Sie promovierte 1874 - in absentia - in Göttingen und wurde 1884 an der Universität Stockholm die erste Professorin für Mathematik. Gösta Mittag-Leffler (1846-1927), einer der vielen Weierstraß-Schüler in Europa, hatte entscheidend dazu beigetragen. Ihm schrieb Karl Weierstraß im Mai 1886 über die Verantwortung bzw. die Aufgabe, die Sof'ja Kovalevskaja erfüllen sollte:

„Ich halte es ... für meine Pflicht, Ihnen meine Besorgnis, ... mitzuteilen, ... Unsere Freundin hat eine ... Lebensaufgabe, die wahrlich gross genug ist, um auch der Ehrgeizigsten und Thatendurstigsten ihres Geschlechts zu genügen. Sie hat den Beruf, nicht nur zu zeigen, dass eine Frau befähigt ist, in der strengsten und abstractesten Wissenschaft Tüchtiges zu leisten, sondern auch durch die That einer kopfschüttelnden Welt den Beweis zu liefern, dass auch auf den Kathedern unserer Universitäten ein weiblicher Professor mit Ehren bestehen kann. Ich würde es, nicht nur um ihretwegen, sondern auch der Sache halber, auf das tiefste beklagen, wenn Frau K., sei es durch äussere Schwierigkeiten, sei es durch Zersplitterung ihrer Kräfte behindert würde, die Stelle, an der zu wirken sie berufen ist, siegreich und allen neidischen oder vorurtheilsvollen Gegnern zum Trotz zu behaupten.“<sup>1</sup>

Es sollten 33 Jahre vergehen, ehe eine Wissenschaftlerin in Berlin auf einem Katheder stehen konnte, noch immer nicht als Professorin, sondern als erste Privatdozentin. Und noch immer existierten „*neidische oder vorurtheilsvolle Gegner*“, wie Weierstraß sie nannte. In der Weimarer Republik gab es einen kleinen Fortschritt, die Habilitation für Frauen wurde möglich; das Verbot (der Erlass) von 1908 wurde 1920 aufgehoben. Bereits 1919 habilitierten an vier Universitäten vier Wissenschaftlerinnen, darunter die Genetikerin Paula Hertwig (1889-1983) in Berlin. Zum Glück für nachfolgende Privatdozentinnen entsprach Paula Hertwig dem strengen Anspruch der Fakultätsmitglieder und bestätigte das Rollenbild der Ausnahme, der man die Teilhabe in der akademischen Welt nicht länger verweigern wollte. Im Folgenden soll die Situation für Wissenschaftlerinnen in Deutschland von 1895 bis 1945 skizziert werden, d. h. während des

---

<sup>1</sup> Karl Weierstraß an Gösta Mittag-Leffler, 7.5.1886, in: Institut Mittag-Leffler. Zitiert in: Cordula Tollmien, Fürstin der Wissenschaft. Die Lebensgeschichte der Sof'ja Kowalewskaja, Weinheim/Basel 1995, 137-138.

Kaiserreiches, der Weimarer Republik und der NS-Zeit. Betrachtet werden auch die Rollenbilder und die Berufschancen in der akademischen Welt.

## 1. Wissenschaftlerinnen im Kaiserreich

Die ersten Akademikerinnen wurden in der Literatur oft die „Pionierinnen“ genannt.<sup>2</sup> Man kann sie auch mit Hilfe der Begriffe „Ausnahme“ bzw. „Außenseiterin“ charakterisieren. Beide Begriffe beschreiben den Status in der sie umgebenden Männerwelt, d. h. in der Welt der Wissenschaft, der „scientific community“. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts gehörten Wissenschaftlerinnen in Deutschland schon aufgrund der kleinen Anzahl zu den Ausnahmen. Ihr Status war höchst ambivalent: Für die, die in die Wissenschaften drängten, war diese Haltung ihnen gegenüber sehr hilfreich, sie sicherte ihnen die notwendige Unterstützung und Förderung einzelner Universitäts-Gelehrter. Sie benötigten Freunde, Unterstützer, Helfer - die Ausnahmen unter den Professoren, bezogen auf die Haltung der Mehrheit der männlichen Gelehrten gegenüber studierenden und wissenschaftlich arbeitenden Frauen. Zugleich bedeutete dies, dass damit gewollt oder ungewollt der Zustand des allgemeinen Ausschließens von Frauen aus dem Hochschul- und Wissenschaftsbetrieb für alle Zeiten unverrückbar schien, dass an den bestehenden ungleichen Bedingungen nichts geändert werden musste. Es bestand auch ein Zusammenhang mit der kleinen Anzahl der "Ausnahmefrauen". Barbara Hahn formulierte es mit dem Satz: *„Deshalb braucht man auch immer nur eine Frau; Pluralität ist unerwünscht und unerlaubt.“*<sup>3</sup>

## Antifeminismus und Antisemitismus

In den Äußerungen von Gegnern der Juden *und* der Frauen, die im 19. und 20. Jahrhundert artikuliert wurden, gab es offenkundige Gemeinsamkeiten. Auf Übereinstimmungen im Empfinden der Diskriminierungen durch die Umwelt bei Frauen und Juden machten beispielsweise Christina von Braun und Barbara Hahn aufmerksam.<sup>4</sup> Von Braun regte an, autobiographische Zeugnisse deutscher

<sup>2</sup> Vgl. z. B. den Titel und die Einzelporträts in: *Anne Schlüter* (Hrsg.), *Pionierinnen, Feministinnen, Karrierefrauen? Zur Geschichte des Frauenstudiums in Deutschland*. Pfaffenweiler 1992.

<sup>3</sup> *Barbara Hahn*, in: Barbara Hahn (Hrsg.), *Frauen in den Kulturwissenschaften*. Von Lou Andreas-Salome bis Hannah Arendt, München 1994, 21.

<sup>4</sup> Vgl. *Christina von Braun*, *Antisemitismus und Misogynie. Vom Zusammenhang zweier Erscheinungen*, in: Jutta Dick/Barbara Hahn (Hrsg.), *Von einer Welt in die andere. Jüdinnen im 19. und 20. Jahrhundert*, Wien 1993, 179-196, bes. 191-192 und *Barbara Hahn*, *Frauen in den Kulturwissenschaften* (wie Anm. 3).

Juden zu lesen und dabei jeweils das Wort „Jude“ durch das Wort „Frau“ zu ersetzen, sodass die Parallelen sofort sichtbar würden.

Eine Liste der Autoren, die Antisemiten *und* Gegner der Frauen waren, auch und besonders aus dem akademischen Milieu, wäre lang. Heinrich von Treitschke (1834-1896), Professor an der Berliner Universität und von 1871 bis 1884 Mitglied des Reichstages, war als Antisemit berüchtigt, und er war auch ein erklärter Gegner des Frauenstudiums. Treitschke löste 1879 mit seinem Aufsatz „Unsere Aussichten“ den sogenannten Antisemitismus-Streit aus, von ihm stammte der Satz „*Die Juden sind unser Unglück*“.<sup>5</sup> Als entschiedener Gegner des Frauenstudiums hatte er in seinen Politik-Vorlesungen gegifftet:

„Es ist also eine schändliche moralische Schwäche so vieler wackerer Männer heute, daß sie angesichts der Schreierei der Zeitungen davon reden, unsere Universitäten der Invasion der Weiber preiszugeben und dadurch ihren ganzen Charakter zu verfälschen. Hier liegt eine unbegreifliche Gedankenschwäche vor ... Soll wegen einer Zeitungsphrase die herrliche Institution unserer Universitäten korrumpiert werden?“<sup>6</sup>

Über die Wahrnehmung des Antisemitismus gibt es viele literaturwissenschaftliche und geschichtliche sowie autobiographische Arbeiten. Im Vergleich dazu sind viel seltener authentische Berichte von Frauen über ihre Erlebnisse mit alltäglichen Beschimpfungen, Schikanen, verbalen Angriffen oder offenkundigen Benachteiligungen in der akademischen Welt überliefert. Nur vereinzelt wurden in Erinnerungen Erlebnisse im Hörsaal geschildert, wenn z. B. ein Professor demonstrativ nur die männlichen Studierenden begrüßte, wenn die im Hörsaal sitzenden Frauen gleichsam Luft waren, wenn Kommilitonen sich an der Schmähung oder spöttischen Angriffen mit Lust beteiligten.<sup>7</sup> Ob die Wissenschaftlerinnen, die als Ausnahme gelobt wurden, dies als Schmeichelei oder als Beleidigung auffassten, muss angesichts fehlender Quellen offenbleiben. Mit wiederholter Leistung um Anerkennung ringen - das war das Vorgehen jener Frauen, die Gleichberechtigung und Akzeptanz im akademischen Betrieb anstrebten. Es gab jedoch keine Alternative, wenn sie Wissenschaftlerin sein wollten.

<sup>5</sup> Vgl. Walter Boehlich (Hrsg.), *Der Berliner Antisemitismusstreit*. Frankfurt 1988 (1. Aufl. 1965).

<sup>6</sup> *Heinrich von Treitschke*, Politik-Vorlesungen. Zitiert nach: Barbara Duden/Hans Ebert, *Die Anfänge des Frauenstudiums an der Technischen Hochschule in Berlin*, in: Reinhard Rürup (Hrsg.), *Wissenschaft und Gesellschaft. Beiträge zur Geschichte der Technischen Universität Berlin. 1879-1979*, Bd. 1, Berlin/Heidelberg/New York 1979, 403-423, hier 403.

<sup>7</sup> Zu den wenigen Erinnerungen, die Diskriminierungen im Studium schilderten, gehörte *Ingeborg Rapoport*, *Meine ersten drei Leben. Erinnerungen*, Berlin 1997.

## Das Rollenbild der Frau im Kaiserreich

Im deutschen Kaiserreich gab es kein einheitliches Bild von „der Frau“, dominierend für Rollenzuschreibungen und -erfüllungen war ihre Herkunft. Daraus leiteten sich verschiedene Rollenbilder sowie unterschiedliche Modelle für Erziehung, Ausbildung und Zukunftschancen ab.<sup>8</sup> Überlegungen über eine angemessene Berufstätigkeit für Töchter aus gehobenem Stande wurden vor allem dann erörtert, wenn diese unverheiratet gebliebenen Frauen zum „Problem“ wurden. War eine angemessene Eheschließung nicht möglich, mussten Berufe gefunden werden, die das Ansehen nicht schmälerten und den Lebensunterhalt sicherten. In den langen Auseinandersetzungen um das Für und Wider des Frauenstudiums in Deutschland wurden immer wieder Argumente vorgebracht, die das Studium für die unglücklichen, nicht verheirateten bzw. nicht zu verheiratenden, Töchter aus „gutem Hause“ ermöglichen sollten. Für die Vertreter dieser Auffassung (Frauen und Männer) ging es nicht um das Studium als Voraussetzung für eine Wissenschaftler-Laufbahn, sondern um ein Studium zur Erlangung akademischer Abschlüsse, die anschließend die Ausübung eines standesgemäßen Berufs erlaubten. Gleichzeitig war damit implizit die Idee verbunden, dass das Studium der Notversorgung lediger Töchter dienen sollte, alle anderen Mädchen aber weiterhin dem Rollenbild der verheirateten Frau und Mutter zu entsprechen hatten. Am hartnäckigsten hielt sich in den Debatten um „die Frau“ die Auffassung von ihrer zentralen Lebensaufgabe, liebende und gehorsame Ehefrau und gute Mutter zu sein. Die juristische Fixierung und Festlegung dieses Rollenmodells als des einzig möglichen und erstrebenswerten wurde mit der Annahme des Bürgerlichen Gesetzbuches 1900 sanktioniert,<sup>9</sup> die Kirchen (die protestantische und die katholische) betonten dieses Bild ebenfalls. Selbstständige, finanziell unabhängige, berufstätige Frauen waren in diesem Rollenmodell nicht vorgesehen. Es gab für Mädchen, die studieren wollten, Vorbilder nur außerhalb Deutschlands.

Es existiert eine lange Vorgeschichte der Auseinandersetzungen um das Frauenstudium in Deutschland bzw. Preußen. Die Debatten wurden von Vertreterinnen der Frauenbewegung geführt, von aufgeschlossenen Männern und Frauen des Bildungsbürgertums unterstützt, sie gewannen im internationalen

---

<sup>8</sup> Vgl. *Ute Gerhard*, unter Mitarbeit von Ulla Wischermann, *Unerhört. Die Geschichte der deutschen Frauenbewegung*, Reinbek 1990 und *Ute Frevert*, *Frauen-Geschichte. Zwischen Bürgerlicher Verbesserung und Neuer Weiblichkeit*. Frankfurt 1986.

<sup>9</sup> Vgl. *Konstanze Plett/Sabine Berghahn*, 100 Jahre BGB: Das Familienrecht als die (un)heimliche Verfassung, in: Elisabeth Dickmann/Eva Schöck-Quinteros (Hrsg.) unter Mitarbeit von Sigrid Dauks, *Barrieren und Karrieren. Die Anfänge des Frauenstudiums in Deutschland*, Berlin 2000, 363-382.

Vergleich<sup>10</sup> an Brisanz und mündeten in einer Vielzahl von Eingaben und Denkschriften. Die Auseinandersetzungen dauerten fast 30 Jahre und führten 1895 zu einem ersten Erfolg: Frauen wurde das Gasthörerrecht an deutschen Universitäten eingeräumt. Sie durften Vorlesungen besuchen und an Seminaren teilnehmen, wenn der Antrag auf Vorlesungsbesuch vom jeweiligen Professor unterstützt, von der zuständigen Fakultät befürwortet und vom zuständigen Kultusministerium genehmigt wurde. Während in Großbritannien<sup>11</sup> und in den USA<sup>12</sup> seit ca. 1870 die ersten Wissenschaftlerinnen an „Women Colleges“ lehrten, in der Schweiz seit 1868 Frauen studierten und ab 1874 promovierten, darunter auch Deutsche, dauerten die Auseinandersetzungen in Deutschland bis zur Jahrhundertwende. Baden war das erste Land, das 1900 die Immatrikulation von Frauen ermöglichte. In Preußen dauerte es bis zum Wintersemester 1908/09. 1909 gab es bereits erfolgreich praktizierende Ärztinnen, die in der Schweiz studiert hatten, und arbeiteten einige Wissenschaftlerinnen in verschiedenen Institutionen. Sie bewiesen täglich, wie überholt die Abschließung der deutschen Universitäten und wie rückständig Deutschland war. Als 1903 die Physikerin Marie Curie (1867-1934)<sup>13</sup> ihren ersten Nobelpreis erhielt, durften Frauen in Deutschland erst in zwei Ländern, in Baden und Bayern, regulär studieren. Als Marie Curie in Paris 1908 einen Lehrstuhl erhielt, wurde in Preußen der Erlass

<sup>10</sup> Zu den internationalen Vergleichen siehe *Ilse Costas*, Der Kampf um das Frauenstudium im internationalen Vergleich, in: Anne Schlüter (Hrsg.), *Pionierinnen, Feministinnen, Karrierefrauen? Zur Geschichte des Frauenstudiums in Deutschland*, Pfaffenweiler 1992, 115-144; *dies.*, Der Zugang von Frauen zu akademischen Karrieren. Ein internationaler Überblick, in: Hiltrud Häntzschel/Hadumod Bußmann (Hrsg.), *Bedrohlich gescheit. Ein Jahrhundert Frauen und Wissenschaft in Bayern*, München 1997, 15-34; *dies.*, Professionalisierungsprozesse akademischer Berufe und Geschlecht - ein internationaler Vergleich, in: Elisabeth Dickmann/Eva Schöck-Quinteros (Hrsg.) unter Mitarbeit von Sigrid Dauks, *Barrieren und Karrieren. Die Anfänge des Frauenstudiums in Deutschland*, Berlin 2000, 13-32.

<sup>11</sup> Zur Geschichte der Women Colleges in Großbritannien vgl. für Cambridge *Muriel Clara Bradbrook*, „That infidel place“. A short history of Girton College. 1869-1969, London 1969; *Rita McWilliams-Tullberg*, *Women at Cambridge. A Men's University - Though of a Mixed Type*, London 1975 und *Edward Shiles/Carmen Blacker* (Hrsg.), *Cambridge Women. Twelve Portraits*, Cambridge 1996.

<sup>12</sup> Zur Entwicklung in den USA vgl. das Standardwerk von *Margaret W. Rossiter*, *Women Scientists in America. Struggles and Strategies to 1940*. Baltimore/London 1982; *dies.*, *Women Scientists in America. Before Affirmative Action. 1940-1972*. Baltimore/London 1995.

<sup>13</sup> Zu Marie Curie vgl. *Pnina G. Abir-Am/Dorinda Outram* (Hrsg.), *Uneasy Careers and intimate Lives. Women in Science 1789-1979*, New Brunswick/London 1987; *Soraya Boudia*, *The Curie Laboratory: Radioactivity and Metrology*, in: *History and Technology* 13 (1997), No. 4, 249-265; *Eve Curie*, *Madame Curie. Eine Biographie*, Frankfurt 1994, *Xavier Roqué*, *Marie Curie and the radium industry*, in: *History and Technology* 13 (1997), No. 4, 267-291; *Soraya Boudia*, *Marie Curie et son laboratoire: sciences et industrie de la radioactivité en France*, Paris 2001; *Barbara Goldsmith*, *Marie Curie: die erste Frau der Wissenschaft*, München 2010.

für das Frauenstudium ausgesprochen. Als sie 1911 ihren zweiten Nobelpreis erhielt, beendeten an der Philosophischen Fakultät der Berliner Universität vier Frauen ihre Promotion, so viele, wie 1903 und 1907 unter Ausnahmehbedingungen. Jene Frauen, die an der Berliner Universität *vor* dem Immatrikulations-Erlass 1908 studierten *und* promovierten, galten zu Recht als Ausnahmen, denn es wurde ihnen jeweils nur „ausnahmsweise“ der Abschluss des Studiums mit dem Doktordiplom erlaubt.<sup>14</sup> Damit sie diese Genehmigungen erhielten, mussten sich Befürworter an der Berliner Universität einsetzen - die männlichen Ausnahmen unter den Professoren.

Der Berliner Gelehrte Arthur Kirchhoff befragte 1895/1896 Kollegen aus ganz Deutschland zu ihrer Meinung zum Frauenstudium und der eventuellen Einrichtung von Frauen-Universitäten. Er publizierte 1897 die Antworten von 126 Wissenschaftlern, Lehrern und Schriftstellern, darunter einer ganzen Reihe Berliner Akademie-Mitglieder.<sup>15</sup> Von den 126 Stellungnahmen stammten 15 von Naturwissenschaftlern. Kirchhoffs Buch ist eine bemerkenswerte Dokumentation über die Haltung der deutschen Professoren zu der lange diskutierten Frage, ob sich die deutschen Universitäten den Frauen öffnen sollten oder nicht. Die Argumentationen wurden oft wiederholt, und die Antworten spiegelten die wesentlichen konträren Auffassungen wider. Zum einen gab es die strikt Ablehnenden, sie kamen meist aus den Bereichen Medizin<sup>16</sup> und den Geisteswissenschaften. Dann gab es die Befürworter des Frauenstudiums in Ausnahmefällen. Die Vertreter der Position „ja - in Ausnahmefällen“ kamen meist aus der Mathematik und den Naturwissenschaften.<sup>17</sup> Schließlich befürwortete eine kleine Gruppe von Professoren die Einrichtung spezieller Frauen-Universitäten, aber aus Furcht vor dem Sittenverfall bei den männlichen Studierenden, wenn Frauen hinzukämen.

---

<sup>14</sup> Zu den Ausnahme-Promovendinnen an der Philosophischen Fakultät der Berliner Universität vgl. *Annette Vogt*, Vom Hintereingang zum Hauptportal? Lise Meitner und ihre Kolleginnen an der Berliner Universität und in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Stuttgart 2007, 69-77.

<sup>15</sup> Vgl. *Arthur Kirchhoff* (Hrsg.), Die akademische Frau. Gutachten hervorragender Universitätsprofessoren, Frauenlehrer und Schriftsteller über die Befähigung der Frau zum wissenschaftlichen Studium und Berufe, Berlin 1897.

<sup>16</sup> Zu den Auffassungen der Mediziner vgl. *Johanna Bleker*, „Deutsche Wissenschaft ist Männerwerk“. Der Eintritt der Frauen in die Gelehrtenrepublik, eine Zeitenwende?, in: *Johanna Bleker* (Hrsg.), Der Eintritt der Frauen in die Gelehrtenrepublik. Zur Geschlechterfrage im akademischen Selbstverständnis und in der wissenschaftlichen Praxis am Anfang des 20. Jahrhunderts. (= Abhandlungen zur Geschichte der Medizin und der Naturwissenschaften, Heft 84). Husum 1998, 17-30.

<sup>17</sup> Zu den Auffassungen der Mathematiker, Astronomen und Naturwissenschaftler vgl. *Annette Vogt* (wie Anm. 14), 37-43.

## Die Berufschancen und -möglichkeiten für Akademikerinnen im Kaiserreich

Studierwillige Frauen mussten folglich froh sein, wenn sie bei Professoren studieren konnten, die ihnen das Studium „erlaubten“ und sie förderten. Welche Berufschancen hatten sie? Sie konnten auf das Rollenmodell des 18. Jahrhunderts zurückgreifen, einen Wissenschaftler heiraten und - wenn er einverstanden war - mit ihm arbeiten.<sup>18</sup> Eine selbstständige Tätigkeit blieb ihnen noch verwehrt. Ab 1900 gab es Verbesserungen der Bildungschancen für Mädchen, die Errichtung von Mädchengymnasien, Lyzeen sowie Studienanstalten, und den dadurch bedingten Bedarf an Lehrerinnen.<sup>19</sup> Die für studierte Frauen zuerst infrage kommenden und relativ früh in der Öffentlichkeit anerkannten Berufe für Frauen waren die der Lehrerin<sup>20</sup> und der Ärztin.<sup>21</sup> Für Lehrerinnen gab es zwei einschränkende Bedingungen. Staatliche bzw. städtische Schulen waren für Frauen aus jüdischen Familien meist verschlossen<sup>22</sup> - ein Beispiel für den „gewöhnlichen“ Antisemitismus im Kaiserreich. Und mit der Wahl des Berufs war der Verzicht auf ein Familienleben verbunden, weil verheiratete Lehrerinnen aus dem Schuldienst entlassen werden konnten, weshalb dies in der Literatur das „Zölibat“ oder „Beamten-Zölibat“ genannt wird. Nur in absoluten Krisensituationen, d. h. in Kriegszeiten, durften verheiratete Lehrerinnen tätig sein.

Um die Jahrhundertwende existierten in Berlin die Akademie der Wissenschaften und die Friedrich-Wilhelms-Universität. Beide repräsentierten unterschiedliche Wissenschafts-, Elite- und Forschungsmodelle, aber beide Institutionen schlossen Wissenschaftlerinnen aus ihren Klassen bzw. Fakultäten aus. Weitere staatliche wissenschaftliche Institutionen, die Technische Hochschule (TH) Berlin-Charlottenburg, die Physikalisch-Technische Reichsanstalt (PTR)

<sup>18</sup> Zu Wissenschaftlerinnen im 17. und 18. Jh. vgl. *Londa Schiebinger*, *The mind has no sex? Women in the Origins of Modern Science*, Cambridge/London 1989; *Dies.*, *Nature's Body. Gender in the Making of Modern Science*, Boston 1993.

<sup>19</sup> Zur Geschichte der Mädchenbildung vgl. *Elke Kleinau/Claudia Opitz*, *Geschichte der Mädchen- und Frauenbildung*, Band 1: Vom Mittelalter bis zur Aufklärung, Band 2: Vom Vormärz bis zur Gegenwart. Frankfurt 1996.

<sup>20</sup> Zu den Lehrerinnen vgl. *Harald Wildhagen*, „Laß dich gelüsten nach der Männer Bildung ...“ Mädchenbildung in Preußen. Geschichte einer höheren Mädchenschule in Berlin-Wilmersdorf, Berlin 1994.

<sup>21</sup> Zum Arztberuf für Frauen und den ersten Ärztinnen vgl. *Johanna Bleker* (wie Anm. 16); *Eva Brinkschulte* (Hrsg.), *Weibliche Ärzte. Die Durchsetzung des Berufsbildes in Deutschland*, Berlin 1994 sowie *Johanna Bleker/Sabine Schleiermacher* (Hrsg.), *Ärztinnen aus dem Kaiserreich. Lebensläufe einer Generation*, Weinheim 2000.

<sup>22</sup> Vgl. *Recha Rothschild*, *Verschlungene Wege. Identitätssuche einer deutschen Jüdin*, Frankfurt 1994, 27; vgl. auch die Berichte im "Berliner Tageblatt" Ende 1898 und Anfang 1899 über erneute Einschränkungen für jüdische Lehrer an preußischen Schulen.

sowie die Museen boten ebenfalls bis 1914 keine Freiräume für Wissenschaftlerinnen.

In dem 1913 von Eugenie von Soden (1858-1930) herausgegebenen „Das Frauenbuch. Frauenberufe und -ausbildungsstätten“<sup>23</sup> wurden die verschiedensten Berufe für Frauen beschrieben. Unter den akademischen Berufen wurden *sieben neue* Berufe für Naturwissenschaftlerinnen vorgestellt: Gertrud Woker<sup>24</sup> „Die Chemikerin“, Rhoda Erdmann<sup>25</sup> „Die Zoologin und die Botanikerin“, Rhoda Erdmann „Die Mathematikerin und die Physikerin“, Emilie Winkelmann<sup>26</sup> „Die Architektin und die Ingenieurin“. Die Autorinnen ermutigten, ein naturwissenschaftliches Fach zu studieren. Aber die Berufsaussichten an den Universitäten waren so schlecht, dass in dem Jahr, in dem Rhoda Erdmanns Artikel erschienen, sie aus der für Wissenschaftlerinnen unbefriedigenden Lage die Konsequenz zog und in die USA ging. Die staatlich finanzierten Institutionen boten den Wissenschaftlerinnen bis zum ersten Weltkrieg die schlechtesten Bedingungen. Dagegen stellten eine Reihe privat oder mischfinanziert betriebener Laboratorien und Institute Wissenschaftlerinnen ein. Außerdem bestand in einigen wissenschaftlichen Unternehmungen der Preußischen Akademie der Wissenschaften in Berlin seit Ende des 19. Jahrhunderts die Möglichkeit, Frauen mit wissenschaftlichen Teilarbeiten zu beschäftigen, vorzugsweise in ausgewählten Gebieten der Geisteswissenschaften.<sup>27</sup> Die meisten Einrichtungen, in denen neue Be-

<sup>23</sup> Vgl. *Eugenie von Soden* (Hrsg.), *Das Frauenbuch. Frauenberufe und -ausbildungsstätten*. Stuttgart 1913.

<sup>24</sup> Zu Gertrud Woker vgl. *Gertrud Johanna Woker* (Selbstdarstellung), in: Elga Kern (Hrsg.), *Führende Frauen Europas*. Neue Folge, München 1930, 138-169; *Gerit von Leitner*, *Wollen wir unsere Hände in Unschuld waschen? Gertrud Woker (1878-1968) Chemikerin & Internationale Frauenliga*. 1915-1968, Berlin 1998; *Annette B. Vogt* *Gertrud Johanna Woker*, in: Jan Apotheker/Livia Simon Sarkadi (Hrsg.), *Weinheim* 2011, 65-67.

<sup>25</sup> Zu Rhoda Erdmann vgl. *Rhoda Erdmann* (Selbstdarstellung), in: Elga Kern (Hrsg.), *Führende Frauen Europas*, München 1928, 35-54 und *Peter Schneck*, „... ich bin ja nur eine Frau, aber Ehrgefühl habe ich auch“. Zum Schicksal der Berliner Zellforscherin Rhoda Erdmann (1870-1935) unter dem Nationalsozialismus, in: Sabine Hackethal/Jörg Schulz/Karl-Friedrich Wessel (Hrsg.), *Ein Leben für die Biologie(geschichte)*. Festschrift zum 75. Geburtstag von Ilse Jahn, Bielefeld 2000, 170-189.

<sup>26</sup> Emilie Winkelmann (1875-1951) war die erste freischaffende Architektin Deutschlands, die ab 1908 in und um Berlin vor allem Stadtvillen und Landhäuser baute; in der NS-Zeit war ihre Tätigkeit nur eingeschränkt möglich. Über Emilie Winkelmann verfasste Despina Stratigos (Bryn Mawr College, Pennsylvania) 1998 ihren PhD; den Hinweis darauf danke ich Herrn RA Detlef Feuerborn (Mannheim). Ein Teilnachlass von Emilie Winkelmann befindet sich in der Berlinischen Galerie.

<sup>27</sup> Mit dem Projekt „Frauen in den Unternehmungen der Akademie“ untersuchte Petra Hoffmann von Sommer 1998 bis Sommer 2000 diese Frage im Rahmen des Arbeitskreises "Frauen und Akademie" an der Akademie; vgl. *Petra Hoffmann*, *Innenansichten der Forschungsarbeit an der Akademie*. Zur Geschichte von Mitarbeiterinnen in den wissenschaftlichen Projekten der Preußischen Akademie der Wissenschaften zu Berlin (1890-1945), in: Wobbe, There-

rufsmöglichkeiten für Wissenschaftlerinnen entstanden, gehörten somit zur außeruniversitären Forschung. Die 1911 gegründete Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften (KWG) stellte ab 1912 relativ viele Wissenschaftlerinnen nicht nur ein, sondern bot ihnen vergleichsweise gute Arbeits- und Aufstiegsbedingungen.<sup>28</sup>

Seit Ende des 19. Jahrhunderts wurde Grundlagenforschung auch in Forschungslaboratorien der großen Industrie-Konzerne betrieben. Die Entwicklung der Industrieforschung verlief international, und Wettbewerb zwischen den Konzernen bedeutete zunehmend Wettbewerb zwischen den einzelnen Laboratorien. In einigen Laboratorien wurden Wissenschaftlerinnen frühzeitig beschäftigt, nicht nur in untergeordneten Positionen, wie es die bisherige Literatur nahelegte.<sup>29</sup> Eine der ersten Industrieforscherinnen war die 1898 in Zürich promovierte Chemikerin Marie Baum (1874-1964). Von 1899 bis 1902 war sie beim AGFA-Konzern in Berlin beschäftigt, engagierte sich danach in der Frauenbewegung.<sup>30</sup> Einige Promovendinnen in Physik und Chemie an der Berliner Universität erhielten Anstellungen bei den Firmen Siemens&Halske, AEG, AGFA, OSRAM, Schering. Von 1923 bis 1945 war Iris Runge (1888-1966) bei OSRAM bzw. Telefunken erfolgreich als Industrie-Mathematikerin tätig.<sup>31</sup> Somit

---

sa (Hg.), *Frauen in Akademie und Wissenschaft. Arbeitsorte und Forschungspraktiken 1700-2000*, Berlin 2002, 93-123 und *Theresa Wobbe*, *Die longue durée von Frauen in der Wissenschaft. Orte, Organisationen, Anerkennung*, in: dies. (Hrsg.), *Frauen in Akademie und Wissenschaft. Arbeitsorte und Forschungspraktiken 1700-2000*, Berlin 2002, 1-28, 1-28; vgl. außerdem *Petra Hoffmann* *Weibliche Arbeitswelten in der Wissenschaft. Frauen an der Preußischen Akademie der Wissenschaften zu Berlin 1890-1945*, Bielefeld 2011.

<sup>28</sup> Zu den Wissenschaftlerinnen in der KWG von 1912 bis 1945 vgl. *Annette Vogt*, *Vom Hintereingang zum Hauptportal? Lise Meitner und ihre Kolleginnen an der Berliner Universität und in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft*. Stuttgart 2007 und *dies.*, *Wissenschaftlerinnen in Kaiser-Wilhelm-Instituten. A-Z.*, 2. erw. Aufl., Berlin 2008 (= Veröffentlichungen aus dem Archiv zur Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft, Bd. 12).

<sup>29</sup> So *Christine Roloff*, *Von der Schmiegsamkeit zur Einmischung. Professionalisierung der Chemikerinnen und Informatikerinnen*, (= Aktuelle Frauenforschung, Bd. 3) Pfaffenweiler 1989; *dies.*, *Chemikerinnen. Zur Bildungs- und Berufsfrage in der Chemie*, in: Anne Schlüter (Hrsg.), *Pionierinnen, Feministinnen, Karrierefrauen? Zur Geschichte des Frauenstudiums in Deutschland*, Pfaffenweiler 1992, 201-215 und Jeffrey A. Johnson, *German women in chemistry, 1895-1925 (Part I)*, in: *NTM*, 6 (1998), No. 1, 1-21; *ders.*, *German women in chemistry, 1925-1945 (Part II)*, in: *NTM* 6 (1998), No. 2, 65-90.

<sup>30</sup> Vgl. *Marie Baum*, *Rückblick auf mein Leben*. Heidelberg 1950, wo sie aber kaum ein Wort über ihre Tätigkeit bei AGFA verlor und keine Gründe für ihr Ausscheiden angab; vgl. außerdem *Marie Baum*, *Der alte und der neue Marianne Weber-Kreis*, in: *Der Marianne Weber-Kreis. Festgabe für Georg Poensgen zu seinem 60. Geburtstag am 7. Dezember 1958*, Heidelberg 1958, 8-17 und *Marianne Weber*, *Lebens-Erinnerungen*, Bremen 1948 sowie das Nachlassverzeichnis Marie Baum, Heidelberger Universitätsbibliothek (2000).

<sup>31</sup> Vgl. Renate Tobies, „Morgen möchte ich wieder 100 herrliche Sachen ausrechnen“, Iris Runge bei Osram und Telefunken. Stuttgart 2010.

existierten für die Naturwissenschaftlerinnen deutlich bessere Berufschancen als für die Geisteswissenschaftlerinnen.

In Berlin wurden zwei Naturwissenschaftlerinnen weit über die Stadtgrenze hinaus berühmt: die Bakteriologin Lydia Rabinowitsch-Kempner (1871-1935)<sup>32</sup> und die Physikerin Elsa Neumann (1872-1902)<sup>33</sup>. Beide waren nicht an der Universität tätig, Lydia Rabinowitsch-Kempner arbeitete im Institut von Robert Koch (1843-1910) und Elsa Neumann in dem chemischen Privat-Laboratorium von Arthur Rosenheim (1865-1942) und Richard Joseph Meyer (1865-1939). Beide wurden von ihren männlichen Fachkollegen gleichberechtigt anerkannt. Während Elsa Neumann als "Fräulein Doktor" dem Klischee der unverheiratet bleibenden Forscherin entsprach, war Lydia Rabinowitsch-Kempner verheiratet und Mutter dreier Kinder. Mit Ehepartner Walter Kempner (1870-1920) bildete sie ein Forscher-Ehepaar.<sup>34</sup> Beide Wissenschaftlerinnen unterstützten die Förderung von Studentinnen.

### **Verbindungen und Netzwerke, nationale und internationale Beziehungen**

Im Kaiserreich bildeten Vereine eine wichtige Organisationsform, um bestimmte Forderungen zu artikulieren, zu propagieren und schließlich durchzusetzen. Auch regelmäßige Zirkel und Treffen gehörten dazu, sie reichten vom „Kaffeekränzchen“ bis zum Salon. Daneben gab es Zusammenkünfte, die beruflich bedingt waren und nicht selten mit einem anschließenden Besuch in einer Restauration oder im Kaffeehaus endeten. Neben den lokalen Netzwerken gab es überregionale sowie nationale und internationale. Ein und dieselbe Person konnte sowohl lokalen als auch regionalen, nationalen und internationalen Netzen angehören. Es ist evident, dass die ersten Wissenschaftlerinnen über solche Beziehungs-Netze noch nicht verfügen konnten. Für sie bestanden im Prinzip zwei

<sup>32</sup> Zu Lydia Rabinowitsch-Kempner vgl. *Robert M. W. Kempner*, Ankläger einer Epoche. Lebenserinnerungen, Frankfurt/Berlin/Wien 1983; *Christian Pross/Rolf Winau*, Nicht mißhandeln. Das Krankenhaus Moabit, Berlin 1984; *Katharina Graffmann-Weschke*, Frau Prof. Dr. Lydia Rabinowitsch-Kempner. Die führende Wissenschaftlerin in der Medizin ihrer Zeit, in: Eva Brinkschulte (Hrsg.), *Weibliche Ärzte. Die Durchsetzung des Berufsbildes in Deutschland*, Berlin 1994, 93-102; *dies.*, Lydia Rabinowitsch-Kempner (1871-1935). Leben und Werk einer der führenden Persönlichkeiten der Tuberkuloseforschung am Anfang des 20. Jahrhunderts. Herdecke 1999; *Annette Vogt*, Vom Hintereingang zum Hauptportal? Lise Meitner und ihre Kolleginnen an der Berliner Universität und in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Stuttgart 2007, S. 49, 52-53, 63, 100-101.

<sup>33</sup> Zu Elsa Neumann vgl. *Annette Vogt*, Elsa Neumann - Berlins erstes Fräulein Doktor, Berlin 1999 und *dies.*, Vom Hintereingang zum Hauptportal? Lise Meitner und ihre Kolleginnen an der Berliner Universität und in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Stuttgart 2007, S. 42, 49, 52-54, 61, 70-74, 100-101.

<sup>34</sup> Zu Forscher-Ehepaaren vgl. *Helena M. Pycior/Nancy G. Slack/Pnina G. Abir-Am*, (eds.), *Creative Couples in the Sciences*, New Brunswick/New Jersey 1996.

Möglichkeiten. Entweder wurden sie von ihren Kollegen gleichberechtigt in deren Verbindungen aufgenommen, konnten daran teilhaben und aktives und gleichberechtigtes Mitglied werden. Oder sie mussten eigene Beziehungen entwickeln und eigene Netzwerke aufbauen. Für welche Strategie sie sich entschieden, welche sie bevorzugten, hing weniger von den Wissenschaftlerinnen selbst ab. Im Gegenteil, ihr Verhalten wurde wesentlich durch den Umgang der Kollegen mit ihnen bestimmt. Waren Vereine oder Gesellschaften den Wissenschaftlerinnen gegenüber offen, mussten sie keine eigenen Verbindungen aufbauen. Waren die Widerstände gegen sie groß, wurden sie weiter diskriminiert und ausgeschlossen, dann mussten sie eigene Verbindungen gründen. Dies geschah nach zwei Vorbildern, dem der entsprechenden Männerorganisationen in Deutschland oder dem vergleichbarer Zusammenschlüsse von Frauen im Ausland, insbesondere in Großbritannien bzw. den USA.

Über die Aufnahmebedingungen für Wissenschaftlerinnen in die *Wissenschaftlichen Gesellschaften* gibt es bis jetzt keine Untersuchungen. Es sind auch keine Statistiken oder Übersichten vorhanden, aus denen hervorgeht, wann, wo, welche Wissenschaftlerinnen aufgenommen wurden. Deshalb können auch keine Vergleiche gezogen werden. Es scheinen die naturwissenschaftlichen Gesellschaften ihren Kolleginnen gegenüber aufgeschlossener, d. h. offener, gewesen zu sein als Gesellschaften der Geisteswissenschaftler. Bekannt ist, dass vereinzelt ab 1900 Wissenschaftlerinnen als Mitglied in die Physikalische und in die Chemische Gesellschaft aufgenommen wurden. Die noch nicht promovierte Elsa Neumann wurde am 3. Februar 1899 Mitglied der Physikalischen Gesellschaft.<sup>35</sup> Ihre Wahl zum Mitglied zeigt eine - mindestens ihr gegenüber bekundete - Vorurteilslosigkeit der Berliner Physiker. Um die gleiche Zeit wissen wir aus Berlin, dass die eben in Paris promovierte Medizinerin Cécile Vogt, geb. Mugnier (1875-1962) 1899 nach Berlin kam und in der „scientific community“ ihres Mannes Oskar Vogt (1870-1959) zunächst auf strikte Ablehnung traf. Obwohl sie mit ihrem Mann einen Vortrag angemeldet hatte, durfte sie 1900 in der Berliner Psychiatrisch-Neurologischen Gesellschaft als Frau nicht einmal an der Sitzung teilnehmen.<sup>36</sup> Die Physiker und Chemiker verhielten sich also aufgeschlossener ihren Kolleginnen gegenüber.

Bis 1914 pflegten die Wissenschaftler der meisten Länder enge Beziehungen untereinander, die „République de lettre“ bildete das Modell ihrer Kommunikations- und Arbeitsbeziehungen. Man darf davon ausgehen, dass die wenigen Wissenschaftlerinnen, die gleichberechtigt in die nationalen Gesellschaften ihrer Fachkollegen aufgenommen waren, auch gleichberechtigt in die internationalen Kontakte einbezogen wurden. Dies traf z. B. für die Physikerin Lise Meitner

<sup>35</sup> Vgl. *Annette Vogt*, Elsa Neumann - Berlins erstes Fräulein Doktor, Berlin 1999, 20-21.

<sup>36</sup> Vgl. *Rolf Hassler*, Cécile und Oskar Vogt, in: Kurt Kolle (Hrsg.), *Grosse Nervenärzte*, Stuttgart: Georg Thieme 1970, 45-64 (1. Aufl. 1958), 49.

(1878-1968) und später für weitere Physikerinnen zu. Über die internationalen Wissenschaftsbeziehungen der Wissenschaftlerinnen gibt es noch keine Untersuchungen. Nur aus den wenigen Biographien kann man Rückschlüsse ziehen. Neben den fachlich determinierten internationalen Beziehungen existierten für die ersten Wissenschaftlerinnen noch weitere Möglichkeiten. Wenn sie im Ausland studiert oder zeitweilig gearbeitet hatten, verfügten sie über wichtige internationale Kontakte. Die Bakteriologin Lydia Rabinowitsch-Kempner z. B. gab ihre Verbindungen zu ihrer ersten akademischen Arbeitsstätte in Philadelphia (USA) nie auf. Die Biologin Rhoda Erdmann arbeitete von 1913 bis 1918 in den USA, u. a. im Rockefeller Institute in New York und an der Yale University. Ihre amerikanischen Kollegen unterstützten sie immer wieder. Die Staatswissenschaftlerin Charlotte Lebuscher (1888-1961) absolvierte ein Teil-Studium am Girton College in Cambridge (Großbritannien) und hielt diese Beziehung immer aufrecht.

Eine zweite Möglichkeit der Auslandsbeziehungen bildeten Kontakte zur internationalen Frauenbewegung, insbesondere zu den Organisationen der Akademikerinnen (Federation of University Women) in den USA und in Großbritannien. In beiden Ländern existierten Women Colleges seit über 30 Jahren. Hier studierten Frauen nicht nur, sie arbeiteten als Lehrkräfte. Sie waren es gewöhnt, in „reinen“ Frauengremien zu agieren. Wissenschaftlerinnen aus Deutschland nahmen frühzeitig den Kontakt zu Vertreterinnen der amerikanischen und britischen Frauenbewegung auf. Unter denen, die besonders enge internationale Beziehungen pflegten, sei Alice Salomon (1872-1948)<sup>37</sup> stellvertretend genannt.

Im Unterschied zu den Geisteswissenschaftlerinnen verfügten die Naturwissenschaftlerinnen somit über zwei Vorteile. Erstens wurden sie früh in die nationalen Gesellschaften integriert und akzeptiert, was auch ihre internationalen Kontakte erleichterte. Zweitens verstanden sich die Naturwissenschaftler bis 1914 und wieder nach 1918 als eine „internationale Familie“, in der offenbar auch die - wenigen - Töchter und Schwestern willkommen waren.

## **2. Wissenschaftlerinnen in der Weimarer Republik**

Mit der Abdankung des deutschen Kaisers begann nicht nur für Wissenschaftlerinnen ein völlig neuer Zeitabschnitt. Für viele Frauen und wenige Männer stand fest, dass den Frauen nun unbedingt mehr Mitsprache in allen Fragen des Le-

---

<sup>37</sup> Zu Alice Salomons Beziehungen zu den USA vgl. *Anja Schüler*, Frauenbewegung und soziale Reform. Jane Addams und Alice Salomon im transatlantischen Dialog 1889-1933, (= Transatlantische Historische Studien, Bd.16), Stuttgart 2004; vgl. außerdem *Irmgard Maya Fassmann*, Jüdinnen in der deutschen Frauenbewegung 1865-1919, (= Haskala. Wissenschaftliche Abhandlungen hg. vom Moses-Mendelssohn-Zentrum und dem Salomon Ludwig Steinheim-Institut, Bd.6), Hildesheim/Zürich/New York 1996, 250-269.

bens eingeräumt werden müsste, zu sehr hatten die Männer versagt, war das alte Europa in einem Meer von Blut und Hass untergegangen.<sup>38</sup> Die Frauen sollten das Wahlrecht erhalten, Abgeordnete des Reichstages sein können und in allen Sphären gleichberechtigt werden - dies war Anspruch und Forderung vieler Bewegungen und Parteien. Die politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Veränderungen, die sich für Frauen in allen Bereichen des Lebens und Arbeitens ab 1918 nicht nur in Deutschland vollzogen, wurden von der zeitgenössischen Publizistik und Literatur schnell aufgegriffen und mit dem Begriff „Die neue Frau“ bzw. „Neue Frau“ umschrieben und etikettiert.<sup>39</sup> Stefan Zweig (1881-1942) nannte die seit 1900 verlaufene Entwicklung eine „*Revolution der Frau*“ und schrieb über seine Erwartungen an „*die Frau von morgen*“:

„Anders wird sie sein, das ist gewiß, sehr viel anders, die Frau von morgen, und in ihrer Entwicklung sich wenig darum kümmern, wie die Menschen von gestern und heute sie wünschen und verlangen. Sehr anders wird sie sein, denn sie hat eine ungeheure Entwicklung zu vollenden: die endgültige Befreiung von der männlich einseitigen Moral. ... ich halte es für möglich, daß eine zukünftige Kulturgeschichte diese vollkommene Umwertung und Verwandlung der europäischen Frau um 1900 sogar mehr beschäftigen wird, als der Weltkrieg.“<sup>40</sup>

In Stefan Zweigs Essay kam deutlich zum Ausdruck, wie verheerend der erste Weltkrieg gewirkt hatte und welche Hoffnungen sich mit den „neuen Frauen“ verbanden. Eine neue Generation junger Frauen betrat die Bühne des Lebens, selbstbewusster als ihre Mütter, offener, engagierter. Sie wollten sich mit dem traditionellen Rollenbild der Frau in Deutschland, vor allem Mutter und Ehefrau zu sein, nicht mehr begnügen. Sie hatten während des ersten Weltkriegs gesehen und erfahren, was Frauen leisten können, wenn man sie lässt.

Die Frauen, die die Lücken der ins Feld gezogenen Männer füllten, hatten gezeigt, dass sie „ihren Mann standen“, dass sie in der Lage waren, Tätigkeiten auszuüben, die bis dahin als Männerarbeit galten. Sie arbeiteten in Fabriken, sie fuhren Straßenbahnen, sie leiteten an der Universität Seminare und operierten in Krankenhäusern. Es gab fast keinen Beruf, den Frauen während des ersten Weltkriegs nicht ausübten. An die Schulen kehrten verheiratete Kolleginnen zurück und bewiesen, dass die Gegenüberstellung von Mutterschaft und Berufstä-

<sup>38</sup> Vgl. *Stefan Zweig*, Die Welt von Gestern. Erinnerungen eines Europäers, Frankfurt 1970.

<sup>39</sup> Vgl. *Petra Bock/Katja Koblitz* (Hrsg.), Neue Frauen zwischen den Zeiten, Berlin 1995; *Ute Scheub*, Verrückt nach Leben. Berliner Szenen in den zwanziger Jahren, Reinbek 2000 und *Britta Jürs* (Hrsg.), Leider hab ichs Fliegen ganz verlernt. Portraits von Künstlerinnen und Schriftstellerinnen der Neuen Sachlichkeit, Berlin 2001. Auch in Großbritannien und in den USA gab es ähnliche Entwicklungen, vgl. *Marilyn J. Boxer/Jean H. Quataert* (eds.), Connecting Spheres. Women in the Western World. 1500 to the Present, New York/Oxford 1987.

<sup>40</sup> *Stefan Zweig*, Zutrauen zur Zukunft, in: Friedrich Markus Huebner (Hrsg.), Die Frau von Morgen, Leipzig 1929, S. 7-17, hier 7.

tigkeit vor allem der Ausgrenzung Verheirateter diene. Als „Lückenfüllerinnen“ erarbeiteten sie sich die Anerkennung ihrer Kollegen und Vorgesetzten, einschließlich der Professoren an der Universität. Sie erfuhren, dass sie den Anforderungen gerecht werden, dass sie die erwarteten Leistungen erbringen konnten. Die Skeptiker sahen, dass keine Nachteile entstanden, wenn Frauen beschäftigt wurden. Diesen positiven Erfahrungen stand bald die Politik der Integration der Rückkehrer aus Kriegsgefangenschaft oder Lazarett gegenüber. Man entschied sich für die Verdrängung der „Lückenfüllerinnen“ und setzte gesetzlich durch, dass alle männlichen Rückkehrer einen Anspruch auf ihren alten Arbeitsplatz erheben konnten. Die dort arbeitenden Frauen, Wissenschaftlerinnen an den Universitäten oder Ärztinnen<sup>41</sup>, wurden entlassen.

### Das Rollenbild „Neue Frau“

Mit der Bezeichnung „Neue Frau“ wurden sowohl Äußerlichkeiten - der kurze Haarschnitt, Bubikopf genannt, und die neue, praktische, der Berufstätigkeit angepasste Mode - als auch tief greifende Wandlungen im Berufsleben der Frauen beschrieben. Die neuen Frauen waren schlank, sachlich und vor allem selbstbewusst. Diese Attribute galten für alle Vertreterinnen der „Neuen Frauen“, im Theater und im Cabaret, in den Zeitungsredaktionen und in den Literaten-Cafés,<sup>42</sup> aber auch auf den Straßen und in den Hörsälen. Das Wunder „Neue Frau“ spazierte auf den Straßen von Berlin und London, Paris und New York.<sup>43</sup> Die neuen Medien Film und Photographie, einschließlich der Reklameindustrie, boten neue Berufe - den der Journalistin und der Photographin - und reflektierten gleichzeitig diese Veränderungen.<sup>44</sup> Berufstätigkeit und Selbstbewusstsein bildeten eine Dichotomie, das eine war ohne das andere kaum möglich. Nicht zuletzt deshalb drangen Gegner der „Neuen Frau“ darauf, sie so schnell wie möglich aus dem Berufsleben, vor allem dem gehobener Berufe, wieder zu entfernen.

<sup>41</sup> Zur Verdrängung der Ärztinnen aus den Kliniken durch die Kriegs-Heimkehrer vgl. Käthe Frankenthal, *Der dreifache Fluch. Jüdin, Intellektuelle, Sozialistin. Lebenserinnerungen einer Ärztin in Deutschland und im Exil*, Frankfurt/New York 1985.

<sup>42</sup> Vgl. *Ute Scheub*, *Verrückt nach Leben. Berliner Szenen in den zwanziger Jahren*, Reinbek 2000.

<sup>43</sup> Vgl. *Marilyn J. Boxer/Jean H. Quataert* (eds.), *Connecting Spheres. Women in the Western World. 1500 to the Present*, New York/Oxford 1987.

<sup>44</sup> Vgl. die Beiträge zu den Photographinnen, Künstlerinnen und Schriftstellerinnen in den 1920er Jahren in: *Petra Bock/Katja Koblit*z (Hrsg.), *Neue Frauen zwischen den Zeiten*, Berlin 1995, 152-235; vgl. außerdem *Magdalena Köster/Susanne Härtel* (Hrsg.), „Sei mutig und hab Spaß dabei“. Acht Künstlerinnen und ihre Lebensgeschichte, Weinheim/Basel 1998, *Ute Scheub*, *Verrückt nach Leben. Berliner Szenen in den zwanziger Jahren*, Reinbek 2000 und *Britta Jürgs* (Hrsg.), *Leider hab ichs Fliegen ganz verlernt. Portraits von Künstlerinnen und Schriftstellerinnen der Neuen Sachlichkeit*, Berlin 2001.

Die Vertreterinnen der „Neuen Frau“ beeinflussten das Leben an den Universitäten und Hochschulen mehr indirekt als direkt. Die Wissenschaftlerinnen gehörten aufgrund ihrer Leistungen und ihrer Selbstständigkeit zu den "Neuen Frauen", aber sie verstanden sich in der Regel nicht als solche. Berlin wurde in den 1920er Jahren die Stadt, in der die meisten Wissenschaftlerinnen arbeiteten, in Instituten an der Universität und der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, in der außeruniversitären Forschung, in Kliniken und Krankenhäusern sowie in der Industrieforschung. Sie waren auch in den Medien präsent.

Stellvertretend sei am Beispiel der „Vossischen Zeitung“ gezeigt, wie sich die Repräsentanz von Wissenschaftlerinnen darin spiegelte. Die „*Vossische Zeitung*“ war eine der ältesten und seriösesten Tageszeitungen in Berlin. Bis in die 1920er Jahre wurde hier (auch im „Berliner Tageblatt“ und im „Berliner Lokal-Anzeiger“) *täglich* über Ereignisse aus den Bereichen der Wissenschaft berichtet. Die „gelehrten Mitteilungen“ bestanden aus Tagungs- oder Konferenzberichten, aus Notizen über wichtige Entdeckungen und Erfindungen sowie aus sozialen Informationen, die bis zum Klatsch tendierten. Unwissenheit in wissenschaftlichen Fragen zu bekunden, galt als beschämend, nicht als Tugend. Regelmäßig wurde z. B. über die Antrittsvorlesungen der Privatdozenten an der Berliner Universität berichtet, so auch im November 1927:

„*Neue Privatdozenten.* Zu Beginn des Wintersemesters haben sich an der Berliner Universität fünf neue Privatdozenten habilitiert: in der juristischen Fakultät der bisherige Fakultätsassistent Dr. Karl Theodor Kipp, in der philosophischen Fakultät Fräulein Dr. Charlotte Lorenz für Staatswissenschaften, Dr. Heinz Ohle für Chemie, Frau Dr. Hilda Pollaczek für Mechanik, Dr. Friedrich Max Trautz, der deutsche Leiter des Berliner Japan-Instituts, für Japankunde.<sup>45</sup> In seiner Antrittsvorlesung sprach Dr. Kipp über die Verpfändung von Sachgesamtheiten, Fräulein Dr. Lorenz behandelte die wirtschaftspolitischen Strömungen der Gegenwart. Dr. Ohle sprach über die Farbstoffe der belebten Natur, Frau Dr. Pollaczek über die geometrischen Grundlagen der Mechanik des starren Körpers, Dr. Trautz über die Bedeutung der japanischen Sprache für Japans Stellung in der Welt.“<sup>46</sup>

Alle Beteiligten waren gleichberechtigt genannt worden. Es schien normal gewesen zu sein, dass unter den fünf zwei Frauen waren, denn nichts wurde dazu vermerkt. Nicht einmal die Tatsache, dass eine der Frauen Mathematikerin war, löste Verwunderung aus. Diese kleine Pressenotiz zeigt in ihrer Normalität an-

---

<sup>45</sup> Kipp, Karl Theodor (geb. 1896), PD 1.11.1927 für bürgerliches Recht, 6.7.1932 an die Univ.Bonn; Lorenz, Charlotte (1895-1979), PD 7.11.1927 für Staatswissenschaft; Ohle, Heinz Karl (geb. 1894), PD 12.11.1927 für Chemie, a. o. Prof. 4.12.1934 für organische Chemie; Pollaczek, Hilda (1893-1973), PD 11.11.1927 für angewandte Mathematik; Trautz, Friedrich Max (1877-1952), PD 4.11.1927 für Japanologie, a. o. Prof. 18.12.1933.

<sup>46</sup> In: Vossische Zeitung, (Sonntag) 13.11.1927.

schaulich die Situation für die Wissenschaftlerinnen Mitte der 1920er Jahre. Die weiblichen Privatdozenten bildeten keine bestaunten Wesen mehr, sie waren keine Außenseiterinnen oder Ausnahmen. Der Stil der Berichterstattung lässt den Grad an Offenheit und Normalität, der 1927 erreicht war, erkennen.

In der Beilage „Zeitbilder“ der „Vossischen Zeitung“ gab es im November 1931 eine Berichterstattung über Berliner Wissenschaftlerinnen. Unter der Überschrift „Weibliche Hochschullehrer an der Berliner Universität“ erschienen zwei Seiten mit den Photos dieser zehn Wissenschaftlerinnen sowie kleinen Texten, die, von den Wissenschaftlerinnen selbst verfasst, ihr Leben und Werk skizzierten.<sup>47</sup> Die Aufmachung zeugte von Stolz. Wissenschaftlerinnen waren 1931 eine Normalität, nach nur 12 Jahren praktizierter Gleichberechtigung.

Die Berliner Universität bildete unter den deutschen Universitäten zweifach eine Ausnahme, sowohl bei der absoluten Anzahl der Privatdozentinnen als auch bei den von ihnen vertretenen Fachgebieten. An der Philosophischen Fakultät habilitierten 12 Wissenschaftlerinnen von 1919 bis 1932, aber bei insgesamt 221 Habilitationen entsprach das gerade 5,43 %. Acht der 12 waren Naturwissenschaftlerinnen. An der Medizinischen Fakultät - der mit Abstand größten Fakultät der Universität - habilitierten nur zwei Wissenschaftlerinnen. An der Berliner Universität habilitierten von 1919 bis 1932 insgesamt 14 Wissenschaftlerinnen, 14 von insgesamt 48 an allen deutschen Universitäten in diesem Zeitraum.<sup>48</sup>

„Wissenschaft als Beruf“ (Max Weber) wurde während der Weimarer Republik für Frauen in steigendem Maße möglich. Wissenschaftlerinnen, Natur- und Geisteswissenschaftlerinnen, konnten häufiger an den Universitäten arbeiten, aber entscheidende Aufstiegspositionen blieben ihnen weiterhin verwehrt.<sup>49</sup> In der Preußischen Akademie der Wissenschaften waren in Berlin seit 1905 Mitarbeiterinnen in einigen Unternehmungen beschäftigt.<sup>50</sup> Die Akademie-Unternehmen boten vor allem Geisteswissenschaftlerinnen Berufschancen. Die Na-

---

<sup>47</sup> Vgl. Vossische Zeitung, „Zeitbilder“, Nr. 44, 1.11.1931; 2 Seiten.

<sup>48</sup> Zu den Privatdozentinnen an der Berliner Universität vgl. *Annette Vogt*, Vom Hintereingang zum Hauptportal? Lise Meitner und ihre Kolleginnen an der Berliner Universität und in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Stuttgart 2007, 164-183.

<sup>49</sup> Vgl. Ebd.

<sup>50</sup> Vgl. *Petra Hoffmann*, Innenansichten der Forschungsarbeit an der Akademie. Zur Geschichte von Mitarbeiterinnen in den wissenschaftlichen Projekten der Preußischen Akademie der Wissenschaften zu Berlin (1890-1945), in: Theresa Wobbe (Hrsg.), *Frauen in Akademie und Wissenschaft. Arbeitsorte und Forschungspraktiken 1700-2000*, Berlin 2002, 93-123 sowie *Lorraine Daston/Theresa Wobbe*, Arbeitskreis „Frauen in Akademie und Wissenschaft“, in: *Jahrbuch der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften*, Berlin 1999, 293-303. Eine erste Übersicht über Wissenschaftlerinnen in Akademie-Unternehmungen gab *Liane Zeil*, *Frauen in der Berliner Akademie der Wissenschaften (1700-1945)*, in: *Informationen des Wissenschaftlichen Rates „Die Frau in der sozialistischen Gesellschaft“* 6/1989, 57-72. Über die Mitarbeiterinnen Erika Pannwitz und Annemarie von Gabain in den Unternehmungen „Mathematisches Jahrbuch“ und „Turfan-Forschung“ vgl. *Annette Vogt* (wie Anm. 48).

turwissenschaftlerinnen besaßen größere Berufschancen, weil sie nicht nur an der Universität, sondern auch in der außeruniversitären und in der Industrieforschung Arbeitsmöglichkeiten erhielten. In den Instituten der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft fanden Wissenschaftlerinnen ab 1912 Berufsmöglichkeiten.<sup>51</sup> In verschiedenen Industrielaboratorien bei Telefunken, AEG oder Siemens konnten Naturwissenschaftlerinnen arbeiten. Dagegen kam die erste Wissenschaftlerin in die Physikalisch-Technische Reichsanstalt (PTR), die Chemikerin Dr. Ida Tacke (1896-1978), später verheiratete Noddack,<sup>52</sup> erst 1925 als Gast. Dr. Hilde Gieseler war die erste offiziell angestellte Wissenschaftlerin, die von 1926 bis 1928 in der vom Präsidenten der PTR, Friedrich Paschen (1865-1947), eingerichteten Präsidialabteilung arbeitete.<sup>53</sup>

Die 1922 verfügte Aufhebung des Verbots für Frauen, im Justizwesen zu arbeiten, eröffnete ihnen - theoretisch - die gleichen Chancen wie den männlichen Juristen. Allerdings wurden Frauen jetzt als gefürchtete Konkurrentinnen wahrgenommen.<sup>54</sup> Die Berufschancen für die neue Studentinnen-Generation waren gestiegen, unterlagen aber weit stärker als für Männer konjunkturell bedingten Schwankungen. Sie waren außerdem immer noch vom tradierten Rollenverständnis vom „Wesen der Frau“ abhängig. Nicht zuletzt deshalb waren die großen Veränderungen im Rollenverhalten der „Neuen Frau“ nicht in der Welt der Academia, sondern hauptsächlich in der literarischen und künstlerischen Welt sowie in den Medien zu beobachten.

### Zusammenschlüsse von Akademikerinnen

Die Akademikerinnen an der Universität besaßen kaum nennenswerte Verbindungen untereinander.<sup>55</sup> Im Unterschied zu den Organisationen der Juristinnen (1914 gegründet), der Nationalökonominnen (1916 gegründet) oder der Lehre-

<sup>51</sup> Vgl. *Annette Vogt* (wie Anm. 48) sowie *dies.*, *Wissenschaftlerinnen in Kaiser-Wilhelm-Instituten. A-Z.*, 2. erw. Aufl., Berlin 2008 (= Veröffentlichungen aus dem Archiv zur Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft, Bd. 12).

<sup>52</sup> Zu Ida Tacke-Noddack vgl. *Brita Engel*, Ida Eva Noddack, geb. Tacke, in: Jochens, Birgit, und Miltenberger, Sonja (Hrsg.), *Zwischen Rebellion und Reform. Frauen im Berliner Westen*, Berlin 1999, 180-181.

<sup>53</sup> Vgl. die „Tätigkeitsberichte“ der PTR, die in der „Zeitschrift für Instrumentenkunde“ jährlich publiziert wurden.

<sup>54</sup> Vgl. das Titelblatt „Konkurrentin Frau“ der Zeitschrift „Die Woche“ vom 4. Juli 1925; wieder abgedruckt in: Petra Bock/Katja Koblitz (Hrsg.), *Neue Frauen zwischen den Zeiten*, Berlin 1995, 130. Zu den Juristinnen in Deutschland vgl. *Marion Röwekamp*, *Juristinnen - Lexikon zu Leben und Werk*, hg. vom Deutschen Juristinnenbund e. V., Baden-Baden 2005.

<sup>55</sup> Vgl. *Annette Vogt*, *Schwestern und Freundinnen. Zur Kommunikations- und Beziehungskultur unter Berliner Privatdozentinnen*, in: Eva Labouvie (Hrsg.) *Schwestern und Freundinnen. Zur Kulturgeschichte weiblicher Kommunikation*. Köln et al. 2009, 143-173.

rinnen (1894 gegründet)<sup>56</sup> organisierten sich die Akademikerinnen erst 1925 im „Verband deutscher Hochschuldozentinnen“ (Rhoda Erdmann war die Gründerin, 1929 wurde Paula Hertwig Vorsitzende) und 1926 im „Deutschen Akademikerinnenbund“ unter dem ersten Vorsitz von Agnes von Zahn-Harnack (1884-1950).<sup>57</sup> Wesentliche Impulse für diesen Zusammenschluss kamen von der International Federation of University Women und ihren nationalen Organisationen in den USA und in Großbritannien.<sup>58</sup> Die Naturwissenschaftlerinnen waren vergleichsweise früh in die betreffenden Fach-Organisationen aufgenommen worden und hier partiell anerkannt und verspürten geringere Neigungen, sich mit ihren akademischen Schwestern zu organisieren. Die Gründungen des „Bundes Deutscher Ärztinnen“ (1924), des „Verbandes Deutscher Hochschuldozentinnen“ (1925) und des „Deutschen Akademikerinnenbundes“ (1926) erfolgten erstens, weil jeweils eine größere Gruppe einen Zusammenschluss wünschte, und zweitens, um Mitglied in den entsprechenden internationalen Organisationen werden zu können. Die traditionelle Frauenbewegung hatte dagegen mit den Wissenschaftlerinnen und Hochschullehrerinnen kaum Berührung.<sup>59</sup> Dabei wären gemeinsame Aktionen nötig gewesen, denn die Situation für berufstätige Frauen, nicht nur für die Wissenschaftlerinnen unter ihnen, verschlechterte sich ab 1929.

Staatliche Restriktionen gab es schon 1923, als am 27. Oktober die „Personalabbauverordnung“ in Kraft getreten war.<sup>60</sup> 1929 begann die Weltwirtschaftskrise, in deren Folge z. B. Forschungslaboratorien in der Industrie verkleinert oder geschlossen wurden. In den Universitäten und in den Instituten der KWG

---

<sup>56</sup> Vgl. *Britta Lohschelder*, „Die Knäbin mit dem Dokortitel“. Akademikerinnen in der Weimarer Republik, (= Forum Frauengeschichte, Bd. 14), Pfaffenweiler 1994, 161-206, bes. 161f. (Allgemeiner Deutscher Lehrerinnenverein, 1894), 185 (Deutscher Juristinnenverein, 1914), S. 173ff (Vereinigung der Nationalökonominnen, 1916), 171 (Bund Deutscher Ärztinnen, 1924), 191 (Verband Deutscher Hochschuldozentinnen, 1925) und 199-206 (Deutscher Akademikerinnenbund, 1926). Vgl. zur Vereinigung der Nationalökonominnen auch *Eva Schöck-Quinteros*, „Sie waren schon in reiferen Jahren“ - Nationalökonominnen im wilhelminischen Deutschland, in: Dickmann, Elisabeth und Schöck-Quinteros, Eva (Hrsg.), Politik und Profession. Frauen in Arbeitswelt und Wissenschaft um 1900, Bremen 1996, 83-120, 83-120, bes. 109.

<sup>57</sup> Zur Gründung des „Deutschen Akademikerinnenbundes“ wurden Zuschriften und Beiträge in der Zeitschrift „Die Frau“ publiziert. Vgl. außerdem *Agnes von Zahn-Harnack*, Schriften und Reden. 1914 bis 1950, hg. vom Deutschen Akademikerinnenbund, Tübingen 1964.

<sup>58</sup> Christine von Oertzen (MPIWG Berlin) untersuchte die Beziehungen deutscher und amerikanischer Akademikerinnen und ihrer Organisationen; ihr Buch ist in Vorbereitung.

<sup>59</sup> Vgl. hierzu die Analyse der Zeitschriften „Die Frau“ und „Die schaffende Frau“ sowie des Sammelbandes „Die Kultur der Frau“ (1931) in: *Annette Vogt*, Vom Hintereingang zum Hauptportal? Lise Meitner und ihre Kolleginnen an der Berliner Universität und in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Stuttgart 2007, 132-134, 137-140.

<sup>60</sup> Vgl. *Annette Kuhn/Valentine Rothe/Brigitte Mühlenbruch* (Hrsg.), 100 Jahre Frauenstudium. Frauen der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Bonn 1996, 49.

wurden Jahr für Jahr weitere Haushaltsmittel gestrichen, sodass die Anzahl der wenigen Stellen weiter verringert wurde. 1932 wurde im Rahmen der „Notverordnungen“ das „Zölibat“ für Verheiratete wieder eingeführt, das „Gesetz über die Rechtsstellung der weiblichen Beamten“ vom 30. Mai 1932. Es gab ernsthafte Proteste, die schon unter dem Begriff „Doppelverdiener“ diskutiert wurden.<sup>61</sup> Dennoch gelang es den im Reichstag vertretenen Frauen nicht, ihre Interessen gegen die Parteiinteressen gemeinsam durchzusetzen. Bei der entscheidenden Abstimmung votierten die Frauen, die für die SPD im Reichstag saßen, für das Gesetz, die anderen (DDP und KPD) dagegen, damit passierte es den Reichstag und trat in Kraft.<sup>62</sup>

### **Führende Frauen Europas**

Einen interessanten Einblick in die Situation für Wissenschaftlerinnen vermitteln die beiden Bände, die programmatisch den Titel „Führende Frauen Europas“ trugen und 1928 und 1930 erschienen.<sup>63</sup> Die Journalistin Elga Kern veröffentlichte darin die Selbstdarstellungen von Frauen, die ihrer Meinung nach zu den führenden in Europa gehörten. Ganz nach Veranlagung, Temperament oder Auffassung dieser Aufgabe waren diese autobiographischen Texte höchst unterschiedlich verfasst, sowohl in der Länge bzw. Kürze als auch im Stil. Als Quelle sind sie heute ein einzigartiges Dokument, haben doch die wenigsten später Autobiographien geschrieben. 1928/1930 bestand das Sensationelle der Bücher in der Vielfalt der Tätigkeiten und der Internationalität. Letzteres muss besonders hervorgehoben werden, waren doch erst zehn Jahre seit dem Ende des mörderischen 1. Weltkrieges vergangen. Eine solche Vielfalt der Länder, von Sowjet-Rußland bis zur Schweiz, von Norwegen bis Griechenland, und eine solche Breite der Professionen, von der Dichterin bis zur Spezialistin für Zytologie, wurde kaum in einer Publikation jener Zeit erreicht. Ungewollt bildete diese Veröffentlichung den Höhepunkt der Entwicklung. Als der zweite Band 1930 erschien, zogen bereits düstere Wolken über Europa auf.

Im ersten Band 1928, der Schriftstellerin Ricarda Huch gewidmet und mit einem Porträt der Künstlerin Käthe Kollwitz, waren 16 Frauen aus 11 Ländern vertreten. Unter diesen 16 Frauen gab es vier Schriftstellerinnen, eine Dirigentin

<sup>61</sup> Gegen das Gesetz erschienen mehrere Artikel in der Zeitschrift „Die Frau“ sowie ein Artikel in der Zeitschrift „Die schaffende Frau“.

<sup>62</sup> Vgl. Bericht über die Reichstagssitzung vom 12.5.1932 - zur verheirateten Beamtin. In: Die Frau, 39 (1931/32), 574-578.

<sup>63</sup> Vgl. *Elga Kern* (Hrsg.), *Führende Frauen Europas*, München 1928; *dies.* (Hrsg.), *Führende Frauen Europas*. Neue Folge, München 1930; Vgl. auch die Jubiläumsausgabe, *Bettina Conrad/Ulrike Leuschner* (Hrsg.), *Führende Frauen Europas*. Elga Kerns Standardwerk von 1928/1930, München/Basel 1999, aber mit äußerst mangelhaft recherchierten Biographien der ausgewählten Frauen, besonders ungenau ist die über Lina S. Stern.

und eine Diplomatin (Alexandra Kollontai) sowie sechs Wissenschaftlerinnen, vier Natur- und zwei Geisteswissenschaftlerinnen. Im zweiten Band, der Physikerin Marie Curie gewidmet, publizierten 20 Frauen aus 17 Ländern ihre Selbstdarstellungen. Unter ihnen gab es 11 Schriftstellerinnen, zwei Malerinnen, eine Schauspielerin, eine Architektin sowie fünf Naturwissenschaftlerinnen. Die insgesamt 11 Wissenschaftlerinnen (über ein Viertel aller Autorinnen) vertraten die Fächer Biologie, Chemie und Medizin je dreimal sowie je einmal die Sozialwissenschaften und die Romanistik. Von den 11 waren neun Naturwissenschaftlerinnen, neun der 11 waren an Universitäten angestellt, davon sechs als Professorinnen. Eine (Christine Bonnevie) war Akademiemitglied, eine zweite (Lina Stern) wurde später Akademiemitglied. Von den 11 Wissenschaftlerinnen arbeiteten drei in Deutschland: Rhoda Erdmann und Margarete von Wrangell als Professorinnen in Berlin bzw. Hohenheim bei Stuttgart und Alice Salomon als Leiterin ihrer Fachschule in Berlin. Die Chemikerin Gertrud Woker war durch ihre Publikationen gegen Chemiewaffen auch in Deutschland bekannt. Elise Richter und Mona Spiegel-Adolf arbeiteten an der Universität Wien als a.o. Professorin bzw. Assistentin. Christine Bonnevie war seit 1912 Mitglied der Akademie der Wissenschaften in Oslo. Rhoda Erdmann und Gertrud Woker hatten 1913 über die akademischen Frauenberufe referiert.<sup>64</sup> Alice Salomon bildete mit ihrer Tätigkeit unter den 11 Wissenschaftlerinnen die Ausnahme und eine Brücke zwischen der klassischen Frauenbewegung und den Wissenschaftlerinnen.

Das Ausmaß des um diese Zeit vorhandenen Optimismus über das Erreichte veranschaulicht ein Aufsatz, den Alice Salomon 1930 veröffentlichte. Sie hatte darin geschrieben:

„Die akademische Laufbahn blieb in Deutschland den Frauen versperrt. Der Krieg und die Weimarer Verfassung haben dann die Gleichberechtigung der Frauen an der Hochschule und in den akademischen Berufen gebracht.

Von 1918 bis 1928 habilitierten sich 44 Frauen an deutschen Hochschulen, und zwar für Medizin, Mathematik und Naturwissenschaften 15; Geschichte und philologische Fächer 9; Wirtschaftswissenschaften 3. Die Zulassung der Frauen zu den Ämtern und Berufen der Rechtspflege wurde durch ein Gesetz vom 1. Juli 1922 ausgesprochen. Auch das evangelische Pfarramt ist den Frauen nach der neuesten Entwicklung nicht mehr vollständig verschlossen. *Damit ist die Eingliederung der Frauen in die deutsche Hochschule abge-*

---

<sup>64</sup> Vgl. Rhoda Erdmann, Die Zoologin und die Botanikerin, in: Eugenie von Soden (Hrsg.), Das Frauenbuch. Frauenberufe und -ausbildungsstätten, Stuttgart 1913, 103-106; dies., Die Mathematikerin und die Physikerin, in: Ebd., 106-108 und Gertrud Woker, Chemikerin, in: Ebd., 100-102.

*schlossen. Der Kampf ist beendet.* Die kommenden Generationen sollen beweisen, ob er gelohnt hat.“<sup>65</sup>

Sie stand mit dieser Zuversicht nicht allein, Stefan Zweig hatte ein Jahr zuvor behauptet:

„Stellen wir nur klar und mit wachen Sinnen zunächst einmal fest, daß kaum jemals seit undenklichen Zeiten und niemals innerhalb der christlichen Zeitrechnung eine derartig sturmhaftere und radikale Umformung aller sittlichen und sexuellen Beziehungen zugunsten der Frau sich vollzogen hat als in unserem Lebensalter. Eine solche Welle kann nicht plötzlich innehalten; sie muß fortrollen an ihren letzten Strand.“<sup>66</sup>

### 3. Wissenschaftlerinnen in der NS-Zeit

Der Schriftsteller Stefan Zweig hatte 1929 optimistisch angenommen: *„Ein solches Bekenntnis ... wird nicht haltmachen, weil einige ältliche Geister darüber erschrecken und einige verspätete Moralisten sich entrüsten.“*<sup>67</sup> Ähnlich optimistisch lautete ein Jahr später das Credo der Sozialwissenschaftlerin Alice Salomon, als sie schrieb: *„Der Kampf ist beendet.“*<sup>68</sup>

Zur selben Zeit hatten andere jedoch gravierende Veränderungen zum Nachteil der Frauen beobachtet. Mit Beginn der Weltwirtschaftskrise wurden Frauen wieder aus dem Berufsleben gedrängt, sie waren die Ersten unter den Entlassenen und die Letzten bei Neueinstellungen. Beiträge gegen die Überfüllung der Hochschulen erschienen, Gertrud Bäumer forderte 1932 dazu auf, sich als Frau genau zu überlegen, ob ein Studium sinnvoll sei.<sup>69</sup> In der Öffentlichkeit nahm die Kritik an verheirateten Frauen zu, die den Männern angeblich die Arbeit wegnähmen. Das Wort „Doppelverdienertum“ zur Stigmatisierung berufstätiger und verheirateter Frauen kam auf. Deren Befürworter fühlten sich bestätigt, als der Reichstag im Mai 1932 im Gefolge der „Notverordnungen“ das Gesetz beschloss, das die Möglichkeit bot, verheiratete Beamtinnen „jederzeit“ zu entlassen und das nicht auf Beamtinnen beschränkt blieb.<sup>70</sup> Nicht nur Frauen sollten wieder ausgegrenzt werden. Ende der 1920er Jahre nahm der Antisemitismus

<sup>65</sup> Alice Salomon, Hochschule und Frauenbewegung. In: Das akademische Deutschland, Berlin 1930, Bd. III, 419-424, hier 422 (Hervorhebung A.V.).

<sup>66</sup> Stefan Zweig, Zutrauen zur Zukunft, in: Friedrich Markus Huebner (Hrsg.), Die Frau von Morgen, Leipzig: Verlag E. A. Seemann 1929, 7-17, hier 9.

<sup>67</sup> Ebd., 9-10.

<sup>68</sup> Alice Salomon (wie Anm. 65), 422.

<sup>69</sup> Vgl. Gertrud Bäumer, Krisis des Frauenstudiums, Leipzig 1932.

<sup>70</sup> Das Gesetz ist zitiert in: Annette Kuhn/Valentine Rothe/Brigitte Mühlenbruch (Hrsg.), 100 Jahre Frauenstudium. Frauen der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Bonn 1996, 49.

zu,<sup>71</sup> jüdische Friedhöfe wurden geschändet, „jüdisch aussehende“ Bürger auf offener Straße angegriffen, Juden bei Einstellungen benachteiligt.<sup>72</sup> Jüdische Frauen wurden doppelt diskriminiert, als Frau und als Jüdin.

Mit der Machtübergabe an das erste Kabinett Hitler am 30. Januar 1933 begann die NS-Herrschaft. Eine erste Vorstellung von der Gefahr vermittelte der sogenannte Boykott vom 1. April 1933.<sup>73</sup> Ein aus Angst vor der Gestapo auch im Exil anonym bleibender „German Jewish Scientist“ schilderte 1934 in dem in London erschienenen Buch „Why I left Germany“ seine Beobachtungen von diesem Tag in Berlin. SA-Trupps standen vor der Universität und der Staatsbibliothek. Die SA taxierte die Bibliotheksbenutzer, und wer ihnen nicht „arisch“ genug aussah, dem verboten sie, von brutalen Beschimpfungen begleitet, den Eintritt. Der Zeitzeuge war blond und gelangte ungehindert in den Lesesaal. Kurze Zeit später erschien der Direktor der Staatsbibliothek in Begleitung von SA-Männern und forderte „*Ladies and gentlemen, you must leave the room.*“<sup>74</sup> Der Autor, der daraufhin wie andere den Lesesaal verließ, vermisste, dass keiner seiner „arischen“ Kollegen aus Solidarität ebenfalls hinausgegangen wäre.<sup>75</sup>

Am 7. April 1933 wurde das Unrechts-Gesetz „zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ bekannt gegeben, und am 10. Mai 1933 folgte in Berlin die organisierte Bücherverbrennung auf dem Platz gegenüber dem Haupteingang der Universität (heute Bebel-Platz). Bei den von den NS-Studenten-Verbänden organisierten Bücherverbrennungen, die in vielen Städten stattfanden, wurden auch Werke von Dichterinnen, Schriftstellerinnen und Wissenschaftlerinnen vernichtet. Bereits ab Februar 1933 waren Listen „verbotener“ und „undeutscher“ Bücher erstellt worden, die aus den öffentlichen Bibliotheken entfernt und ausgesondert werden sollten. In der Berliner Universitätsbibliothek befanden sich darunter die von Elga Kern herausgegebenen zwei Bände „Führende

---

<sup>71</sup> Zum wachsenden Antisemitismus in der Weimarer Republik vgl. Dirk Walter, Antisemitische Kriminalität und Gewalt. Judenfeindschaft in der Weimarer Republik, Bonn 1999 und Avraham Barkai, „Wehr Dich!“ - Der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens. 1893-1938. München 2002.

<sup>72</sup> Zur Benachteiligung deutscher Juden auf dem Arbeitsmarkt seit Ende der 1920er Jahre vgl. Jakob Lestschinsky, Das wirtschaftliche Schicksal des deutschen Judentums. Aufstieg, Wandlung, Krise, Ausblick, (= Schriften der Zentralwohlfahrtsstelle der Deutschen Juden und der Hauptstelle für jüdische Wanderfürsorge, Nr. VII) Berlin 1932.

<sup>73</sup> Vgl. z. B. die Schilderung der Situation im April 1933 in Briefen Betty Scholems (1866-1946) aus Berlin an ihren Sohn Gershon Scholem (1897-1982) in Jerusalem, in: Itta Shedletzky/Thomas Sparr (Hrsg.), Betty Scholem - Gershon Scholem. Mutter und Sohn im Briefwechsel 1917-1946, München 1989; vgl. die Schilderung des Frühjahrs 1933 bei Sebastian Haffner, Geschichte eines Deutschen. Erinnerungen 1914-1933, Stuttgart/München 2000.

<sup>74</sup> Why I left Germany. By a German Jewish Scientist. London 1934, 127.

<sup>75</sup> Ebd., 128.

Frauen Europas“.<sup>76</sup> Schon der Titel bedeutete jetzt eine Provokation. Einige der Autorinnen wurden später verfolgt und, wenn sie nicht rechtzeitig entkommen konnten, ermordet.<sup>77</sup>

### Das Rollenbild der Frau in NS-Deutschland

Die NS-Anhänger propagierten ein Frauenbild, das sich diametral von dem der „Neuen Frau“ unterschied. Schon vor 1933 erklärten NS-Vertreter offen, welche Rolle den Frauen künftig zugedacht war: Mutter sein, dem Mann gehorchen und ihm dienen. Im „Taschenbuch des Nationalsozialismus“ hieß das lakonisch: „*Der Mann gehört in den Beruf, die Frau an den Herd und zu ihren Kindern!*“<sup>78</sup> An die Stelle des „Bubikopf!“ der „Neuen Frau“ trat als äußerliches Zeichen der „Gretchenzopf“.<sup>79</sup> Die Frauen sollten möglichst blond und blauäugig sein und viele Kinder, vor allem Söhne, gebären. Weibliche Kleidung war zu tragen, keine Hosen, der mütterliche Habitus gehörte ebenso zum Erscheinungsbild wie Sprüche der Art „Die deutsche Frau schminkt sich nicht“ oder „Die deutsche Frau raucht nicht“. Im Sprachgebrauch wurde dem Wort Frau bewusst das Adjektiv „deutsch“ hinzugefügt, als Betonung sowie antisemitisch-rassistisch gemeint und in Verbindung mit der Phraseologie des Deutschtums. Das Bild der „deutschen Frau“ sollte zur Ausgrenzung und Diffamierung der „neuen Frau“ beitragen. Bewusst wurde sprachlich dem Begriff der „Neuen Frau“, der in der Weimarer Republik als Synonym für modern, berufstätig, selbstbewusst galt, der Begriff der „deutschen Frau“ gegenübergestellt. Deutlicher konnte der Kontrast der Frauenbilder und Rollenzuschreibungen nicht sein. Nur scheinbar betraf die Ablehnung der Pariser Mode, der Kosmetik, des „Bubikopfes“ das äußere Erscheinungsbild der Frauen. Damit wurde das Rollenmodell der „Neuen Frau“ attackiert, das Einfordern der Gleichberechtigung. Die Kritik an Äußerlichkeiten richtete sich gegen das Selbstbewusstsein der Frauen, ihr Streben nach Unabhängigkeit und ihr Beharren auf der Teilhabe an allen Berufen. Die selbstbe-

<sup>76</sup> Vgl. den Stempel: „Verboten auf Grund des § 7 der Verordnung vom 4. Februar 1933. (Kriminal-Polizeibl. Nr.1836)“ in beiden Bänden, die in der Universitätsbibliothek der heutigen Humboldt-Universität aufbewahrt werden.

<sup>77</sup> Alice Salomon konnte sich ins US-Exil retten, vgl. *Joachim Wieler*, Er-Innerung eines zerstörten Lebensabends. Alice Salomon während der NS-Zeit (1933-1937) und im Exil (1937-1948), Darmstadt 1987. Elise Richter kam im KZ (Ghetto) Theresienstadt um, vgl. *Frank-Rutger Hausmann*, Vom Strudel der Ereignisse verschlungen. Deutsche Romanistik im „Dritten Reich“ (= *Analecta Romanica*, Band 61), Frankfurt 2000, 286-295. Das Schicksal von Mona Spiegel-Adolf ist unbekannt.

<sup>78</sup> Zitiert in: *Luise Berthold*, Erlebtes und Er kämpftes. Ein Rückblick, Marburg 1969, 58. Zur Geschichte der Frauen in der NS-Zeit vgl. *Rita Thalmann*, Frausein im Dritten Reich. Frankfurt/Berlin 1987.

<sup>79</sup> Vgl. die Ausstellung „Zwischen Bubikopf und Gretchenzopf. Die Frau der 20er Jahre“. Hamburg, Museum für Kunst und Gewerbe, 1.9.-5.11.1995.

wusste und berufstätige „Neue Frau“ sollte durch die dienende und gehorchende „deutsche Frau“ ersetzt werden. Selbst Vertreterinnen der Frauenbewegung erlagen dem „Charme“ dieser „völkischen Bewegung“.<sup>80</sup> Petra Bock schrieb zutreffend: *„Der Typus der Neuen Frau entstand und verschwand in Deutschland zeitgleich mit der Republik.“*<sup>81</sup>

Zwischen dem propagierten Bild der „deutschen Frau“ und der Wirklichkeit klafften immer wieder Lücken, und ganz ließ sich das frauenfeindliche Bild nicht durchsetzen. Mit Beginn des zweiten Weltkrieges waren die Nazis außerdem gezwungen, Abstriche an ihrem Frauenbild hinzunehmen. Frauen mussten die Plätze der Männer einnehmen und den Herd, an dem sie weilen sollten, verlassen. Die Langzeitfolgen der NS-Propaganda und -Politik gegen die Frauen, insbesondere gegen Frauen in gehobenen und akademischen Berufen, waren jedoch erheblich.

Wer wollte, konnte vor 1933 die Gefahren erkennen. Die Privatdozentin an der Universität Marburg, Luise Berthold (1891-1983), lehnte die Nazis „von Grund aus“ ab, weil sie vor 1933 Hitlers „Mein Kampf“ gelesen hatte, die „Bibel des Nationalsozialismus“.<sup>82</sup> Die Germanistin hatte sich durch das Buch hindurch gequält und damit „die nötigen Einblicke in Hitlers Strategie gewonnen“. Ihr fiel auf, dass dies die wenigsten taten, weder Anhänger noch Gegner, den einen war das Buch zu lang, den anderen Hitlers Deutsch zu grässlich.<sup>83</sup> Sie zog sechs Schlussfolgerungen aus der Lektüre: Erstens wird der „Drang nach Osten“ zum Krieg führen; zweitens war der Antisemitismus, der Hass auf die Juden, unerträglich; drittens waren die Vorstellungen von Hitlers „Deutschtum“ unglaublich „kitschig“, und sie hielt sie wie Ricarda Huch für "undeutsch"; viertens lehnte sie die Anbetung der „Masse“, des Pöbels, ab; fünftens ärgerte sie die Verachtung der Frauen; sechstens fand sie die Haltung zum Christentum bedenklich.<sup>84</sup> Die von Luise Berthold geäußerte Kritik an ihren Kollegen, den Universitätsprofessoren, musste noch drastischer ausfallen, denn angesichts der NS-Bewegung hat die Mehrzahl der deutschen Wissenschaftler versagt.<sup>85</sup> Die meisten Wissenschaftler (Frauen und Männer) standen ab Januar 1933 den Veränderungen entweder hilflos gegenüber oder arrangierten sich. Wer keiner der verfolgten Gruppen angehörte, besaß mindestens zwei Optionen für die weitere Gestaltung seines Lebens. Man konnte versuchen, ein möglichst unauffälliges und vermeintlich unpolitisches Leben zu führen. Oder man übernahm die NS-

---

<sup>80</sup> Vgl. *Kuhn et al.* (1996), wie Fußnote 70.

<sup>81</sup> *Petra Bock/Katja Koblitz* (Hrsg.), *Neue Frauen zwischen den Zeiten*, Berlin 1995, 36.

<sup>82</sup> Vgl. *Luise Berthold* (wie Anm. 78), 45.

<sup>83</sup> Vgl. Ebd., 46.

<sup>84</sup> Vgl. Ebd., 45-46.

<sup>85</sup> Vgl. *Emil Julius Gumbel*, Die Gleichschaltung der Universität Heidelberg. In: *Das Wort*, H.3/1936, 61-68, wieder publiziert in: *Annette Vogt* (Hrsg.), *Emil Julius Gumbel. Auf der Suche nach Wahrheit*, Berlin 1991, 207-217.

Propaganda bzw. Sprüche davon und wollte Teil der neuen „völkischen Gemeinschaft“ werden - mit allen daraus folgenden Konsequenzen. Nur die wenigsten leisteten Widerstand.

### **Hochschulpolitik gegen Frauen**

Die NS-Propaganda verordnete der „deutschen Frau“ nicht nur, dass ihre künftigen Aufgaben an Herd und Kinderbett zu erfüllen seien, diese Propaganda wurde durch staatliche Maßnahmen umgesetzt. Die Regelungen betrafen die Schul- und die Hochschulpolitik, das Verbot der Ausübung gehobener Berufe im Schul- und Hochschulwesen sowie in anderen Berufen, in denen akademisch ausgebildete Frauen bisher tätig waren. Mit dem „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7. April 1933 begannen an der Berliner Universität die Vertreibungen von Studentinnen, Promovendinnen, Assistentinnen und Privatdozentinnen, in den Kaiser-Wilhelm-Instituten von der Gärtnerin bis zum Institutsdirektor. Die Vertreibungspolitik traf Frauen und Männer gleichermaßen, aufgrund einiger Ausführungsbestimmungen die Frauen zeitlich eher und rigider als die Männer.<sup>86</sup> Vertrieben wurden die beiden einzigen Privatdozentinnen für Mathematik - Emmy Noether und Hilda Pollaczek -, die einzige Privatdozentin für Chemie, Gertrud Kornfeld, die drei Privatdozentinnen für Physik, Lise Meitner, Hedwig Kohn und Hertha Sponer, um nur diese zu nennen.

In der von 1933 bis 1935 ausgearbeiteten „NS-Dozentenordnung“, die das bisherige Habilitationsverfahren ersetzte, waren Frauen nicht vorgesehen. An den wissenschaftlichen Einrichtungen durften Frauen keine gehobenen Posten mehr einnehmen. Infolge der Kriegsvorbereitung und -führung wurden diese Maßnahmen später stillschweigend ignoriert bzw. aufgehoben. An der Berliner Universität und in den Instituten der KWG waren ab 1938 die Wissenschaftlerinnen, sofern sie „arisch“ waren, wieder willkommen.

### **Die Akademikerinnen-Organisationen**

Die erst Mitte der 1920er Jahre gegründeten Zusammenschlüsse der Akademikerinnen standen 1933 völlig unvorbereitet den Ereignissen gegenüber und versagten, bis auf wenige Ausnahmen, kläglich. Im Frühjahr 1933 glaubte die Mehrzahl der Mitglieder im Akademikerinnen-Bund gezwungen zu sein, das NS-Gesetz vom 7. April 1933 anzuwenden, d. h. alle - nach NS-Definition – „Nichtarier“ als Mitglied auszuschließen. Die Motive dafür waren unterschied-

---

<sup>86</sup> Vgl. zu den Vertreibungen von der Berliner Universität und den Instituten der KWG infolge der NS-Gesetze *Annette Vogt*, Vom Hintereingang zum Hauptportal? Lise Meitner und ihre Kolleginnen an der Berliner Universität und in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Stuttgart 2007, insbesondere 260-278.

lich. Überzeugte NS-Anhängerinnen und Antisemiten unter ihnen wollten die Chance nutzen und die ungeliebten Mitglieder loswerden, andere handelten im vorausseilenden Gehorsam, die Ängstlichen wollten weiteren Erlassen zuvorkommen, denn das sogenannte „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ galt nicht für Verbände. Nur eine Minderheit der Mitglieder lehnte die Ausschlüsse ab. Die Vorsitzende Agnes von Zahn-Harnack (1884-1950) trat aus Protest von ihrem Posten zurück. Der Akademikerinnen-Bund löste sich jedoch nicht auf, wie in Erinnerungen immer wieder behauptet wurde. Die sofortige Anpassung an das NS-Regime, die „Selbst-Gleichschaltung“, wie das auch genannt wird, nützte jedoch wenig, der DAB spielte bis 1945 faktisch keine Rolle mehr. Der Ausschluss der Mitglieder hatte internationale Proteste zur Folge und führte dazu, dass die International Federation of University Women die deutsche Organisation aus ihren Reihen ausschloss, weil sie gegen das Statut, die Gleichberechtigung aller Mitglieder, verstoßen hatte.<sup>87</sup> Dies war etwas Besonderes, denn die Wissenschaftlerinnen handelten im Frühjahr 1933 mit einer Konsequenz, die ihre männlichen Kollegen in den internationalen Fach-Organisationen vermissen ließen. Keine andere internationale Organisation z. B. der Mathematiker, Physiker oder Chemiker, schloss die jeweilige deutsche Fach-Organisation (die Deutsche Mathematiker-Vereinigung, die Deutsche Physikalische Gesellschaft oder die Deutsche Chemische Gesellschaft) wegen der Handhabung antisemitischer Beschlüsse aus ihren Reihen aus.

### **Berufschancen für Wissenschaftlerinnen**

Das bereits in der Weimarer Republik im Zuge der „Notverordnungen“ erlassene Gesetz über die Entlassung Verheirateter aus dem Staatsdienst vom Mai 1932 wurde jetzt auf alle Bereiche des beruflichen Lebens ausgedehnt. Die Kampagne gegen das sogenannte „Doppelverdienertum“ wurde ab 1933 massiv dazu benutzt, verheiratete Frauen aus vielen, insbesondere den gehobenen, Positionen und Berufen zu drängen. Im Übereifer wurden an manchen Orten, darunter in Krankenhäusern, auch noch die Töchter entlassen.<sup>88</sup> Im Einklang mit der NS-Ideologie von der „deutschen Frau“ verschlechterten sich für alle Frauen an der Universität - von den Studentinnen bis zu den Privatdozentinnen - zwischen 1933 und 1937/38 die Berufschancen. Die neuen Bestimmungen begrenzten entweder die künftige Anzahl von Frauen in bestimmten Berufen oder schlossen Frauen wieder völlig aus bestimmten Berufen aus. Die Zahl der Lehrerinnen an den höheren Mädchenschulen wurde staatlicherseits begrenzt, verheirateten Ärz-

---

<sup>87</sup> Dank Christine von Oertzen (MPIWG).

<sup>88</sup> Vgl. *Margarete Kaiser*, in: *Die schaffende Frau*, 4 (1933), H.1 (Okt. 1933), 6-7 sowie H.2 (Nov. 1933), 1-2. Da diese Entlassungen sofort zu großen Problemen führten, wurde die Aktion rückgängig gemacht.

tinnen 1934 die Kassenzulassung entzogen, ab 1936 durften Frauen weder Richterinnen noch Staats- oder Rechtsanwältinnen werden. Welche Berufsziele für Studentinnen nur noch vorgesehen waren, veranschaulichen die von der Deutschen Arbeitsfront (DAF - die nationalsozialistische Ersatzgewerkschaft) herausgegebenen Broschüren zur Berufswahl. Für die Männer informierten mehr als 30 Hefte über die potenziellen Berufe mit den Titeln „Der Chemiker“, „Der Physiker“, „Der Ingenieur“ usw. Für Frauen existierten lediglich vier: „Die Volksschullehrerin“, „Die Schriftleiterin“, „Die Arzthelferin“ und „Die Rechtspflegerin“. Anzahl und Bezeichnung der Berufe waren deutlich, nur in untergeordneten Stellungen und maximal als Gehilfin sollten die - möglichst wenigen - studierten Frauen noch berufstätig sein. „Arische“ Naturwissenschaftlerinnen erhielten noch Anstellungen in der Industrie oder in einzelnen Kaiser-Wilhelm-Instituten, einige Geisteswissenschaftlerinnen fanden eine Nische in den Unternehmungen der Preußischen Akademie der Wissenschaften.

Der Begriff der Nische<sup>89</sup> als Raum möglicher Berufstätigkeit für Wissenschaftlerinnen traf in der NS-Zeit durchaus zu. Da die Wissenschaftsinstitutionen, vor allem die Universitäten und Hochschulen, bis 1938 eine frauenfeindliche Politik betrieben, suchten die verbleibenden Wissenschaftlerinnen sowie die eben promovierten nach Auswegen, d. h. nach Plätzen und Räumen, die es ihnen erlaubten, wissenschaftlich tätig zu sein. Hier waren sie wieder die Ausnahmen, blieben vereinzelt und auf die Gunst der jeweiligen Vorgesetzten angewiesen, aber sie konnten wissenschaftlich tätig sein. Die Nischen bildeten Freiräume für ihre Wissenschaftler-Existenz. Je exotischer oder spezialisierter ihr Fachgebiet war, umso einfacher konnten sie „unterkommen“ bzw. dort bleiben. Die Sprachforscherin des Hessen-Nassauischen Wörterbuches, Luise Berthold, nannte ihre Nische eine „gewisse Schutzstellung“.<sup>90</sup>

Ab 1938 erfolgte stillschweigend ein Wechsel in der NS-Politik gegenüber Frauen. Nun wurde es Wissenschaftlerinnen wieder partiell möglich, in Hochschul- und Forschungs-Einrichtungen zu gelangen und Assistentenstellen zu bekommen. Sogar Habilitationen gab es wieder. Ähnlich wie während des ersten Weltkrieges „durften“ sie nun auch im zweiten Weltkrieg die Positionen der einberufenen Männer einnehmen. Im zweiten Kriegsjahr hieß es über die Chancen für Wissenschaftlerinnen an Universitäten deutlich:

„Die längere Zeit schwebende Frage, ob der Lehrberuf an den Hochschulen den Frauen offenbleiben würde, ist durch einzelne Neuernennungen von Dozentinnen positiv beantwortet worden.“<sup>91</sup>

<sup>89</sup> Zum Konzept der Nische vgl. *Margaret W. Rossiter*, *Women Scientists in America. Struggles and Strategies to 1940*. Baltimore/London 1982, 259.

<sup>90</sup> Vgl. *Luise Berthold* (wie Anm. 82), 51-52.

<sup>91</sup> *Margarete Esch*, Lage und Aussichten in den höheren Frauenberufen. In: *Die Frau*, 48 (1940/41), 168-173, hier 169.

Die Wissenschaftlerinnen erhielten als „intellektuelle weibliche Reservearmee“ neue Chancen im Universitätsbetrieb. Es war ein bekanntes Verfahren: bei Mangel an Bewerbern „durften“ auch Frauen genommen werden.

Mit der Vorbereitung des Krieges ergaben sich für Naturwissenschaftlerinnen noch ganz andere Möglichkeiten, außerhalb der Universitäten „Schutzstellungen“ zu finden. Über die Tätigkeit von Wissenschaftlerinnen und Ingenieurinnen in militärisch-relevanten Forschungs-Einrichtungen aller Waffengattungen und in denen der beteiligten Rüstungskonzerne ist wenig bekannt. Nach ihnen ist allerdings bisher auch kaum gesucht worden.<sup>92</sup> Wegen der stillschweigend akzeptierten und verinnerlichteten Gleichung „Militär = Männer“ schien es nahe liegend, in der Militärforschung nicht nach beteiligten Wissenschaftlerinnen zu suchen. Dennoch gab es sie. Mathematikerinnen, Naturwissenschaftlerinnen und Ingenieurinnen arbeiteten in verschiedenen Bereichen militärischer Forschung, z. B. zur Konstruktion und Berechnung von Flugzeugen und Raketen, bei der Entwicklung des deutschen Radar-Systems, bei der Auswertung meteorologischer Daten für Wetter-Vorhersagen. Sie erhielten hier Anstellungen, als die Aufrüstung des NS-Regimes auf Hochtouren lief. Sie waren in Einrichtungen des Heeres, der Luftwaffe und der Marine tätig. Die offiziell gehandhabte Verdrängung der Frauen aus gehobenen Berufen kollidierte nicht mit der Tätigkeit von Wissenschaftlerinnen im militär-technischen Bereich. Wegen der Geheimhaltung ihrer Arbeiten in den meisten Fällen blieb das öffentlich propagierte Frauenbild intakt. Militärische Einrichtungen konnten sogar dann eine Nische sein bzw. eine „Schutzstellung“, wenn Wissenschaftlerinnen gegenüber dem NS-Regime kritisch eingestellt waren.<sup>93</sup>

Mit der Neufassung der „Dozentenordnung“ von 1934 war die Privatdozentur abgeschafft und an ihrer Stelle die Dozentur eingeführt worden. Das Habilitationsverfahren erfolgte weiterhin an der jeweiligen Fakultät, die Ernennung zum Dozenten verfügte das Reichserziehungsministerium. Für die Ernennung zum Dozenten war der Besuch sogenannter „Dozentenlager“ - para-militärischer Kurse - sowie die positive Einschätzung des Betreffenden durch den NS-Dozentenführer der Fakultät notwendig. Dieser äußerte sich in der Regel über die „politische Zuverlässigkeit“ des Habilitanden. Die Mitgliedschaft in der NSDAP war dagegen weder Voraussetzung für den Beginn des Habilitationsverfahrens noch für die Ernennung zum Dozenten. Wissenschaftlerinnen waren bei dieser „Neuordnung“ anfangs bewusst ausgeklammert worden. Die geforderte Umwandlung der außerordentlichen (a. o.) in die außerplanmäßige (apl.) Profes-

---

<sup>92</sup> Eine Ausnahme bildete das amerikanische Manhattan-Projekt, vgl. hierzu *Caroline L. Herzenberg/Ruth H. Howes*, Women of the Manhattan Project, in: *Technology Review* 96 (1993), No. 8, 32-40.

<sup>93</sup> Zu den Wissenschaftlerinnen von der Universität Berlin, die Militärforschung betrieben, vgl. *Annette Vogt*, Vom Hintereingang zum Hauptportal? Lise Meitner und ihre Kolleginnen an der Berliner Universität und in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Stuttgart 2007, 326-333.

sur nutzten die NS-Behörden 1939 erneut zu einer Gesinnungsprüfung. In den Fällen, in denen Dekan und/oder Dozentenführer eine ablehnende Charakteristik über den Betroffenen an das Reichserziehungsministerium schickten, was einer Denunziation gleichkam, verhinderte das Ministerium entweder die Umwandlung der Professur oder entzog die Lehrbefugnis, wie 1940 im Fall der Genetikerin Elisabeth Schiemann (1881-1972).<sup>94</sup>

Die Berliner Universität bildete auch in der NS-Zeit die Ausnahme unter den deutschen Universitäten, insgesamt 11 Frauen habilitierten und wurden zum Dozenten (sic) ernannt. An der Berliner Universität habilitierten zwei der 12 Naturwissenschaftlerinnen (beide im Fach Chemie bzw. Physikalische Chemie), fünf der 13 Geisteswissenschaftlerinnen und vier der acht Medizinerinnen. Alle 11 Dozentinnen gehörten zu den Wissenschaftlerinnen, die ihre prägende Sozialisation im Wissenschaftsbetrieb der Weimarer Republik erfuhren. Sie hatten teilweise ein Jahrzehnt untergeordnete Stellen eingenommen, erlebt, wie gleichaltrige Kommilitonen längst berufen waren, und mussten zu Beginn der NS-Zeit um ihre bescheidenen Positionen bangen. Einige von ihnen versuchten, durch Eintritt in die NSDAP ihre Stellung zu verbessern. Die NSDAP-Mitgliedschaft war keine Bedingung für die Habilitation, das bezeugen die habilitierten Nicht-Mitglieder: Margarete Woltner (1897-1985), Luise Holzapfel (1900-1963) und Else Knake (1901-1973). Die Behauptung von der Existenz einer solchen Bedingung gehört zu den konstruierten Mythen der Nachkriegszeit.

Nur wenige leisteten Widerstand, oder, um den Schauspieler Michael Degen (geb. 1932) zu zitieren „Nicht alle waren Mörder“.<sup>95</sup> Zu den wenigen, die widerstanden und z. B. Verfolgten halfen, gehörten acht ehemalige Promovendinnen der Berliner Universität.<sup>96</sup> Zwei von ihnen wurden nach der bedingungslosen Kapitulation NS-Deutschlands und der Wiedereröffnung der Berliner Universität im Februar 1946 hier später Professorinnen: von 1946 bis 1949 lehrte die Genetikerin Elisabeth Schiemann wieder an ihrer Universität, von 1950 bis 1960 lehrte die Altertumshistorikerin und Schriftstellerin Elisabeth Charlotte Welskopf (Welskopf-Henrich) (1901-1979) an der 1948 in Humboldt-Universität

---

<sup>94</sup> Zur Vertreibung Elisabeth Schiemanns aus politischen Gründen vgl. *Annette Vogt*, Elisabeth Schiemann, ihre akademischen Beziehungen und ihre Beziehungen zu anderen Wissenschaftlerinnen, in: Reiner Nürnberg/Ekkehard Höxtermann/Martina Voigt (Hrsg.) Elisabeth Schiemann (1881-1972). Vom Aufbruch der Genetik und der Frauen in den Umbrüchen des 20. Jahrhunderts, Rangsdorf 2011, (im Druck).

<sup>95</sup> Vgl. die Autobiographie: *Michael Degen*, Nicht alle waren Mörder - Eine Kindheit in Berlin, Berlin 1999.

<sup>96</sup> Zu den Widerständlerinnen vgl. *Annette Vogt*, Vom Hintereingang zum Hauptportal? Lise Meitner und ihre Kolleginnen an der Berliner Universität und in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Stuttgart 2007, 391-411.

umbenannten Einrichtung.<sup>97</sup> Ihre Erfahrungen zu schildern, wäre ein neuer Artikel.

---

<sup>97</sup> Zu Elisabeth Schiemann, die mit ihrer Schwester Gertrud Verfolgten half, vgl. *Annette Vogt*, Elisabeth Schiemann (wie Anm. 94) und *Martina Voigt*, Elisabeth Schiemann und die Bekennende Kirche in Berlin-Dahlem, in: Reiner Nürnberg/Ekkehard Höxtermann/Martina Voigt (Hrsg.) Elisabeth Schiemann (1881-1972). Vom Aufbruch der Genetik und der Frauen in den Umbrüchen des 20. Jahrhunderts, Rangsdorf 2011 (im Druck); Zu Elisabeth Charlotte Welskopf-Henrich vgl. *Annette Vogt*, Welskopf, Elisabeth Charlotte, in: Hiram Kümper (Hrsg.) Historikerinnen. Eine biobibliographische Spurensuche im deutschen Sprachraum, Kassel 2009, 214-218.

Pirina Kittel

## ***Und nehmen den Studenten die Plätze fort. Frauen als Hörerinnen an der Universität Rostock***

### **Prolog**

Es sind noch nicht einmal einhundert Jahre, dass Frauen an der Universität Rostock zum Hochschulstudium zugelassen werden. Als ich 1986 hier immatrikulierte wurde, habe ich keinen Gedanken daran verschwendet. Ganz selbstverständlich sind wir Frauen von einem Hörsaal zum anderen gezogen. Natürlich haben wir alle einen hohen Anspruch an unser Studium gehabt und natürlich sind wir selbst an diesem Anspruch gemessen worden. Aber keiner der Lehrenden hätte uns Frauen intellektuelle Fähigkeiten abgesprochen. Dennoch – und daran habe ich mich erst später erinnert – einen Dozenten gab es eben doch, der uns Frauen ganz schön zugesetzt hat, wenn wir beispielsweise nicht flüssig genug den alten Plato übersetzen konnten. Und ich kannte damals nur eine Frau, die zu seinen Privatissimes zugelassen war. Er war sicher jemand, der die Wissenschaft für männlich hielt. Aber wirkliche Hürden konnte auch er uns Frauen nicht in den Weg stellen.

Das war vor 100 Jahren anders. Nach den Bestimmungen der Universitätsstatuten hatten Frauen damals kein Recht auf Immatrikulation. Gesetzgebend fungierten in diesem Sinne der Großherzog und in seinem Namen das Großherzogliche Ministerium für Unterrichtsangelegenheiten, weiterhin der Vizekanzler der Universität, der gleichzeitig Vertreter und Geschäftsführer des Ministeriums war. Auch das Konzil mit seinem Professorenkollegium, Rektor und Kanzler agierten kräftig nach Maßgabe ihrer individuellen Präferenzen in den Auseinandersetzungen um die Zulassung von Frauen zum Studium. Schauen wir also auf die Anfänge mit all ihren Befangenheiten und ersten Entwicklungen.

### **Die verfehlte Chance in der Mitte des 19. Jahrhunderts**

Die Frage der vollberechtigten Zulassung von Frauen zu universitärer Bildung und zu akademischen Berufen wurde im Mai 1869<sup>1</sup> erstmals an das Konzil der Rostocker Universität herangetragen. Die Generalversammlung der zweiten deutschen Frauenkonferenz des „Allgemeinen Vereins für Volkserziehung und Verbesserung des Frauenloos“ hatte sich im Oktober 1868 ein anspruchsvolles Bildungsziel gesetzt: Sie wollte *für die Einrichtung von Mädchengymnasien in*

---

<sup>1</sup> Universitätsarchiv Rostock (künftig: UAR), R 11 B 12/ 1: Frauenstudium, 1869 bis 1910, Blatt ad 1.

*verschiedenen Städten, und für die Zulassung qualifizierter Frauen und Mädchen an deutschen Universitäten ... agitieren.* Akademische Bildung sollte nicht nur Ergänzung zum gesellschaftlichen Leben sein, sondern Frauen eine selbstständige Existenzsicherung möglich machen. In diesem Sinne erreichte ein Brief des Zentralvorstandes des Vereins im Mai 1869 den Rektor der Universität, Theodor Thierfelder (1824-1904). Er enthielt die Bitte,

„weibliche Studierende zu den freien Wissenschaften a.w. Philosophie, verbunden mit Pädagogik, Naturwissenschaft, namentlich Chemie und Botanik zuzulassen. Ferner zu den Fakultätswissenschaften, darunter besonders Medizin, Chirurgie, Entbindungskunst, Pharmaceutik und Veterinärkunde. Endlich zu den Philologischen Wissenschaften.“

Dieses Anliegen war kühn im Deutschland jener Jahre. Bisher gab es lediglich in den USA, in Frankreich – hier allerdings auch nicht an den theologischen Fakultäten – und in der Schweiz ein Immatrikulationsrecht für Frauen. Deshalb unterbreiteten der Zentralvorstand des Vereins und die Verfasser des Briefes, Oberst P.A. Korn, Hauptmann a. D. und Dr. Theuerle, ein Journalist, konkrete Vorschläge, um den Vorbehalten im deutschen Wissenschaftsbetrieb bezüglich der Zulassung von Frauen entgegenzuwirken:

*„...der Centralvorstand verhehlt sich nicht, daß es bei den weiblichen Studierenden für den Anfang manche Schwierigkeiten geben wird; weshalb er [der Zentralvorstand] für die sittliche Haltung derselben Vorkehrungen ... für unerläßlich hält:*

- 1. Die für eine Immatrikulation nötigen Vorkenntnisse sollen bekannt gemacht werden.*
- 2. Studentinnen solle jede auffällige Kleidung und aller Kleiderluxus untersagt werden.*
- 3. Sie dürfen keine Bekanntschaft mit jungen Männern während der Studierzeit anknüpfen.*
- 4. In der Medizin solle mehr auf die Frauen- und Kinderkrankheiten Rücksicht genommen, und bei den Secierungen der Leichen sollten [Studentinnen] nur zu den weiblichen Kadavern und Kinderleichen zugelassen werden.*
- 5. Scheidewände in den Hörsälen sollen männliche und weibliche Studierende trennen, damit sie nicht in unmittelbare Berührung kommen.*
- 6. Zusätzliche, separate Eingänge sollen eingerichtet werden.*
- 7. Ein Frauencomité aus respektabeln Frauen Rostocks solle sich der Studentinnen annehmen und sie bei ehrbaren Familien unterbringen.*
- 8. eine Pedellin solle die specielle Aufsicht über die jungen Damen [übernehmen] und ... sie unter strenger Controle halten.*
- 9. Notwendige Lehrplanerweiterung sollten im Ermessen des Senats liegen, denn es seien ja bei den aufgeklärten Mitgliedern des akademischen Senats*

*Vorurteile nicht zu befürchten, die eine Zulassung von lernbegierigen und geistbegabten Frauen zum Universitätsstudium verhindern würden.“*

Diese Vorschläge lassen uns heute schmunzeln. Aber in ihrer historischen Situation mögen sie plausibel und bedeutsam gewesen sein. Die Sicherung moralischer Integrität entsprach durchaus den Denkmustern von Männern UND Frauen jener Zeit. Das Aufstellen von Scheidewänden wurde beispielsweise längst praktiziert – separate Eingänge zu den Räumen, Laboratorien und Übungsräume erschienen als gangbarer Weg, Frauen in den patriarchal geprägten, oft konservativen Universitätsbetrieb zu integrieren.

Den oben erwähnten Brief des Zentralvorstandes jedenfalls bewerteten viele Rostocker Professoren als Zumutung und Eingriff in das Selbstbestimmungsrecht der Universität. Wirklich sachdienlich und wichtig war m. E. der erste Punkt, der auf den Pluralismus in der Mädchenbildung (Mädchengymnasien, Lyzeen, Höhere Schulen, Stadtschulen, Realgymnasien etc.) und damit verbundenen verweist: Die unterschiedlichen Abschlusszeugnisse ließen keinen Rückschluss auf ihre Anerkennung als Zugangsberechtigung zur Hochschulausbildung zu. Interessierte Frauen mussten sich in umständlichen Einzelanfragen Klärung verschaffen.

Konnte die Frauenimmatrikulation tatsächlich ein Thema an der Rostocker Universität jener Jahre sein? Keine einzige deutsche Universität ließ zu diesem Zeitpunkt Frauen auch nur als Hörerinnen – also ohne jegliche akademische Rechte – zu! Der amtierende Rektor Thierfelder forderte zur Meinungsbildung in dieser Sache auf:

„Die Zulassung der Frauen zum akademischen Studium oder wenigstens zu gewissen Fächern derselben ... [scheint] in unserer Zeit sehr wohl der Erwägung werth, ... durch das vorliegende Schreiben [ist] eine geeignete Anregung gegeben, ... die Zulassung der Frauen zum akademischen Studium oder wenigstens zu gewissen Fächern [zu diskutieren].“<sup>2</sup>

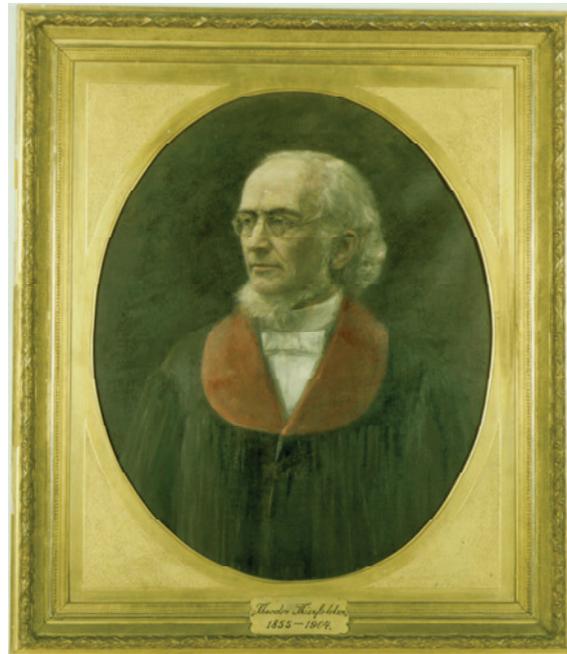


Abb. 1: Theodor Thierfelder, Universitätsarchiv Rostock, Bildersammlung.

<sup>2</sup> UAR, ebenda.

Am 22. Mai 1869 erbat er ein schriftliches Votum der Konzilsmitglieder. Das war ein glücklicher Umstand, denn in der Regel lassen sich in den knappen Notierungen der Konzilsprotokolle die Positionen der Professoren im Einzelnen nicht nachvollziehen. So aber findet sich ein Dokument,<sup>3</sup> das die unterschiedlichen Positionen zur Immatrikulation von Frauen festhält: Der Mediziner Thierfelder schlug seinen Kollegen vor,

„uns diesem Verein gegenüber nicht in eine Erörterung der Frage einzulassen ... [sondern] zu antworten, daß wir uns zur Zeit nicht veranlasst fänden, den von ihm in Anregung gebrachten Gegenstand in Erwägung zu ziehen. ... und können wir doch ruhig unsere Entscheidung (verschieben), bis ... eine Dame sich bei uns zur Zulassung meldet.“

Der Theologe Otto Carsten Krabbe (1805-1873) lehnte jede Antwort rundweg ab und auch Johann Roeper (1801-1885), Botaniker, schrieb:

„Bestünde der Vorstand aus Damen, so müßte man wohl höflich entgegen. Einem männlichen Vorstände würde ich gern antworten [dass wir nicht] ersähen, daß der von ihm angeregte Gegenstand in seinem Kopfe den wünschenswerten Grad der Reife zu erreichen noch nicht vermerkt habe, wir aber letztere in Geduld abzuwarten gesonnen seien.“

Der Staatswissenschaftler Hermann Roesler (1834-1894), schien die Zulassungsfrage

„keiner ernstern Erörterung werth, und werden uns hierin wohl die ausländischen Universitäten vorangehen, da gerade das deutsche Universitätsleben die größten Schwierigkeiten für eine solche Neuerung bietet.“

Interessant ist, dass er nicht das Frauenstudium, sondern die Haltung der deutschen Universitäten für problematisch hielt. Er berichtete, dass es am Collège de France in Paris schon seit Jahren eigene Abteilungen und Hörsäle für Zuhörerinnen gibt:

„Ich kann aus eigener Wahrnehmung bezeugen, nichts Unpassendes bemerkt zu haben. Ebenso gibt es namentlich schon viele weibliche Studierende der Medizin in ... England und Nordamerika. Die Sache selbst ist im Gange und wird sich gewiß noch weiter ausbreiten.“

Ein Konzilsmitglied der Medizinischen Fakultät berichtete von zehn Mädchen, die zu diesem Zeitpunkt in Zürich studierten. Außerdem wurde von einer Rosstockerin berichtet, die *gegenwärtig in Rio de Janeiro ... Frauen- u. Kinderkrankheiten studiert*.

Hermann Aubert (1826-1892), Professor an der Medizinischen Fakultät, antwortete:

---

<sup>3</sup> UAR, ebenda.

„Obgleich ich für die Zulassung weiblicher Studierender ... ohne weiteres stimmen würde, so scheint mir doch das Schreiben des Vorstandes etc. der Art, daß ich eine Beantwortung desselben für unnötig halte.“

In der Professorenschaft standen Weitsicht und Vorbehalte in der Frage der Frauenimmatrikulation nebeneinander. Und die Entscheidung in der Sache fiel sehr unprosaisch mit dem jährlichen Rektorenwechsel im Rektoratsjahr 1869/70. Amtierender Rektor war zu dem Zeitpunkt Otto Karsten Krabbe (1805-1873).

Er hatte den unerledigten Vorgang zu beenden. Krabbe lehnte studierende Frauen ab. Und so hört sich seine Notiz fast etwas erleichtert an:

„Da das Resultat der vorstehenden schriftlichen Verhandlung Stimmengleichheit ist, nämlich 11 Stimmen für die Beantwortung ... und 11 Stimmen gegen die Beantwortung, ... und nach § 17 der Statuten im Falle der Stimmgleichheit das Votum des Rectors entscheidet, so ist damit die Entscheidung ... gegen die Beantwortung ausgefallen. Damit ad acta.“

Für die nächsten 25 Jahre war damit zwar nicht die Diskussion, aber jegliche positive Beschlussfassung zum Frauenstudium vom Tisch.



Abb. 2: Otto Karsten Krabbe, Universitätsarchiv Rostock, Bildersammlung.

### **Auseinandersetzungen um die Zulassung von Frauen als Hörerinnen**

Auf Antrag von Kanzler, Rektor und Konzil der Universität hatte das Ministerium für Unterricht – und damit Friedrich Franz (1823-1883), Großherzog von Mecklenburg, – am 20. März 1843 einer Änderung des § 103 der Universitätsstatuten zugestimmt. Es sei *sehr wünschenswert, ... beim gebildeten Publicum den Sinn für den Collegien-Besuch zu wecken. ...*, so dass es allen, *in einem öffentlichen, eine gelehrte Bildung voraussetzenden Amte stehenden Personen, auch Officieren, und anderen gebildeten Männern freistehen solle*<sup>4</sup>, die Lehrveranstaltungen der Universität als HÖRER zu besuchen. Dieser Erlass, der bis

<sup>4</sup> UAR, R 11 B 12/ 1, Bl. 3.

zum Februar 1892 galt, war die Basis aller Diskussionen um den Hörerstatus für studienwillige Frauen.

Zu dieser Zeit mussten Frauen auch in Rostock – wie an allen deutschen Hochschulen – den mühevollen Weg über Petitionen und Einzelfallregelungen gehen, um an akademischer Bildung zu partizipieren. So mehrten sich im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts die Anfragen gebildeter Frauen<sup>5</sup> an Konzil, Rektor und Unterrichtsministerium, ob sie begonnene Studien in Rostock fortsetzen bzw. wenigstens als Hörerinnen an den Lehrveranstaltungen teilnehmen dürften. Im August 1873<sup>6</sup> wollten russische Frauen aus Zürich, die durch politische Veränderungen mit ihren Männern Stadt und Land verlassen mussten, in Rostock Studien fortsetzen, die sie in der Schweiz begonnen hatten. Diese Frauen waren exzellent gebildet und konnten Zeugnisse und Dokumente beibringen, die ihre Studien belegten. Darüber hinaus waren sie bereit, sich zusätzlichen Prüfungen zu unterziehen. Doch Rostocker Konzilsmitglieder empörten sich. Franz Fritzsche (1806-1887) schrieb: ... *ich wünsche, daß die Zumuthung der russischen Damen abgelehnt werde*. Und Johann Roeper schien es

„wünschenswert, den unvermischt männlichen Charakter der deutschen Universitäten beizubehalten. Es mag ja Frauen (Damen) geben, die zu wahrhaft akademischen Studien wahrhaft berufen sind. Mir sind derartige nicht begegnet u. würde ich selbst solche lieber die altgewohnten Richtungen der bisherigen Weiblichkeit einschlagen sehen.“

Fast zwanzig Jahre später, im Mai 1892 bat die Rostocker Lehrerin Mathilde Hagen, im Namen von *zwei bis drei Damen um die Erlaubnis, (ein) Kolleg von Prof. Blochmann besuchen zu dürfen*. Die Frauen waren zuvor auf das übliche Privatissimum [private Vorträge der Hochschullehrer] verwiesen worden. Das war unbefriedigend für sie. Und so beteuerten die Frauen – möglicherweise in Übereinstimmung mit einigen Dozenten, die in Heidelberg und Karlsruhe schon viel früher Hörerinnen in ihren Lehrveranstaltungen erlebt hatten, *dass es eine Ehrensache für 'uns' ist..., beweisen zu können, dass in keiner Weise der Ernst der Studien durch weibliche Hörer beeinträchtigt wird ...* Der amtierende Rektor allerdings zog sich auf die Statuten zurück und teilte Mathilde Hagen lediglich mit, *dass es nicht zur Befugnis des Rectors steht, Damen zu den akademischen Vorlesungen zuzulassen*. Das Protokoll dieser Sitzung macht allerdings neugierig: Es enthält ausgestrichene Zeilen und nach der Diskussion kam es zu keinem Beschluss.

Einige der Professoren und Dozenten waren unmittelbar mit den Problemen gebildeter Frauen der Rostocker Oberschicht und Lehrerinnen an Mädchenschulen und Lehrerinnenseminaren konfrontiert: Sie erbat häufig die Teilnahme

<sup>5</sup> UAR, R 11 B 12/ 1, Blätter 2 bis 7.

<sup>6</sup> UAR, R 11 B 12/ 1, ad Bl. 2.

an Vorlesungen und wünschten humanistische, intellektuelle Bildung. Auch die eigene berufliche Weiterbildung im Mädchenbildungsbereich war wichtig für sie: Ihre wirtschaftliche Situation hing auch damals schon vom Umfang ihrer Unterrichtsangebote ab. So waren sie auf den Besuch weiterführender Lehrveranstaltungen angewiesen. Viele Hochschullehrer konnten das nachvollziehen. In Einzelabsprachen und separaten Kollegs räumten sie Frauen – zunächst ohne Status und Nachweise – Möglichkeiten der Weiterbildung ein. Sie machten gute Erfahrungen dabei. Das bewog mehrere Professoren und Dozenten, Frauen im Rektoratsjahr 1894/95 erstmals die Teilnahme an ihren Vorlesungen als HÖRERINNEN zu bescheinigen. Sie zitierten eben jenen § 103 der Universitätsstatuten von 1843,<sup>7</sup> der *alle gebildeten Personen, welche der Immatrikulation nicht fähig sind*,<sup>8</sup> zum HÖREN von Vorlesungen berechnete. Das Wort *Personen* schließe Frauen ein, argumentierten sie. Eduard König (1846-1936) stellte diese Interpretation des Personen-Begriffs infrage: Im Reskript von 1843 sei bei *Feststellung der Statuten ... nur an männliche Hörer gedacht* gewesen. Diese Rechtsauffassung fiel für ihn keineswegs mit der Frage einer generellen Zulassung von Frauen zum Universitätsstudium zusammen, denn er schrieb: *...Nur die Meinung kann ich nicht theilen, dass bis jetzt eine positive Rechtsgrundlage ... vorliegt*. War der § 103 nun die berühmte Lücke im Gesetz?

Der Hörerinnenstatus war keine amtliche Zulassung vom Range einer Immatrikulation und ein offizielles Anrecht auf den Hörschein hatten die Frauen nicht. Ausdrücklich wurde klargestellt, dass

„durch die Aushändigung der Anmeldebogen kein Recht auf Zulassung zu den Vorlesungen gewährt [wird], sondern diese ist, wie auf den Scheinen ausdrücklich vermerkt ist, bei den betreffenden Docenten nachzusuchen [...] die betreffenden Vorlesungen [sollen] ganz wie sonst ohne jede Rücksicht auf die theilnehmenden Damen gehalten werden.“<sup>9</sup>

Das Bleiberecht der Hörerinnen unterlag zudem durch den jährlichen Rektorenwechsel offensichtlich einer gewissen Diskontinuität. Mathilde Hagens Brief vom 11.8.1896 hat seinen eigenen Duktus:<sup>10</sup>

„Gestatten Sie mir gütigst eine kurze Anfrage. Werden Sie ... wie Ihr Herr Vorgänger den Lehrerinnen nicht verwehren, bei den dazu sich erklärenden Dozenten zu hören? ... Ich wäre persönlich gekommen, um Ihnen die Mühe des Schreibens zu ersparen, hätte ich eine Stunde gewusst, in der ich Sie treffen konnte, ohne Sie zu stören.“

<sup>7</sup> Reskript vom 20. März 1843, § 103, Abs. 3.

<sup>8</sup> UAR, K 221, dito die folgenden Zitate.

<sup>9</sup> Hervorhebung im Original.

<sup>10</sup> UAR, R 11 B 12/1, Bl. 14.

## Hörerinnen an der Philosophischen Fakultät

Am 22. Januar 1895<sup>11</sup> wurden Anmeldung und Registrierung von Hörerinnen – wie inzwischen an vielen anderen deutschen Universitäten üblich – vom Konzil der Rostocker Universität ohne Änderung der Statuten eingeführt. Das diente allerdings lediglich der Feststellung der Höferschaft und der Erleichterung der Honorarregulierung für Dozenten und Professoren. Für die Hörerinnen ergab sich eine gewisse Sicherheit: Ihre Teilnahme an den Lehrveranstaltungen wurde offiziell bescheinigt. Und sie erlangten bei Beantragung des Höferscheins Gebührenfreiheit. 13 Frauen füllten daraufhin im Rektoratsjahr 1894/95 das offizielle Anmeldeformular aus, im Rektoratsjahr 1895/96 waren es 18.

Titel der Veranstaltung	Dozent	Anzahl der Hörerinnen
Deutsche Geschichte	Prof. Schirmmacher	1
Mathematische Geographie und populäre Astronomie	Prof. Matthiesen	2
Germanistisches Seminar	Prof. Golther	3
Dantes „divina commedia“	Prof. Lindner	4
Englische Lautlehre	Prof. Lindner	4
Geschichte	Dr. Thierfelder	4

Tabelle: Belegung von Lehrveranstaltungen durch Frauen im Rektoratsjahr 1895/96<sup>12</sup>

Der damalige Vizekanzler Otto Friedrich Maximilian von Liebeherr (1814-1896) drängte auf Änderung der Statuten und Qualitätssicherung:

„Unbedenklich erscheint mir die Zulassung von Frauen ... insbesondere deshalb nicht, weil die Eventualität [nahe liegt], daß die Vorlesenden auf die Letzteren zu viel Rücksicht nehmen, daß dadurch veranlaßt die Gründlichkeit und Wissenschaftlichkeit der Vorträge leiden möchte.“

Er erhöhte den Rechtfertigungsdruck für die Konzilsmitglieder und forderte Stellungnahme. Der Rektor, Gustav Körte (1852-1917) bestätigte ihm, dass nach privaten Anfragen mehrere Professoren Frauen zu einigen ihrer Vorlesungen als Hörerinnen zugelassen hätten. Um *eine schrankenlose Ausdehnung dieses Zulassungsverfahrens* zu vermeiden und um das Niveau der Veranstaltungen zu halten, habe die Universität gleichzeitig beschlossen, *die Zulassung auf solche Frauen zu beschränken, welche ein berufliches Interesse an dem betreffenden Unterrichts- Gegenstand haben, d.h. auf Lehrerinnen.*<sup>13</sup>

<sup>11</sup> UAR, R 11 B 9, Bl. 7.

<sup>12</sup> UAR, R 11 B12/1, Bl. 9ff.

<sup>13</sup> Bericht vom 21. Januar 1896 von Prof. Thierfelder, Geh. Obermedizinalrat, zu dem Zeitpunkt Deputierter der Universität, UAR, K 221. Hervorhebung im Original.

Am 9. Oktober 1896 legalisierte das Unterrichtsministerium diese Verfahrensweise der Universität. Doch mit dem Argument, dass die Universität eine ausschließlich für Männer bestimmte wissenschaftliche Anstalt sei, begrenzte es die Hörerinnenzulassung auf die Philosophische Fakultät. Damit waren dann allerdings auch alle Hörerinnen der Medizinischen Fakultät ausgeschlossen.

Zudem wurden hohe Zulassungsbarrieren errichtet: Die Frauen mussten (1.) ihr besonderes Berufsinteresse nachweisen. Mit der Zustimmung des betreffenden Dozenten (2.) konnte die Hörerin einen Antrag an Rektor (3.) und Vizekanzler (4.) stellen, wobei der Einspruch des Letzteren den sofortigen Abbruch der Studien bewirken konnte. Der wiederum ließ sich zudem vom betreffenden Dozenten über jede Zulassung *unter Angabe der zuverlässigen Verhältnisse der Zuhörerin* informieren, wobei auch das Image von Vätern oder Brüdern ein wichtiges Kriterium für seine Zusage oder Ablehnung war. Rektor und Konzil wurden verpflichtet, in den Jahresberichten der Universität über den Besuch der Kollegien durch Hörerinnen und ihre Beobachtungen zu berichten.<sup>14</sup>

In der Folge finden sich zahlreiche Petitionen und Einzelgesuche an den Vizekanzler. Der Weg der Frauen als Hörerinnen an die Universität war mühsam. Dennoch ermöglichte er einen ersten legalen Zugang zu höherer Bildung. Die Professoren gingen sehr verschieden mit dieser neuen Abhängigkeit um. Manche zeigten die Teilnahme von Frauen geradezu ergeben an, andere setzten sich über die Anzeigeverpflichtung hinweg. Für Vizekanzler Gerhard von Buchka (1851-1935) war das eine Machtfrage. Er empörte sich gegenüber dem Rektor:

„Nach den mir zugegangenen Verzeichnissen ... nahmen Damen teil an Vorlesungen der Herren Professoren Staude, Erhardt und Störmer. Die vorgeschriebene Anzeige ist mir bisher von keinem der genannten Herren erstattet. Ich bitte ... die Herren zu veranlassen, das Versäumte nachzuholen und mir sogleich Mitteilung über den Besuch ... zu machen.“

Der universitäre Widerstand gegen diese Kontrollmechanismen war durchaus nicht einheitlich. Da Frauen nicht nur in Form von alternden Damen und ergrauten Lehrerinnen daherkamen, wurde der Ruf laut nach Regulierung der Hörscheinfrage in Form eines *schärfer gefaßten Rescripts*, das *unzweideutiger ... gegen Frauenstudien Stellung nähme*, [denn] *in dem jetzt vorliegenden konkreten Fall [ist] die Jugend der Hörerin ja einigermaßen bedenklich...*<sup>15</sup>

Die Einschränkungen des Reskripts von 1896 begünstigten ein System von Bevormundung und Kontrolle über die Frauen. Exemplarisch für diese Zulassungsmechanismen und ihre 'Objektivität' kann folgende Quelle zitiert werden, die sich einige Jahre später in den Akten findet: Der Umgang mit dem Gesuch

<sup>14</sup> UAR, K 221. Dito die folgenden Zitate.

<sup>15</sup> UAR, K 221, Schreiben vom September 1898.

von Alice Walter,<sup>16</sup> einer Frau russischer Abstammung. Sie wollte in Rostock das Oberlehrerinnenexamen ablegen und wurde im Sommer 1906 beim Vizekanzler von Buchka vorstellig. Dieser holte nach der Unterredung ein Votum über Ruf und Lebensverhältnisse der Familie ein – beim Verwalter des Wohnhauses, in dem die Antragstellerin mit Mutter und Geschwistern wohnte. *Auftragsmäßig* berichtete Herr Anthon, was ihm von deren Lebensverhältnissen bekannt geworden war:

„Fräulein Alice Walter ist ungefähr 21 Jahre alt und hat in Berlin Vorlesungen gehört und dort auch das Lehrerinnenexamen bestanden. Sie wohnt seit einem Monat bei ihrer Mutter, einer angeblichen Predigerwitwe, Josephine Walter, geb. Lobbenowe, die vor 1 Jahre mit ihren 5 Kindern von Riga hierher kam und in Wismarschestr. 29 II eine Wohnung im Preise von 450 M. inne hat. Die Vermögensverhältnisse der Frau Walter sind nicht ungünstig. Sie wird als eine achtungswerte Dame von tadellosem Ruf geschildert. 2 Söhne derselben besuchen das hiesige Gymnasium und 2 Töchter die Burchardsche höhere Töchterschule. Fräulein Alice Walter macht einen vorteilhaften, soliden Eindruck, ihr Ruf und Charakter ist einwandfrei.“

Ungefähr – angeblich – nicht ungünstig – Objektivität ist kein Geheimnis und Datenschutz eine moderne Erfindung! Übrigens war Alice Walter die Tochter eines Gutspächters aus dem Baltikum, ihre Mutter also keine *angebliche Predigerwitwe*. Das Ministerium erteilte ihr die Erlaubnis zum Hören von Vorlesungen, aber nur *ausnahmsweise*.

### **Frauen als Hörerinnen an allen Fakultäten der Universität Rostock**

Die Beschränkung des Hörerinnenstatus auf die Philosophische Fakultät zeigte sich nicht haltbar. Die Diskussion um den Antrag der Marga Gütschow aus Rostock,<sup>17</sup> die nach einer Berechtigungsprüfung an der Universität ein zahnärztliches Studium beginnen wollte, ist exemplarisch für die Verhinderungspraxis des Ministeriums. Die Universität fürchtete beim Vergleich mit anderen deutschen Universitäten in Fragen der Vergabe von Scheinen an Hörerinnen und der Frauenimmatrikulation um ihr Image<sup>18</sup> und so insistierte Paul Falkenberg (1848-1925)<sup>19</sup> betont sachlich:

<sup>16</sup> UAR, K 221.

<sup>17</sup> UAR, K 221, Anschreiben von Prof. Fedor Schuchardt (1848-1913), Dekan der Medizinischen Fakultät vom 14. Febr. 1899.

<sup>18</sup> An keiner deutschen Universität wurden zu diesem Zeitpunkt Frauen immatrikuliert. Wo eine Zulassung erfolgte, beschränkte sie sich in Form des Hörerstatus auf spezielle Vorlesungen oder den Lesekreis bestimmter Fakultäten. Sie war an verschiedene Vorbedingungen geknüpft: an ausreichende Vorbildung, Einwilligung des Dozenten, Zustimmung von Ministern, Kuratoren, Rektoren etc. Bei der Prüfung der Vorbildung verfuhr man unterschiedlich.

„Der Bundesrath hat jüngst beschlossen, daß Damen... an den Universitäten, wo sie ... noch nicht immatrikuliert werden können, die Zeit als Universitätsstudium in Anrechnung gebracht werden solle, welche sie als ‚Hörerinnen‘ daselbst zugebracht haben. Es scheint somit die Zulassung der Damen zur ärztlichen Staatsprüfung nur noch eine Frage der Zeit und es möchte zu erwägen sein, ob man Mecklenburgerinnen die Landesuniversität unzugänglich machen soll und sie damit zwingen, ihre Studien und ihr Staatsexamen auswärts zu machen. Ich weiß nicht, ob man einer Mecklenburgerin, die vor einer auswärtigen Prüfungskommission ihr Examen gemacht und die Approbation für's Deutsche Reich erhalten hat, hier die Ausübung der ärztlichen Praxis untersagen kann. Ist das aber nicht möglich, so scheint es unthunlich die Landesuniversität für das Damenstudium zu sperren.“

Marga Gütschow erhielt nur *unter Bedingungen* und *bis auf weiteres als Ausnahme* die Erlaubnis, die Reifeprüfung abzulegen und an den Vorlesungen der Medizinischen Fakultät teilzunehmen. Wenn diese Regelung auch eine individuelle war und im Blick auf eine Immatrikulation hinter ihren Erwartungen zurückblieb, so konnte sie sich wenigstens als Hörerin einschreiben – als erste „offizielle“ Frau an der Medizinischen Fakultät!

Erst sechs Jahre später, im April 1905, diskutierte das Unterrichtsministerium mit dem Konzil, das in dieser Frage durchaus unterschiedlicher Meinung war, die Ausweitung des Hörerinnenstatus auf alle Fakultäten. Zu diesem Zeitpunkt waren acht Frauen an der Medizinischen und der Philosophischen Fakultät als Hörerinnen eingeschrieben. Das Reskript vom 17. Mai 1906 erlaubte die Zulassung von Hörerinnen an allen Fakultäten und beschrieb endlich auch verbindliche Zugangsvoraussetzungen. Zukünftig berechtigten die Reifezeugnisse eines humanistischen Gymnasiums, Realgymnasiums, einer Oberrealschule oder eines gleichwertigen Mädchengymnasiums, einen Hörschein für alle Fakultäten zu erlangen. Für die Theologische und Philosophische Fakultät war weiterhin ein außerordentliches oder Berufsinteresse das Zugangskriterium, in dem Falle, dass die Frauen die genannten Zeugnisse nicht vorlegen konnten. Zudem wurde die Erteilung von Hörscheinen insofern erleichtert, dass sie fortan nur noch beim Rektor – mit Kenntnissgabe an den Vizekanzler – beantragt werden mussten.

Das schützte die Frauen in gewisser Weise vor dem Gutdünken der Dozenten. Doch es ignorierte auch die Unterschiedlichkeit des deutschen Mädchenbildungssystems – besonders im abgelegenen Mecklenburg. So begann in der Folge die Auseinandersetzung um die Anerkennung von Abschlusszeugnissen

---

Sie oblag dem Rektor, den Dozenten, dem Kuratorium oder den Dekanen. Nur noch vereinzelt gab es den absoluten und vollständigen Ausschluss von Frauen (Jena und Straßburg).

<sup>19</sup> UAR, K 221, Brief vom 13. Mai 1899

verschiedenster Schulen als Zugangsvoraussetzung für Hörerinnen an der Juristischen oder Medizinischen Fakultät.

Die Einführung der Immatrikulation von Frauen in Mecklenburg führte zur Verschärfung der Zulassungsbedingungen für einen Hörschein.<sup>20</sup> Ein Reskript vom 7. September 1909 untersagte Hörerinnen<sup>21</sup> gänzlich den Zugang zur Medizinischen und Juristischen Fakultät. Auch für die Theologische und Philosophische Fakultät wurden die Zugangsvoraussetzungen neu gefasst.<sup>22</sup> Das grenzte den Kreis der Frauen, die sich unter diesen Bedingungen als Hörerinnen einschreiben konnten, empfindlich ein. Die Zahl der Hörerinnen ging zunächst zurück. Besonders Lehrerinnen waren betroffen. Der unklare Umgang mit Hörerinnen begünstigte unter den Studierenden Anfeindungen und Konkurrenz:<sup>23</sup>

„Bezugnehmend auf meinen ersten Brief erlaube ich als Nachtrag zu unterbreiten, daß auf der Universität in Rostock 62 Frauenzimmer studieren zum Teil ohne Nachweis irgendeiner Vorbildung. Dieselben sind als Hörerinnen immatrikuliert und zum Hören von Vorlesungen dadurch berechtigt. ... Den Studenten wird dadurch der Besuch der Vorlesungen verleidet. Auch werden den Studenten dadurch die Plätze zum Teil fortgenommen.“

Zu diesem Zeitpunkt waren zwölf Frauen als Studierende immatrikuliert und 49 als Hörerinnen verzeichnet. Von den letzteren waren 33 Lehrerinnen. Vizekanzler von Buchka, der im Auftrage des Ministeriums die Angelegenheit zu untersuchen hat, wies die Vorwürfe zurück:

„Nach Erklärung des Rektors ... sind Unzuträglichkeiten irgendwelcher Art durch Studentinnen oder Hörerinnen bisher nicht hervorgetreten, auch bestreitet der Rektor, dass Hörscheine an weibliche Personen ohne irgendwelche Vorbildung erteilt seien. Die anonyme Eingabe wird daher wohl auf sich beruhen bleiben können.“

Die Auseinandersetzungen um die Erteilung von Hörscheinen an Frauen nach den Bedingungen des Septembererlasses 1909 spiegeln die Veränderungen wider, die im Mädchenbildungssystem begonnen hatten. Da die Mädchen und Frauen ihre Vorbildung wie bei einer Immatrikulation durch Zeugnisse höherer

<sup>20</sup> Im Wintersemester 1909/10 wurden 35 Frauen als Hörerinnen im Personalverzeichnis der Universität genannt. 29 Frauen besuchten die Vorlesungen der Philosophischen, sechs der Theologischen Fakultät. Viele von ihnen waren Lehrerinnen. Bezeichnend ist, dass unter den Hörerinnen wie unter den immatrikulierten Studentinnen immer wieder Frauen und Töchter der Universitätsprofessoren zu finden sind.

<sup>21</sup> Für Hörer galten andere Bestimmungen.

<sup>22</sup> Das Reifezeugnis war das Zeugnis der Befähigung zur Anstellung als Oberlehrerin oder Zeugnis der vollen Lehrbefähigung für höhere Mädchenschulen.

<sup>23</sup> UAR, K 221, anonyme Beschwerde vom 30. Mai 1913.

Schulen nachweisen mussten,<sup>24</sup> begann mit enormem verwaltungstechnischem Aufwand ein zähes Ringen um deren Anerkennung. Zudem war der Hörerstatus aus Sorge um die Leistungsfähigkeit der Hörenden per se nicht gewünscht.<sup>25</sup> In diesem Sinne gab es für die Ausgabe von Hörscheinen an Frauen noch einmal zusätzliche Festlegungen. Sie sollten

„abgesehen von den Lehrerinnen, nur spärlich und nur dann [ausgegeben werden] ..., wenn die objektiven und subjektiven Voraussetzungen für ein wirklich wissenschaftliches Studium vorhanden sind.“<sup>26</sup>

Auch jetzt waren es Lehrerinnen oder die Ehefrauen der Professoren und Hochschullehrer, die Hörscheine beantragten. Letzteren war ja durch § 59 der Satzung (Ehefrauenparagraph) die Immatrikulation verwehrt. Für die Universität bahnte sich ein Konflikt an: Die Zeugnisse, die die Frauen beibrachten, genügten häufig nicht den Festlegungen des § 2 des Reskripts vom September 1909. Da sie aber nach § 3 durch besonderes (Berufs-) Interesse Hörscheine erhalten konnten, wurde diese Frage im Konzil diskutiert, da sich

„mehr und mehr herausgestellt hat, dass die gewünschte Beschränkung auf einen möglichst kleinen Kreis nur dann zu erzielen ist, wenn der Rektor im Besitz von bindenden Instruktionen über die Erteilung solcher Hörscheine ist“.<sup>27</sup>

Inzwischen verschärfte sich auch für Lehrerinnen der Zugang zur Universität, da die Zeugnisse der Oberlyzeen nicht anerkannt wurden. Andererseits wertete das Unterrichtsministerium ihre Hörersemester als Zugangsberechtigung zum Staatsexamen. Die Lehrerinnen absolvierten als Hörerinnen ein vollständiges Universitätsstudium, wurden aber nicht immatrikuliert! Das Konzil drängte weiterhin auf konkrete Zulassungskriterien und entsprechende Zeugnisse. Es sah die Wissenschaftlichkeit der Lehrveranstaltungen durch unzureichende Vorbildung gefährdet, da der Nachweis des besonderen Berufsinteresses einen gewissen Spielraum für geringer qualifizierte Frauen zuließ. Und die „Damen der Gesellschaft“ wagte sowieso kaum ein Hochschullehrer um den Nachweis ihrer Vorbildung zu bitten.<sup>28</sup> Zudem wurden nach dem 1. Weltkrieg und dann wieder während des zweiten Weltkriegs gebildete Frauen dringend gebraucht.

---

<sup>24</sup> Staatlich anerkanntes Mädchen- Gymnasium wie Realgymnasium, Oberrealschule, Studienanstalt oder Befähigung zur Anstellung als Oberlehrerin oder volle Lehrbefähigung für höhere Mädchenschulen.

<sup>25</sup> UAR, R 11 B 12/2, Bl. 12 vom 27. Nov. 1915 enthält bindende Instruktionen zur Erteilung von Hörscheinen an Frauen, um *die gewünschte Beschränkung auf einen möglichst kleinen Kreis zu erzielen*.

<sup>26</sup> UAR, R 11 B 9, Bl. 24 vom 11. Juni 1914.

<sup>27</sup> UAR, R 11 B 9, Bl. 38a vom 27. Nov. 1915.

<sup>28</sup> UAR, R 11 B 9, Bl. 47, Aktennotiz vom 1. Dez. 1916:

Verständnis für das Bildungsbedürfnis und echtes Bedauern zeigen manche Stellungnahmen zu den Anträgen auf Erteilung von Hörscheinen, wie in dem folgenden von Wolfgang Golther (1863-1945) für Elisabeth Hilbert:<sup>29</sup>

„Ob ein streng sachliches Interesse vorliegt, kann ich nicht beurteilen. Es handelt sich um ein zweifellos ernstes Bildungsbedürfnis. Herr Kollege Hilbert [Praktischer Theologe an der Universität] hat mir vor zwei Semestern persönlich seine Tochter vorgestellt und um Erlaubnis zum Hören gebeten. Frl. Hilbert hat in den vorigen beiden Semestern unbedenklich den Schein erhalten, ich würde es insofern bedauern, wenn er fürs dritte Semester verweigert würde.“

Interessant ist in diesem Zusammenhang die Tatsache, dass sowohl Golthers Frau als auch seine Tochter Else immer wieder als Hörerinnen im Personalverzeichnis genannt werden.

Erst im Dezember 1919 wurden Änderungen zum Reskript vom 7. September 1909 vorgenommen und der Schlusssatz in § 88 Abs.1 Ziff. 2 außer Kraft gesetzt. Doch die Diskussion um die Erteilung von Hörscheinen an Männer und Frauen mit unzureichender Vorbildung flammte in den 1920er Jahren immer wieder auf. Dass der Besitz eines Hörscheins durch die Teilnahme an allen Vorlesungen und Seminaren ein vollständiges Universitätsstudium möglich machte, war dem Ministerium suspekt. Es sah die Bedeutung der höheren Zugangszeugnisse untergraben und wollte Hörern generell Zutritt nur zu bestimmten Vorlesungen gestatten. Die Fakultäten hielten an ihrem Selbstbestimmungsrecht fest,<sup>30</sup> ließen aber einige Änderungen zu: Die noch zu Beginn des Jahrhunderts mögliche *Promotion* eines Hörers oder einer Hörerin nach sechs- oder mehrjährigem (Hörer-) Studium oder die *Zulassung zu einem Vollstudium* waren fortan nicht mehr möglich.<sup>31</sup>

---

„für kommende Fälle ... (ist) vom Rektor Professor Dr. Geffcken bestimmt worden, in gewissen Fällen bei den Hörerinnen, namentlich wenn es sich um Damen der Gesellschaft handelt, von einem Nachweis über die Schulbildung abzusehen.... Magnifizenz haben es in diesen Fällen so gehandhabt, dass mündlich über die betreffende Dame Erkundigungen eingezogen wurden und dann die Entscheidung getroffen ist.“

Auch hier bleiben Fragen offen!

<sup>29</sup> UAR, R 11 B 9, Bl. 41 vom 4. Mai 1916.

<sup>30</sup> UAR, R 11 B 9, Bl. VII C 26 ff, dokumentieren die aus dem Jahr 1931 stammende Auseinandersetzung des Konzils mit Stadtrat Seer, der seine Tochter Helene Renate trotz mangelnder Zeugnisvoraussetzungen als Hörerin an der medizinischen Fakultät zugelassen wünscht. Als die Uni ablehnte, kam es zu einem sturen Streit, der auch nicht durch die engen Verbindungen des Stadtrates zum Ministerium gelöst wurde.

<sup>31</sup> UAR, R 11 B 9, Bl. VII C 25.

Anhand des seit dem Wintersemester 1907/08 namentlich geführten Gasthörererverzeichnisses im Personalverzeichnis der Universität<sup>32</sup> können Anzahl und Studieninteressen der Frauen ermittelt werden. Aus Anträgen sowie Mitteilungen und Listen der Hochschullehrer lassen sich nur wenige Rückschlüsse auf die Hörerinnen ziehen. Ihre Biographien bleiben weitgehend unbekannt. Es ist kaum etwas darüber zu erfahren, in welchen sozialen Bindungen sie lebten, wie alt sie waren, welche Vorbildung sie mitbrachten und welche Vorlesungen sie besuchten. Meist waren es Frauen und Töchter der Hochschullehrer, Frauen des öffentlichen Lebens der Stadt oder Lehrerinnen. Einige Hörerinnen waren Ausländerinnen. Ihre Motive waren unterschiedlich: Manche verfolgten keine konkreten Ziele, andere hatten die Absicht, sich für das Examen als Oberlehrerinnen anzumelden. Welche Berufswege sie einschlugen, bleibt gänzlich im Dunklen.

Interessant könnte an der weiteren Entwicklung sein, dass seit dem Januar 1934 Anweisungen für Rektor und Konzil vom Preußischen Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung aus Berlin kamen. In diesem Zeitraum erfolgte eine Neufassung der *Richtlinien für die Zulassung als Gasthörer an den deutschen Hochschulen*,<sup>33</sup> die für alle Hochschulen des Deutschen Reiches bindend war. Zukünftig musste der Nachweis der entsprechenden Vorbildung und der Abstammung (!) beigebracht werden. Bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges wurden Hörscheine an nicht immatrikulationsfähige Männer und Frauen vergeben. Zuverlässige Angaben über die Vergabe der Scheine und die Zahl der Hörer und Hörerinnen sowie Motive und Studieninteressen wurden nicht mehr aufgefunden.

---

<sup>32</sup> Verzeichnis der Behörden, Lehrer, Institute, Beamten und Studierenden auf der Großherzoglichen Universität Rostock, UAR, Jur. Nr. 3 d ff.

<sup>33</sup> UAR, R 11 B 9.



Marianne Beese

## **Frauenstudium in Rostock von 1909/10 bis 1945. Ausblick bis 1952<sup>1</sup>**

Bis zum Jahre 1909 hatten sich alle Universitäten des Deutschen Reiches studierwilligen Frauen und Mädchen geöffnet – wobei Rostock im Wintersemester 1909/10 das Schlusslicht bildete. Ein früherer Beginn des Frauenstudiums war an der durch das Großherzoglich-Mecklenburgische Ministerium für Unterrichtsangelegenheiten vertretenen starrsinnigen Haltung gescheitert. Noch 1907 wurde ein entsprechender Antrag des Universitäts-Konzils abgelehnt und 1908 bestand man im Ministerium darauf, das Beispiel Preußens abwarten zu wollen.

Damit das Studium für Frauen nunmehr beginnen konnte, waren Änderungen in den Disziplinarvorschriften für die Studierenden der Universität Rostock vorgenommen worden, und zwar am 29. Juni 1909. Friedrich Franz, „von Gottes Gnaden Großherzog von Mecklenburg“, hatte nach Verhandlungen mit Rektor und Konzil genehmigt, „dass den Disziplinarvorschriften vom 28. Februar 1906 nebst Abänderung vom 1. April 1909“ ein siebenter Abschnitt hinzugefügt würde.<sup>2</sup> Dieser Abschnitt trug denn auch die Überschrift „Vom Frauenstudium“ und enthielt die Paragraphen 57-59. Im § 57 war u. a. festgelegt, dass „auch Frauen das akademische Bürgerrecht erwerben und die große Matrikel empfangen“ könnten. Mit dieser Festlegung einhergehend, waren die Zugangsvoraussetzungen für ein Studium definiert. So war „der erfolgreiche Abschluss eines einheimischen (örtlichen) oder sonst in Deutschland befindlichen Gymnasiums, eines Realgymnasiums oder einer Oberrealschule, die jeweils vom Ministerium, Abteilung für Unterrichtsangelegenheiten, anerkannt sein mußten“, vorgeschrieben. „Ausländerinnen“ hatten eine „dieser gleichwertige Vorbildung“ nachzuweisen.<sup>3</sup>

Die bevorstehende Anwesenheit von Frauen an der Universität hatte aber noch zu weiteren Modifizierungen in den Disziplinarvorschriften geführt. Jene erfuhren eine Einschränkung, insofern Frauen gegenüber „Karzerstrafe und Untersuchungsarrest nicht beschlossen werden können und sich die Bestimmun-

---

<sup>1</sup> Dieser Artikel entstand unter Verwendung einer 1999 veröffentlichten Studie, vgl.: *Marianne Beese*: Frauenstudium an der Universität Rostock von 1909/10 bis 1945, in: Rosina Neumann (Hrsg.), *Geschichte des Frauenstudiums in Rostock von den Anfängen bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges*. Rostock 1999, 1-156.

<sup>2</sup> Universitätsarchiv Rostock (künftig: UAR), R 11 A 2: Disziplinarvorschriften für die Studierenden (1903-1927).

<sup>3</sup> Ebenda. Vgl. auch *Kittel, Pirina*: „...und nehmen den Studenten die Plätze fort“. Frauen als Hörerinnen an der Universität Rostock. In: *Geschichte des Frauenstudiums in Rostock – von den Anfängen bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges*, Rostock 1999, 1-57. Es gab im Folgenden aber zahlreiche Ungeklärtheiten oder Entscheidungsprobleme, welche Studienanstalten anzuerkennen seien, welche nicht.

gen des § 29 (Freiheitsstrafen und Festnahme) nicht auf sie beziehen“. Aus diesen Formulierungen geht hervor, dass man Frauen die möglichen rauen Seiten des Universitätslebens nicht zumuten wollte, doch gleichermaßen Disziplinarvergehen weiblicher Studierender ausschloss.

In jedem Falle schufen die vorgenommenen Änderungen die Voraussetzung, um Frauen den Weg an die Universität zu ebnen. Allerdings gab es noch den § 59. Dieser besagte: „Ehefrauen sind von der Immatrikulation ausgeschlossen.“ Die Begründung für den Paragraphen sollte das Großherzogliche Ministerium in einer späteren Stellungnahme abgeben; sie lautete sinngemäß, dass die Aufgaben einer Frau in der Ehe mit einem regulären Studium nicht vereinbar wären. Der „Ehefrauenparagraph“ behauptete sich vergleichsweise lange; er wurde erst am 5. Mai 1919 abgeschafft. Von da an konnten auch verheiratete Frauen ein Studium beginnen – unter Zugangsvoraussetzungen, die den 1909 festgelegten ähnelten.<sup>4</sup>

Die damaligen wie die späteren Verfügungen enthielten letztlich die Forderung nach einer schulischen Ausbildung der Mädchen, die jener der zum Studium zugelassenen Männer entsprach. So erfuhr denn, parallel zum endlich erfolgten Einzug der Frauen in die Universitäten, die Schulbildung des weiblichen Geschlechts eine entscheidende Verbesserung. Auch in Rostock waren 1909 weitreichende Beschlüsse zur Einrichtung eines Mädchenzugs der Oberstufe, der bis zum Abitur führen sollte, gefasst worden, und zwar an der Großen Stadtschule.

Die gymnasiale Stufe begann nach dem 8. Schuljahr und führte bis zum 13. Um dort aufgenommen zu werden, brauchten die Schülerinnen anfangs noch keine Kenntnisse im Lateinischen, im Griechischen und in der Mathematik nachzuweisen; vielmehr war der Lehrplan so gestaltet, „daß der Unterricht in diesen Fächern mit verstärkter Stundenzahl von vorn beginnt“.<sup>5</sup>

Zwei Jahre später, ab 1911, waren die Aufnahmebedingungen für die Gymnasialstufe schon komplizierter. Die Schülerinnen in spe – die das 15. Lebensjahr vollendet haben mussten – hatten sich einer Aufnahmeprüfung in Deutsch, Französisch, Geschichte und Geographie zu unterziehen und damit oder durch Vorkenntnisse in Latein, Griechisch, Mathematik oder durch schon vorliegende gute Zeugnisse ihre Reife nachzuweisen.<sup>6</sup>

Da der reguläre Weg zum Abitur in Rostock erst 1909 begann, konnten die Mädchen, die ihn gingen, noch nicht zu den ersten, voll immatrikulierten Studentinnen gehören. Diese wiederum mussten ihre Vorbildung anders erworben haben, und zwar entweder durch vorausgegangene Hörersemester – oder durch

---

<sup>4</sup> UAR, R 11 A 2: Disziplinarvorschriften für die Studierenden (1903-1927).

<sup>5</sup> Vgl. *Archiv der Hansestadt Rostock (AHR)*, Sammlung der Rostocker Verordnungen 1893 bis 1911, 419/420, VO. vom 5. April 1909.

<sup>6</sup> Ebenda, 545, VO vom 14. Dezember 1911.

das Ablegen des Abiturs auf Bildungsanstalten außerhalb Rostocks. So verhielt es sich auch mit den ersten drei Frauen, die ein Studium an der Rostocker Universität aufnahmen.

Ehe von ihnen genauer die Rede ist, soll nochmals das Selbstverständnis von Rektor und Konzil der Hochschule zum Beginn des Frauenstudiums beleuchtet werden. Im Jahresbericht für 1909 wird festgestellt, dass die Frage der Frauen-Immatrikulation, wenngleich „nach langjährigen Verhandlungen“, nunmehr „zur Erledigung gekommen“ sei, um wenige Zeilen weiter hinzuzufügen:

„Unsere Universität ist hiermit dem Beispiel der anderen deutschen Universitäten nicht allein gefolgt, sondern hat vor mehreren anderen die völlige Gleichstellung der Frauen mit den studierenden Männern voraus, das ist die Teilnahme der Frauen an allen akademischen Einrichtungen, an Stipendien, Preisbewerbungen etc.“<sup>7</sup>

Mit dieser Formulierung sollte die Tatsache, dass die Rostocker Universität als Letzte im Deutschen Reiche das Frauenstudium eingeführt hatte, zweifellos kompensiert werden.

Dennoch sei betont, dass nicht Rektor und Konzil der Universität, sondern nach wie vor der Schweriner Landesherr und das ihm unterstellte Ministerium weibliche Studierende und, wie deutlich wurde, auch Hörerinnen nur widerstrebend an der Studienanstalt dulden wollten und sich bemühten, die Anzahl entsprechend gering zu halten und auf bestimmte Fakultäten zu beschränken. Dass dies so war, geht etwa aus dem Jahresbericht der Rostocker Universität für das Jahr 1911 hervor, der sinngemäß festhält, dass Rektor und Konzil den Antrag gestellt hätten, auch denjenigen Hörerinnen, welche eine höhere Mädchenschule besucht und dort das Lehrerinnenexamen abgelegt hätten, „ebenso wie an anderen Universitäten das Immatrikulationsrecht einzuräumen“.<sup>8</sup> Dieser Antrag war jedoch vom Großherzoglichen Ministerium „trotz wiederholter Vorstellung abgelehnt worden“. Auch durfte eine Ausweitung der Hörererlaubnis für jene Frauen auf die Juristische und die Medizinische Fakultät nicht vorgenommen werden (was auf eine 1909 erfolgte Neuregelung bei der Vergabe von Hörerscheinen verweist). Brisanterweise wurde im Jahresbericht nun bilanziert:

„Die Folge davon ist, daß die weiblichen Studierenden die Universität Rostock meiden und Lehrstätten aufsuchen, an denen man ihnen ein größeres Entgegenkommen bezüglich ihrer Ausbildungsmöglichkeiten entgegenbringt.“<sup>9</sup>

---

<sup>7</sup> UAR, R 4 C 8/4: Jahresbericht der Universität Rostock, zusammengestellt von Rektor und Dekanen. Jg. IV. 1909, Rostock 1910.

<sup>8</sup> UAR, R 4 C 8/4: Jahresbericht der Universität Rostock, zusammengestellt von Rektor und Dekanen. Jg. VI 1911, Rostock 1912.

<sup>9</sup> Ebenda.

Eine Verbesserung der Situation sollte auch in diesem Falle erst 1919 erfolgen, nachdem der Einfluss des großherzoglichen Landesherrn und seines Ministeriums entfiel. Nun endlich konnten auch Frauen an der Philosophischen Fakultät immatrikuliert werden, wenn sie das Reifezeugnis eines Oberlyzeums vorlegten und gleichzeitig ein Lehramtszeugnis, das sie durch den wenigstens einjährigen Besuch der Seminarklasse eines Oberlyzeums erworben hatten. Wollten sie sich an anderen Fakultäten immatrikulieren lassen, so mussten sie eine Nachprüfung ablegen, um die gymnasiale oder realgymnasiale Reife zu erwerben.

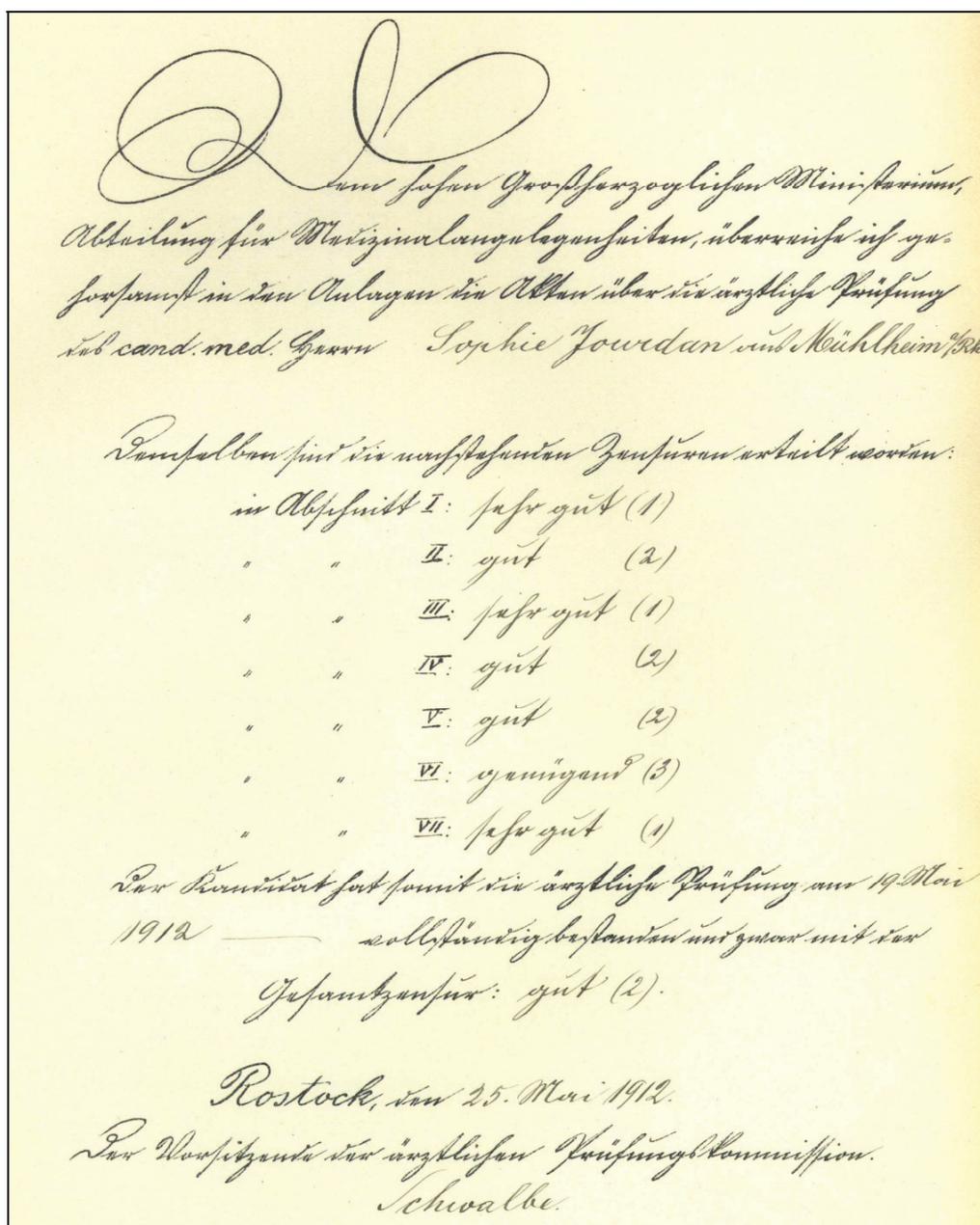


Abb. 1: Zeugnis des Ministeriums über die ärztliche Prüfung, ausgestellt für cand. med. Herrn [sic] Sophie Jourdan aus Mühlheim am Rh.; Universitätsarchiv Rostock, Akte Sophie Jourdan (1913)

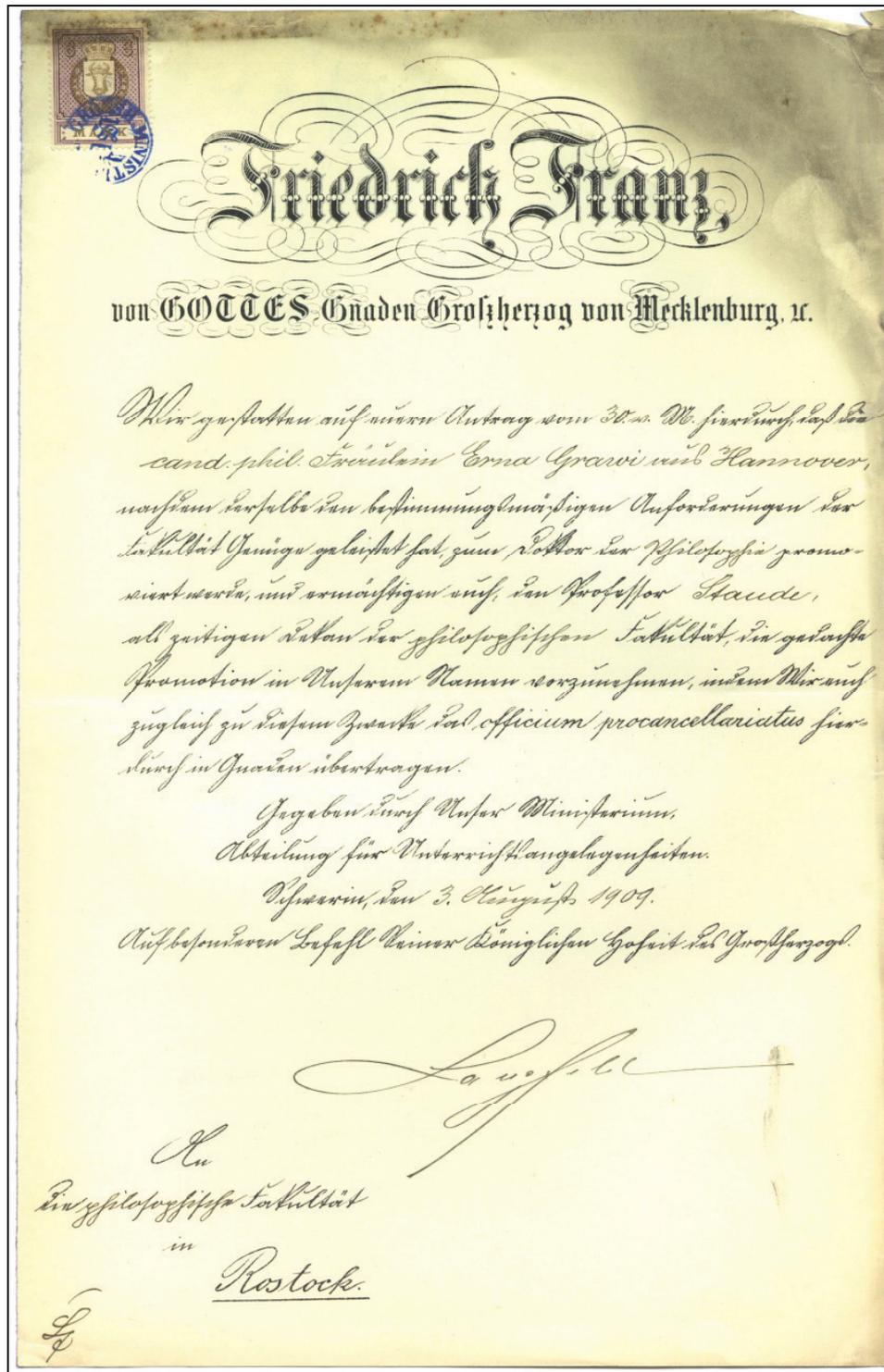


Abb. 2: Großherzogliche Urkunde, durch welche die Promotion Erna Grawis gestattet wurde; UAR Akte Prom. phil. Erna Grawi

Um auf die ersten Frauen, die an der Rostocker Universität im Wintersemester 1909/10 mit allen Rechten immatrikuliert wurden, genauer einzugehen: Es sind gemäß der Reihenfolge im Matrikelbuch: Elisabeth Bernhöft, die Germanistik studieren wollte, Sophie Jourdan, die sich für Medizin eingeschrieben hatte –

das Datum des Eintrags war bei beiden der 27.10.1909 – und Frida Ortmann, die am 30.10. immatrikuliert wurde und die ebenfalls ein Germanistikstudium anstrebte.<sup>10</sup> Während die Germanistinnen Bernhöft und Ortmann beide aus Mecklenburg stammten, war die 29-jährige angehende Medizinerin Sophie Jourdan gebürtig aus Mülheim am Rhein.

Sie, die Tochter eines Steuerrates, war zuvor in Berlin und Halle, dann auch in Kiel Hörerin bzw. Studentin gewesen. Vor Beginn des Studiums der Humanmedizin hatte sie das Lehrerinnenexamen abgelegt und im In- und Ausland als Lehrerin gearbeitet. Diesen Beruf gab sie aus Krankheitsgründen auf. Nach privater Vorbereitung legte sie im Frühjahr 1907 das Abitur ab, und zwar am Sophien-Real-Gymnasium zu Berlin. In Rostock bestand sie 1912 das medizinische Staatsexamen mit „Gut“ und promovierte am 17.6.1913 zum Dr. med. Ihr Dissertationsthema war: „Erfahrungen über den transperitonealen Weg bei Operationen an der Wirbelsäule“. Als Gesamtprädikat wurde „Cum laude“ vergeben.<sup>11</sup>

Zeitlich vorausgegangen war Sophie Jourdan an der Medizinischen Fakultät aber bereits eine andere Frau: Marga Gütschow, die schon 1899 die Reifeprüfung entsprechend „den Vorschriften der Zahnärzte“ ablegen durfte als Zugangsvoraussetzung zum Studium, doch die dann nur – oder immerhin? – als Hörerin zugelassen wurde. 1903 erhielt sie die Zulassung zur zahnärztlichen Staatsprüfung.<sup>12</sup>

An der Philosophischen Fakultät der Rostocker Universität gab es zwei Frauen, die im ersten Jahr der Etablierung des Frauenstudiums den Dokortitel erwarben: die aus Hannover stammende Erna Grawi (geb. 1885), Tochter eines jüdischen Möbelfabrikanten, und die schon benannte Rostockerin Elisabeth Bernhöft (geb. 1880), Tochter des Juristen und Universitätsprofessors Franz Bernhöft.

Bei beiden Frauen wurden die mittels Hörscheinen absolvierten Semester, die Hörersemester, als reguläre Studiensemester gerechnet, also voll anerkannt. Erna Grawi hatte fünf Semester in Berlin studiert, eines in Göttingen und schließlich fünf in Rostock. Vor ihrem Studium war sie Teilnehmerin an Mädchengymnasialkursen in ihrer Heimatstadt gewesen, um dann in Goslar die Reifeprüfung abzulegen. Erna Grawi wurde am 30.07.1909 zum Dr. phil. promoviert, nachdem sie ihre Arbeit „Die Fabel vom Baum und Schilfrohr in der Welt-

---

<sup>10</sup> Vgl. *Pirina Kittel*, „...und nehmen den Studenten die Plätze fort“, 30/31. Vgl. auch das Vorlesungsverzeichnis 1909/10, aus dem hervorgeht, dass F. Ortmann bereits am 5. 3. 1910 exmatrikuliert wurde.

<sup>11</sup> UAR, Akte Sophie Jourdan (1913). Vgl. auch: *Barbara Hager*, Über das Frauenstudium an der Medizinischen Fakultät der Universität Rostock, Diss. med., Rostock 1964, 51.

<sup>12</sup> Vgl. *Pirina Kittel*, „...und nehmen den Studenten die Plätze fort“, 21/22, sowie Promotionsakte der Philologin Erna Grawi, in der kurz auf den Fall Gütschow Bezug genommen wird.

literatur“ eingereicht und verteidigt hatte sowie auch mündlich in den Fächern Französische Literatur, Englisch und Philosophie geprüft worden war.<sup>13</sup>

Die Zulassung zum Promotionsverfahren wurde im Falle Erna Grawis bei unterschiedlicher Meinung der an der Fakultät lehrenden Professoren erteilt. So empfahl der damalige Rektor Wolfgang Golther (1863-1945) zwar die Zulassung, doch „mit entschiedenem Unbehagen“.

Bedenken hatte auch sein Kollege Eugen Geinitz. Die Mehrzahl der Professoren, darunter Hermann Reincke-Bloch (1867-1929), der Bruder der Rostocker Reformpädagogin Marie Bloch (1871-1943), und der die Arbeit betreuende Rudolf Zenker (1862-1941) stimmten uneingeschränkt für die Einleitung des Promotionsverfahrens. Zenker hatte sich in seinem Gutachten ohnehin sehr lobend über den Text der Doktorandin ausgesprochen.

Da Erna Grawi noch vor Beginn des regulären Frauenstudiums promovierte, kann ihr Fall als besonderer gelten, der einmal mehr die widerspruchsvolle Situation an der Rostocker Universität um 1909/10 kenntlich macht.

Die zweite Promovendin, Elisabeth Bernhöft, war bereits seit dem 24. Juni 1904 Hörerin – und selbst vor diesem Zeitpunkt, nämlich am 24. November 1903, heißt es zum ersten Mal, dass „Fräulein Bernhöft [...] das [...] geschichtliche Colleg (Geschichte der deutschen Philosophie seit Kant, d. Verfn.) besucht“.<sup>14</sup> Elisabeth Bernhöft hörte auch: „Einleitung in die Philosophie und Pädagogik“, „Geschichte der neueren Philosophie“, „Logik“ und Weiteres. Sie erhielt den Dokortitel am 28. Januar 1910 und erwarb damit zugleich die Befähigung zum höheren Schuldienst. Aus ihrem selbstgeschriebenen Lebenslauf geht hervor, dass sie in Rostock die höhere Mädchenschule besucht, das Lehrerinnen-Examen bestanden, dann als Lehrerin gearbeitet, in Paris die französische Sprache erlernt hatte, schließlich in ihrer Heimatstadt wieder als Erzieherin tätig gewesen war. 1907 legte sie am Fridericianum (dem Großherzoglichen Friedrich-Franz-Gymnasium) in Doberan die Reifeprüfung ab. Sie studierte dann „in vollem Umfang“ Deutsch, Geschichte, Französisch und Philosophie an der Philosophischen Fakultät der Rostocker Universität. Das Thema ihrer Dissertationschrift war: „Das Lied vom hörnenen Siegfried. Vorgeschichte der Druckredaktion des 16. Jahrhunderts“. Die Probearbeit für die allgemeine Prüfung schrieb Elisabeth Bernhöft ihrem Wunsch gemäß über „Die Unsterblichkeitsbeweise in Platos ‚Phädon‘“.<sup>15</sup>

Wurden soeben einzelne Studentinnen bzw. Promovendinnen benannt, so sollen im Folgenden einige wichtige Zahlen im Überblick erscheinen, soll vor allem von der Entwicklung der Studentinnenzahlen die Rede sein.

<sup>13</sup> UAR, Akte Prom. phil. Erna Grawi (1909/10).

<sup>14</sup> Vgl. *Pirina Kittel*, „...und nehmen den Studenten die Plätze fort“, 24f.

<sup>15</sup> UAR, Stud. Akte Elisabeth Bernhöft (1910).

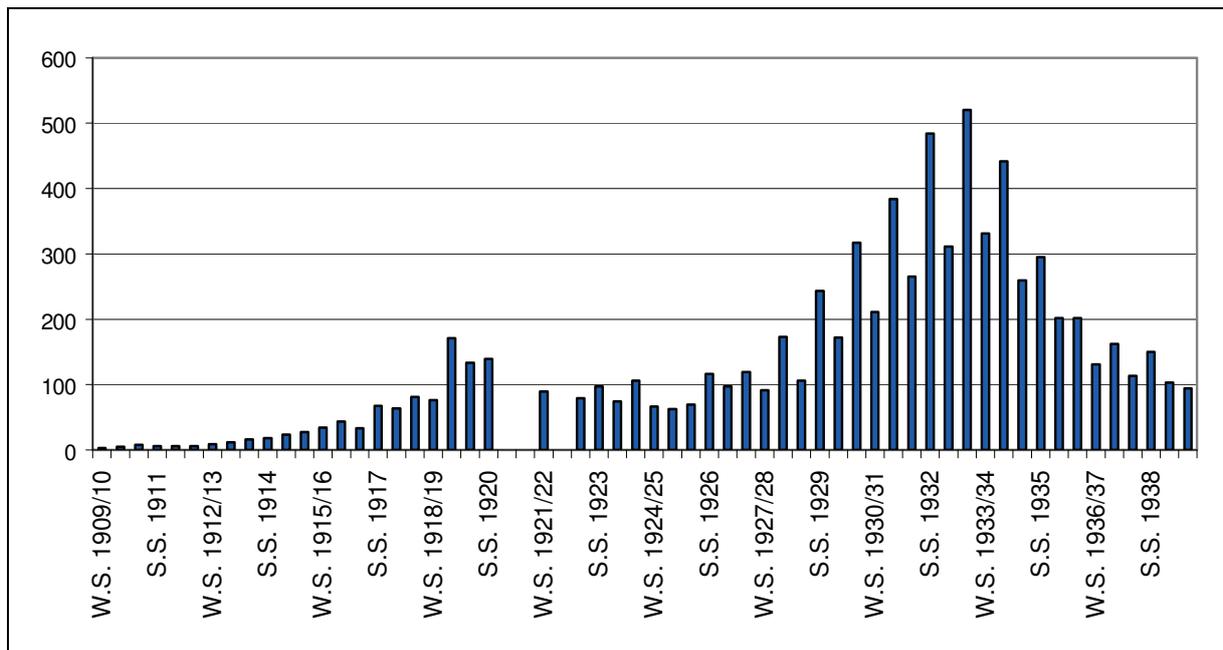


Abb. 4: Entwicklung der Studentinnenzahlen zwischen 1909/10 und 1939; aus: *Geschichte des Frauenstudiums von den Anfängen bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges*, Rostock 1999, hier: 51.

Anhand dieser Zahlen wird ersichtlich: Es vollzog sich an der Rostocker Universität – und sie zählte ja zu den kleinsten des Deutschen Reiches – die Entwicklung des Frauenstudiums, auch nachdem es installiert war und trotz gegenteilig anmutender Einzelleistungen, langsamer als andernorts.<sup>16</sup> Studierten im ersten Semester der regulären Immatrikulation, im Wintersemester 1909/10, in Rostock lediglich drei Studentinnen, so stieg bis zum Wintersemester 1913/14 die Anzahl auf sechzehn an. In Greifswald gab es in dieser Zeit, wie bei Barbara Hager nachzulesen ist, bereits zweiundsiebzig studierende Frauen.

Während des Ersten Weltkriegs zeigte sich der Trend einer (wenngleich nicht stetigen) Erhöhung der Studentinnenanzahl auch in Rostock. Die Zahlen studierender Frauen stiegen auf 43 im Sommersemester 1916, dem 4. Kriegsesemester. Die Zahl sank dann zwar im Wintersemester 1916/17 wieder auf 33, doch kletterte im Sommersemester 1917 schließlich auf 71. Im Winterhalbjahr 1917/18, dem 7. Kriegsesemester, befanden sich 65 studierende Frauen an der Rostocker Universität (9 legten erfolgreich das Examen ab) und im Sommerhalbjahr 1918, dem 8. Kriegsesemester, betrug die Anzahl sogar 83 (davon 11 mit Examen). Im Winterhalbjahr 1918/19, dem 9. und letzten Kriegsesemester, betrug die Studentinnenzahl 80. Im Sommersemester hatten sich 180 Studentinnen immatrikulieren lassen, doch es gab bereits 60 Exmatrikulationen nach kurzer Zeit. Über die Gründe hierfür lässt sich nur mutmaßen. Womöglich fühlten sich manche der studierenden Mädchen und Frauen den Anforderungen des Studi-

<sup>16</sup> Vgl. *Hager*, *Über das Frauenstudium*, 33.

ums doch nicht gewachsen oder ihre soziale Situation als Studentin war nicht durchhaltbar. Während des Krieges waren auch etliche von ihnen Aufrufen gefolgt, in der Kriegswirtschaft (etwa in Munitionsfabriken, doch ebenso in der Verwaltung) tätig zu werden. Ein möglicher Grund zur Exmatrikulation könnte auch der Wechsel an eine andere Universität gewesen sein.

Generell aber hatte in Deutschland zwischen 1914 und 1918 an sämtlichen Universitäten eine große Anzahl Mädchen und Frauen die Chance zu studieren wahrgenommen. Viele strebten – zumal angesichts der Abwesenheit der Männer, die an der Front waren – eine selbstständige Berufstätigkeit an (was man ihnen teilweise auch zum Vorwurf machte). Anfang der Zwanzigerjahre aber sank, bedingt durch Nachkriegskrise und Inflation, in ganz Deutschland die Zahl der Studentinnen. Dies lässt sich auch für Rostock nachweisen, wenngleich die Zahlen sich hier offenbar weniger änderten.

Am Ende der Weimarer Republik, kurz vor der nationalsozialistischen Machtergreifung, lag die Studentinnenanzahl in Rostock wieder außerordentlich hoch, betrug beispielsweise 1932 nicht weniger als 484, wenngleich sich diese Zahl vor allem durch Exmatrikulationen bald auf 242 verringerte. Die weiblichen Studierenden verteilten sich auf alle Fakultäten und nahezu jedes Fachgebiet (außer Archäologie, das im Sommer 1932 von keiner Studentin belegt war). Ein Jahr später, im Sommer 1933, waren 283 Frauen immatrikuliert worden – und der Gesamtbestand belief sich auf 520. Damit war, wenngleich auch diese Studentinnenzahl sich innerhalb eines kurzen Zeitraums durch Exmatrikulation usw. wieder verringern würde, ein Höchststand innerhalb der Geschichte des Rostocker Frauenstudiums von den Anfängen bis ca. 1939 erreicht. Dieser Höchststand betraf die Gesamtstudentinnenzahl, doch entsprechend auch die Fakultätszahlen.

Um nochmals die Wahl der Studienfächer genauer aufzuschlüsseln: Ließen sich die ersten Rostocker Studentinnen, von wenigen Ausnahmen abgesehen, an der Philosophischen und Medizinischen Fakultät immatrikulieren, so erreichte die Anzahl der Medizinerinnen bald den höchsten Stand.<sup>17</sup> Die nächstfolgenden Immatrikulationsfächer waren neben Neuer Philologie und Germanistik auch Staatswissenschaften oder Chemie. Pharmazie studierende Frauen gab es ebenfalls in zunehmendem Maße.<sup>18</sup>

So lässt sich, alles in allem, eine positive Bilanz der Entwicklung des Frauenstudiums in Deutschland und – mit Einschränkungen – auch in Mecklenburg und Rostock bis zum Ende der Weimarer Republik, also bis etwa 1932/33, ziehen. Das Frauenstudium hatte sich soweit durchgesetzt, dass jedes akademische

---

<sup>17</sup> Vgl. ebenda, 34/35.

<sup>18</sup> Ebenda, 35. Die Reihenfolge in den von Studentinnen bevorzugten Fächern wurde aber gemäß neuesten Untersuchungsergebnissen leicht verändert.

Studium, alle Fakultäts- und Staatsprüfungen sowie Promotionen und fast alle akademischen Berufe den Frauen zugänglich waren.<sup>19</sup>

Als Nächstes soll die Rede nochmals auf jenen Aspekt kommen, der eng mit dem Frauenstudium verknüpft war: die Vorbildung der Frauen und Mädchen, die sie zur Aufnahme eines Studiums befähigte. Hier sah es, statistisch gesehen, im Jahre 1919 folgendermaßen aus: Das Realgymnasium (mit Latein und modernen Fremdsprachen) nahm als Ausbildungsstätte mit 92 Absolventinnen den vorderen Platz ein, gefolgt vom Gymnasium (mit Latein und Griechisch als Hauptfächern, mit 47). Einige Studentinnen – es waren 9 – konnten kein Reifezeugnis einer der genannten Studienanstalten vorweisen. Sie konzentrierten sich im Bereich Neue Philologie/Germanistik und es handelte sich bei ihnen vermutlich um Frauen, die ein Lehrerinnenexamen abgelegt hatten. Es gab ferner 8 Studentinnen, die das Reifezeugnis der Oberrealschule (mit Naturwissenschaften und modernen Fremdsprachen) besaßen. Um 1926 waren die Verhältnisse dahingehend verändert, dass das klassische Gymnasium als schulische Bildungsform wieder an Einfluss gewonnen hatte.

Bei der größten Gruppe weiblicher Studierender, den Medizinerinnen, blieb allerdings das Realgymnasium (mit einer Konzentration auf Latein) dominierend. Um genauere Zahlen zu nennen: Von den dreihundertfünfzehn Medizinstudentinnen, die zwischen 1909 und 1926 an der Rostocker Universität immatrikuliert wurden, hatten 83,1% ein Realgymnasium absolviert, 12,4 % die Oberrealschule, 1,6 % Lyzeum und Gymnasium; 1,0 % verfügten über eine private Vorbildung und 0,6 % hatten jeweils das Humanistische Gymnasium oder ein Oberlyzeum besucht oder aber konnten Schulbesuch und private Vorbildung in Kombination vorweisen.<sup>20</sup> Später, in den Dreißigerjahren, war die Verteilung auf die einzelnen Schultypen ausgewogener.

Was die soziale Herkunft der Frauen und Mädchen, die in Rostock – speziell Medizin – studierten, anging: Die Väter waren hauptsächlich mittlere und höhere Beamte, Handel- und Gewerbetreibende, Angehörige freier akademischer Berufe und in geringem Ausmaß Landwirte und Handwerker.

In den Dreißigerjahren erschien die soziale Herkunft dahingehend verändert, dass mittlere Beamte und Lehrer als Väter der studierenden Töchter weitaus häufiger vertreten waren als zuvor.<sup>21</sup> In jedem Falle lässt sich aus den Angaben ableiten, dass die jungen Frauen der Mittel- und Oberschicht entstammten und dass der Gedanke, ihnen eine hohe Bildung und gute Ausbildung zu ermöglichen, in ihren Familien offenbar eine große Rolle spielte. Hinsichtlich der regio-

---

<sup>19</sup> Als Beispiel einer Einschränkung sei erwähnt, dass Frauen etwa Theologie studieren, doch anschließend kein Pfarramt übernehmen durften; in Mecklenburg - bis auf verschwindend wenige Ausnahmen - nicht vor 1972! Sie wirkten lediglich als Vikarinnen o. Ä.

<sup>20</sup> Vgl. *Hager*, Über das Frauenstudium, 55.

<sup>21</sup> Ebenda, 68.

nalen Herkunft der in Rostock studierenden Frauen lässt sich festhalten, dass die meisten aus Preußen kamen, dann folgte Mecklenburg und schließlich Sachsen.

Wurde vorhin eine weitgehend positive Bilanz des Frauenstudiums in Deutschland gezogen, so sei an dieser Stelle wieder die Einschränkung hinzugefügt. Letztlich blieb der Anteil studierender Frauen auch und gerade in Rostock gegenüber der Gesamtzahl der immatrikulierten Studenten deutlich zurück. Die Ursache dafür ist – was sich wie ein roter Faden durch die Jahre vor 1918/19 zieht – in der speziellen wirtschaftlichen und politischen Situation im damaligen Großherzogtum Mecklenburg-Schwerin zu suchen. Mecklenburg war überwiegend Agrarland, dünn besiedelt, kein Industrieballungsgebiet. Die politisch anachronistischen Verhältnisse, die geprägt waren durch den starken Einfluss von Großherzog und Rittergutsbesitzern und die Abwesenheit einer bürgerlich-parlamentarischen Regierungsform, taten ein Übriges, um ein Aufblühen des Frauenstudiums in Rostock nicht eben zu begünstigen. Die Haltung in diesem Punkt blieb konservativ; der liberale Gegeneinfluss konnte sich nur schwer durchsetzen.

Was den Anteil studierender Frauen gegenüber den männlichen Studenten betraf, so sahen die Relationen um und nach 1919, also unter bürgerlich-parlamentarischen Verhältnissen (der Weimarer Republik) folgendermaßen aus: 1919 waren etwa 9% der Studierenden an der Rostocker Universität Frauen; 1926 waren es ca. 12% und 1933 schließlich 19% – ehe sich der prozentuale Anteil vorerst wieder verringerte.

War oder wurde das Verhältnis von männlichen und weiblichen Studierenden im Bereich Medizin ausgeglichener, ebenso in den Fächern Germanistik sowie Philosophie und Geschichte, aber auch Pharmazie, so gab es große Differenzen des Studienanteils von Männern und Frauen in den Studienrichtungen Theologie, Rechtswissenschaft; abgeschwächt auch in Wirtschaftswissenschaft oder Mathematik und Naturwissenschaft, später Landwirtschaft. Das Fach Physik mieden Frauen zunächst völlig, ehe sie sich vereinzelt in diese Domäne wagten.<sup>22</sup>

Hinsichtlich der Gesamtzahl der in Rostock zwischen 1909 und 1945 promovierenden Frauen lässt sich festhalten, dass sie an der Medizinischen Fakultät bei etwa 250 lag, an der Philosophischen Fakultät bei über 90 und an der Juristischen bei 33. Es gab auch vereinzelt Ehrenpromotionen von Frauen, und zwar an der Theologischen Fakultät wie an der Philosophischen. Der Oberin und Religionspädagogin Magdalene von Tiling (1877-1974), einer bedeutenden Erscheinung der protestantischen Frauenbewegung, wurde am 29. September 1926 die Ehrendoktorwürde der Theologischen Fakultät der Universität Rostock verliehen. Die Frauen, die an der Philosophischen Fakultät zu Ehren-

---

<sup>22</sup> Die erste Frau, die nachweislich 1918/19 in Rostock „Naturwissenschaften“ - wozu auch Physik gehörte - studierte, war die aus Warnemünde stammende Käte Burchard.

doktorinnen ernannt wurden, sind: Else Lüders (am 12. November 1919), Mathilde Mann (am 1. Dezember 1924) und Alma von Hartmann, geb. Lorenz (am 31. Mai 1924).<sup>23</sup> Mathilde Mann war Übersetzerin und Lehrende, engagierte Vermittlerin zwischen deutscher und skandinavischer (vor allem: dänischer) Sprache und Literatur. Else Lüders und Alma von Hartmann – Letztere die zweite Frau des Religionsphilosophen Eduard von Hartmann (1842-1906) – hatten jeweils Anteil an der Bewahrung bzw. Weiterführung der Forschungsarbeit ihrer Ehemänner.

Fanden Frauen also zum Bereich der Promotionen und Ehrenpromotionen einen Zugang, so sind sie als Habilitandinnen an der Rostocker Universität sehr spät zu finden. Erst 1951 schloss an der Philosophischen Fakultät die Germanistin Hildegard Emmel (1911-1996) ihre Habilitation erfolgreich ab.<sup>24</sup> Sie legte dazu eine Arbeit über „Mörikes Peregrinadichtung und ihre Beziehung zum Noltenroman“ vor.<sup>25</sup>

Ebenfalls 1951 verteidigte die Agrarhistorikerin (Thünenforscherin) Gertrud Schröder-Lembke (1908-2006) ihre Habilitationsschrift an der Agrarwissenschaftlichen Fakultät. Das Thema dieser Arbeit lautete: „Die Einführung des Kleebaues in Deutschland vor dem Auftreten Schubarts von dem Kleefelde“.<sup>26</sup>

An der Theologischen Fakultät gab es die erste Frau, die sich erfolgreich habilitierte, 1952. Es handelte sich um Marie Louise Henry (1911-2006), die 1948 bereits an der Fakultät promoviert worden war und die dann ab 1953 als hauptamtliche Dozentin an der Universität wirkte. Das Thema ihrer Habilitationsschrift lautete: „Interpretationsprobleme zur Jesaja-Apokalypse“.<sup>27</sup>

<sup>23</sup> UAR, R 6 B 1/6 Ehrenpromotionen 1901-1944.

<sup>24</sup> UAR, R III, 385, Promotions- und Habilitationsstatistiken (1946-1975).

<sup>25</sup> UAR, PD 50, Habilitation Dr. Hildegard Emmel. Emmel, geb. am 23. 7. 1911 in Frankfurt a. Main, hatte bereits einmal in Hamburg versucht, sich zu habilitieren. Sie war seit Januar 1950 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Goethe-Wörterbuch bei der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin. 1935 bereits war sie promoviert worden; ihre Arbeit behandelte „Das Verhältnis von êre und triuwe im Nibelungenlied und bei Hartmann und Wolfram“. Zu weiteren Lebensdaten - so war Emmel ab 1956 Lehrstuhlinhaberin in Greifswald, ging dann 1960 in die Bundesrepublik, bald weiter ins Ausland, und starb schließlich 1996 in der Schweiz - siehe Katalog zur Ausstellung des Interdisziplinären Zentrums für Frauen- und Geschlechterstudien der Ernst-Moritz-Arndt-Universität „90 Jahre Frauenstudium in Greifswald“ vom April 1999.

<sup>26</sup> Vgl. UAR, Habilitationsakte Gertrud Schröder-Lembke, 2/51. G. Schröder-Lembke, Verfasserin mehrerer Arbeiten über die mecklenburgische Landwirtschaft der Thünenzeit, hatte seit dem Wintersemester 1949/50 einen Lehrauftrag an der Philosophischen Fakultät der Rostocker Universität und hielt Seminare über agrargeschichtliche Themen ab. Vom 1. Januar 1952 an arbeitete sie als wissenschaftliche Assistentin am Institut für Agrarökonomie der Landwirtschaftlichen Fakultät.

<sup>27</sup> UAR, TD 1/48 und TD 1/52. Marie Louise Henry (geb. am 15. 6. 1911) stammt aus Brüssel. Zum Zeitpunkt ihrer Promotion (9. April 1948) war sie bereits Assistentin am Alttestamentlichen Seminar der Rostocker Universität und Lehrbeauftragte für die hebräische Spra-

Interessanterweise hatten Rektor und Konzil der Rostocker Universität schon 1909 für eine Gleichstellung von Frauen nicht nur hinsichtlich von Promotionen, sondern auch Habilitationen gestimmt – doch blieb dies offenbar jahrzehntelang folgenlos.<sup>28</sup>

Es hatte aber in Rostock vereinzelt schon Frauen gegeben, die Lehrveranstaltungen bestritten, und zwar als Lektorinnen für französische und englische Sprache und Literatur. Als erste Lektorin unterrichtete im Wintersemester 1918/19 Dr. Elise Lohmann, in Vertretung des Lektors der französischen Sprache.<sup>29</sup> Weitere Lektorinnen folgten, darunter die erwähnte Mathilde Mann (1859-1925). In den späteren Dreißigerjahren und darüber hinaus – zwischen 1935/36 und 1941/42 – fehlen dann Frauen als Lehrende. Erst im Wintersemester 1941/42 gibt es wieder eine Lektorin für Französisch (Emmy Gehrig, geb. Menges), vom Sommersemester 1942 an Lektorinnen für skandinavische Sprachen (cand. Mag. Else Dalhoff für Dänisch, Gudlov Koch, geb. Leere, für Norwegisch), ferner die Studienrätin Dr. Annemarie von Harlem (geb. 1894),<sup>30</sup> eine Nichte der Rostocker Frauenrechtlerin Laura Witte, die Finnisch-Kurse für Anfänger und Fortgeschrittene anbot.<sup>31</sup> An der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät wirkte seit dem Sommersemester 1942 Dr. Margarete Fuhrmann, die auch Rechtsberaterin bei der Deutschen Arbeitsfront war.<sup>32</sup> Im Wintersemester

---

che. Ihr Dissertationsthema war: „Studien zum Kulturkampf der Deutschen Evangelischen Kirche mit besonderer Berücksichtigung der mecklenburgischen Verhältnisse“.

<sup>28</sup> UAR, Frauenstudium Bd. I 1869-1910, RM B 12/1, Erklärung von Rektor und Konzil vom 28. Mai 1909. Es hieß dort: „Die Fakultäten stimmen sämtlich für die Gleichstellung der Frauen bezüglich der Promotion und Habilitation mit den Männern, mit Ausnahme der theologischen Fakultät, welche die Habilitation in ihrer Fakultät ausnimmt.“

<sup>29</sup> Personen- und Vorlesungsverzeichnisse 1918-1945.

<sup>30</sup> Vgl. Promotionsakte Annemarie von Harlem (1922). Von Harlem hatte als Thema ihrer Dissertationsschrift gewählt: "Herders Lehre vom Volksgeist. Ausgangspunkte, begrifflicher Inhalt und Anwendung auf Geschichte, Sprache und Literatur".

<sup>31</sup> A. von Harlem, zunächst Studienrätin, nach 1945 Rektorin am Rostocker Lyzeum, war gesellschaftlich und politisch sehr aktiv, wirkte nach Kriegsende u.a. in der Rostocker Stadtverordnetenversammlung und im Mecklenburger Landtag. 1948 übersiedelte sie nach Bielefeld. Sie wurde Legationsrätin bzw. Konsulin I. Klasse im Auswärtigen Amt und wirkte zeitweise in Helsinki. Sie starb 1983. Vgl. hierzu: *Bodo Keipke*, Siegfried Witte, in: *Zeitgeschichte Regional, Mitteilungen aus Mecklenburg-Vorpommern*, 2. Jahrgang, H. 1 (Juli 1998), 52-56. In den Anmerkungen zum Artikel sind die Lebensdaten Annemarie von Harlems (1894-1983) zu finden.

<sup>32</sup> UAR, Akte Dr. Margarete Fuhrmann, geb. 26.10. 1896, Lehrbeauftragte für Arbeitsrecht 1943-1947. Das universitäre Wirken M. Fuhrmanns in Rostock endete mit dem Zusammenbruch des NS-Regimes. Dem Antrag der Wissenschaftlerin auf Wiederherstellung ihres Lehrauftrags im September 1945 konnte nicht mehr entsprochen werden, da sie durch ihre vorherige Mitgliedschaft in der NSDAP belastet erschien. Sie selbst führte an, nicht aus eigenem Entschluss in die Partei eingetreten zu sein und verwies auch auf ihr Engagement für ihre (oft sozial benachteiligten) Klienten bei der „Deutschen Arbeitsfront“.

1943/44 beschäftigte die Universität je eine Lektorin für Italienisch (Ursula Voß) und für Spanisch (Harriet Brunnemann).

Der Einsatz mehrerer hochqualifizierter Frauen war zweifellos der Ausnahme-, d.h. Kriegssituation, dem Fehlen männlicher Lehrkräfte, geschuldet. Es gab auch weibliche Assistenten an den Universitäts-Kliniken, am Hygienischen Institut und an weiteren Instituten, doch blieb ihre Anzahl ebenfalls deutlich geringer gegenüber der männlicher Kollegen.

War soeben unter anderem von Frauen als Lehrende die Rede, so soll sich der Blick nun wieder direkt auf Frauen in der Forschung richten.

Die wohl herausragendste Erscheinung unter den studierenden und promovierenden Frauen der Rostocker Universität war die jüdische Sprachwissenschaftlerin Eva Fiesel (1891-1937), Tochter des Juristen und Universitätsprofessors Karl Lehmann und seiner hochgebildeten,<sup>34</sup>



kulturell, künstlerisch und auch frauenpolitisch engagierten Frau Henni Lehmann (1862-1937).

Die Lehmanns zogen 1911 nach Göttingen, da Karl Lehmann an die dortige Universität berufen worden war. Die Tochter Eva, geb. 1891, die inzwischen verheiratet (kriegsgetraut) war, ließ sich, nachdem sie von 1911/12-1915 in Göttingen studiert hatte, im September 1916 an der Rostocker Universität immatrikulieren. Ihrem Antrag wurde von Rektor und Konzil ohne Komplikationen stattgegeben. Sie erhielt eine „Entfreierung von der Vorschrift des § 59 der Disziplinarvorschriften“ – dem Ehefrauenparagrafen – „unter den vorliegenden besonderen Verhältnissen“.<sup>35</sup> Die junge Frau, die an-

Abb. 5: Eva Fiesel (1891-1937)<sup>33</sup>

fangs in Rostock, dann (ab 1919) mit ihrem Mann Ludolf Fiesel, einem Gymnasiallehrer, späteren Direktor der Staatlichen Volkshochschule, gemeinsam in Doberan wohnte, beendete ihr Studium erfolgreich. Dies wurde ihr am 2. Januar 1922 von Rektor und Konzil bescheinigt.<sup>36</sup> Sie hatte eine Fülle von Vorlesungen gehört und Übungen absolviert, so zu Themen der klassischen Philologie und Altertumskunde, der indogermanischen Sprachwissenschaft, der orientalischen

<sup>33</sup> Abbildung aus: *Hiltrud Häntzschel*, „Amerika gab ihr, was ihr ihr Heimatland immer verwehrt hatte“. Die Philologin Eva Fiesel (1891-1937), in: Hiltrud Häntzschel/Hadumod Bußmann (Hrsg.), *Bedrohlich gescheit. Ein Jahrhundert Frauen und Wissenschaft in Bayern*, München 1997, 242-247.

<sup>34</sup> Sie war auch Gasthörerin an der Universität, hörte beispielsweise 1904 Vorlesungen über Differential- und Integralrechnung.

<sup>35</sup> UAR, Stud. Akte Eva Fiesel (1916).

<sup>36</sup> Ebenda.

Philologie – auch der Germanistik sowie der vergleichenden Sprachwissenschaft.

Schließlich verteidigte Eva Fiesel ihre Dissertation mit dem Thema „Das grammatische Geschlecht im Etruskischen“. Sie reichte diese Arbeit zugleich als Preisarbeit des Etatjahres 1919/20 ein – und die Schrift wurde von der Fakultät „mit dem vollen Preis gekrönt“. Professor Gustav Herbig (1868-1925), der Direktor des Seminars für Vergleichende Sprachwissenschaft, verhandelte nunmehr mit dem Mecklenburg-Schwerinschen Ministerium, Abteilung für Unterricht, und bat „um nachträgliche Bewilligung eines weiteren außerordentlichen Zuschusses zu den Druckkosten, damit die wissenschaftlich erfreulich hochstehende Arbeit, die der deutschen Forschung auch im Ausland Ehre machen wird, zum Drucke gelangt“.<sup>37</sup> Die Kosten von insgesamt 5000 Mark konnten aufgebracht werden und so erschien die Arbeit denn gedruckt, ebenso wie weitere wissenschaftliche Veröffentlichungen Eva Fiesels anschließend erscheinen sollten. Die junge Frau folgte 1924 ihrem akademischen Lehrer Gustav Herbig nach München und wirkte weiter als Wissenschaftlerin. 1927 veröffentlichte sie eine Studie über „Die Sprachphilosophie der deutschen Romantik“, 1931 die Schrift „Etruskische Sprachlehre“.

Mit Beginn der Naziherrschaft in Deutschland, 1933, erwies sich, dass den Lehmanns – also auch Eva –, wenngleich sie zum Christentum konvertiert waren, ihre jüdische Herkunft zum Verhängnis wurde. Eva Fiesel, die seit 1926 von ihrem Mann Ludolf Fiesel geschieden war, emigrierte 1933 mit ihrer damals 12-jährigen Tochter Ruth nach Italien, 1934 in die USA. Dort setzte sie ihre wissenschaftliche Arbeit, zuletzt als Professorin, erfolgreicher denn je fort. Ihre Existenzbedingungen blieben jedoch auf längere Sicht unsicher. Eva Fiesel starb 1937, im Alter von noch nicht einmal 46 Jahren, in New York.<sup>38</sup> Im selben Jahr starb auch ihre Mutter Henni Lehmann in Berlin.

Die neben Eva Fiesel wohl bedeutendste Promovendin der Rostocker Universität ist die Archäologin und spätere Filmhistorikerin Lotte Eisner (1896-1983). Da ihr andernorts ein eigenes, ausführliches Porträt gewidmet wird, werde ich hier nicht näher auf sie eingehen.

Ein gesondertes und mit dem Thema der begabten, doch verfemten jüdischen Wissenschaftlerinnen korrespondierendes Kapitel für das Frauenstudium in Rostock ergibt sich aus der Zeit des Nationalsozialismus. Hatten sich zum Ende der Weimarer Republik hin besonders viele Frauen und Mädchen an die Universität begeben und hatten sich auch weibliche akademische Lehrkräfte dort eta-

---

<sup>37</sup> UAR., Promotionsakte Eva Fiesel (1916-1922).

<sup>38</sup> International Biographical Dictionary of Central European Emigrés 1933-1945, Volume II, Part I, A-K, S. 295/96, and Part 2, L-Z, S. 703, The Arts, Sciences and Literature (1983). Vgl. zum Lebensgang der Eva Fiesel auch: *Hiltrud Häntzschel*, „Amerika gab ihr, was ihr ihr Heimatland immer verwehrt hatte“, (wie Anm. 33) sowie *Hiltrud Häntzschel* Die Philologin Eva Fiesel (1891-1937), in: Jahrbuch der Deutschen Schillergesellschaft 38, 1994, 339-63.

bliert, so drohte den Akademikerinnen – nicht nur in Rostock, sondern in ganz Deutschland – dann infolge der Weltwirtschaftskrise Arbeitslosigkeit. Die staatliche Bürokratie reagierte entsprechend mit einer „Vereinbarung der Länder wegen Regelung des Zugangs der Abiturienten zu den Hochschulen“.<sup>39</sup> Am 25. April 1933 wurde von den an die Macht gelangten Nationalsozialisten ein „Gesetz gegen die Überfüllung der deutschen Schulen und Hochschulen“ verabschiedet. Es richtete sich in erster Linie gegen jüdische Studienbewerber.<sup>40</sup> Am 12. Januar 1934 wurde eine (schon am 28. Dezember 1933 erlassene) Verordnung bekanntgegeben, worin die Zahl der Abiturienten, die einen Studienplatz an Hochschulen erhalten würden, auf maximal 15 000 festgelegt war. Darunter sollten nur 10% Mädchen sein dürfen. Dieser Numerus Clausus benachteiligte studierwillige Mädchen und Frauen in hohem Maße.<sup>41</sup> Auch in Rostock sank im Winter-Semester 1933/34 die Anzahl immatrikulierter Frauen.

Bereits ein Jahr nach ihrem Inkrafttreten, Anfang 1935, aber wurde die Numerus-Clausus-Regelung wieder aufgehoben. Es gab jedoch fortan einen Arbeitsdienst, den auch die studierwilligen Abiturientinnen ableisten mussten.<sup>42</sup> Ein Rückgang an Neuimmatrikulationen insgesamt war zu verzeichnen, was vor allem jüdische Studenten und Studentinnen betraf.

Ab 1938 stieg die Anzahl neuimmatrikulierter („arischer“) Studentinnen, wengleich langsam, wieder an. Mittels der NS-Propaganda wurde durchaus für die höhere Schulausbildung begabter Mädchen und die Aufnahme eines Studiums durch diese geworben, denn: Perspektivisch zeichnete sich ein Akademikermangel ab; außerdem würden die staatlich geplanten, vor allem wirtschaftlichen Aufgaben ohne die Mitwirkung qualifizierter Frauen nicht zu erfüllen sein.<sup>43</sup> Von dem Jahre 1940 an erfolgte dann ein deutlicher Anstieg der Neuimmatrikulation weiblicher Studenten. Die höchste Anzahl von studierenden Mädchen und Frauen an deutschen Universitäten wurde im Sommersemester 1943 und im Wintersemester 1943/44 erreicht, und zwar belief sich die Zahl auf 25 000 Frauen, was 47% aller Studierenden ausmachte.<sup>44</sup> So lässt sich resümieren, dass es während der Herrschaftsjahre des Nationalsozialismus durchaus nicht zu der von der Forschung lange Zeit über angenommenen durchgängigen

---

<sup>39</sup> Diese Regelung datiert vom 15. Februar 1933; vgl. *Claudia Huerkamp*, *Bildungsbürgerinnen. Frauen im Studium und in akademischen Berufen 1900-1945*, Göttingen 1996, 80.

<sup>40</sup> Ebenda, 80. Der Anteil Neuimmatrikulierter pro Fakultät sollte 1,5 % „Nichtarier“ nicht überschreiten.

<sup>41</sup> Ebenda, 80.

<sup>42</sup> Ebenda, 82/83.

<sup>43</sup> Ebenda, 88.

<sup>44</sup> Ebenda, 89/90. Hierfür wird ein „Ursachenbündel“ konstatiert, so die NS-Werbung für das Frauenstudium, aber vor allem die erstmals von Brigitte Steffen-Korflür vermutete Tatsache, dass die Mädchen „anderweitigen Verpflichtungen oder Untätigkeitsvorwürfen“ entgehen wollten.

Repressionspolitik gegenüber studierenden Mädchen und Frauen und deren Zurückdrängung von den Universitäten gekommen war.

Dass diese Tendenz sich auch an der Rostocker Universität geltend machte, ist anzunehmen (wenngleich nicht sicher zu belegen). Aus Einzelbeispielen kann jedoch geschlussfolgert werden, dass spätestens mit Beginn der Vierzigerjahre Frauen an der Universität Rostock bereitwillig zum Studium angenommen wurden. Von einer Anpassung vieler Studentinnen an die „gleichgeschalteten“ Strukturen ist dabei auszugehen. Dies betraf etwa auch die Vereine weiblicher Studierender an der Rostocker Universität:

So war 1933 die „Arbeitsgemeinschaft Nationalsozialistischer Studentinnen“ gegründet worden.<sup>45</sup> Auch die NS-Frauenschaft und der BDM wirkten im universitären Umfeld. Die „Deutsch-Christliche Vereinigung studierender Frauen“ wurde hingegen 1938 verboten.<sup>46</sup>

Sie hatte ihre Wurzeln in der Zeit nach 1918, also dem Ersten Weltkrieg, ebenso wie weitere Vereine, darunter der Verband Rostocker Studentinnen. Bei diesem handelte es sich um eine Interessenvertretung unter vorrangig wirtschaftlichem Gesichtspunkt; politische oder konfessionelle Bestrebungen wurden dagegen nicht verfolgt. Im Sommersemester 1918 waren 43 studierende Frauen dort Mitglied. Im Oktober 1919 jedoch erfolgte bereits die Auflösung des Verbandes.<sup>47</sup> Weitere Möglichkeiten eines Zusammenschlusses für Studentinnen waren gegeben im Verein studierender Frauen Rostocks (1919 gegründet, 1921 aufgelöst).<sup>48</sup> Gerade dieser Verein – obwohl er leider nicht lange existierte – stand der zeitgenössischen Frauenbewegung nahe, vertrat die Grundsätze und Ideen des BDF (Bund Deutscher Frauenvereine), trug also den Gedanken der Emanzipation auch nach Mecklenburg und Rostock – wo er sich nicht zuletzt ja im Frauenstudium selbst äußerte, wie mühevoll und hindernisreich dieses auch zustande gekommen war.

---

<sup>45</sup> UAR, R 13 N 16.

<sup>46</sup> Ebenda, R 13 M 2.

<sup>47</sup> Ebenda, R 13, M 1. Vgl. auch *Hager*, Über das Frauenstudium, 36.

<sup>48</sup> UAR, R 13 M 3.



## Über die Autorinnen

Dr. Marianne Beese, Studium in Leipzig (Germanistik/Geschichte), Promotion 1982 über die Spätlyrik Hölderlins. Anschließend literarisches und literaturwissenschaftliches Arbeiten außerhalb der Universität; ab 1991 Mitarbeiterin bei Frauenorganisationen; 1995-97 wissenschaftliche Mitarbeiterin im Fachbereich Geschichtswissenschaften der Universität Rostock; Erarbeitung einer Monographie über „Familie, Frauenbewegung und Gesellschaft in Mecklenburg 1870-1920“, Rostock 1999; 1998-99 Mitarbeiterin an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät, im Projekt „Geschichte des Frauenstudiums in Rostock“ sowie am Interdisziplinären Zentrum für Frauen- und Geschlechterstudien der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald, im Projekt „Geschichte des Frauenstudiums in Greifswald“; freie Autorin, Lektorin und Herausgeberin. Zurzeit wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für deutsche Literatur der Humboldt-Universität Berlin, im Projekt „Das Literatur-Blatt des Deutschen Kunstblattes“.

Ausgewählte Publikationen: Biographien über „Friedrich Hölderlin“, Leipzig 1981, „Georg Büchner“, Leipzig 1983 bzw. Rostock 2010 als erw. Neuauflage, „E.T.A. Hoffmann“, Leipzig 1986, „Novalis“, Rostock 2000; Gedichtsammlungen „Wiederkehr“, Rostock 1994 bzw. 2004 als erw. Neuauflage, „Äquinoktium“, Rostock 1995 bzw. 2005 als erw. Neuauflage, „Die Erkundung der Räume“, Neubrandenburg 2004, und „Arten, sich verloren zu gehen“, Friedland/Mecklenburg 2010, sowie die Essaybände „Kampf zwischen alter und neuer Welt. Dichter der Zeitenwende“, Rostock 2001 und „Poetische Welten und Wandlungen. Dichter Europas vom 18. bis zum 21. Jahrhundert“, Rostock 2006. Zusammen mit Christiane Bannuscher: „Hauptsache Arbeit. Zu Lebenskonzepten von Frauen in einem neuen Bundesland“, Rostock 2003.

Prof. Dr. Eva Brinkschulte, Studium der Geschichtswissenschaften und Soziologie an der FU Berlin, Promotion 1996 mit einer Arbeit zum Thema „Krankenhaus und Krankenkassen“, Habilitation 2002 zum Thema „Körperertüchtigung(en) – Sportmedizin zwischen Leistungsoptimierung und Gesundheitsförderung 1895-1933“; seit 2003 Leiterin des Instituts für Geschichte, Ethik und Theorie der Medizin an der Medizinischen Fakultät der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg.

Forschungsschwerpunkte: Historische Frauen- und Geschlechtergeschichte in der Medizin, Patienten- und Krankenhausgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert, Geschichte der Sportmedizin und Orthopädie, Medizin und Öffentlichkeit, mediale Kultur der Medizin.

Ausgewählte Publikationen: Äskulaps pflegende Schwestern. Das „Mutterhausprinzip“ als Lebensform der weltlichen Krankenpflegerinnen am Beispiel der

Schwesterschaft des Oskar-Helene-Heims 1906-1926, in: *Schwestern und Freundinnen. Zur Kulturgeschichte weiblicher Kommunikation* hrsg. von Eva Labouvie, Wien, Köln, Weimar 2009, 395-418; *Dorothea Christiane Erxleben - Weibliche Gelehrsamkeit und medizinische Profession seit dem 18. Jahrhundert*, hrsg. v. Eva Brinkschulte u. Eva Labouvie, Halle/Saale 2006, als Hrsg.: *Weibliche Ärzte. Die Durchsetzung des Berufsbildes in Deutschland*. 2. erw. Aufl., Berlin 1995; *Armenwesen und öffentliches Gesundheitswesen im 18. und frühen 19. Jahrhundert - Überblick und theoretische Grundlagen*, in: *Stadt und Gesundheit. Soziale Fürsorge in Halle vom 18. bis zum 20. Jahrhundert*, hrsg. von Karin Stukenbrock und Jürgen Helm (= *Forschungen zur hallischen Stadtgeschichte*), Halle/Saale 2006, 13-27; *Krankenhaus und Krankenkassen. Soziale und ökonomische Faktoren der Entstehung des modernen Krankenhauses im frühen 19. Jahrhundert. Die Beispiele Würzburg und Bamberg.* (= *Abhandlungen zur Geschichte der Medizin und der Naturwissenschaften*, hrsg. v. R. Winau u. H. Müller-Dietz, H.80), Husum 1998; *Patientenbilder. Zur Methode der Erschließung historischer Fotografien am Beispiel der digitalen Fotothek des Oskar-Helene-Heims*, in: *3. Jahrbuch des Deutschen Orthopädischen Geschichts- und Forschungsmuseums*, Darmstadt (Steinkopff) 2001, 233-251; Eva Brinkschulte, Yara Lemke Muniz de Faria: *Patienten im Atelier. Die Fotografien des Orthopäden Heiman Wolff Berend 1858-1865*, in: *Fotogeschichte* 2001, 17-27.

Dr. Hella Ehlers, Studium der Germanistik und Slawistik 1967-1971 an der Universität Rostock, Abschluss als Diplomlehrer; anschließend ebendort Forschungsstudium und Assistenz im Wissenschaftsbereich Germanistik, Abteilung Literaturwissenschaft, 1977 Promotion zum Dr. phil. mit einer Arbeit zu *Tradition und literarischer Praxis im „Werkkreis Literatur der Arbeitswelt“*; von 1977 bis 1980 Lektorin am Deutschlektorat des Kulturzentrums der DDR in Stockholm; seit 1980 bis heute Mitarbeiterin am Lehrstuhl Neue und Neueste deutsche Literatur am Institut für Germanistik; Hauptarbeitsgebiete in der Lehre wie in der Forschung: die historisch veränderliche Repräsentanz des Geschlechts in der Literaturgeschichte, die Darstellung von Diversität, insbesondere des Bildes „des Juden“ in der Literatur seit der Aufklärung, literarische Zeugnisse deutsch-jüdischer Erfahrung und die Untersuchung von Schreibweisen der „Zweiten Generation“ der Überlebenden der Shoa; seit 10 Jahren Mitarbeit im internationalen Forschungsprojekt *„Zur Darstellung von Zeitgeschichte in deutschsprachiger Gegenwartsliteratur“*, beheimatet an der Universität Göteborg; 2007 Gründungsmitglied der „Arbeitsgruppe gender“ der Philosophischen Fakultät Rostock.

Ausgewählte Publikationen: *Ein anderer unter Fremden. Wie der Mecklenburger Aaron Isaak Schweden wahrnahm*. In: *Der Mensch ist nicht gegeben. Zur Darstellung des Subjekts in der Moderne*. Für Heinz-Jürgen Staszak. Hrsg. v. Moritz

Baßler und Arne Klawitter. Rostock 2005, 120-134; "Im Bann der Gesänge von den mythischen Orten und Begebenheiten" – Erinnerndes Erzählen (nicht) geteilter Mythen bei Barbara Honigmann. In: *Mythisierungen. Entmythisierungen. Remythisierungen. Zur Darstellung von Zeitgeschichte in deutschsprachiger Gegenwartsliteratur (IV)*. Hrsg. v. Edgar Platen und Martin Todtenhaupt. München: IUDICIUM 2007, 166-189; Pantherfrau, Geschlechtertausch und Suche nach der anderen Schrift. Zu literarischen Präsentationsformen des Weiblichen am Beginn der 1970er Jahre. In: Hella Ehlers/Heike Kahlert/Gabriele Linke u.a. (Hrsg.): *Geschlechterdifferenz – und kein Ende? Sozial- und geisteswissenschaftliche Beiträge zur Gender-Forschung*. LIT Verlag: Berlin 2009, 117-136; „Die Verluste häufen sich, die Welt wird frostiger“. Dimensionen des Alter(n)sdiskurses in Ruth Klüger *unterwegs verloren*. Erinnerungen. In: Martin Hellström, Edgar Platen (Hrsg.): *Alter und Altern. Zur Darstellung von Zeitgeschichte in deutschsprachiger Gegenwartsliteratur (VI)*. München: IUDICIUM 2010, 128-143.

Marieke Gonschior, M.A., Studium der Soziologie, sprachlichen Kommunikation und Kommunikationsstörungen und Erziehungswissenschaft an der Universität Rostock; 2009-2010 wissenschaftliche Mitarbeiterin im Forschungsprojekt „Wissenschaftskarrieren: Orientierung, Planung und Beratung am Beispiel der Fächer Politikwissenschaft und Chemie“ am Institut für Soziologie und Demographie der Universität Rostock.

PD Dr. Heike Kahlert, Diplomstudium der Soziologie an der Universität Hamburg, Diplomstudium der Supervision und Organisationsberatung an der Evangelischen Fachhochschule Hannover, Promotion an der Universität Bielefeld, Habilitation an der Stiftung Universität Hildesheim; zwischen 1988 und 2001 Tätigkeiten in verschiedenen Projekten der Bildungs-, Wissenschafts- und Sozialforschung an den Universitäten Hamburg, Greifswald und Essen; 2001-2011 wissenschaftliche Assistentin, wissenschaftliche Mitarbeiterin und Projektleiterin am Institut für Soziologie und Demographie der Universität Rostock; Gastprofessuren für internationale Gender Studies am Fachbereich Politikwissenschaft und Soziologie der Paris-Lodron-Universität Salzburg und am Zentrum für Interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterstudien der Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst Fachhochschule Hildesheim/Holzminden/Göttingen und der Stiftung Universität Hildesheim (Maria-Goeppert-Mayer-Programm); seit 2011 Projektleiterin am Institut für Sozialwissenschaften der Stiftung Universität Hildesheim und seit Sommersemester 2011 Lehrstuhlvertreterin am Institut für Soziologie der Ludwig-Maximilians-Universität München. Zurzeit Zweite Sprecherin der Sektion Frauen- und Geschlechterforschung in

der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, 2006-2008 Redaktionsmitglied der „Zeitschrift für Frauenforschung & Geschlechterstudien“, seit 2009 Mitherausgeberin von „Gender. Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft“. Ausgewählte Publikationen: „Weibliche Subjektivität. Geschlechterdifferenz und Demokratie in der Diskussion“, Frankfurt/New York 1996; „Gender Mainstreaming an Hochschulen. Anleitung zum qualitätsbewussten Handeln“, Opladen 2003; „Generativität und Geschlecht in alternden Wohlfahrtsgesellschaften. Soziologische Analysen zum ‚Problem‘ des demographischen Wandels“, Wiesbaden 2011 (in Vorbereitung).

Dipl.-Theol. Pirina Kittel, Studium der Evangelischen Theologie an der Universität Rostock von 1986 bis 1992, Erstes Theologisches Examen 1992, von 1992 bis 1996 Forschungsstudium im Fach Altes Testament an der Universität Rostock, 1996-1997 Bearbeitung von Projekten der Gleichstellungsbeauftragten des Landes Mecklenburg-Vorpommern sowie der Universität Rostock, 1997-2000 Vikariat in Rostock, Zweites Theologisches Examen 2000, seit 5/2000 Pastorin in der Kirchgemeinde Rödlin-Warbende bei Neustrelitz.

Dr. Eveline Krause, Studium der Germanistik 1951 bis 1955 an der Philosophischen Fakultät der Universität Rostock, Oberstufenlehrerin für Deutsch und Englisch an der Goethe-Oberschule in Rostock; von 1959 bis 1988 wissenschaftliche Assistentin, Aspirantin, Oberassistentin am Germanistischen Institut der Philosophischen Fakultät der Universität Rostock; 1966 Promotion zum Dr. phil. über ein literaturhistorisches Thema (Heinrich von Kleist). Lehrgebiete: Literaturgeschichte (Aufklärung, Sturm und Drang, Klassik), Literaturtheorie, Lyriktheorie, Weltliteratur (Griechische/Römische Mythologie und Literatur). Krankheitsbedingt musste 1988 die Tätigkeit am Germanistischen Institut aufgegeben werden. Ergebnis spezieller Interessen und entsprechender Forschungsarbeit war die Veröffentlichung des Buches „Gedichtverständnis, Gedichterlebnis“ im Verlag Volk und Wissen Berlin 1983.

Katharina Nieter, M.A., Studium der Soziologie, des Öffentlichen Rechts und der Anglistik/Amerikanistik an der Universität Rostock; 2009-2010 wissenschaftliche Mitarbeiterin im Forschungsprojekt „Wissenschaftskarrieren: Orientierung, Planung und Beratung am Beispiel der Fächer Politikwissenschaft und Chemie“ am Institut für Soziologie und Demographie der Universität Rostock.

Dipl.-Pol. Eva Katharina Sarter, Diplomstudium der Politikwissenschaft am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin; Mitarbeit in verschiedenen Projekten der empirischen Sozialforschung, 2009-2010 wissenschaftliche Mitarbeiterin im Forschungsprojekt „Wissenschaftskarrieren: Orientierung, Planung und Beratung am Beispiel der Fächer Politikwissenschaft und Chemie“ am Institut für Soziologie und Demographie der Universität Rostock.

Prof. Dr. Bettina Wahrig, Studium der Medizin und Philosophie in Mainz und Marburg, 1984 Promotion über den Psychiater Wilhelm Griesinger, 1997 Habilitation über die Staats-, Organismus- und Wissenschaftsmetaphorik bei Thomas Hobbes an der Medizinischen Universität Lübeck; seit 1997 Leiterin der Abteilung Geschichte der Naturwissenschaften/Pharmaziegeschichte an der Technischen Universität Braunschweig; verfolgt Grenzgänge durch Disziplinen und Epochen: von der Philosophie zur Medizin, von dort in die Politik und die Pharmazie, immer unter dem Aspekt der Geschlechterverhältnisse, derzeitiger Forschungsschwerpunkt: Kultur- und Begriffsgeschichte der Gifte; Lehrgebiete: Pharmazie- und Wissenschaftsgeschichte mit Schwerpunkt Gender-Studies.

Ausgewählte Publikationen: mit Sabine Brombach (Hrsg.): LebensBilder: Vorüberlegungen zu einer notwendigen interdisziplinären Debatte. In: LebensBilder. Leben und Subjektivität in neueren Ansätzen der Gender Studies. Bielefeld 2006; Organisms that Matter. German Toxicology (1785-1822) and the Role of Orfila's Textbook. In: José Ramón Bertomeu-Sánchez/Agustí Nieto-Galan (Hrsg.): Chemistry, Medicine, and Crime. Mathieu J.B. Orfila (1787-1853) and His Times. Sagamore Beach/USA, 2006, 153-182; „Fabelhafte Dinge“: Arzneimittelnarrative zu Coca und Cocain im 19. Jahrhundert, in: Berichte zur Wissenschaftsgeschichte 32 (2009), S. 345-364; mit Angelika Neubaur-Stolte: 1929 - Louis Lewin und das Ende der Toxikologie, in: Nicholas Eschenbruch/Viola Balz/Ulrike Klöppel/Marion Hulverscheidt (Hrsg.): Arzneimittel des 20. Jahrhunderts. Historische Skizzen von Lebertran bis Contergan, Bielefeld 2009, 77-102; Historical Research on the Standardization of Drugs. The Perspective of Precarious Substances, in: Christian Bonah/Christophe Masutti/Anne Rasmussen/Jonathan Simon (Hrsg.): Harmonizing Drugs. Standards in 20th Century Pharmaceutical History, Paris 2009, 61-79.

Dr. Annette Vogt, Studium der Mathematik und Physik an der Universität Leipzig, Diplom in Mathematik, Dr. rer. nat. in Mathematikgeschichte, beide an der Universität Leipzig; von 1975 bis 1991 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Theorie, Geschichte und Organisation der Wissenschaft der Akademie der Wissenschaften der DDR in Berlin, von 1992 bis 1994 am Forschungsschwerpunkt Wissenschaftsgeschichte und -theorie, seit 1994 wissenschaftliche

Mitarbeiterin (research scholar) am Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte in Berlin.

Forschungsgebiete: die Mathematikgeschichte in Deutschland im 19. und 20. Jh., die Geschichte jüdischer Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen einschließlich der Exilforschung, die Geschichte der Wissenschaftlerinnen im europäischen Vergleich sowie die Geschichte der Wissenschaftsbeziehungen zwischen Russland/Sowjetunion und Deutschland im 19. und 20. Jh.; seit 1997/98 Lehraufträge für Wissenschaftsgeschichte, seit 2008/09 auch für Geschichte der Statistik, an der Humboldt-Universität zu Berlin; President of the Women's Commission of the Division for History of Science and Technology (DHST) of the International Union for History and Philosophy of Science, 2005-2009, re-elected 2009; Assessor of the Council of the DHST seit 2009.

Ausgewählte Publikationen: Die Ehrenpromotionen der Humboldt-Universität von 1947 bis 1960/68. In: Wolfgang Girnus/Klaus Meier (Hrsg.), Die Humboldt-Universität Unter den Linden 1945 bis 1990. Zeitzeugen - Einblicke - Analysen. Leipzig 2010, 107-127; Schwestern und Freundinnen. Zur Kommunikations- und Beziehungskultur unter Berliner Privatdozentinnen. In: Eva Labouvie (Hrsg.), Schwestern und Freundinnen. Zur Kulturgeschichte weiblicher Kommunikation. Köln et al. 2009, 143-173; Wissenschaftlerinnen in Kaiser-Wilhelm-Instituten. A-Z. Berlin, 2. erw. Aufl., 2008 (= Veröffentlichungen aus dem Archiv zur Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft, Bd. 12); Vom Hintereingang zum Hauptportal? Lise Meitner und ihre Kolleginnen an der Berliner Universität und in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Stuttgart, Pallas&Athene, Band 17, 2007; Elsa Neumann - Berlins erstes Fräulein Doktor, Berlin 1999.

# **Übersicht der Ringvorlesungen zur Rostocker Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte**

## **1. Veranstaltung (Wintersemester 2005/06): 600 Jahre Wissenschaft in Rostock – Geschichte und Selbstvergewisserung**

Kersten Krüger (Rostock): Die Universität Rostock zwischen Selbstbewußtsein und Verunsicherung – die Konzeption zur Erforschung der Geschichte

Wolfgang E. J. Weber (Augsburg): Neugierige Blicke in das Haus des Wissens. Moderne Ansätze der Universitätsgeschichte

Wolfgang Eric Wagner (Rostock): Herzogliche oder städtische Gründung? Die Universität Rostock als Stiftung betrachtet

Tilmann Schmidt (Rostock): Rostock in der Reichsacht und der Auszug der Universität nach Greifswald

Ernst Münch (Rostock): Das Verhältnis zwischen der Universität und der Stadt Rostock im Mittelalter und zu Beginn der Neuzeit

Kersten Krüger (Rostock): Universität und Staat am Beispiel der Formula Concordiae 1563

Marian Füssel (Münster): Von der Prügel zur Promotion. Akademische Rituale in der frühen Neuzeit

Karl-Heinz Jügelt und Marcus Schröter (Rostock): Zur Geschichte der Universitätsbibliothek

Markus Völkel (Rostock): Die Regulierung des Zutritts zu den Universitäten im 16. und 17. Jahrhundert

Katrin Moeller (Halle) und Robert Zagolla (Berlin): Die Hexenverfolgungen in Mecklenburg und die Tätigkeit der Rostocker Juristischen Fakultät

Hans-Uwe Lammel (Rostock): Autopsie und Autorität – Die frühneuzeitliche Neugier in Medizin und Naturforschung

Wolf-Günter Völker (Rostock): Zur Geschichte der Lehrerausbildung von den Anfängen bis zum Ersten Weltkrieg

Ragnar Kinzelbach (Rostock): Johann Friedrich Blumenbach (1752-1840) und die Rostocker Zoologie

## **2. Veranstaltung (Wintersemester 2006/07): Tochter oder Schwester – die Universität Greifswald aus Rostocker Sicht**

Matthias Asche (Tübingen): Rostock, Greifswald, Frankfurt an der Oder, Königsberg, Dorpat und Kiel – Gemeinsamkeiten und Spezifika der Universitätsentwicklung in der Bildungslandschaft im südlichen Ostseeraum

Werner Buchholz (Greifswald): Professorenlexikon und Grundlagenforschung am Beispiel des „Lexikons Greifswalder Hochschullehrer“

- Christine Magin (Greifswald): Epigraphik und Universitätsgeschichte. Die Universitäten Rostock und Greifswald im Spiegel historischer Inschriften
- Felix Schönrock (Greifswald): Die Greifswalder Universitätsgebäude von den Anfängen bis 1800
- Dirk Alvermann (Greifswald): Wie die Universität Greifswald ihr Jubiläum vorbereitet hat
- Hans Peter Glöckner (Schwerin): Rechtsgeschichte in Rostock mit Exkursen nach Greifswald
- Ivo Asmus (Greifswald): Überblick über Geschichte und Sammlungen der Universitätsbibliothek Greifswald – zentrale Einrichtung seit 1604
- Rainer Mühle (Rostock): Impressionen aus der Geschichte des mecklenburgischen Adels im Spiegel der Spruchakten der Juristenfakultät der Universität Rostock (16.-18. Jahrhundert)
- Gisela Boeck (Rostock): Chemie in Greifswald und Rostock – ein historischer Vergleich
- Heinz-Peter Schmiedebach (Hamburg): Die Medizinischen Fakultäten in Rostock und Greifswald unter dem Paradigma der Naturwissenschaft
- Roderich Schmidt (Marburg): Der Aufenthalt der Universität Rostock in Greifswald und die Gründung der dortigen Hochschule 1456
- Niklot Klüßendorf (Marburg): Professor Heinz Maybaum (1896-1955) – Ein Mittelalterhistoriker mit Prägespuren von fünf politischen Systemen

### **3. Veranstaltung (Wintersemester 2007/08): Wissen im Wandel: Disziplinengeschichte im 19. Jahrhundert**

- Hubert Laitko (Berlin): Disziplinierung und Disziplinarität – Leitlinien der Binnenstrukturierung des Wissenschaftssystems im 19. Jahrhundert
- Kai Torsten Kanz (Lübeck): Die Wissenschaften vom Leben und die Disziplin Biologie im 19. Jahrhundert
- Johannes Büttner (Hannover): Physiologische Chemie – Chemische Vorgänge im lebenden Organismus erforschen
- Jan Cölln und Anita Krätzner (Rostock): Von Christian Wilbrandt zu Karl Bartsch – Institutionalisierung und Disziplinierung der Germanistik in Rostock
- Burkhard Kramp (Rostock): Die Herausbildung der HNO-Heilkunde zu einem eigenständigen Fach – Die Errichtung der ersten HNO-Klinik in Nord- und Mitteleuropa in Rostock 1899
- Christoph Schmitt (Rostock): Der Volkskundler Richard Wossidlo – ein Franz Boas in Mecklenburg? Methodengeschichtliche Reflexionen über die Feldforschung

Markus Völkel (Rostock): Zwischen Fachwissenschaft und humanistischem Erbe. Die Geschichtswissenschaft an der Universität Rostock auf dem Weg in die Moderne

#### **4. Veranstaltung (Ringvorlesung 2008/09): Frauen in der Wissenschaft**

- Eva Brinkschulte (Magdeburg): Männliche Rituale und weibliche Studenten  
Heike Kahlert (Rostock/Hildesheim): Qualitätsoffensive für die Wissenschaft? Perspektiven von hochschulpolitischen Führungskräften auf die Chancengleichheit der Geschlechter am Beispiel der Universität Rostock  
Bettina Wahrig (Braunschweig): Von der weisen Frau zum Gesundheitsberuf: Ausschnitte aus der Geschichte der Hebammenkunst  
Hella Ehlers und Eveline Krause (Rostock): „Prometheus“, „M“ und andere: Edith Braemer (1909-1969) und Lotte Henriette Eisner (1896-1983). Annäherung an ungewöhnliche Frauen der Literaturwissenschaft und der Filmografie  
Heike Kahlert (Rostock/Hildesheim), Mark Kleemann und Doreen Kruppa (Rostock): Aufstieg oder Ausstieg? Wissenschaftliche Nachwuchskarrieren im Fächer- und Geschlechtervergleich  
Annette Vogt (Berlin): Wissenschaftlerinnen in Deutschland von 1895 bis 1945  
Pirina Kittel (Neustrelitz) und Marianne Beese (Rostock): Zum Frauenstudium an der Universität Rostock

#### **5. Veranstaltung (Ringvorlesung 2009/10): Rostocker gelehrte Köpfe (Publikation in Vorbereitung)**

- Dieter Weiss (Rostock): Hans Spemann und Karl von Frisch, die zwei Rostocker Professoren, die den Nobelpreis bekamen  
Ragnar Kinzelbach (Rostock): Der Rostocker Professor Gisbertus Longolius (1507-1543). Humanist und Ornithologe  
Nikolaus Werz (Rostock): Die Wilbrandts. Eine Akademikerfamilie aus Rostock im Wandel der deutschen Geschichte  
Olaf Engler (Rostock): Moritz Schlick – der Philosoph, der Physiker  
Harald Bollbuck (Wolfenbüttel): Albert Krantz und David Chytraeus – Wissenschaft und Historiographie zwischen Humanismus und Reformation  
Christoph Meinel (Regensburg): Joachim Jungius, die ‚syndiakritische‘ Methode und die Erfindung des Zettelkastens  
Konrad Zimmermann (Rostock): Gottfried von Lücken – Hochschullehrer in drei Systemen

## **6. Veranstaltung (Ringvorlesung 2011): Die Rostocker Universität zwischen 1933 und 1945 (Publikation in Vorbereitung)**

Peter Th. Walther (Berlin): Allgemeine Hochschulpolitik in Deutschland 1933-1945 unter Berücksichtigung des Standorts Rostock

Heinrich von Schwanewede (Rostock): Hans Moral (1885-1933) – Leben, Wirken und Schicksal eines bedeutenden Vertreters der Zahnheilkunde

Christoph Perleth (Rostock): David Katz – Eckpfeiler der deutschen Psychologie der Weimarer Republik

Diana Heß (Greifswald): Der Internist Georg Ganter – Kollision der eigenen Meinung mit politischen Restriktionen und ihre Folgen

Wolfgang Bernard (Rostock): Der verweigerte Eid: Der Gräzistikprofessor Kurt von Fritz

Hannes Pingel (Rostock): Das Rektorat unter Prof. Heinrich Brill 1936/37

Dr. Gunther Viereck (Rostock): „Laßt das Natürliche so natürlich wie möglich“ – Der Hygieniker und Ernährungswissenschaftler Werner Kollath

Dr. Gabriele Moser (Heidelberg): Forschungsförderung im Nationalsozialismus: Der Rostocker Pharmakologe Peter Holtz und andere

Prof. Dieter Hoffmann (Berlin): Pascual Jordan (1902-1980) – Der gute Nazi

Dr. Juliane Deinert (Göttingen): Die Studierenden der Universität Rostock im Dritten Reich

Georg Hoppe und Felix Morawetz (Rostock): Schöner neuer Mensch: Utopien in der frühen Sowjetunion und im Nationalsozialismus im Vergleich

Dr. Sigrid Oehler-Klein (Mainz): Professor Hermann Alois Boehm – Idealist und Propagandist nationalsozialistischer Rassenhygiene

Dr. Ekkehardt Kumbier (Rostock): „Euthanasie“ und Eugenik: Verbrechen an psychisch Kranken und Behinderten in der Zeit des Nationalsozialismus – Eine Bestandsaufnahme unter besonderer Berücksichtigung der Rostocker Psychiatrischen und Nervenklirik

# Rostocker Studien zur Universitätsgeschichte

Bisher erschienen und in Vorbereitung:

## Band 1

Die Universität Rostock zwischen Sozialismus und Hochschulerneuerung. Zeitzeugen berichten. Herausgegeben von Kersten Krüger. Teil 1. Rostock 2007.

## Band 2

Die Universität Rostock zwischen Sozialismus und Hochschulerneuerung. Zeitzeugen berichten. Herausgegeben von Kersten Krüger. Teil 2. Rostock 2008.

## Band 3

Die Universität Rostock zwischen Sozialismus und Hochschulerneuerung. Zeitzeugen berichten. Herausgegeben von Kersten Krüger. Teil 3. Rostock 2009.

## Band 4

Martin Buchsteiner und Antje Strahl  
Zwischen Monarchie und Moderne. Die 500-Jahrfeier der Universität Rostock 1919. Rostock 2008.

## Band 5

Kurt Ziegler  
Zum 50-jährigen Bestehen der Tropenmedizin an der Universität Rostock. Rostock 2008.

## Band 6

Jobst D. Herzig und Catharina Trost  
Die Universität Rostock 1945-1946. Entnazifizierung und Wiedereröffnung. Herausgegeben von Kersten Krüger. Rostock 2008.

## Band 7

Anita Krätzner  
Mauerbau und Wehrpflicht. Die politischen Diskussionen am Rostocker Germanistischen Institut in den Jahren 1961 und 1962. Rostock 2009.

Band 8

Tochter oder Schwester – die Universität Greifswald aus Rostocker Sicht. Referate der interdisziplinären Ringvorlesung des Arbeitskreises „Rostocker Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte“ im Wintersemester 2006/07.

Herausgegeben von Hans-Uwe Lammel und Gisela Boeck.  
Rostock 2010.

Band 9

Frauenstudium in Rostock. Berichte von und über Akademikerinnen.

Herausgegeben von Kersten Krüger.  
Rostock 2010.

Band 10

Maik Landsmann

Die Universitätsparteilung der Universität Rostock von 1946 bis zur Vorbereitung der Volkswahlen der DDR 1954.

Herausgegeben von Kersten Krüger.  
Rostock 2010.

Band 11

Juliane Deinert

Die Studierenden der Universität Rostock im Dritten Reich.

Rostock 2010.

Band 12

Wissen im Wandel – Disziplinengeschichte im 19. Jahrhundert. Referate der interdisziplinären Ringvorlesung des Arbeitskreises „Rostocker Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte“ im Wintersemester 2007/08.

Herausgegeben von Gisela Boeck und Hans-Uwe Lammel.  
Rostock 2011.

Band 13

Angela Hartwig

Das Gedächtnis der Universität. Das Universitätsarchiv Rostock von 1870 bis 1990.

Rostock 2010.

Band 14

Angela Hartwig und Bettina Kleinschmidt

Bestandsübersicht des Universitätsarchivs Rostock.

Rostock 2010.

Band 15

Universitätsgeschichte und Zeitzeugen. Die Verwaltung der Universität Rostock und Nachträge.

Herausgegeben von Kersten Krüger.

Rostock 2011.

Band 16

Frauen in der Wissenschaft.

Herausgegeben von Gisela Boeck und Hans-Uwe Lammel.

Rostock 2011.

Band 17

Gert Haendler

Erlebte Kirchengeschichte.

Erinnerungen an Kirchen und Universitäten zwischen Sachsen und den Ostseeländern.

Herausgegeben von Hermann Michael Niemann und Heinrich Holze.

Rostock 2011.

Band 18

Wie schreibt man Rostocker Universitätsgeschichte?

Referate und Materialien der Tagung am 31. Januar 2010 in Rostock.

Herausgegeben von Hans-Uwe Lammel und Gisela Boeck.

Rostock 2011 (im Druck).

